

DAS ARGUMENT 82

Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus

- Bruno Frei
Brechts „Arbeitsjournal“ 725
- Hansgeorg Conert
Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? 735
- Heiko Haumann
Die russische Revolution und ihre ersten Versuche
sozialistischer Wirtschaftspolitik 768
* * *
- Hans Immler
Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen
Produktionsweise? 804
- Diskussion
Zur Frage des Konservatismus:
- Helga Grebing
Doch noch ein Defizit an Theorie-Reflexion? 823
- Michael-Viktor Graf Westarp
Konservatismus – Strategie der Vermeidung des Faschismus? 830
- Stellungnahme des „Deutschen Romanisten-Verbands“
gegen den „Radikalen“-Erlaß 835
- Besprechungen 837
Schwerpunkte: Faschismus-Theorien; Probleme der Entwick-
lungsländer: Afrika; Planung und Entwicklung sozialistischer
Gesellschaften

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Heribert Adam (Kairo), Wilhelm Alff (Braunschweig), Günther Anders (Wien), Hans Dieter Boris (Marburg), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Peter Fürstenau (Gießen), Peter Furth (Berlin/West), Imanuel Geiss (Hamburg), Manfred Hahn (Bremen), Heinz-Joachim Heydorn (Frankfurt/Main), Dieter Hirschfeld (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Thomas Metscher (Bremen), Kurt Steinhaus (Marburg), Rolf Tiedemann (Frankfurt/Main), K. H. Tjaden (Marburg), Erich Wulff (Gießen).

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Chr. Müller-Wirth, 75 Karlsruhe 21, Postfach 21 0730, Tel. 0721/55 59 55
Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Dieter Krause, Bernd Schüngel, Prof. Dr. Friedrich Tomberg, Gerhard Voigt

Sekretariat: Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: 1 Berlin 33, Altensteinstraße 48 a

Telefon: (030) 831 49 15

Besprechungen

Philosophie

<i>Marković, M.: Dialektik der Praxis (Conert)</i>	735
<i>Vranicki, P.: Mensch und Geschichte (Conert)</i>	735
<i>Petrović, G.: Wider den autoritären Marxismus (Conert)</i>	735
<i>Petrović, G. (Hrsg.): Revolutionäre Praxis (Conert)</i>	735
<i>Supek, R.: Soziologie und Sozialismus (Conert)</i>	735



Das Argument erscheint 1973 in 12 Heften mit einem Jahresumfang von insgesamt 1056 Seiten. Diese 12 Hefte werden in 6 Zeitungs-Nrn. (alle 2 Monate 1 Lieferung) teils als Einfach-, teils als Mehrfachhefte ausgeliefert. Die einzelnen Lieferungen werden fortlaufend nummeriert. — Preise siehe beiliegende Bestellkarte. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausfertigung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin 1973. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360. Gesamtherstellung C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH., 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Tel. 55 59 55. — 1.—15. Tausend November 1973.

Belegenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages.

Bruno Frei

Brechts „Arbeitsjournal“*

Der Versuch, den Komplex von Erlebtem und Gedachtem aufzufächern, bleibt Kährnerarbeit, sofern es nicht gelingt, die Notierungen aus siebzehn Jahren, so vielfältig die inneren und äußeren Anlässe sind, auf einen Grundraster zu übertragen, in welchem die Vielfalt zur Einheit wird: zur Denkstruktur des Notierenden. An mehreren Stellen gibt Brecht den gebotenen Hinweis: der Grundraster ist die materialistische Dialektik. Sie wird immer mehr „die einzige Möglichkeit, sich zu orientieren“ (86), ihr Dienst: „einem das Operieren mit widerspruchsvollen Einheiten zu gestatten“ (364), vorausgesetzt freilich, sie wird „aus der Wirklichkeit abgeleitet und nicht aus der Geistesgeschichte“.

Auch Brecht ist nicht als Marxist auf die Welt gekommen — Freund Hanns Eisler will ihn nicht „abstrakt als Marxisten“ gelten lassen („Fragen Sie mehr über Brecht“ S. 102) — immerhin war es Brecht, der die materialistische Dialektik als Betrachtungsweise für Künstler und Kritiker, die ernst genommen werden wollen, obligatorisch gemacht hat. Im „Arbeitsjournal“ ist sie allgegenwärtig. Der Dialektik-Schlüssel paßt zu allen Fächern, denen Brecht den Tagesstoff entnimmt.

Die Ökonomie des Raumes zwingt den Rezensenten, sich auf einige wenige „Fächer“ zu beschränken: Literaturtheorie, Deutschland, Krieg, Faschismus, Sowjetunion. Der Beschränkung geopfert sind so wichtige „Fächer“ wie: Werke von Brecht, Arbeit mit Künstlern, die Emigration, Amerika u. a. Nicht als ob der „Raster“ in diesen Eintragungen weniger leicht nachweisbar wäre — es gibt kaum eine ohne angewandte Dialektik —, sondern um der Schlüssigkeit des Arguments willen.

Da ist also die Realismus-Diskussion. Sie nimmt in den Notierungen vor Amerika (Sommer 1941) einen großen Raum ein, teils gekoppelt mit Produktionsproblemen, teils polemisch gegen die als einengend gewerteten Realismus-Thesen von Georg Lukács zugespitzt. Was im „Arbeitsjournal“ dem Tag zugewandte Anmerkung ist, findet im Band 19 der Gesammelten Werke (287—382) seine Abrundung; der Tagesräger wird dort Literaturtheorie. Möglich, ja wahrscheinlich ist es umgekehrt: im Arbeitsjournal markiert Brecht Phasen seines theoretischen Selbstverständnisses.

* Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal 1938—1955 (mit Anmerkungen von Werner Hecht). Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1973 (Bd. 1: 508 S., Ln.; Bd. 2: 524 S., Ln.; Bd. 3 [Anmerkungen]: 228 S., br.; zus. 72,— DM).

Liest man die Auseinandersetzung über Realismus mit einem von vierzigjähriger Erfahrung geschärften Blick, steht man einigermaßen verlegen vor der Frage: Wer/was ist „eng“?

Die Diskussion von 1938 ist bekanntlich die Fortsetzung der 1931/32 in der „Linkskurve“ geführten; ein Ende hat sie bis heute nicht gefunden. Lukács hatte aus Anlaß der Romane von Brecht und Ottwalt seinen Feldzug gegen „offene Formen“, gegen „neue Techniken“ (Montage, Reportage etc.) eröffnet. Implizite war auf Brechts Entwurf des Epischen Theaters gezielt. Lukács forderte für den Roman Gestaltung des Typischen, Darstellung der treibenden Kräfte, Erzählung, nicht Beschreibung. Dem sozialistischen Schriftsteller und Dichter stellte Lukács die Meisterwerke des kritischen Realismus, Balzac, Tolstoj, entgegen; an ihnen sollte er sich orientieren. Den Neueren, Brecht inbegriffen, warf er vor, sie träten statt dessen das Erbe der dekadenten Bourgeoisie der imperialistischen Epoche an. „Damit wird deutlich, daß es keineswegs, wie Lukács vorgab, um die Frage ging, Verzicht auf das Erbe oder Anknüpfen an das Erbe? Es ging vielmehr um die Frage: an welches Erbe ist anzuknüpfen?“ (Helga Gallas: „Marxistische Literaturtheorie“, Luchterhand 1971, S. 159).

Mit Kraft wehrt sich Brecht gegen diese Ansprüche. In der erneuerten Diskussion („Das Wort“ — Moskau) ist gegen ihn offen die Anklage des Formalismus erhoben worden. Die Wertungen „Abstieg“, „Verarmung“, „Dekadenz“ erregen seinen Zorn. Abstieg und Aufstieg seien nicht nach dem Kalender, sondern dialektisch zu begreifen; zu fragen sei: vom Standpunkt welcher Klasse? (28/29). Von da aus fällt es Brecht leicht, den Spieß umzudrehen: die Kritiker à la Lukács seien Formalisten! Ihre literarischen Maßstäbe seien nicht inhaltlich klassengerecht, vielmehr formale Kriterien des bürgerlichen Realismus. In Wirklichkeit sei der Balzac-Tolstoj-Typus „eine geschichtliche Spielart des Realismus, nicht *der* Realismus“ (236). Der formalistische Charakter der Realismus-Theorie Lukács' wird von Brecht als schlagendes Argument gegen den Vorwurf des Formalismus eingesetzt und so die Beschuldigung der „Enge“ an die Beschuldiger zurückgegeben. Indem Lukács die ästhetischen Kriterien des 19. Jahrhunderts zu fixen Maßstäben erhebt, ist er es, der einengt.

Wenn Brecht an den von Lukács empfohlenen Modellen den Klassenkampf vermißt, wird der ideologische Hintergrund der Diskussion erhellt. Es geht, worauf Werner Mittenzwei („Die Brecht-Lukács-Debatte“ in Das Argument Nr. 46, 10. Jg. 1968, S. 14) richtig hinweist, um die Volksfront.

War Brecht ein Gegner der Volksfront? Man muß im Auge behalten, daß das „Arbeitsjournal“ nicht zur Veröffentlichung bestimmt war; hier hat Brecht Gedanken zugespitzt und daher mitunter auch dem Mißverständnis ausgesetzt, die er in seinem literarischen Werk präziser, gültiger niedergelegt hat. In diesen Jahren (1934—1942) hat Brecht Notizen, philosophische Aperçus enthaltend, niedergeschrieben, die aus dem Nachlaß unter dem Titel „Buch der Wendungen — Me-ti“ veröffentlicht worden sind. Die „Große Methode“, die Dialektik, schreibt hier Brecht, „ist eine praktische Lehre der Bündnisse

und der Auflösung der Bündnisse“ (GW, Bd. 12, S. 475). Und weiter an der gleichen Stelle: „Die Große Methode ermöglicht, in den Dingen Prozesse zu erkennen und zu benutzen. Sie lehrt Fragen zu stellen, welche das Handeln ermöglichen.“ Brecht fordert also Bündnispolitik, Volksfront, im Geiste der Großen Methode, d. h. dialektisch: Volksfront mit Klassentransparenz.

Gerade das aber mußte Lukács (und nicht nur ihm) nach dem 7. Weltkongreß als einengend erscheinen. Dimitroffs Losung der Volksfront hatte die in der Weimarer Republik von der KPD vielfach praktizierte Enge aufgebrochen. Die Volksfront war Klassenkampf auf neue Art, nicht Volksgemeinschaft. Brecht hatte offenbar das im Sinne, wenn er vor der Gefahr warnte, in der Bündnispolitik die eigene Komponente preiszugeben. In der Monopolisierung der Realismus-Kriterien des 19. Jahrhunderts sah er diese Gefahr gegeben, Lukács' starres Festhalten an alten Formen „blockiert die Produktion“ (26), die klassentransparent sein will.

War Lukács ein Gegner des Klassenkampfes in der Literatur? Davon kann natürlich keine Rede sein. Dem äußeren Anschein nach war Lukács' Literaturtheorie der Volksfront adäquater als die Brechts, dessen Klassenkampf-Kriterium die neuen Möglichkeiten einzuengen schien.

Werner Mittenzwei, in seiner ausgezeichneten Studie, stellt den Konflikt in den historischen Zusammenhang. Lukács „sieht im Engagement des bürgerlichen Dichters für Fortschritt und Demokratie den eigentlichen Drehpunkt seiner Realismus-Auffassung“. Seine Kritik der spätbürgerlichen Kunstauffassungen ging nicht aus von den neuen Möglichkeiten, die die sozialistische Position den Künstlern bietet, sondern „vom utopischen Leitbild der revolutionären Demokratie“. Brecht dagegen habe mit der Forderung von Klassenbestimmtheit neue Maßstäbe gesetzt, sowohl für die Literaturkritik wie für die literarische Produktion, sofern diese sozialistisch sein wollte.

So gesehen ist die Antwort auf die Frage: wer/was ist „eng“? nur mit einem „sowohl als auch“ oder mit einem „weder noch“ zu beantworten. Lukács ist „eng“, indem er der neuen sozialistischen Literatur mit dem Maßstab des bürgerlichen Erbes den Weg versperrt; Brecht ist „eng“, indem er mit der Forderung der Klassentransparenz die Ausstrahlung der Volksfront erschwert.

So jedenfalls reagierten viele an der Auseinandersetzung interessierte Zeitgenossen. Scheinbar ging es um Formfragen: Lukács für „Gestalten“, Brecht für „offene Form“; in Wirklichkeit ging es beiden um den Inhalt des zu Gestaltenden oder zu Berichtenden. Brecht hielt dafür, daß die neue Wirklichkeit neue Formen der realistischen Wiedergabe erfordere; Lukács erwartete von den alten Formen breitere und tiefere Resonanz.

Mit Bezug auf Brecht zeigt Lukács' Ablehnung der „offenen Formen“ ein gewisses Maß von Unverständnis der neuen Inhalte. Aber die Dinge haben sich ja weiterentwickelt. Mit Bezug etwa auf das happening, eine Spätgeburt der „offenen Form“, mit seinem anarcho-nihilistischen Inhalt, erweist sich Lukács als weiser Warner.

Anna Seghers Brief an Lukács muß in diesem Zusammenhang zitiert werden: „Beim Schaffen eines jeden Kunstwerks, wie bei jeder menschlichen Aktion, ist das Maßgebende die Richtung auf die Realität, und dabei gibt es, wie Du doch sagst, keinen Stillstand. Doch was Du als Zerfall ansiehst, kommt mir eher wie eine Bestandsaufnahme vor; was Du als Formexperiment ansiehst, wie ein heftiger Versuch eines neuen Inhalts, wie ein unvermeidlicher Versuch“ („Ein Briefwechsel zwischen Anna Seghers und Georg Lukács“ in „Probleme des Realismus“, Berlin 1955, S. 248).

Im Juli 1938, einen Essay Lukács' lesend, höhnt Brecht, dieser entbinde den realistischen Schriftsteller, dialektischer Materialist zu sein, er müsse nur „gestaltend“ die Wirklichkeit wiedergeben. Zwischen den Realisten des Bürgertums und denen des Proletariats sei bei Lukács kein Gegensatz, „wohl auch nicht zwischen Bürgertum und Proletariat selber? Wie auch, im Zeichen der Volksfront? Hoch der Pastor Niemöller! Realist reinsten Wassers! Zum Gestalten ist wieder einmal kein Wissen nötig (denn Th. Mann gestaltet doch wohl und weiß doch wohl nichts)“ (13). An dieser Stelle gerät Brecht in Saft, beschimpft Lukács als „Kantianer“, der die marxischen Kategorien ad absurdum führe; der Klassenkampf sei da „ein ausgehöhlter, verhurter, ausgeplünderter Begriff, ausgebrannt bis zur Unkenntlichkeit“. Auf eine affektfreie Dimension zurückgeführt, soll das besagen: ohne Wissen, ohne Klassenwissen, kann es keine realistische Literatur geben.

Auf dem Pariser Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur (1935), dessen Aufgabe es war, die vom 7. Weltkongreß proklamierte neue Volksfrontpolitik auf den Bereich der Literatur zu übertragen, hielt Brecht eine vieldiskutierte Rede, die mit dem Ruf schloß: „Kameraden, sprechen wir von den Eigentumsverhältnissen!“ („Zur Tradition der sozialistischen Literatur in Deutschland“, Berlin 1967, S. 719).

Das war grundsätzlich richtig, aber in jenem Augenblick nicht geeignet, die deutschen Schriftsteller im Exil zu einigen. Nötig waren Kompromisse. In das „Arbeitsjournal“, das Brechts intimste Stimmungen festhält, hat der Zwang zum Kompromiß keinen Eingang gefunden. Im „Buch der Wendungen“ dagegen stellt Brecht klar, in welchem Sinne Kompromisse geboten sind, nämlich im dialektischen: er trinkt Wein und Wasser aus zwei Gläsern und schüttet nicht Wasser in seinen Wein (GW Bd. 12, S. 433).

War nun die Rede auf dem Pariser Schriftstellerkongreß gegen die Volksfront gerichtet oder gegen die Tendenz zur Mißdeutung der Volksfront im Sinne der Liquidierung des Klassenkampfes? Mittenzwei (s. oben) meint, Brecht habe mit dieser Rede seine linkssektierische „Plattform für linke Intellektuelle“ aufgegeben; in den neun Punkten jener „Plattform“ (GW Bd. 20, S. 235) hatte Brecht erklärt, an dem Kampf gegen den Faschismus könne nur teilnehmen, wer mit dem Eigentum an den Produktionsmitteln gebrochen hat; „Nach dem Faschismus, auch darin hat der Nationalsozialismus recht, kann nur der Kommunismus kommen, nichts anderes“, heißt es hier.

Die Eintragungen im „Arbeitsjournal“ machen deutlich, daß

Brechts Unruhe, im Kampf gegen den Faschismus könnte die Volksfront klassenneutral entarten, die Bündnispolitik ihres Klassegehalts entleert werden, sich perpetuiert und vom Bereich der Literatur auf die Bereiche der Politik verstärkt übergegriffen hat. Das Problem stellt sich im „Arbeitsjournal“ in allen „Fächern“; es muß sehr genau analysiert werden, will man Brecht gerecht werden, ohne seine Gegner (Lukács, Thomas Mann) zu verteufeln.

Und da ist die „deutsche Frage“, im Kreise Brechts permanenter Denk- und Sprechstoff. Brecht kämpft gegen die unter den Exilierten üblichen Hitler-Klischees: Hitler ist ein Monstrum, ein Hampelmann, ein „Nichts“. Brecht kann Hitler nicht von der deutschen Geschichte abstrahieren. „Nun ist die Hitlerbeurteilung letzten Endes nur deshalb wichtig, weil sie bei all diesen ‚er-ist-nichts-ern‘ die Grundlage bildet für die Beurteilung der ganzen Umwälzung in Deutschland. Da wird nämlich der Nationalsozialismus zum Auswuchs, Abweg, Irrtum. Und was ist mit dem Hauptkörper, dem geraden Weg, der Lösung?“ (311). Brecht ist bereit, in Hitler einen „großen bürgerlichen Politiker“ zu sehen, eben, groß für das Bürgertum. Für den Dialektiker ist wesentlich, welche Klassenfunktion der Nationalsozialismus ausübt. „Man bekämpft Hitler nicht, wenn man ihn als besonders unfähig, als Auswuchs, Perversität, Humbug, speziell pathologischen Fall hinstellt und ihm die andern bürgerlichen Politiker als Muster, unerreichte Muster, vorhält; weil man ja auch den Faschismus nicht bekämpfen kann, wenn man ihn vom ‚gesunden‘ Bürgertum (Reichswehr, Industrie) isolieren und ‚allein‘ beseitigen will“ (380). Hitler sei eine wirkliche „nationale Erscheinung“, den Begriff klassengerecht verstanden. „Die ausgewogloseste aller Klassen, das Kleinbürgertum, etabliert sich diktatorisch in der ausgewoglosesten Situation des Kapitalismus“, aber regiert werde nicht im Sinne des Kleinbürgertums. „Die Industrie bekommt ihren Imperialismus, aber sie muß ihn nehmen, wie sie ihn bekommt, den hitlerschen.“ Diktatur des Monopolkapitals, ausgeübt durch die Diktatur des kleinbürgerlichen Nationalsozialismus, so charakterisiert Brecht die Lage (am ausführlichsten in dem Artikel „Das andere Deutschland“, GW Bd. 20, Anm. 16).

Als die Nachrichten von blutigen Auseinandersetzungen zwischen Hitler und den Junkergenerälen Brecht erreichen (der 20. Juli 1944), hält er einen Augenblick lang für Hitler die Daumen, „denn wer, wenn nicht er, wird uns schon diese Verbrecherbande austilgen?“ (666). Von der Funktion des Nationalsozialismus im deutschen Volk hat Brecht einen dialektischen Begriff. Rohheit komme nicht von Rohheit. „Der Nationalsozialismus muß betrachtet werden als der Sozialismus der Kleinbürger, eine verkrüppelte, neurasthenische, pervertierte Volksbewegung . . . Die scheinsozialistischen Ansätze müssen also mit dem echten Artikel verglichen werden, nicht mit der Demokratie“ (801). Brecht glaubt, die deutsche Jugend, die Hitler nachläuft, zu verstehen, ihre Kriegsseligkeit beruhe auf Pseudokommunismus. „Es wäre lohnend, einmal ernsthaft die sozialistischen Elemente aufzuspüren, die der Nationalsozialismus pervertiert zum Operieren brachte, nicht anders ist sein Erfolg bei Massen zu erklären“ (777).

Seit 1942 beschäftigt Brecht in wachsendem Maße die Frage: Was wird aus Deutschland? Wie in der Realismus-Diskussion durchstößt Brecht die „demokratische Hülle“, entblößt er den nackten Klassen-antagonismus. Wie in der Realismus-Diskussion an der so und so deutbaren Volksfrontpolitik, stößt er sich jetzt an den bürgerfrommen Kriegszielen der Alliierten. Die Gefahr, das deutsche Volk werde eine „dauernde Bedrohung der Welt, wie sie ist“, sei begründet, wenn der Plan besteht, die ökonomisch-politische Basis des Imperialismus zu erhalten (447). Brecht sieht voraus, daß die Erhaltung der imperialistischen Basis in Deutschland die Tendenz zum Krieg lebendig erhalten werde. Teildeutschland ist hier ins Visier gebracht.

Nach Deutschland zurückgekehrt, wird er nicht ohne Bitterkeit anmerken, daß im andern Teildeutschland die imperialistische Basis nicht durch die deutsche Revolution, sondern durch den Sieg der Roten Armee zum Verschwinden gebracht wurde. (Siehe Eintragung vom 9. 12. 1948, S. 865.)

Ein Problem harret der Deutung, Kenner des Gesamtwerkes müßten sie liefern. Im „Arbeitsjournal“, also im Selbstgespräch, ist Brecht geneigt, Faschismus und Kapitalismus gleichzusetzen, was eine Überspitzung der richtigen Ansicht ist, der Nationalsozialismus sei eine faule Frucht des in Nöte geratenen Kapitalismus. „Das deutsche Bürgertum ‚entnazen‘ heißt, es entbürgern . . . Weder seine elementaren Daseinsbedingungen, noch die speziellen Umstände erlauben dieser Klasse, die barbarischen Mittel abzulegen . . . Wo der Bürger anständig ist und wo er unanständig ist, wo er Idealist ist und wo er Schieber ist, immer ist er Nazi. Wenn er aufhörte, ein Nazi zu sein, könnte er kein Bürger mehr sein“ (805).

Das führte als Konsequenz zu der wohl absichtlich provokativen Behauptung, Auschwitz sei „ein Monument der bürgerlichen Kultur dieser Jahrzehnte“ (828). Heißt das aber nicht, die Endlösung relativieren, die Nazis entlasten? Merkwürdigerweise vergrößert Brecht 1948, was er 1941 nuanciert gesagt hatte; damals war Hitler „die feinste Blüte, die der Kapitalismus hervorgebracht, das ‚bisher letzte Wort‘“ (262). Wie ist es wirklich? Der Kapitalismus bringt den Faschismus hervor, wenn er es nötig hat, aber er ist nicht der Faschismus, er kann auch anders; der Faschismus ist eine Variante des Kapitalismus, aber nicht *der* Kapitalismus. Die Kapitalisten, Faschisten und Nicht-Faschisten, zu einer homogenen Masse zusammenwerfen, ohne die innerkapitalistischen Widersprüche auszunützen, hemmt den revolutionären Prozeß und entspricht nicht der materialistischen Dialektik.

Dem Mitemigranten und Nachbarn Thomas Mann wirft Brecht mit einem bei ihm ungewöhnlichen Affekt vor, zwischen Hitler und dem deutschen Volk nicht unterscheiden zu wollen. (Notierungen vom 2. August 1943 und 11. November 1943.) Sein „schmerzliches Erstaunen“ hatte Brecht Thomas Mann aus gegebenem Anlaß brieflich vorgehalten (GW Bd. 19, S. 478). In einem Schreiben vom 10. Dezember 1943 weist Thomas Mann die Anschuldigung zurück und beruft sich auf einen Vortrag, den er Mitte November in New York gehalten hatte. „Ich

habe in dem Vortrag zwar eingeräumt, daß eine gewisse Gesamthaltung für das Geschehene und das, was noch geschehen wird, nicht von der Hand zu weisen sei. Denn irgendwie sei der Mensch und sei ein Volk verantwortlich für das, was er ist und tut. Dann aber habe ich nicht nur genau all die Argumente gegen die Gleichstellung von Deutsch und Nazistisch angeführt, die Sie in Ihrem Brief gebrauchen, sondern ich habe erklärt, Weisheit in der Behandlung des geschlagenen Gegners sei allein schon geboten durch die schwere Mitschuld der Weltdemokratien an dem Aufkommen der faschistischen Diktatur, an dem Heranwachsen ihrer Macht und an dem ganzen Unheil, das über Europa und die Welt gekommen sei.“ (Thomas Mann: „Briefe“, Frankfurt/M. 1963, Bd. 2, S. 339.) Von dieser Antwort nimmt das „Arbeitsjournal“ keine Notiz.

Daß Thomas Mann ein liberaler Bürger war, Brecht ein Sozialist, daß Thomas Mann im idealistischen Denkschema befangen blieb, Brecht die materialistische Dialektik zu meistern gelernt hatte, ist der Hintergrund des Konflikts, dessen emotionelle Ladung wahrscheinlich mehr aus dem Persönlichen gespeist war als aus dem Politischen.

Hanns Eisler findet einen im Bereich der Literatur liegenden Grund, der die Gegnerschaft zu Thomas Mann in die Nähe des Konflikts mit Lukács versetzt. Eisler (S. 102 seiner „Gespräche“ mit Hans Bunge, München 1970) erkennt Brecht „einen neuen, plebejischen Realismus“ zu, wie er in der deutschen Literatur nicht da war. Brecht habe das Plebejische im Marxismus auf die Kunst transponiert. Bei Thomas Mann sei es umgekehrt. Bei ihm werde alles „Literatur“, bei Brecht werde nichts „Literatur“. (Die Anführungszeichen sind zu beachten.) Da wäre also noch einmal die Vieldeutigkeit des Realismus im Spiele.

In dem Maße, in dem der Krieg sich seinem Ende nähert, wird die Frage immer brennender: Warum kämpfen sie? 1943 sucht Brecht noch rationale Erklärungen. „Wenn die Organisationen und Mittel der unterdrückten Klassen zerstört sind, dann bleibt dem Vereinzelten nur übrig, nach Zeichen auszuspähen, daß die Organisationen der diktierenden Klasse zerbrechen“ (604). Aber 1945 ist Ausschau halten zu wenig. Brecht wird zum erstenmal von der unter den Exilierten herrschenden Ungeduld angesteckt, zum erstenmal glaubt er, in Erinnerung an Petersburg 1917, Möglichkeiten einer Revolution zu sehen (728). Ergreifend die Eintragung von 10. März 1945: „Zwischen dem Lehrgedicht (das ‚Kommunistische Manifest‘, BF) und den schrecklichen Nachrichten aus Deutschland. Ruinen und kein Lebenszeichen von den Arbeitern.“

Die Freien Deutschen in Moskau (und in Mexiko) rufen die Deutschen auf zur Rettung der Nation. Aber gibt es sie? Brecht findet, Bechers Artikel „Deutsche Lehre“ „stinke von Nationalismus“ (641). Der Nationalismus der Hitler werde ganz naiv akzeptiert, der Typus einer „neuen deutschen Nationalliteratur“ sei „entsetzlich opportunistischer Quark“, und bei der Anrufung des „Genius eines ewigen Deutschland“ verlangt er nach dem Speikübel. Deutschland müsse sich nicht als Nation emanzipieren, sondern als Volk, „genauer, als Arbeiterschaft“ (642).

Hätte er wie sonst sein dialektisches Meßinstrument angelegt, wäre es Brecht nicht entgangen, daß Bechers Nationalismus eine Funktion der mit dem Komitee „Freies Deutschland“ in den Kriegsgefangenenlagern der SU einsetzenden Sammelbewegung war, ein Element der antifaschistischen Strategie. Aber 1943, zur Zeit des Becherschen Artikels, war für Brecht das alte Dilemma noch ungelöst: sozialistische Revolution oder konsequente Demokratie? Wie 1938 ist er gegen Abschwächung, gar Verwischung der Klassenfronten.

Und da ist die Sowjetunion. Die Schlüsselstelle läßt uns an einem Hochflug angewandter Dialektik teilnehmen. „Die einen ziehen aus jeder Handlung der UdSSR den Schluß, daß sie eben nicht sozialistisch gesinnt ist, die andern betrachten jede Handlung der UdSSR als die einzig mögliche eines sozialistischen Staates“ (82). In Wirklichkeit gebe es dort sehr beträchtliche sozialistische Elemente materieller Art und die betreffenden Überbauten, andere seien noch ausgeblieben, aber „das verstehen wenige, da die meisten sich zum Funktionieren des Sozialismus ganz idealistisch einstellen“. Mit diesem 1940 unterschiedenen „die einen“ und „die anderen“ hat Brecht auf seine Art vorweggenommen, was später die Togliatti-Formel für das richtige Verhalten der SU gegenüber werden sollte: „Kritische Verbundenheit“, sowohl kritisch, wie verbunden.

Und da ist der Krieg. Was für ein Krieg? 1939. Der Pakt. Die Verwirrung. Das Weltproletariat ohne Losungen, Hoffnungen, Beistand (62). Diplomatie. Kein Volkskrieg, jedenfalls kein revolutionärer. „Die Kommuniqués sind auf nationale Töne abgestimmt“ (66). Man spürt Unbehagen. Und dann das verstehende Aufatmen: „Die Rote Armee marschiert in Europa ein“ (66).

Im Krieg hört der Klassenkampf nicht auf. Während die herrschende Klasse Frankreichs vor Hitlers Kriegsdrohung kapituliert, „verteidigen die Arbeiter in Rostow den Sozialismus mit Bratpfannen in den Stiegenhäusern, den Krieg nehmen sie als Privatsache“ (325). Und schließlich der Sinn des Ganzen: „Und Tag und Nacht tobt auf den Schlachtfeldern von Smolensk der Kampf um die Würde des Menschen“ (411).

Es wird deutlich, daß Brecht, wie viele Kommunisten, zu Kriegsende eine revolutionäre Erhebung erwartete. Einen deutschen Oktober. Aber schon 1941 befürchtet er, es könnten lange Phasen von Halbkriegen entstehen, Teilpazifizierungen, „wenn die klassische Verwandlung solcher Kriege nicht oder in unzulänglichem Maß passiert“ (255). Warnend erinnert er an das Ende des Ersten Weltkrieges, der die westeuropäische und deutsche Bourgeoisie intakt gelassen hatte; am Ende des Zweiten, befürchtet er, werde sich dieses Geschehen, oder besser Nichtgeschehen, wiederholen.

Der Leser von 1973 wird die Frage nicht unterdrücken können: Was sich ihm in den Journalnotizen aus 1938—1955 mitunter als linkes Wunschdenken aufdrängt, ist es nicht ein antizipierendes Mißtrauen gegen Entscheidungen, die, taktischer Vorteile willen, Grundsätzliches außer acht lassen?

Und da ist der Nachkrieg, der kalte. Wird Deutschland, wie die

Russen vorschlagen, „éntimperialisiert“, „wo, fragt man, ist dann garantiert, daß man Geschäfte machen kann“? (836). Schließlich hat es der Imperialismus geschafft, daß man wenigstens in einem Teil Deutschlands Geschäfte machen kann. Die antisowjetische Propaganda, notiert Brecht, sei derart aufgeheizt, daß ein Appell zur Objektivität einem den Verdacht zuzieht, „man sei ein Stalinagent“ (836).

Dennoch ist Brecht weiter linksoptimistisch. 1945 teilt er nicht die Meinung, „daß die amerikanische Bourgeoisie das Heft für lange Zeit in der Hand haben wird, wie man aus dem Fehlen einer Umsturzpartei sehen kann“ (746). Was heißt „lange Zeit“? In einem Gespräch mit Arnold Schönberg, der um die Tantiemen bangt, die sein erbberechtigter Sohn einmal erhalten soll, spricht Brecht die Vermutung aus, „daß in 25 Jahren der Kapitalismus anders aussehen wird, wenn er noch aussieht“ (748).

Hauptmotiv des Optimismus inmitten des Chaos von 1948/49: „Durch alle diese Wochen hindurch halte ich im Hinterkopf den Sieg der chinesischen Kommunisten, der das Gesicht der Welt vollständig ändert, dies ist mir ständig gegenwärtig und beschäftigt mich alle paar Stunden“ (892).

Brecht fiebert der revolutionären Umwälzung in Deutschland entgegen, sie kommt nicht, wiewohl sie kommen müßte. Der Schreiber des „Arbeitsjournals“ jammert nicht, er will bloß begreifen. Dialektisch begreifen, in den Griff bekommen, ist das Wichtigste, es „ermöglicht das Handeln“ (Me-ti). Begreifen heißt Widersprüchliches dialektisch auflösen. Brechts Meisterschaft in dieser Kunst bewährt sich an den schwierigsten „heißen Eisen“. Zu Shdanows einengenden Literaturthesen, nicht weniger kritikwürdig als die Lukács', notiert er erklärend: „Unter der Diktatur des Proletariats verliert die Literatur ihre Abreagierungsfunktion, sie wirkt nicht mehr partisanenhaft wie bei dem anarchischen Ausbau der Produktivkräfte durch die Bourgeoisie“ (755). Bei der gewaltsamen Auflösung des Bildungsmonopols entstehe eine Art Vakuum; für eine gewisse Zeit stehe die Literatur dem Bildungshunger ungebildeter Massen gegenüber. Ihre am meisten fortgeschrittenen Methoden bildeten jedoch das einzige Resultat der Entwicklung und könnten also nicht einfach aufgegeben werden.

Nicht minder eindrucksvoll ist die Erklärung der Untaten der ersten sowjetischen Besatzungstruppen in Berlin. „Nach all den materiellen Verwüstungen, welche die Naziheere in ihrem Land anrichteten, werden die russischen Kommunisten jetzt auch noch den psychischen Verwüstungen begegnen müssen, die der Hitlerraubkrieg unter den eben erst in den Zivilisationsprozeß geworfenen, vom Zarismus entmenschten ‚Muschiks‘ angerichtet hat“ (850).

Der Krieg ist vorüber, aber ist Frieden? Weiterhin ist es die Dialektik, die den Schlüssel liefert. „Ohne Dialektik“, notiert Brecht, „kann dieses Deutschland gar nicht begriffen werden, denn seine Einheit muß es durch weitere Zerreißung erkämpfen, die Freiheit kriegt es diktiert usw. usw.“ (813). Aus solchem Widerspruch könne nichts anderes hervorgehen als eine neue ‚deutsche Misere‘, die sich ihm,

nach Berlin zurückgekehrt, in der Weise dardut, „daß nichts erledigt ist, wenn schon alles kaputt ist ... die Deutschen rebellieren gegen den Befehl, gegen den Nazismus zu rebellieren, nur wenige stehen auf dem Standpunkt, daß ein befohlener Sozialismus besser ist als gar keiner. Die Übernahme der Produktion durch das Proletariat erfolgt in dem Zeitpunkt der Auslieferung der Produkte an den Sieger ... So wie die Bourgeoisie sich ihre Herrschaft von Napoleon aufzwingen ließ, nur um sie sogleich mit dem Adel zu teilen, benimmt sich jetzt das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber“ (864/65). Das ist ein schwarzes Bild von 1948, „aber“, schließt Brecht die Eintragung, „es ist dies nicht die ganze Wahrheit.“

Die ganze Wahrheit, die Brecht meint, erblickt der Rezensent in der Eintragung vom 17. Juni 1953. Brecht sieht in den Demonstrationen der Arbeiterschaft immer noch die aufsteigende Klasse, wenn auch verworren und kraftlos. Nach der ganzen geschichtlichen Entwicklung habe die Partei sowieso nicht auf die spontane Zustimmung der Arbeiterklasse hoffen können, sie habe Aufgaben unter Umständen ohne Zustimmung der Arbeiterklasse, ja gegen ihren Widerstand, durchführen müssen; die große Gelegenheit sei nun dagewesen, die Arbeiter zu gewinnen. Den 17. Juni empfindet Brecht „nicht einfach negativ“ (1009).

Das Neue, das wirklich Neue wird aus dem Alten erstehen. Den neuen Menschen „mit der Seele suchen“ — welcher Denker hat je dieser Versuchung widerstanden? Auch Brecht nicht. Nur daß Brecht nicht mit der „Seele“ oder einem Seelen-Surrogat sucht, sondern mit Dialektik. Noch in Finnland, die Wanderung hatte erst begonnen, notiert Brecht: „In Wirklichkeit ist der neue Mensch der alte Mensch, der den neuen Situationen am besten gerecht wird, den die neuen Situationen nach vorn treiben, das neue Subjekt der Politik. Die neuen Aktions- und Reaktionsweisen konstituieren den ‚neuen Menschen‘; das Alte an ihm bleibt, daß er eben Mensch ist. Alle Postulate an den Menschen, welche über die Postulate hinausgehen, welche die Situation stellt, sind zu verwerfen, solche Neuheitsbegriffe sind wertlos“ (212).

Man kann natürlich aus der Fülle von Eintragungen leicht diejenigen herausklauben, die auf Unruhe oder Unmut schließen lassen; aber Brecht als Kläffer gegen die Karawane präsentieren, die, von Sandsturm und Sonnenglut zum Ausweichen gezwungen, dennoch von Oase zu Oase weiterzieht, um aus der Wüste in das Bergland zu gelangen, ist antidialektisch, also antibrechtisch. Man kann manche Stellen aus dem „Arbeitsjournal“ als Zeugnisse von Enttäuschung interpretieren, aber als verkappten Ankläger gegen den Staat gewordenen Sozialismus aufbauen kann man Brecht nicht (wie dies geschehen ist).

Die Persönlichkeit, die im „Arbeitsjournal“ schaffend und denkend — denkend schaffend — agiert, ist, wie Johannes R. Becher bemerkt, „als Dichter ein Arbeiter“ (Johannes R. Becher: „Über Literatur und Kunst“, Berlin 1962, S. 750). „Nicht aus Bescheidenheit nannte er seine Dichtungen Versuche“, heißt es in dem schönen Nachruf von Max Schröder, „sondern aus Gewissenhaftigkeit“.

Hansgeorg Conert

Gibt es einen jugoslawischen Sozialismus? *

Produktionsverhältnisse und Ideologie

Seit etwa 1968 nimmt die Zahl der Übersetzungen sozialphilosophischer und sozialwissenschaftlicher Literatur aus Jugoslawien in der BRD bemerkenswert zu. Wieweit das der Expansion eines linken Büchermarktes als Folge des Abschlusses der aktionistischen Phase der „außerparlamentarischen Opposition“ 1966—1968 und der Hinwendung ihrer Gruppen zur Beschäftigung mit theoretischen Fragen des Sozialismus allgemein geschuldet ist und wieweit dem in einigen politischen und intellektuellen Kreisen verbreiteten Enthusiasmus für die gesellschaftliche Theorie und Realität Jugoslawiens sowie für die spezifische Marxismus-Rezeption einer Gruppe jugoslawischer Philosophen im besonderen, mag dahingestellt bleiben. Sicher kumulieren beide Tendenzen und tragen zusammen dazu bei, daß die kommerziellen Kalkulationen der Verlage aufgehen.

Im folgenden soll ein Teil dieser Literatur kritisch referiert werden. Vorab sind einige Einschränkungen hinsichtlich Reichweite und Tragfähigkeit der wissenschaftlichen und politischen Urteile, zu denen der Rezensent gelangt, angebracht. Er vermag nicht anzugeben, in welchem Maße die Übersetzungen repräsentativ für die entsprechende jugoslawische Literatur der letzten Jahre sind. Hinlänglich begründet kann nur vermutet werden, daß die nachfolgend besprochenen Abhandlungen ihrem wissenschaftlichen Anspruchsniveau nach überdurchschnittlich einzuschätzen sind und daß die gesellschaftswissenschaftliche jugoslawische Literatur insgesamt im Verhältnis zum originären Marxismus — pauschal formuliert — keineswegs weniger revisionistisch ist.

In die Sammelrezension sind nicht alle im deutschen Sprachraum übersetzten jugoslawischen Bücher dieses Genres einbezogen. Die Gründe für die Beschränkung sind einmal unvollständige „Marktübersicht“, zum anderen unzureichende Kompetenz des Rezensenten für die Beurteilung eines Teils dieser Publikationen, worauf unten noch konkreter zu verweisen ist¹.

* Der zweite Teil dieser Arbeit wird in einem der folgenden Hefte veröffentlicht.

1 Bewußt wurden in die Besprechung nicht die Bücher von Milovan Djilas aufgenommen. Sein Buch „Die neue Klasse“ betrifft das Thema dieser Sammelrezension, erschien jedoch weit vor der hier angezeigten Literatur. Seine späteren Veröffentlichungen sind m. E. nicht repräsentativ für die gesellschaftstheoretische Argumentation in Jugoslawien heute.

In die Besprechung sind folgende Bücher (in der Reihenfolge ihres Erscheinens in der BRD) einbezogen:

1. **Marković, M.:** Dialektik der Praxis. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1968 (194 S., br., 4,50 DM).
2. **Vranički, P.:** Mensch und Geschichte. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1969 (113 S., br., 4,50 DM).
3. **Petrović, G.:** Wider den autoritären Marxismus. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1969 (224 S., br., 12,— DM).
4. **Petrović, G. (Hrsg.):** Revolutionäre Praxis. Jugoslawischer Marxismus der Gegenwart. Rombach Verlag, Freiburg 1969 (286 S., Ln., 29,— DM).
5. **Supek, R.:** Soziologie und Sozialismus. Probleme und Perspektiven. Rombach Verlag, Freiburg 1970 (246 S., Ln., 39,— DM).
6. **Stojanović, S.:** Kritik und Zukunft des Sozialismus. Rombach Verlag, Freiburg 1970 (222 S., br., 9,80 DM).
7. **Kardelj, E.:** Zur gesellschaftlichen Funktion der Kritik. Freiheit und Verantwortung. Europa Verlag, Wien-Frankfurt/M.-Zürich o. J. (164 S., br., 12,— DM).
8. **Supek, R. und B. Bosnjak (Hrsg.):** Jugoslawien denkt anders. Marxismus und Kritik des etatistischen Sozialismus. Europa Verlag, Wien-Frankfurt/M.-Zürich 1971 (280 S., br., 21,— DM).
9. **Horvat, B.:** Die jugoslawische Gesellschaft. Ein Essay. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1972 (198 S., br., 4,50 DM).

Diese Bücher sollen im folgenden nicht einzeln und aufeinanderfolgend besprochen werden, weil so zahlreiche Überschneidungen und Wiederholungen unvermeidbar wären. Die kritische Darstellung soll vielmehr nach vier Themenbereichen gegliedert werden:

- I. Kritik des „etatistischen“ Sozialismus
- II. Begründung und Apologie des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus
- III. Kritik des sozioökonomischen und politischen Systems Jugoslawiens und seiner Entwicklungstendenzen
- IV. Marxismus-Rezeption, Geschichts- und Gesellschaftstheorie.

Dieser thematischen Aufgliederung kommt entgegen, daß es sich bei sechs der neun berücksichtigten Veröffentlichungen um Essaysammlungen handelt. Nur die unter 6, 7 und 9 aufgeführten Bücher sind in sich geschlossene Abhandlungen. 7 gehört in den Kontext des Themenbereichs III, 9 betrifft vollständig das Thema II. Lediglich bei 6 ist eine dislozierte Besprechung erforderlich, weil in diesem Buch die Problembereiche I, III und IV in extenso behandelt werden.

Die oben unter 1, 2, 3 und 5 genannten Bücher sind Essaysammlungen je eines Verfassers, in 4 und 8 sind dagegen Beiträge diverser Autoren zusammengestellt. Es sei hier bereits vermerkt, daß bei diesen Sammelbänden (mit Ausnahme von 2 und zum Teil von 1) das Fehlen von Erscheinungsnachweisen der einzelnen Beiträge als erheblicher Mangel bezeichnet werden muß, weil die Abhandlungen

so nur ungenau im Kontext der jeweiligen Phase der sozioökonomischen und politischen Entwicklung Jugoslawiens interpretiert und beurteilt werden können.

Zum Charakter des sozioökonomischen und politischen Systems Jugoslawiens

Maßstab der Kritik der hier zu besprechenden Bücher soll weniger der Grad der Übereinstimmung der inhaltlichen Aussagen und Argumentationsmuster mit abstrakten sozialetischen Normen und mit dem Stand sozialwissenschaftlicher Erkenntnis sein. Die überwiegend gesellschaftstheoretischen und -politischen Abhandlungen sind vielmehr im Kontext der realen sozioökonomischen Verhältnisse in Jugoslawien zu interpretieren und zu beurteilen. Dabei muß von der offiziellen Kennzeichnung der jugoslawischen Gesellschaft als einer sozialistischen und vom grundsätzlichen Konsens der Autoren mit diesem Anspruch ausgegangen werden. Daher ist es angebracht, der kritischen Besprechung der angezeigten jugoslawischen Literatur eine knappe Charakterisierung der sozioökonomischen und politischen Ordnung der SFRJ² voranzustellen³.

Die vom BdKJ⁴ vertretene Konzeption einer sozialistischen Gesellschaft wendet sich gegen die sowjetische Theorie, der eine Phasentrennung bei der Bestimmung der Übergangsgesellschaft vorgeworfen wird: zunächst sehe diese Theorie die Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus und Kommunismus vor; erst darauf folgend könnten sozialistische und kommunistische gesellschaftliche Beziehungen realisiert werden. Machtgeordnete politische Strukturen und hierarchische sozioökonomische Verhältnisse sollen mithin schon im Verlaufe der historischen Phase einer forcierten Entwicklung der Produktivkräfte durch kontinuierlich erweiterte gesellschaftliche Selbstverwaltung ersetzt werden. Zur theoretischen Begründung dieser These greift der BdKJ vornehmlich auf die Marxsche Darstellung und Interpretation der Maßnahmen der Pariser Kommune zurück⁵.

Bevor normative Institutionalisierung und tatsächliche Situation des Systems gesellschaftlicher Selbstverwaltung angedeutet werden, sind die zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse zu skizzieren. Seit 1952/53 wird das jugoslawische Wirtschaftssystem offiziell als

2 Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien.

3 Es geht hier nur um eine äußerst verkürzte Darstellung der Verhältnisse, nicht aber bereits um deren Kritik. Diese wird im Zusammenhang der Rezensionen Ausdruck finden.

4 Bund der Kommunisten Jugoslawiens.

5 Hier muß auf den Eklektizismus der Marxismus-Rezeption des BdKJ sowie seiner Theoriebildung überhaupt verwiesen werden. In Gestalt expliziter Kritik an theoretischer Orthodoxie, die mit „Dogmatismus“ gleichgesetzt wird, verwandeln sich Pragmatismus und Eklektizismus in Tugenden. Oft tritt nur allzu durchsichtig die nachträgliche theoretische Scheinlegitimierung an die Stelle der Resultate wissenschaftlich-materiellistischer Analyse.

„sozialistische Marktwirtschaft“ bezeichnet. Bis Anfang der sechziger Jahre war das Verhältnis von zentraler Planung und Leitung einerseits und Marktbeziehungen zwischen den Wirtschaftssubjekten andererseits im ganzen aber nicht wesentlich anders geartet als z. B. in der DDR nach dem Neuen ökonomischen System von 1963. Im Zuge der Wirtschaftsreform von 1965 wurde in Jugoslawien jedoch mit der Beseitigung jeder für die Betriebe verbindlichen zentralen Wirtschaftsplanung die gesamtgesellschaftliche Verfügung über die sachlichen Produktionsbedingungen aufgegeben und mit der Senkung der betrieblichen Steuer- und Gewinnabführungen an die öffentlichen Haushalte die gesellschaftliche Aneignung des Mehrprodukts weiter reduziert⁶. Nach offizieller Version erfolgten diese Maßnahmen im Interesse des Ausbaus der Selbstverwaltung. Dabei wird — verkürzt — so argumentiert: Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten müsse vor allem deren Recht auf Verfügung über das von ihnen geschaffene Produkt einschließen. Deshalb sei wirkliche Selbstverwaltung nicht zu vereinbaren mit der Lenkung der Betriebe von außen (durch zentrale Planung) sowie mit der „Entfremdung der unmittelbaren Produzenten von ihrem Produkt“ (durch Abführung größerer Mehrproduktteile an den Staat). Tatsächlich wurden im Verlauf der Wirtschaftsreform nach 1965 die jugoslawischen Betriebe aus jeglicher Bindung an die Erfordernisse eines rational und bewußt geplanten gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses entlassen⁷. Im Marxschen Sinne fungieren sie als kollektive *Privat*-produzenten.

Die gesellschaftliche Selbstverwaltung soll auf zwei Ebenen realisiert werden: als Arbeiterselbstverwaltung im engeren Sinne in den „Arbeitsorganisationen“ (d. h. in Betrieben, Schulen, Verwaltungsbehörden etc.) und als allgemeine Selbstverwaltung in den „gesellschaftspolitischen Gemeinschaften“ (Gebietskörperschaften). Die Institutionalisierung der Selbstverwaltung auf der erstgenannten Ebene begann im Sommer 1950 durch das „Grundgesetz über die Leitung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe . . . durch die Arbeiterkollektive“; die Selbstverwaltung im zweiten Bereich 1952 mit der Ergänzung der Volksausschüsse in den Kommunen durch Produzentenräte (einer überbetrieblichen Repräsentanz der Arbeiterräte in den örtlichen Vertretungskörperschaften). Die institutionellen Formen und normativen Kompetenzen der Selbstverwaltungsorgane wurden in der Folgezeit mehrfach im erweiternden Sinne modifiziert und 1963 in einer neuen Verfassung (Edvard Kardelj: „Verfassung eines absterbenden Staates“) systematisiert. Seither wurden wiederum durch diverse Amendments die Verfassungsbestimmungen von 1963 z. T. erheblich verändert.

6 Entsprechende Reduktionen gab es stufenweise schon vordem.

7 Es existieren zwar noch ‚Gesellschaftspolitische Pläne‘ für Fünfjahresabschnitte mit Globaldaten der Grundstruktur der ökonomischen Entwicklung. Sie werden jedoch nicht disaggregiert in verbindliche betriebliche Einzelpläne.

Eine kritische Analyse des jugoslawischen „Selbstverwaltungs-Sozialismus“ müßte prüfen: 1. wieweit die Konzeption als solche mit den wenigen allgemeinen, aber konstitutiven Grundsätzen sozialistischer Gesellschaftsgestaltung im Marxschen Sinne übereinstimmt und 2. wieweit sich Konzeption und formale Institutionalisierung mit der gesellschaftlichen Realität decken. An dieser Stelle nur zum zweiten Aspekt einige allgemeine Feststellungen:

Entsprachen in den fünfziger Jahren die realen Kompetenzen der Organe der Arbeiterselbstverwaltung infolge der (unter sozialistischem Aspekt völlig legitimen, ja notwendigen) Bindung der Betriebe an gesamtwirtschaftliche Pläne in etwa den Rechten der Betriebsgewerkschaftsleitungen und der Ständigen Produktionsberatungen in der DDR, so intendierten die verschiedenen normativen Modifikationen in den sechziger Jahren offiziell die Verwirklichung realer Autonomie der Arbeiterräte. Tatsächlich aber trugen diese Maßnahmen zur Stärkung der Position technokratischer Kräfte (vor allem des betrieblichen Managements) bei. Zum Beispiel besetzen diese zunehmend Positionen in den Arbeiterräten selbst, seit die gesetzliche Vorschrift aufgehoben wurde, nach der unmittelbare Produktionsarbeiter mindestens zwei Drittel der Mandate in den Arbeiterräten einnehmen mußten. Während die Artikel 90 ff. der Verfassung von 1963 die Modi der Wahlen und der Amtsdauer von Arbeiterräten und Betriebsdirektoren vorschrieben, stellte das 15. Amendment von Ende 1968 die entsprechenden Regelungen den Betriebskollektiven anheim. Auch dabei wurde von einer bedeutsamen Erweiterung der Selbstverwaltungsrechte gesprochen. Unter den realen Bedingungen (z. B. Informations- und Kenntnismvorteile des Managements, häufig kaum entwickeltes sozialistisches Bewußtsein und Desinteresse der Arbeiter) wirkten sich diese Neuerungen jedoch als tendenzielle Stärkung der Macht der Technokratie aus.

Die zweite Ebene der Selbstverwaltung soll primär in den Kommunen als den „grundlegenden gesellschaftspolitischen Gemeinschaften“ (Art. 96 Verfassung) liegen. Institutionalisierten Ausdruck findet sie hier in den nach Grundsätzen unmittelbarer Demokratie konstituierten Gemeindeversammlungen, in Wählerversammlungen und Plebisziten. Die normativ hervorgehobene Autonomie der Kommunen erstreckt sich vor allem auf die Bereiche des Bildungs- und Kultur- sowie des Gesundheits- und Sozialwesens⁸. Die tendenzielle Realisierung dieser Normen führte angesichts des regional außerordentlich heterogenen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus und bei grundsätzlicher Finanzautonomie der Kommunen zu wachsender Ungleichheit der Versorgung der Bürger mit entsprechenden Einrichtungen und Diensten.

Die Betonung von „Entstaatlichung“ und Dezentralisierung in der jugoslawischen Sozialismus-Konzeption legt den Schluß auf weit-

8 Die zeitweiligen Rechte der Kommunen in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung wurden inzwischen zugunsten der Autonomie der Betriebe ausgebaut.

gehend anarchische Zustände nahe. Tatsächlich trugen die Reformen der sechziger Jahre zu zunehmender Formierung und Freisetzung gesellschaftlicher Partialinteressen (der Betriebe, Wirtschaftsverbände, Berufsgruppen, Kommunen, Regionen und nicht zuletzt: der Nationalitäten!) bei. Erstaunlicherweise wird in Jugoslawien jedoch immer noch über „etatistische Tendenzen“, über ein Übermaß von staatlichen Interventionen geklagt. Dieser Widerspruch erklärt sich aus dem unkoordinierten, gleichsam naturwüchsigen Nebeneinander beider Tendenzen, der anarchischen und der administrativ-interventionistischen. Die sozioökonomische und politische Realität entspricht keineswegs der theoretischen Konzeption und den legalen Normen. Eklatante Widersprüche, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, provozieren immer wieder staatliche Interventionen, die den hochgepriesenen *laissez-faire*-Grundsätzen widersprechen. Diese Regulierungsversuche erfolgen jedoch planlos und unkoordiniert und verstärken damit langfristig eher gesamtwirtschaftliche Disproportionen und gesellschaftliche Gegensätze.

Bei der Selbstverwaltung in den „gesellschaftspolitischen Gemeinschaften“ stellt die tatsächliche Rolle des BdKJ einen wichtigen Faktor der Diskrepanz zwischen Norm und Realität dar. Dem offiziellen Selbstverständnis nach soll seine Funktion in indirekt anleitender Stimulierung der gesellschaftlichen Entwicklung und in ideologischer Führung liegen. Faktisch handhabt der BdKJ jedoch z. B. die Selektion der Mandatsvergabe für die Selbstverwaltungsorgane. Das wäre, ebenso wie die staatlichen Interventionen in den Reproduktionsprozeß, sozialistisch zu legitimieren, wenn die Politik des BdKJ Ausdruck einer aus einem umfassenden Diskussions- und Willensbildungsprozeß hervorgegangenen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsperspektive wäre. Die Regression des Reproduktionsprozesses in naturwüchsige Verlaufsformen hat jedoch den diversen Partialinteressen auch Eingang in den BdKJ verschafft, und seine Aktionen sind eher Ausdruck der temporär oder regional gerade dominierenden als der Erfordernisse einer rationalen sozialistischen Gesamtentwicklung.

Daß der Verzicht auf bewußte Planung und Steuerung des sozioökonomischen Reproduktionsprozesses sowie die Freisetzung gruppenkollektiver Sonderinteressen wirtschaftliche Disproportionen und gesellschaftliche Disparitäten hervorrufen mußte, ist evident. Sie finden in Jugoslawien seit einigen Jahren z. B. Ausdruck im wachsenden Abstand zwischen den wirtschaftlich entwickelten und den unterentwickelten Regionen, in offener und versteckter Arbeitslosigkeit⁹ (als Folge u. a. eines gesamtwirtschaftlichen Mißverhältnisses zwischen Konsumtion und Akkumulation sowie der betrieblichen Neigung zu kapitalintensiven Investitionen infolge des Gewinnmaximierungsprinzips). Weiter: in zunehmenden Einkommens-

9 Ca. 1 Mill. Jugoslawen arbeiten im kapitalistischen Ausland, im Land gibt es 350 000 registrierte Arbeitslose, daneben besteht verdeckte Arbeitslosigkeit in Gestalt ländlicher Übervölkerung.

disparitäten (zwischen Regionen, zwischen Wirtschaftszweigen, zwischen Betrieben innerhalb derselben, zwischen Funktionsgruppen in den Betrieben und zwischen im vergesellschafteten Sektor und privatwirtschaftlich Tätigen), in einer enormen Inflationsrate¹⁰, in „öffentlichen Defiziten“, wie sie die gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften kennzeichnen. Letztere zeigen sich in Jugoslawien z. B. im sehr ungleich entwickelten und insgesamt zurückbleibenden Bildungsbereich. Wie vor 15 und mehr Jahren liegt die offiziell registrierte Analphabetenquote bei knapp 20 %. Soweit nur eine exemplarische Aufzählung. Die spektakuläre kroatische Krise Ende 1971 war nur ihrer Erscheinungsform nach eine nationalistische; in ihrem Wesen ist sie Ausdruck der sozioökonomischen Widersprüche von Produktionsverhältnissen, die durch marktwirtschaftlich vermittelte Beziehungen zwischen gruppenkollektiven Privatproduzenten charakterisiert sind.

Es stellt sich die Frage nach den gesellschaftlichen Kräften, die seit Beginn der sechziger Jahre die sozioökonomische Entwicklung Jugoslawiens in die skizzierte Richtung vorantrieben. Der Verfasser kann eine fundierte Antwort nicht geben, weil ihm zuverlässige Analysen nicht bekannt und eigene unmittelbare Untersuchungen nicht möglich sind. Zunächst sprechen Indizien für die Vermutung, daß die gegenwärtige dubiose sozioökonomische Ordnung Jugoslawiens nicht das Ergebnis einer bewußt intendierten Entwicklung ist. Sie ist eher die vorläufige Resultante im ganzen planloser, pragmatischer *Reaktionen* auf aufbrechende ökonomische Krisensymptome. Diese wurzelten ursprünglich, d. h. in den frühen fünfziger Jahren, u. a. in überkommener Unterentwicklung, in tradierten Disparitäten, in den ökonomischen Folgen des politischen Bruchs mit der UdSSR 1948 sowie schließlich auch in den Konsequenzen der ersten die gesamtgesellschaftliche Lenkung des Reproduktionsprozesses durchbrechenden Maßnahmen. Hier stellt sich aber erneut die Frage, weshalb die Reaktion der Führung des BdKJ und der Zentralregierung nicht in Richtung einer Rückkehr zur zentralen Wirtschaftsplanung ging, weshalb vielmehr jede neue Maßnahme die einmal eingeschlagene Richtung weiter vorantrieb. Die Beantwortung dieser Frage würde eine hier nicht zu leistende genaue Analyse der Struktur der jugoslawischen Führungsgruppen zwischen etwa 1955 und 1965 erfordern. Es läßt sich nur als Ergebnis der Konflikte innerhalb dieser und zwischen ihnen die schließliche Dominanz jener Kräfte feststellen, die ihre eigenen Interessen an den Ausbau partikularer und lokaler Macht- und Einflußbereiche und mithin an die Schwächung einer gesamtgesellschaftlich intendierten Politik knüpften. Evident ist ferner der wachsende Einfluß ökonomistischer und technokratischer Kräfte, die sich mit Teilen der politischen Führungsgruppen des BdKJ und der Staatsorgane verbündeten. Der Sieg dieser Koalition

10 In den letzten drei Jahren ist im Durchschnitt eine fast 20 %ige Steigerung der Lebenshaltungskosten zu verzeichnen.

fand in der politischen Ausschaltung Alexander Rankoviés 1966 spektakulären Ausdruck¹¹.

Welche Haltung nahm aber die jugoslawische Arbeiterschaft zu dieser Entwicklung ein¹²? Zunächst läßt sich mit Sicherheit sagen, daß sie Objekt, nicht Subjekt dieser Prozesse war. Hier ist nochmals auf die erwähnte Diskrepanz zwischen den legalen Normen und der Realität des jugoslawischen „Selbstverwaltungs-Sozialismus“ zu verweisen. Noch 1972, 22 Jahre nach Beginn der Arbeiter selbstverwaltung und neun Jahre nach Inkrafttreten der „Verfassung eines absterbenden Staates“ führt Tito öffentlich Klage über den geringen Einfluß der Arbeiter auf politische und gesellschaftliche Entscheidungen. Dieser Einfluß war in der Zeit der hier bezeichneten Weichenstellungen nicht größer. Für eine aktive Rolle der jugoslawischen Arbeiterschaft in dieser Phase der gesellschaftlichen Entwicklung boten die realen Machtverhältnisse also keinen Raum. Und immerhin machen die „kleinen Warenproduzenten“, deren Ideologie und Interessen die angedeutete Entwicklung entspricht, mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus! Es sollte auch nicht übersehen werden, daß mit der sukzessiven Verwirklichung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ eine Beschränkung der Entwicklung der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien zugunsten der Verbrauchsgüterwirtschaft, eine Zunahme der Importe von Waren aus kapitalistischen Ländern sowie ein nicht unbeträchtliches Maß von „Liberalisierung“ im bürgerlichen Sinne verbunden war. Es hieße die objektiven historischen und sozioökonomischen Bedingungen negieren, wollte man von der jugoslawischen Arbeiterschaft im hier besprochenen Zeitraum ein entwickeltes und gefestigtes sozialistisches Bewußtsein erwarten, das sie zum entschlossenen Widerstand gegen jene Politik befähigt hätte¹³.

Heute verkörpern die Produktionsverhältnisse in Jugoslawien einen Typus sui generis, der weder mit „sozialistisch“ noch mit „kapitalistisch“ zureichend zu kennzeichnen ist. Da eine Gesellschaft nie statisch, sondern nur im Prozeß der Entwicklung durch die ihr immanenten Widersprüche und Triebkräfte analysiert werden kann, stellt sich die Frage nach der Perspektive des sozioökonomischen

11 Ob dabei andere Momente mitspielten, mag dahingestellt bleiben. Kern des Konflikts war jedoch die Richtung der sozioökonomischen Entwicklung Jugoslawiens.

12 Man muß sich dabei schon die allein zahlenmäßige Schwäche der jugoslawischen Arbeiterschaft vergegenwärtigen: von einer Gesamtbevölkerung von ca. 20 Mill. und einer ca. halb so großen Aktivbevölkerung waren 1970 3,7 Mill. im gesellschaftlichen Sektor beschäftigt, darunter 1,45 Mill. in der Industrie.

13 Man muß sich in diesem Zusammenhang vergegenwärtigen, daß die hier skizzierte politische und gesellschaftliche Entwicklung in Jugoslawien begleitet war von entsprechenden Veränderungen der politischen und kulturellen Atmosphäre: Verbreitung von Kommerzialisierung, Entpolitisierung, privatistischem Lebensstil, allgemeinem Bereicherungsdrang, Vulgarisierung der Massenmedien, etc.

Systems der SFRJ. Läßt sich heute sagen, daß die Paraphrase von Huberman und Sweezy „Friedlicher Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus“ zutrifft¹⁴? Die mit ihrer Entlassung aus jeglicher zentralen, gesamtgesellschaftlichen Planung verbundene Entwicklung der Betriebe zu gruppenkollektiven Privatproduzenten erfüllt u. E. diese Tendenz nicht. Will man die sich so formierenden, eigentümlichen Produktionsverhältnisse formelhaft kennzeichnen, trifft der von Stojanović benutzte Begriff „Anarchosyndikalismus“¹⁵ das gegenwärtige sozioökonomische System der SFRJ genauer als „Kapitalismus“. Allerdings vollziehen sich in Jugoslawien, insbesondere seit der „Wirtschaftsreform“ von 1965, auch deutliche privatkapitalistische Restaurationsprozesse. Sie verlaufen auf drei Ebenen: 1. Ausdehnung der privatwirtschaftlichen Betätigung (abgesehen von der bereits seit 1953 wieder so gut wie völlig privaten Landwirtschaft, im Handwerk, produzierendem Kleingewerbe, bei Hotels und Gaststätten sowie im Personen- und Gütertransport), und zwar sowohl hinsichtlich der Zahl der Privatunternehmer wie auch nach dem Umfang legal zugelassener Akkumulation¹⁶. 2. Stimulierung westlich-kapitalistischer Privatinvestitionen in jugoslawische Unternehmen¹⁷ und 3. — bisher nicht realisiert, aber offiziell diskutiert — Schaffung der Möglichkeit von Devisenanlagen, z. B. für im kapitalistischen Ausland arbeitende Jugoslawen, in heimische Unternehmen bei Emission von Anteilspapieren.

Das sind schwerwiegende Indizien für die Bestätigung privatkapitalistischer Restaurationstendenzen. Eine sichere, endgültige Prognose erlauben sie jedoch u. E. noch nicht¹⁸. Realistisch ist auch,

14 In: Bettelheim u. a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie. Berlin/West 1969. Der Artikel erschien in der von den Autoren herausgegebenen Zeitschrift *Monthly Review* bereits 1964 und setzt sich mit der chinesischen Kritik an der jugoslawischen Entwicklung auseinander. Die erwähnte Titel-Paraphrase ist mit einem Fragezeichen versehen.

15 Dazu unten die Besprechung von 6.

16 Es existieren (bisher sukzessiv stets erweiterte) Beschränkungen, die sich auf die Zahl der Lohnarbeiter und das konstante Kapital in seiner jeweiligen Naturalform (z. B. Zahl der Hotelbetten oder der Lastkraftwagen) beziehen. Im Herbst 1972 sollte die Zahl der für einen Privatunternehmer zugelassenen abhängig Beschäftigten von 10 auf 50 (!) erweitert werden. Der Verfasser konnte nicht ermitteln, ob diese Absicht im Zuge der — zumindest verbalen — Kurskorrektur zu dieser Zeit aufgegeben wurde.

17 Obgleich ein Verfassungsamendment den ausländischen Privatinvestoren eine Eigentumsгарantie gab und die Verwendungs- und Transferbestimmungen für die Profite „verbessert“ wurden, klagte die jugoslawische Presse bisher über zu geringe kapitalistische Investitionsbereitschaft.

18 Diese Einschätzung hat nichts mit der politischen Kampagne in Jugoslawien im letzten Quartal 1972 zu tun. Der Verfasser glaubt nicht, daß diese von personellen zu strukturellen Konsequenzen übergeht. Wie ganz ähnliche rhetorische Kraffleistungen schon früher, ist sie wohl eher Ventil für eine substantiell gerade folgenlose Entladung der aufgestauten Widersprüche.

zumindest auf mittelweite Sicht, die Perspektive einer weiteren Profilierung und Konsolidierung der eigentümlichen „anarchosyndikalistischen“ sozioökonomischen Ordnung der SFRJ.

I. Kritik des „etatistischen“ Sozialismus

„Etatismus“ ist die in Jugoslawien in der theoretischen und politischen Diskussion von Strukturproblemen sozialistischer Gesellschaften wohl am häufigsten gebrauchte Negativformel. Sie bezeichnet — ohne eindeutige Klärung und einhellige Verwendung des Begriffs — einen Zustand der Deformation nachkapitalistischer Übergangsgesellschaften, der charakterisiert ist durch die Konzentration der gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsgewalt bei einer elitären, bürokratischen Oligarchie, die den sozioökonomischen Reproduktionsprozeß wie die Entwicklung aller Sektoren der Gesellschaft umfassend plant, lenkt und kontrolliert und die die Masse der arbeitenden Bevölkerung in einem Zustand politischer Entrechtung und Entmündigung hält. Gelten den jugoslawischen Autoren die Staaten und Gesellschaften sowjetkommunistischer Provenienz als etatistische Paradigmen, so wird andererseits auch von „etatistischen Tendenzen“ in Gestalt — angeblich exzessiver — staatsinterventionistischer Maßnahmen in Jugoslawien selbst gesprochen.

In einem gewissen Kontrast zum Dauergebrauch des Reizworts „Etatismus“ in der politischen Publizistik und Rhetorik in Jugoslawien befassen sich — abgesehen von manchen peripheren Andeutungen — in der hier besprochenen Literatur nur drei Aufsätze¹⁹ etwas eingehender und ein Kapitel des Buches von Stojanović in extenso²⁰ mit dem so bezeichneten gesellschaftlich-politischen Phänomen. Bevor näher auf Stojanovićs Ansatz zu einer Theorie des Etatismus eingegangen wird, sollen einige Gemeinsamkeiten in der Behandlung des Themas durch die genannten Autoren²¹ hervorgehoben werden.

Zunächst ist zu verweisen auf das durchgängige Fehlen (oder auf die Beschränkung auf wenige allgemeine Andeutungen zu) einer Analyse der historischen, sozioökonomischen, politischen, bewußtseinsmäßigen etc. *Ursachen* jener Fehlentwicklungen, die im Ergebnis auf den Nenner „Etatismus“ gebracht werden. Stojanović geht (44/45) zwar kurz und allgemein auf diese Bedingungen ein, bringt dann aber (48) einen subjektivistischen Erklärungsansatz:

19 V. Milić: Beitrag zur Theorie des Gesellschaftskonfliktes, in: Nr. 8, S. 133 ff.

L. Tadić: Bürokratie als verdinglichte Organisation, in: Nr. 4, S. 192 ff.
M. Marković: Möglichkeiten einer radikalen Humanisierung der Industriekultur, in: Nr. 1, S. 78 ff.

20 Nr. 6, 3. Kapitel, S. 41—79.

21 Der Verfasser fand die im folgenden angedeuteten Charakteristika der Etatismus-Konzeption bestätigt in mehreren jugoslawischen Zeitschriftenartikeln, die nicht ausdrücklich in diese Besprechung einbezogen werden.

„Die Behauptung, ein rein staatlicher Sozialismus sei objektiv notwendig, ist meist die Rationalisierung der Schwächen der herrschenden Partei. Eine große Rolle spielt die Konzeption, mit der diese Partei an die Macht kommt. In Verbindung damit offenbart sich eine bestimmte theoretische Unzulänglichkeit. Bei den Klassikern des Marxismus konnte man sich lediglich an einen Entwurf des Sozialismus anlehnen, der jedoch von Anfang an Gegenstand interpretatorischer Meinungsverschiedenheiten war. Deshalb kam in allen bisherigen Fällen die kommunistische Partei mit der Auffassung an die Macht, der Staatssozialismus stelle das Paradigma des Sozialismus dar“ (48).

Daß Lenins ‚Staat und Revolution‘, bekanntlich am Vorabend der Oktoberrevolution geschrieben und infolgedessen Fragment geblieben, ein Paradigma etatistischer Sozialismusauffassung ist, wird niemand behaupten. Auch findet man selbst in der leninefeindlichen Literatur nicht Interpretationen der Art, Lenin habe mit ‚Staat und Revolution‘ über seine eigentlichen Absichten hinwegtäuschen wollen. Es müssen doch wohl die konkreten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen gewesen sein, jene von Lenin immer wieder betonte „barbarische Rückständigkeit“ Rußlands, die in erster Linie die Verwirklichung der antietatistischen Sozialismus-Konzeption von „Staat und Revolution“ verhinderten.

An die Stelle der Untersuchung der Genese des „Etatismus“ tritt eine zuweilen extensive Beschreibung der Erscheinungsformen:

„Die politische Organisation der stalinistischen Gesellschaft (zumeist verwenden die jugoslawischen Autoren Stalinismus und Etatismus synonym, C.) ist eine extrem zentralistische, ökonomisch geplante, kulturell gesteuerte und administrativ organisierte Gesellschaftskontrolle, die ihrerseits von der Öffentlichkeit ganz ungenügend kontrolliert wird. Der stalinistische Staatsapparat, der in die Partei integriert ist, trägt keine autonomen Gesellschaftsorganisationen, welche die verschiedenen realen Gesellschaftsinteressen fördern könnten, indem sie diese Interessen in rechtlich institutionalisierter und wirksamer Weise vertreten und versuchen, sie so rational wie möglich, offen und wirklich politisch, zu vereinen. Der Stalinismus ist also ein bis zum Extrem perfektioniertes zentralistisches System des Monopols der Gesellschaftsmacht in den drei wichtigsten gesellschaftlichen Bereichen: im wirtschaftlichen, im administrativen und im geistigkulturellen Bereich . . .“²²

Dieses Zitat verdeutlicht zugleich eine weitere Eigenart der jugoslawischen Etatismus-Kritik: ihre Affinität zur Konzeption „totalitärer Herrschaft“ sowie zu einigen anderen Theoremen der bürgerlichen Soziologie. So lehnt sich z. B. Tadić in seiner Bürokratie-Version an Max Weber an²³, und bei Milić finden sich deutliche Anklänge an die Dahrendorfsche Theorie sozialer Konflikte²⁴. In der

22 Milić, a.a.O., S. 143.

23 Tadić, a.a.O.; einen kritischen Akzent entgegen Weber setzt Tadić allerdings, indem er Bürokratie als Entfremdungsphänomen faßt.

24 Milić, a.a.O., S. 146 f.

Konsequenz einiger der angedeuteten Elemente der jugoslawischen Etatismus-Version liegt eine Konvergenzthese von Etatismus und Faschismus oder Etatismus und Kapitalismus: „Dieser Typ (charismatisch-bürokratischer Herrschaft, C.) erfuhr seine charakteristische Ausprägung in der Nazidiktatur und zu einem guten Teil auch in der pseudosozialistischen Organisation, die unter dem Namen Stalinismus bekannt geworden ist²⁵.“ Eine implizite Konvergenzbehauptung Etatismus-Kapitalismus liegt in der Verwendung des Ausbeutungsbegriffs zur Kennzeichnung der Aneignungsverhältnisse beider Gesellschaftstypen. Dazu sogleich noch einige Anmerkungen im Kontext der Etatismustheorie Stojanovićs²⁶.

Dem Anspruch nach entwickelt Stojanović den Ansatz einer Theorie des Etatismus. Wie schon angedeutet, kommt bei ihm jedoch ein entscheidendes Element der Analyse wesentlich zu kurz: die Untersuchung der historischen, vor allem der sozioökonomischen sowie auch der politischen Ursachen der politokratischen und oligarchischen Verselbständigung der Organe ursprünglich revolutionär-proletarischer Macht. Stojanović: „Dieser Prozeß muß erst noch erforscht werden“ (45). Ist aber *zuvor* überhaupt „eine Skizze der Theorie des Etatismus“ (41) möglich?

Stojanović setzt Etatismus nicht, wie andere jugoslawische Autoren, mit Staatssozialismus gleich. Letzterer ist für ihn — offenbar als revolutionär-proletarische Diktatur im Sinne von Marx und Lenin — eine notwendige Übergangsphase zwischen Revolution und Selbstverwaltungs-Sozialismus (46). Im „Etatismus“ sieht Stojanović das Produkt einer regressiven Entwicklung, die vom Staatssozialismus, statt zunehmender Verlagerung der sozioökonomischen und politischen Entscheidungskompetenzen auf Organe plebiszitärer sozialistischer Demokratie, zur Verfestigung und Verselbständigung der zunächst interimistisch intendierten Diktatur der staatlichen und parteilichen Leistungsgremien führt. Aber welches sind die objektiven Ursachen dieser Deformation? Daß die Sozialismus-Konzeption der revolutionären Partei „eine große Rolle“ spiele, befriedigt, wie schon oben gesagt, als Erklärung wenig (und nochmals: die der Bolschewiki war zwar nicht völlig konsistent, aber in ihrer Haupttendenz keineswegs „etatistisch“). Stojanović legt das Schwergewicht seiner Ausführungen weniger auf die Analyse der Genese dieser Fehlentwicklung als vielmehr auf die Zerstörung des „etatistischen Mythos des Sozialismus“. Hierunter versteht er den Anspruch der UdSSR (sowie implizit jener Staaten, die im Grundsätzlichen die sowjetische Theorie und Praxis der Übergangsgesellschaft teilen), ein Gesellschaftssystem sozialistischen Typs zu verkörpern. Es geht ihm vor allem um den Nachweis, daß der Etatismus nicht eine vorübergehende, sich mit der Änderung der objektiv-materiellen Be-

25 Tadić, a.a.O., S. 199.

26 Neben Stojanović so auch Marković: „Vom ökonomischen Standpunkt ist es für den Arbeiter egal, ob der Ausbeuter ein Kapitalist ist oder ein Bürokrat“. Marković, a.a.O., S. 79.

dingungen gleichsam selbsttätig korrigierende Fehlentwicklung im Sozialismus, sondern daß er ein sozioökonomisches und politisches System sui generis sei, um das die Marxsche Typologie moderner industrieller Gesellschaften — Kapitalismus und Sozialismus — zu erweitern wäre. Die Fähigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte sowie der gesellschaftlich-zivilisatorischen Modernisierung und bildungsmäßig-wissenschaftlichen Entfaltung gesteht Stojanović dem „Etatismus“ zu (54 ff.). Auch begreift er seine Herrschaftsstruktur nicht als statisch, sondern konstatiert eine Entwicklung vom „primitiv-politokratischen Etatismus“ (stalinistischer Provenienz) zu einem „technokratischen Etatismus“, als dessen ideologischer Vorläufer Saint Simon gelten könne (60 f.). In dieser Entwicklung sieht Stojanović Ansätze einer tendenziellen Konvergenz mit dem gegenwärtigen ‚Staatskapitalismus‘.

Der Rezensent neigt dazu, Stojanović in einem allgemeinen *Ergebnis*, nämlich der Konstatierung einer strukturellen Deformation des sozialökonomischen und politischen Systems der UdSSR, beizupflichten und gleichfalls in den nachstalinischen Entwicklungen keinen tendenziellen Fortschritt in Richtung der Annäherung an Prozeduren sozioökonomischer und politischer Entscheidungsfindung, die für eine im genuinen Sinn sozialistische Gesellschaft unverzichtbar sind, zu sehen. In der Begründung kann der Verfasser Stojanović allerdings nicht folgen. Das sei hier nur an einem zentralen Argument ver deutlich.

Für Stojanović ist der „Etatismus“ gekennzeichnet durch ein „ausbeuterisches Klassensystem“ (41), durch „Kollektiveigentum des Staatsapparates“ (an den Produktionsmitteln, 47), der die Arbeiterschaft beschäftigt und ausbeutet (50). In seiner Forderung nach Unterscheidung von Sozialismus und Etatismus, wie auch an späterer Stelle in seiner berechtigten Kritik an der jugoslawischen Entwicklung, legt Stojanović Wert auf die unverfälschte Anwendung marxistischer Kategorien. So müßte ihm bewußt sein, daß in bezug auf den „Etatismus“ der UdSSR die Verwendung des Begriffs „Ausbeutung“ falsch und die Rede von einem „Klassensystem“ zumindest zweifelhaft ist. „Ausbeutung“ besteht bekanntlich in privater Mehrwertaneignung, und diese findet in den „etatistischen“ Systemen nicht statt²⁷. Der oligarchische Kreis der Verfügungsmächtigen kann über die Verwendung des Mehrprodukts im Sinne objektiver ökonomischer Erfordernisse falsch sowie gegen die empirischen Interessen großer Teile der Gesellschaft entscheiden, er vermag sich aber dieses Produkt nicht privat anzueignen. Häufig wird auch die Bedeutung des Umstands verkannt, daß die Entscheidungen über die Verwendung des Mehrprodukts an gebrauchswertmäßig definierten Zielen orientiert sind, wodurch auch bei Abweichung von den mani-

27 Gemeint ist hier der „Etatismus“ staatssozialistischen Charakters, selbstverständlich nicht der gegenwärtige Kapitalismus, den Stojanović, anders als die übrigen Autoren, auch als etatistisch bezeichnet. Die Feststellung bezieht sich auf die Unmöglichkeit privater Kapitalakkumulation, sie negiert Einkommensprivilegien.

festen Interessen von Gruppen der Gesellschaft das objektive soziale Gesamtinteresse nie in der Weise negiert wird wie bei der Verselbständigung der rastlosen Bewegung des abstrakten Werts, des Kapitals.

Die letztlich exklusive Verfügungsgewalt der oligarchischen Führung über die Produktionsmittel erfüllt zwar ein wesentliches Element des marxistischen Klassenbegriffs. Da — wie betont — die Verfügungsgewalt jedoch nicht mit Aneignungsbefugnis verbunden, da die Dimension der Verfügung gesellschaftlich und nicht privat und da sie nicht vererbbar, mithin keine intergenerationsmäßige Konsistenz des Kreises der Verfügungsmächtigen gegeben ist, scheint mir im ganzen die Verwendung des Klassenbegriffs unangebracht²⁸. Wenn es Stojanović für falsch hält, neue gesellschaftliche Phänomene in das Raster überkommener Kategorien zu pressen, so sollte er oligarchische Führungsgruppen, die zumindest einige Klassenmerkmale entbehren, nicht als Klassen bezeichnen.

Als Beispiele der Überwindung etatistischer Strukturen durch bereits in dieser Weise deformierte Gesellschaften sowie entsprechender Tendenzen durch revolutionäre Bewegungen verweist Stojanović auf die CSSR 1967/68, auf den vietnamesischen Befreiungskampf und auf die Massenstreiks in Frankreich im Mai 1968. „Die historischen Geschehnisse in diesen Ländern stellen uns vor drei Probleme: 1. die sozialistische Revolution in unterentwickelten Ländern, 2. die sozialistische Revolution in Ländern, die sich als sozialistisch deklarieren und 3. die sozialistische Revolution in hochentwickelten kapitalistischen Ländern“ (62). Anschließend geht Stojanović näher auf die CSSR und Frankreich ein. Hinsichtlich der CSSR unterliegt er nach Ansicht des Verfassers einer Fehleinschätzung. Da diese Frage nicht das eigentliche Thema dieser Rezension ist, hierzu nur soviel: wie an anderer Stelle zu belegen ist, gehört Stojanović nicht zu den Apologeten, sondern zu den — sogar sehr grundsätzlichen — Kritikern der jugoslawischen Theorie und Praxis sozialistischer Gesellschaft. Deshalb erstaunt die folgende Feststellung:

„Jugoslawien hatte vor dem ‚Prager Frühling‘ das ‚Monopol‘ auf den sozialistischen Avantgardismus in Europa und begann sich in Selbstzufriedenheit zu wiegen. Die Tschechoslowakei bot von Januar bis August 1968 die Möglichkeit nicht nur der engsten Zusammenarbeit, sondern auch des Wetteiferns mit Jugoslawien in der Einführung revolutionärer Veränderungen“ (66).

Daran ist richtig, daß die in der CSSR seinerzeit dominierenden Tendenzen in die Richtung der jugoslawischen Entwicklung wiesen. Wie Stojanović allerdings das, was er an anderer Stelle als „Anarchosyndikalismus“ bezeichnet und einer geradezu vernichtenden Kritik unterzieht, hier als sozialistische Perspektive verklären kann, ist einigermaßen rätselhaft.

28 Vgl. hierzu auch Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. Frankfurt/M. 1967, S. 15.

II. Begründung und Apologie des Jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus

In der jugoslawischen sozialwissenschaftlichen Literatur, die das eigene sozioökonomische System zum Gegenstand hat, wird die Frage nach seiner theoretischen Begründung und marxistischen Legitimation nur selten gestellt. Auch bürgerliche Ökonomen und Soziologen, die sich mit der jugoslawischen Wirtschaft und Gesellschaft befassen, konstatieren den pragmatischen Grundzug des betreffenden Schrifttums. „Es gibt bisher keine allgemein anerkannte theoretische Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung“²⁹.

In der hier besprochenen Literatur finden sich Ansätze zu Begründungen des Selbstverwaltungs-Sozialismus in Essays von Supek und Marković. Eine eingehendere Darstellung der jugoslawischen Gesellschaft und einiger ihrer Probleme enthält das Buch von Horvat (Nr. 9), das im Anschluß ausführlicher besprochen werden soll. Zunächst jedoch zu den erstgenannten Autoren.

Der Ansatz Supeks (a. „Die Arbeiterselbstverwaltung als Voraussetzung für eine Humanisierung der Arbeit“, in: Nr. 5, S. 109 ff. und b. „Die Produktionsgemeinschaft im Wandel“, in: Nr. 8, S. 255 ff. — in anderer Übersetzung auch in: Nr. 5, S. 165 unter dem Titel „Das Schicksal der Produktionsgemeinschaft“) kann vorab so gekennzeichnet werden: Idee und Notwendigkeit der Arbeiterselbstverwaltung im Sozialismus werden abgeleitet aus der Entfremdungskonzeption der Marxschen Frühschriften und aus den Andeutungen über die entwickelte kommunistische Gesellschaft im späteren Marxschen Werk. Die Postulierung der Arbeiterselbstverwaltung erfolgt jedoch abstrakt-deklaratorisch, die Begründung bedient sich überwiegend allgemein-humanitärer, moralischer Argumente. Die Forderung ist völlig unzureichend mit der historischen und sozioökonomischen Realität vermittelt; die konkreten Voraussetzungen für die prozessuale Verwirklichung eines funktionsfähigen Systems von Arbeiterselbstverwaltung bleiben unerörtert.

Im Aufsatz a. setzt sich Supek mit der Haltung des sowjetischen Kommunismus zur Arbeiterselbstverwaltung auseinander. Nach Skizzierung der Diskussion über Arbeiterkontrolle und Rolle der Gewerkschaften im frühen Sowjetrußland und der Position Lenins in diesen Fragen kritisiert Supek den Artikel eines sowjetischen Autors aus dem Jahre 1956, der seinerseits gegen Kardelj polemisierte. Fragwürdig erscheint hier Supeks starre Entgegensetzung von sowjetischem „Etatismus“ und *Konzeption* der Arbeiterselbstverwaltung, denn die sowjetische Polemik richtet sich ja wohl nicht so sehr gegen die allgemeine Idee als gegen die besondere jugoslawische Version und Realität, deren Probleme Supek nicht diskutiert.

Auch im Artikel b. befaßt sich der Autor ausschließlich mit der Konzeption von Arbeiterselbstverwaltung im allgemeinen, nicht mit

29 G. Lemán: Ungelöste Fragen im jugoslawischen System der Arbeiterselbstverwaltung, Köln 1969, S. 2.

den Problemen ihrer Verwirklichung in Jugoslawien. Arbeiterselbstverwaltung erscheint hier als Form der Wiederherstellung der „Produktionsgemeinschaft“, die sich mit fortschreitender Arbeitsteilung auflöste und die Produzenten voneinander entfremdete. Obgleich nun Supek einige wichtige Marx-Passagen zitiert, vollzieht sich bei ihm die Entfremdung ausschließlich im Arbeitsprozeß, die Bedeutung des Verwertungsprozesses negiert er. So kann Supek die Frage nach den Chancen der Automation für die „Produktionsgemeinschaft“ aufwerfen und auf Arbeiten aus der neueren bürgerlichen Betriebssoziologie verweisen, ohne die politischen Bedingungen der Transformation spätkapitalistischer Gesellschaften in sozialistische auch nur mit einem Worte anzusprechen, gleichsam, als vollzöge sich diese als Folge der technologischen Entwicklung im Selbstlauf.

Marković behandelt Probleme des Selbstverwaltungs-Sozialismus weit weniger abstrakt als Supek (a. „Sozialismus und Selbstverwaltung“, in: Nr. 8, S. 213 ff. — unter dem Titel „Der Sinn der Selbstverwaltung“ in anderer Übersetzung auch in: Nr. 1, S. 94 ff. sowie b. „Die Dialektik der Lenkung der Gesellschaft“, in: Nr. 1, S. 121 ff.). Normative Aspekte treten bei ihm zurück hinter die Diskussion der konkreten objektiven sozioökonomischen, politischen und subjektiven, bewußtseins- und befähigungsmäßigen Voraussetzungen der Realisierung von Selbstverwaltung. In bezug auf Konzeption und tatsächliche Situation der Selbstverwaltung in Jugoslawien gelangt Marković zu recht kritischen Einschätzungen und Urteilen, die im folgenden Kapitel anzusprechen sind. Hier geht es um seine Begründung der Selbstverwaltungskonzeption. Sie ist weniger philosophisch (was hier auch heißen soll: weniger idealistisch) als bei Supek; Marković rekurriert nicht so sehr auf die Entfremdungskonzeption der Pariser Manuskripte als auf die Marxsche Kommune-Rezeption und auf jene bekannte Stelle aus dem 3. Band des „Kapital“, nach der die Freiheit der Menschen im Bereich der materiellen Produktion nur darin bestehen kann, „... daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden ...“ (b. 125). „Gemeinschaftliche Kontrolle“ der „assoziierten Produzenten“ meint nach Marković evidenterweise „Selbstverwaltung“ (126). Er definiert sie allgemein so: „Selbstverwaltung bedeutet, daß die leitenden Funktionen nicht mehr von einer Macht außerhalb der Gesellschaft, gegen die Gesellschaft, ausgeübt werden, sondern von den Menschen, die produzieren und das Gesellschaftsleben in all seinen Formen bilden. Selbstverwaltung bedeutet die Überwindung einer *dauernden* und starren Teilung der Gesellschaft in Subjekte und Objekte der Geschichte, in Leitende und Ausführende, in geistige Finesse und ihre physischen Werkzeuge in menschlicher Gestalt“ (a. 223). Die Verwirklichung von Selbstverwaltung in diesem Sinne versteht Marković als einen Prozeß, der in sozioökonomisch minder entwickelten Ländern, wie in Jugoslawien, nicht unmittelbar nach der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Ordnung ein-

setzen kann. Dazu fehlen hier die Voraussetzungen. „Deshalb kann einer solchen Gesellschaft in ihrer Entwicklung eine Phase nicht erspart bleiben, in der eine Elite, im besten Fall eine wahrhaft revolutionäre Elite, durch maximale Mobilisierung der Massen, nötigenfalls auch durch Gewalt, diese Voraussetzungen schaffen muß, nämlich: Industrie, Arbeiterklasse, Intelligenz, Schulwesen und Massenkultur“ (a. 213 f.). Die Hauptgefahr für den Ablauf des Prozesses der Verwirklichung eines Systems gesellschaftlicher Selbstverwaltung nach der Schaffung der erforderlichen objektiven und subjektiven Voraussetzungen sieht Marković in der Verselbständigung und Verfestigung der nur auf Zeit legitimierten Machtelite. Er bringt dieses Problem auf den Begriff der Bürokratie, lehnt sich jedoch im Gegensatz zu anderen jugoslawischen Autoren (z. B. Tadić, in: Nr. 4, S. 192 ff.) nicht an die Webersche Bürokratie-Konzeption an, sondern faßt die Kategorie breiter: „An sich ist politische Bürokratie erstens: eine dauerhafte, kohärente Gesellschaftsgruppe, die Politik professionell betreibt, die zweitens sich jeglicher Kontrolle durch die Massen entledigt hat und die sich drittens, dank ihrer unbegrenzten Verfügungsmacht über die Distribution der vollendeten vergegenständlichten Arbeit, mehr oder weniger große materielle Vorteile sichert“ (a. 219/20).

Implizit geht Marković von der Existenz einer Bürokratie in diesem Sinne in Jugoslawien aus, die letztlich für die Mängel des gegenwärtigen Standes gesellschaftlicher Selbstverwaltung verantwortlich gemacht und zugleich aus dem Fehlen von objektiven Voraussetzungen einer integralen Realisierung erklärt wird (a. 225). Marković unterscheidet vier Gruppen von Bedingungen für die prozessuale Vervollkommnung des Systems der Selbstverwaltung: 1. einen hohen Entwicklungsstand der Produktionstechnologie, der einerseits den gesellschaftlichen Charakter des Arbeitsprozesses vorantreibt, zum anderen ein höheres Maß von Autonomie der Produzenten gegenüber der Maschinerie ermöglicht, 2. ein ökonomisches Entwicklungsniveau, das umfassende Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Menschen erlaubt, 3. eine Gruppe von politischen Bedingungen, die auf den Nenner einer fortlaufenden Reduzierung machtbestimmter Formen der Lenkung der gesellschaftlichen Prozesse gebracht werden können und 4. eine Anzahl subjektiver, das gesellschaftliche Bewußtsein, die Engagierbarkeit, die Befähigung der Massen betreffende Bedingungen (a. 229 ff.).

Alle diese Voraussetzungen sind nach Marković in Jugoslawien nur unzureichend gegeben; ihr Fehlen zur Zeit der Einführung der Selbstverwaltung erkläre mithin Deformationen in ihrer Entwicklung; die noch heute vorhandenen Defizite erschweren deren Korrektur in der Gegenwart. Markovićs Konzeption gesellschaftlicher Selbstverwaltung unterscheidet sich unverkennbar von der derzeitigen jugoslawischen Praxis und auch von den bruchstückhaften Elementen einer partei- und staatsoffiziellen Version. So weist er z. B. die Gleichsetzung von Selbstverwaltung und maximaler Dezentralisierung zurück und betont dagegen die Notwendigkeit der Schaffung

zentraler Selbstverwaltungsorgane mit Entscheidungsbefugnissen von gesamtgesellschaftlicher Reichweite (a. 233). Bewußte Planung und Lenkung der globalen gesellschaftlichen Entwicklung ist für Marković Wesensmerkmal des Sozialismus (b. 122/23), und er weist die in Jugoslawien gängige Behauptung der Unvereinbarkeit von Selbstverwaltung und Planungsprinzip zurück. „Soll der allgemeine gesellschaftliche Plan nur eine Prognose oder auch eine Verpflichtung sein? Wenn wir von Planung und überhaupt von Lenkung ernsthaft sprechen wollen, hat solch' eine Frage kaum einen Sinn. Schon der Begriff der Planung nämlich impliziert, daß es sich um eine gewisse Praxis handelt, die gelenkt werden will, und nicht um ein rein theoretisches Interesse, den Lauf eines Prozesses zu erkennen und vorauszusehen“ (b. 141). Auch Marković polemisiert gegen die „etatistische“ Deformation des Sozialismus, auch seiner Konzeption gesellschaftlicher Selbstverwaltung eignen zuweilen Züge eines ethischen Rigorismus und gewisser sozioökonomischer und politischer Realitätsferne; jedoch bleiben bei ihm die konstitutiven Merkmale sozialistischer Gesellschaft, die das Marxsche Werk an verstreuten Stellen enthält, in der Substanz gewahrt.

Da Marković deutlich auf Schwächen der offiziösen jugoslawischen Selbstverwaltungskonzeption, noch mehr auf Mängel und Widersprüche in der Realität hinweist, lassen sich seine Aufsätze kaum als Apologien der gegenwärtigen sozioökonomischen und politischen Ordnung Jugoslawiens bezeichnen. Supeks Methode hat hingegen zumindest implizit apoletische Wirkung, weil sie mit Stoßrichtung gegen die etatistische Deformation des Sozialismus in der UdSSR eine abstrakte Konzeption gesellschaftlicher Selbstverwaltung propagiert, ohne deren Verhältnis zu einigen konstitutiven Merkmalen sozialistischer Produktionsverhältnisse im Marxschen Sinne (z. B. gesamtgesellschaftliche Verfügung über das gesellschaftlich erzeugte Mehrprodukt), und vor allem ohne die realen Probleme der sozioökonomischen Gegenwart Jugoslawiens zu erörtern. Marković und der im vergangenen Jahr verstorbene Supek dürften den meisten Lesern als Angehörige des engeren Kreises um die Zagreber Zeitschrift „Praxis“ bekannt sein. Beide sind Fachphilosophen mit ausgeprägt soziologischen Interessen. Branko Horvat ist dagegen Ökonom. Anders als die beiden zuvor behandelten Autoren hat (zumindest hatte) er neben seiner wissenschaftlichen Funktion (Direktor des jugoslawischen Instituts für volkswirtschaftliche Forschung in Belgrad) auch staatliche Ämter inne. 1964 erschien eine Art offiziöser Grundlegung der jugoslawischen ökonomischen Theorie von Horvat. In seiner Besprechung der englischen Ausgabe³⁰ urteilt E. Mandel: „Es ist kaum eine Übertreibung, wenn man feststellt, er (Horvat, C.) sei sehr viel eher ein Schüler der Cambridge-Schule der Wohlfahrtsökonomie als ein marxistischer Ökonom³¹.“ Das vorliegende, in

30 „Towards a Theory of Planned Economy“, in: Bettelheim, Dobb u. a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969, S. 90 ff.

31 a.a.O., S. 91.

Jugoslawien 1969 erschienene Buch (Nr. 9) bestätigt zumindest ein äußerst gebrochenes Verhältnis Horvats zur marxistischen und bürgerlichen sozialwissenschaftlichen Theorie. Es sei vorab resümiert, daß Horvats Essay, vielleicht unbeabsichtigt, allein infolge der Inkonsistenz seiner wissenschaftlichen Position und Argumentation, apologetische Züge aufweist.

Das erste Kapitel behandelt das ökonomische System der SFRJ. Eingangs stellt Horvat die Frage nach Zentralisation oder Dezentralisation als alternativen Organisationsprinzipien sozialistischer Wirtschaft. Wörtlich genommen geht es dabei um keine konstitutive Entscheidung; Horvat verwendet dieses Begriffspaar jedoch mit dem Bedeutungsgehalt von zentraler Planung und gesamtgesellschaftlicher Verfügung über das Mehrprodukt einerseits, von Selbstverwaltung und Geld-Ware-Beziehungen zwischen voneinander unabhängigen Kollektivunternehmen andererseits. Eine marxistische Legitimation der eigenen Position sucht Horvat sodann auf höchst unangemessene Weise. Ausgehend von der Feststellung, Marx und Engels hätten bekanntlich keine systematische Beschreibung der Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung hinterlassen, bringt er zunächst Marx- und Engels-Zitate, die — im Begriffsinne Horvats — die Position „Zentralisation“ ausdrücken, um dann solche anzuschließen, die er als Plädoyers für „Dezentralisation“ deutet (10 ff.). Wesentlicher als der leicht belegbare Umstand, daß die zweite Gruppe von Textstellen gar nicht das ausdrückt, was Horvat interpretiert, ist sein verkehrter Schluß: „Ausgehend von Texten von Marx ist es möglich, durch Reflexion zu unterschiedlichen Resultaten zu gelangen ... Wenn es sich ... um die sozialistische Wirtschaft handelt, ist die Berufung auf die Klassiker, mit ein oder zwei Ausnahmen, auch sachlich gegenstandslos. Sie bedeutete — da Marx und Engels jede derartige systematische Konstruktion abgelehnt haben — eine doppelte hypothetische Behauptung, nämlich daß wir wüßten, was jene über die Wirtschaft des Sozialismus gedacht hätten, wenn sie darüber nachgedacht hätten“ (19 f.). Daß Marx und Engels nicht über sozialistische Wirtschaft nachgedacht haben, ist eine kühne Behauptung! Das Ergebnis ihrer Reflexion schlägt sich in der Formulierung nur weniger konstitutiver Merkmale nieder, aber auf die kommt es an. Man muß sie jedoch, nicht zuletzt in ihrer Bedeutung, übersehen, wenn man in der eklektischen Manier Horvats Zitate aus Schriften der verschiedensten Phasen der Entwicklung der Theorie von Marx und Engels ohne Rücksicht auf den jeweiligen Kontext und auf Charakter und Funktion der betreffenden Werke (Kommunistisches Manifest, Kapital, Anti-Dühring) aneinanderreihet. Die Unzulänglichkeit von Horvats Marxismus-Verständnis erweist auch die folgende, der Interpretation der Zitate dienende Behauptung: „In seinem Kern charakterisiert den Sozialismus nicht das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Ware und Geld, sondern das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der befreiten Produzenten“ (20). Daß private Warenproduktion und -zirkulation die Produzenten dem „Mystizismus der Warenwelt“, jener „blinden Macht“ ausliefert,

also ihre Befreiung ausschließt, entgeht Horvat. Deshalb kann er auch Marx' Polemik gegen Wagner zitieren (22), um zu belegen, daß Marx die Kategorien des „Kapital“ nicht auf eine sozialistische Wirtschaft anwendbar hielt, ohne letztlich den Grund zu verstehen, daß nämlich für Marx die Beziehungen zwischen den „assoziierten Produzenten“ im Sozialismus eben nicht durch die Gesetze des Warenaustauschs reguliert werden.

Horvat kennzeichnet die jugoslawische Wirtschaft als eine Ordnung *sui generis*: sie entspreche weder der privatkapitalistisch-marktwirtschaftlichen noch der staatswirtschaftlich-zentralgeplanten sowjetischen Typs, noch stelle sie eine Mischform aus Elementen beider „reinen“ Typen dar, da das jugoslawische Wirtschaftssystem „monistisch“ auf dem Prinzip des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln basiere (24 f.). Nachfolgend spricht Horvat einige Funktionsprobleme der jugoslawischen Wirtschaft unter Ausklammerung wesentlicher theoretischer Fragen und realer Widersprüche, also mit apologetischer Tendenz, an. Einige Beispiele: An die Feststellung, früher hätten in der Arbeiterschaft selbst Zweifel an der Realisierbarkeit der Arbeiterselbstverwaltung bestanden, schließt der Autor an: „Seitdem hat die jugoslawische Erfahrung einen unschlagbaren historischen Beweis geliefert: die Arbeiterselbstverwaltung ist nicht nur praktisch möglich, weil sie in Jugoslawien bereits seit eineinhalb Jahrzehnten funktioniert, sondern sie ist auch ökonomisch effizient, da die jugoslawische Wirtschaft seit ihrem Bestehen die höchste Wachstumsrate aller Volkswirtschaften erreicht hat“ (28). Hier kommt ein unreflektierter, von den Gebrauchswerteigenschaften der Produkte abstrahierender Wachstumsfetischismus zum Ausdruck. Unterschlagen wird die andere Seite der „Erfolgs“bilanz: die Unfähigkeit, den Beschäftigungssuchenden im Lande Arbeit zu geben, Steigerungen der Lebenshaltungskosten von 20 % im Jahr, wachsende Einkommensdisparitäten usw. Zum anderen identifiziert diese Aussage implizit zwei konstitutive Merkmale der sozioökonomischen Ordnung Jugoslawiens, die jedoch keineswegs einander bedingen: Arbeiterselbstverwaltung und marktwirtschaftliche Beziehungen zwischen weitgehend autonomen, kollektiven Warenproduzenten. Horvat sieht in diesen Beziehungen tatsächlich den notwendigen, prinzipiell funktionsfähigen Vermittlungsmechanismus zwischen den „in hohem Grade“ autonomen Kollektivunternehmen. Daß dieser Mechanismus — selbst gemäß der marktwirtschaftlichen Theorie — nur unter vielfältigen Voraussetzungen funktioniert, spricht der Autor zwar an, er geht jedoch nicht weiter auf die Probleme ein, die aus dem Fehlen dieser Bedingungen in Jugoslawien entstehen.

Wie andere Apologeten des jugoslawischen „Anarchosyndikalismus“ (Stojanovic) identifiziert Horvat Arbeitsleistung und Markterfolg und umgeht damit sowohl die politökonomische wie die sozialethische Reflexion der betriebskollektiven Aneignungsweise (35). Daß auf zentrale Regulative der Wirtschaftsentwicklung nicht völlig verzichtet werden kann, konzediert er (36 ff.). Der — administrative

— „Zentralismus von oben“ werde gegenwärtig zunehmend durch einen funktionsgemäßen „Zentralismus von unten“ ersetzt (43). Unter letzterem versteht er vor allem Zentralisation der Unternehmens-einheiten. Daß dabei wirtschaftliche Macht konzentriert wird, die, abgelöst von gesamtgesellschaftlichen Bindungen und Verpflichtungen, sozioökonomische Privilegierung konstituiert und erweitert, verharmlost Horvat. Die Bildung von Monopolen ist zwar eine der beiden Gefahren, die er für das jugoslawische Wirtschaftssystem sieht. „Deshalb müssen in der Wirtschaft automatische Korrektive installiert werden. Wir haben bereits solche Korrektive. Es sind dies der BdKJ, die Gewerkschaften und die öffentliche Meinung auf der einen Seite, die Kommissionen für die gesellschaftliche Kontrolle, Ehrengerichte, Kammern und das Preisbüro auf der anderen Seite. Ob sie ausreichen, bleibt abzuwarten“ (47). Eine angesichts der Virulenz der Probleme recht lethargische Haltung!

Die zweite von Horvat zunächst konzedierte Gefahr „... ist die Herausbildung einer Profitmentalität“ (47). Er erwähnt hier die Kritik Sweezys³², weist sie im Ergebnis jedoch pauschal zurück. Zum einen unterstellt er Sweezy unzureichende Kenntnis der jugoslawischen Verhältnisse, zum anderen bedient er sich eines fragwürdigen Mittels zur Rechtfertigung der betriebskollektiven Aneignungsweise: er leugnet explizit den entfaltenen Marxschen Kapitalbegriff (49) und greift auf einen in den Pariser Manuskripten gebrauchten zurück: Kapital als „die Regierungsgewalt über die Arbeit und ihre Produkte“. Diese identifiziert er mit den Entscheidungsvollmachten der Arbeiterräte, folglich mit der gruppenegoistischen Verfügung über das gesellschaftliche Mehrprodukt.

Im 2. Kapitel behandelt der Autor Probleme produktiver Arbeit, des gesellschaftlichen Eigentums und der Struktur der jugoslawischen Gesellschaft. Produktive Arbeit im Sozialismus bestimmt Horvat zutreffend als Gebrauchswerte erzeugende (69 f.). Es stellt sich sodann die Frage nach der Bestimmung der konkreten stofflichen Gestalt der Produkte, nach der Rangfolge der durch die Produktion von Gebrauchswerten zu befriedigenden Bedürfnisse. „Im Sozialismus ist das Kriterium der Bedürfnisbefriedigung zentral, aber es handelt sich hier nicht um abstrakte Bedürfnisse, sondern um ganz konkrete, individuelle. Der Wohlstand der Gesellschaft ist abhängig davon, was mit dem Wohlstand jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft geschieht. Außerhalb des Wohlstands der konkreten Menschen gibt es keinen anderen Wohlstand“ (70). Dem ist beizupflichten; Horvat identifiziert hier jedoch offensichtlich den „konkreten Menschen“ mit dem einzelnen Individuum, mit der bürgerlichen Abstraktion des gegenüber der Gesellschaft autonomen Menschen. Daß individueller Wohlstand aber nicht identisch mit gesellschaftlichem, und daß letzterer durchaus konkret ist, wissen heute selbst bürgerliche Wissenschaftler und Politiker. Gerade hier zeigen sich reale und aktuelle Widersprüche der jugoslawischen Gesellschaft: ein unzurei-

32 Siehe Bettelheim, Dobb u. a., a.a.O., S. 33 ff.

chend entwickeltes und Privilegien verfestigendes Bildungssystem und ein ungenügendes System sozialer Sicherung z. B. kontrastieren mit in manchen Regionen geradezu exzessivem privatem Hausbau. Solche Probleme negiert Horvat mit seiner pauschalisierenden Feststellung.

In dem vom Eigentum handelnden Abschnitt (72 ff.) hebt Horvat zunächst den Gemeinplatz hervor, daß der Marxismus das Privateigentum an Produktionsmitteln, nicht aber an Gebrauchsgütern aufheben wolle. Die Betonung dieses wirklich allseits bekannten Sachverhalts weckt den Verdacht, sie solle der Rechtfertigung der hohen Einkommens- und Besitzdisparitäten in Jugoslawien dienen. Indem Horvat gegen diese gerichtete egalitäre Bestrebungen pauschal als vulgärsozialistisch diffamiert (73, Fußnote), vermeidet er die sozialetische Reflexion, die die hervorstechende Ungleichheit der Verteilung materieller Güter, nicht zuletzt in Anbetracht verbreiteter elementarer Armut, für eine als sozialistisch deklarierte Gesellschaft verlangt.

Das Problem privater Wirtschaftstätigkeit und begrenzten Privateigentums an Produktionsmitteln wird von Horvat pragmatisch-ökonomistisch abgehandelt. Ausgehend von dem oben zitierten Kapitalbegriff der Pariser Manuskripte gelangt er zu dem Schluß, „... daß der individuelle Besitz von Produktionsmitteln, mit denen der Eigentümer selbst arbeitet, nicht nur mit dem Sozialismus vereinbar ist, sondern eine integrale Kategorie der sozialistischen Wirtschaftsweise bildet“ (81). Daß auch ohne unmittelbare Ausbeutung von Lohnarbeitern private Wirtschaftstätigkeit, insbesondere bei Knappheit entsprechender Güter und Dienste, sekundäre „Ausbeutung“ der Käufer über den Preis zur Folge haben kann und in Jugoslawien ersichtlicher Weise hat, ignoriert der Verfasser wiederum. Es sei zugestanden, daß unter legitimen pragmatischen Erwägungen „kleine Warenproduktion“ in einer Übergangsgesellschaft möglich, vielleicht unerlässlich sein mag. Die von Horvat entwickelte Perspektive einer allmählichen Eingliederung des privaten Wirtschaftssektors in den gesellschaftlichen widerspricht jedoch der tatsächlichen jugoslawischen Entwicklung (zumindest bis Herbst 1972). Die Privatwirtschaft expandierte vielmehr (nicht unbedingt nach der Zahl der privatwirtschaftlich Tätigen, wohl aber nach deren Geschäftsumfang), und zwar unabhängig vom vergesellschafteten Sektor. Im Herbst 1972 sollte die Zahl zugelassener Lohnarbeiter pro Privatunternehmer von 10 auf 50 (!) erhöht werden (ob angesichts der partiellen innenpolitischen Kursänderung vom Herbst 1972 diese Absicht realisiert wurde, konnte nicht ermittelt werden). Die theoretisierenden Erwägungen Horvats zur Frage privater Wirtschaftstätigkeit im Sozialismus widersprechen also zum einen der tatsächlichen jugoslawischen Situation. Zum anderen bleiben sie beschränkt auf die Frage der ökonomischen Auswirkungen, während die sozialen (z. B. Einkommensdifferenzen) und bewußtseinsmäßigen (Fetischisierung von Privatbesitz, Bereicherungssucht, privatistische Verhaltensweisen etc.) ignoriert werden.

Im dritten Abschnitt des zweiten Kapitels wendet sich Horvat der Struktur der jugoslawischen Gesellschaft zu (91 ff.). Er versucht nicht, die Kategorien der marxistischen Klassentheorie für die Untersuchung nutzbar zu machen, sondern bedient sich vorrangig des Instrumentariums der bürgerlichen Schichten- und Rollenanalyse (91 ff.). Horvat plädiert für einen multiplen Statusindex aus den drei Variablen Sozialprestige, Einkommen und gesellschaftliche Macht; da ihm jedoch die empirischen Daten für die quantitative Erfassung der jugoslawischen Gesellschaft nach diesem Raster fehlen, stützt er sich bei seiner Analyse „... auf Erfahrung, Analogie und gewisse allgemein akzeptierte Wahrnehmungen...“ (92). Er gelangt so zu einer Hierarchie von sechs (teilweise noch untergliederten) sozialen Schichten, die wohl immerhin noch aussagekräftiger ist als der erwähnte Statusindex (verkürzt: staatlich-politische und wirtschaftliche Führungskräfte, Akademiker in verschiedenen Funktionsbereichen, Angestellte, Arbeiter, Handwerker und Bauern). Vermutlich entspricht diese Hierarchie im großen und ganzen den tatsächlichen gesellschaftlich-politischen Einflußchancen der genannten Schichten, sie korrespondiert aber nicht mit den Einkommens- bzw. Aneignungsverhältnissen. Das Schema negiert auch die verschiedenen unterprivilegierten, z. T. diskriminierten Gruppen der jugoslawischen Gesellschaft: ethnische wie Albaner und Zigeuner, Analphabeten, Arbeitslose, Wanderarbeiter, Zwergbauern.

An einigen Stellen bringt Horvat recht aufschlußreiche Angaben über das geringe Maß vertikaler sozialer Mobilität (95 ff.). Ähnlich wie bei Dahrendorf, wird für ihn jedoch die Frage der Mobilität zum zentralen Kriterium einer „demokratischen Gesellschaft“. Noch deutlicher als bei den ökonomischen Fragen bewegt sich Horvat hier völlig auf dem Boden der zeitgenössischen bürgerlichen Sozialwissenschaften, zuweilen selbst der ausgesprochen vulgären. Ohne Rücksicht auf die jeweiligen Produktionsverhältnisse vergleicht er sozialstatistische Daten verschiedener Länder. Die bekannte Nivellierungsthese akzeptiert er unkritisch für die spätkapitalistischen Gesellschaften (101, Fußnote), entwickelt eine entsprechende Perspektive für die jugoslawische Gesellschaft und krönt sie mit einem biologistischen Credo: „In dieser Gesellschaft könnte sich die Verteilung der Bildung (für Horvat der konstitutive Faktor sozialer Schichtung!, C.) mit der natürlichen Verteilung der Intelligenz nahezu decken...“ (101).

Von der vertikalen unterscheidet Horvat eine horizontale Struktur der jugoslawischen Gesellschaft mit vier „quasi-professionellen Gruppen“ als Elementen, nämlich Bauern, „nichtbäuerliche Marktproduzenten (Arbeiterklasse)“, Intelligenz und Bürokratie (101 ff.). Zwar kann in Anbetracht der eigentümlichen Produktionsverhältnisse die jugoslawische Gesellschaft nicht analog einer kapitalistischen analysiert werden. Lohnarbeit ist in der Tat nicht mehr durchgängiges Merkmal der Produktionsbedingungen, und ein Teil der Arbeiter, nämlich die marktstarker Unternehmen mit funktionierender Arbeiterselbstverwaltung, gehört eher zu den privilegierten Gruppen

der Gesellschaft. Aber dieses horizontale Strukturbild, mit der expliziten Behauptung des Fehlens antagonistischer Interessengegensätze, verschleiert reale soziale Widersprüche und Konflikte: z. B. zwischen den Bewohnern wirtschaftlich entwickelter und denen unterentwickelter Regionen, zwischen Arbeitern prosperierender und denen defizitärer Unternehmen, zwischen Arbeitern und Management innerhalb der Betriebe, zwischen ökonomisch Selbständigen und von ihnen Abhängigen, zwischen der politischen Führungselite und den sozialen Gruppen ohne relevanten gesellschaftlichen Einfluß etc.

Bei der Analyse der „Intelligenz“ (114 ff.) negiert Horvat das entscheidende marxistische Kriterium, den Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit. Er hebt hervor, infolge des freien Zugangs zur Hochschulbildung rekrutierten sich die Intellektuellen aus allen Schichten der Bevölkerung (119). Das ist einmal faktisch unrichtig — zahlreiche andere jugoslawische Autoren kritisieren gerade bestehende Bildungsprivilegien, u. a. infolge eines völlig unzureichenden Stipendienwesens. Zum anderen aber ist die Frage der Rekrutierung eine andere als die der tendenziellen Aufhebung des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit. Wenn Horvat vorschlägt, „statt von der Intelligenz von Arbeitern in nichtwirtschaftlichen Sektoren zu sprechen“ (120), leistet er nicht mehr als eine terminologische Verschleierung des Problems (abgesehen davon, daß natürlich nicht zuletzt auch in der Wirtschaft Angehörige der Intelligenz tätig sind.) Hinsichtlich der Bürokratie (121 ff.) lehnt sich der Autor wiederum an bürgerliche Soziologen (hier Duverger) an. Er analysiert Bürokratie nicht gemäß ihrer Genese und Funktion im Rahmen der besonderen jugoslawischen Produktionsverhältnisse und ihres politischen Überbaus, sondern von ihren Erscheinungsformen aus. So kann er einmal mehr Bürokratie „in den entwickelten Ländern“ verallgemeinernd behandeln. Schließlich ergeht sich Horvat in anthropologischen und psychologischen Theoremen über menschlichen Machttrieb als Ursache der Bürokratie (125). Gegenüber den von ihr ausgehenden Gefahren scheint dem Verfasser das gesellschaftliche und politische System Jugoslawiens letztlich ausreichend immunisiert.

Das dritte Kapitel behandelt die Funktion des BdKJ im sozioökonomischen System der SFRJ. Der Autor geht von der Feststellung des Fehlens einer entsprechenden Theorie aus. Die wünschenswerte Perspektive sieht Horvat in einer politischen Ordnung ohne Parteien; er lehnt für Jugoslawien sowohl ein Mehrparteien- wie ein Einparteiensystem ab (137 f.). Die Ursachen gewisser Bürokratisierungstendenzen im BdKJ sucht Horvat im Subjektiven, in psychischen, mentalen Dispositionen, statt in objektiven sozioökonomischen und politischen Verhältnissen. In diesem Kontext wirft er Fragen auf („Warum erzieht die heutige politische Organisation nicht mehr Persönlichkeiten mit ... moralischen Qualitäten? ... Wo ist die Solidarität geblieben, wenn wir nicht auf offensichtliche Ungerechtigkeiten reagieren? ...“, 141), die sich aus den gesellschaftlichen Bedingungen Jugoslawiens heute, mit den daraus erwachsenden Normen und Ver-

haltungszwängen sehr wohl erklären lassen, ohne daß es der Psychologisierung bedürfte.

Zur Sozialstruktur des BdKJ bringt Horvat einige aufschlußreiche Angaben (Überrepräsentation der Angestellten, Rückgang der Aufnahme von Arbeitern, geringer Anteil von Bauern, Vergreisung u. a. m., 148 ff.). Euphemistisch scheint Horvats Deutung, die Ausdehnung des Selbstverwaltungsprinzips auf alle gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, also auch auf den BdKJ, habe eine weitgehende Entbürokratisierung bewirkt. Tatsächlich blieb die Anwendung des Selbstverwaltungsprinzips in diesem Bereich weitgehend formal, und im BdKJ erfolgte eher eine Auswechslung der Eliten als eine Demokratisierung. Hinzu kommt der geringe Einfluß der Basisorgane des BdKJ, während dessen Spitzen eine Art Symbiose mit anderen Eliten (Staatsführung, Technokratie) eingehen.

Die allgemeine Aufgabe des BdKJ sieht Horvat darin, die begonnene gesellschaftliche Transformation voranzutreiben und sich als politische Organisation selbst obsolet zu machen. Dazu müsse der BdKJ zur Schaffung einer „demokratischen Kultur“ beitragen, deren Fehlen in Jugoslawien sich u. a. in mangelnder Kritik (vor allem an den höheren Staats- und Parteiorganen) und zu geringer politischer und gesellschaftlicher Initiative der Bürger ausdrücke. Der BdKJ müsse bestimmte organisatorische Regeln einhalten; Horvat zählt solche auf, die nach seiner Einschätzung im Prinzip anerkannt seien (180 f.) und fügt andere hinzu, die nicht akzeptiert sind (182 f.: wissenschaftliche Beratung der Führungsgremien, Schaffung eines Konsultationssystems auf allen Ebenen, Dezentralisierung des Kadereinsatzes, Verantwortlichkeit der Funktionäre nach unten, höhere Ansprüche hinsichtlich der moralischen Integrität bei der Mitgliederrekrutierung).

In den abschließenden Bemerkungen über die Entwicklungsperspektiven der jugoslawischen Gesellschaft kommt Horvat zu einigen kritischeren Einschätzungen als in dem Buch insgesamt, die nicht seltenen technokratischen Akzente werden hier partiell abgeschwächt. Der überwiegend apologetische Eindruck des Essays bleibt jedoch, vielleicht gegen die Absicht des Autors, nicht zuletzt als Folge seines wissenschaftlichen Eklektizismus, bestehen.

In diesem Abschnitt soll noch auf das Buch Kardeljs „Zur gesellschaftlichen Funktion der Kritik“ (Nr. 7) eingegangen werden. Es wurde eingangs nicht als einer der apologetischen Texte unter den hier besprochenen Büchern genannt, weil es im ganzen nicht als solcher charakterisiert werden kann. Bei der thematischen Gliederung der Sammelrezension ist es jedoch noch am sinnvollsten in diesem Kapitel unterzubringen.

Dabei sind die Stellung des Autors und das Thema seines Essays überaus geeignet, vorab den Verdacht einer Apologie der sozioökonomischen und politischen Verhältnisse der SFRJ zu wecken: Edvard Kardelj, der der Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bereits vor dem Kriege angehörte und noch heute als ihr maßgeblicher Theoretiker angesehen wird, setzt sich in der vorlie-

genden Schrift mit den Kritikern der jugoslawischen Herrschaftsverhältnisse und Machtstrukturen auseinander. Wenn er dabei konstruktive und destruktive, berechnete und unberechnete, progressive und reaktionäre Kritik unterscheidet, verstärkt sich zunächst einmal mehr der Verdacht, hier solle jede wirksame, unkontrollierte Herrschaft bezeichnende und in Frage stellende Kritik für illegitim erklärt werden. So einfach macht es sich Kardelj jedoch nicht; seine Argumentation ist im ganzen differenzierter und nicht selten sachlich und politisch grundsätzlich richtig. Allerdings trägt Kardelj seine Antikritik in sehr verallgemeinerter Form vor; es bleiben nicht nur die Adressaten anonym (möglicherweise selbst unter jugoslawischen Verhältnissen ein Gebot der Fairneß), er charakterisiert auch die Kritik selbst mehr, als sie zu referieren oder zu zitieren. Übrigens ist die Schrift, obgleich nicht sehr umfangreich, langatmig; der Autor wiederholt und variiert seine Kernthesen breit; sie hätten gut auf einem Drittel des beanspruchten Raumes entfaltet werden können.

Kardeljs Ausführungen kreisen um die Unterscheidung von nach Inhalt und Form legitimer und notwendiger und ungerechtfertigter Kritik. Dabei entwickelt er keinen umfassenden Katalog der Kriterien von Kritik der einen und der anderen Art, sondern variiert wenige allgemeine Charakteristika. Kardelj versteht Kritik als „gesellschaftliche Aktion“, mithin als folgenreiche Einflußnahme auf die politische und soziale Entwicklung des Landes. Daraus leitet er Recht und Notwendigkeit ab, bestimmte Anforderungen an die Kritik zu stellen. Diese faßt er so zusammen: „Erstens muß sie unzweideutig das gesellschaftliche Ziel ausdrücken, das die sozio-ökonomischen und politischen Interessen und Bestrebungen der werktätigen Menschen enthält, also jener Kräfte, die ihrer gesellschaftlichen Lage gemäß am fortschrittlichsten sind; zweitens muß sie derart orientiert sein, daß sie alle jene Faktoren aufdeckt, anregt und fördert, die die objektiven gesellschaftlichen und geschichtlichen Träger einer solchen zielstrebigem Bewegung darstellen, und schließlich muß sie alle Elemente der Kritik, ihren Inhalt, ihre Methode, ihre Mittel und ihre Sprache, kontrollieren und ein tiefes Gefühl der Verantwortlichkeit für eine solche Einordnung der Gesellschaftskräfte erziehen, die den fortschrittlichen Faktoren günstige Bedingungen gewährleistet. Sie muß also befähigt sein, sich nicht nur jener Kritik zu widersetzen, die von ausgesprochen antisozialistischen Standpunkten aus geführt wird, sondern auch jener blinden und richtungslosen Kritik gegenüber, die die sozialistischen Kräfte entwaffnet und so ... zum Hemmschuh des fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewußtseins wird“ (107).

Die Bindung der Kritik an eine sozialistische Grundhaltung rechtfertigt Kardelj mit der begrifflichen Präzisierung, „sozialistisch“ bezeichne in diesem Kontext die gesicherten Erkenntnisse der materialistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie, bedeute hier also soviel wie „wissenschaftlich“ (109 f.). Kardelj richtet seine Polemik vor allem gegen eine Kritik, deren Position er als „abstrakter Humanismus“ bezeichnet, ein Vorwurf, der in Jugoslawien wiederholt

an die Adresse der Herausgeber und Autoren der „Praxis“ gerichtet wurde. Gemeint ist die abstrakte Konfrontation der gegenwärtigen gesellschaftlich-politischen Realität mit allgemein-humanitären und marxistisch-sozialistischen Postulaten (z. B. freie Entfaltung der Persönlichkeit, herrschaftsfreie gesellschaftliche Beziehungen, Überwindung aller Formen von Entfremdung), ohne Vermittlung jener Normen mit den realen, objektiven Bedingungen und Möglichkeiten ihrer Verwirklichung und ohne die Bereitschaft zur eigenen verantwortlichen Teilnahme an allen praktischen Bestrebungen, den Prozeß ihrer Realisierung voranzutreiben. „Nicht gewisse Ideale und Vorbilder zu schaffen und sodann die Praxis danach zu beurteilen, inwiefern sie diesen entspricht, ist demnach Gegenstand der marxistischen Kritik, die unter den Bedingungen der sozialistischen Praxis wirkt. Sie befaßt sich vielmehr mit den Wegen, Mitteln und Trägern der fortschrittlichen Gesellschaftsprozesse“ (61).

In der hier besprochenen Literatur finden sich nicht selten Sentenzen, die den Kardeljschen Vorwurf eines „abstrakten Humanismus“ berechtigt erscheinen lassen. Inwieweit jedoch die offenbar wirkliche Isolierung der jugoslawischen Intellektuellen vom realen politischen Geschehen selbstgewählter Abstinenz entspringt oder wie weit sie auf faktischem Ausschluß von wirksamer Teilnahme an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beruht, kann hier nicht eindeutig beantwortet werden. Kardelj konzidiert jedenfalls Tendenzen zu gelegentlichem Umgang mit Kritikern, den er als „bürokratisch“ bezeichnet, der wohl aber auch repressive Formen annimmt (18, 89, 91). Solche administrativen Beschränkungen der Freiheit der Kritik sieht der Verfasser nicht zuletzt provoziert durch Formen der von ihm kritisierten abstrakten, pauschalen, überzogenen und antisozialistischen Polemik gegen Personen und Verhältnisse. Gerade im Interesse der Vermeidung solcher Restriktionen bedürfe die Gesellschaft einer sachlichen, verantwortlichen, sozialistischen Kritik: „Eben aus diesem Grunde, administrative Eingriffe in den Meinungskampf und die Gesellschaftskritik zu vermeiden und die demokratischen Formen unseres gesellschaftlichen Lebens sich so frei wie möglich entwickeln zu lassen, haben wir also eine echte sozialistische, marxistische Gesellschaftskritik nötig — radikal und scharf in ihrer Form, inhaltlich jedoch konstruktiv, demokratisch und humanistisch“ (102).

Konzidiert Kardelj einerseits Unvollkommenheiten des gegenwärtigen Standes der Verwirklichung sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen (130, 135, 137, 141, 159 f.), so neigt er andererseits gelegentlich zu apologetischer Argumentation (28, 30, 35, 75 f., 143). Insgesamt rechtfertigt das Buch nicht den Verdacht, Kardelj verfolge die Absicht, berechtigter Kritik der sozioökonomischen und politischen Verhältnisse in der SFRJ pauschal die Legitimation abzusprechen. Der Vorwurf der Abstraktheit verbreiteter Kritik fällt jedoch nicht selten auf seine Argumentation zurück: die Feststellung des prozeßhaften Charakters der Verwirklichung des Sozialismus bleibt ein Gemeinplatz, wenn nicht zugleich die realen Tendenzen

der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung analysiert und bezeichnet werden. Hier hätte eine materialistisch fundierte Kritik anzusetzen, die Kardelj konkretere Repliken abfordern würde.

III. Kritik des sozioökonomischen und politischen Systems Jugoslawiens und seiner Entwicklungstendenzen

Keine der hier besprochenen Schriften ist ausschließlich der Kritik von Theorie und Praxis der jugoslawischen Konzeption sozialistischer Gesellschaft gewidmet. Größere Bedeutung kommt diesem Thema nur in einigen der in dem Band „Dialektik der Praxis“ (Nr. 1) vereinten Essays Markovičs zu. In Stojanovičs Buch (Nr. 6) enthält eines der 10 Kapitel (das sechste) eine sehr grundsätzliche und pointierte Kritik der offiziellen jugoslawischen sozialistischen Theorie. Schließlich finden sich in zwei oder drei der in dem Sammelband „Jugoslawien denkt anders“ (Nr. 8) zusammengefaßten Arbeiten entsprechende kritische Ansätze. Vorab zu ihrer allgemeinen Charakterisierung: diese Kritik bezieht sich auf bestimmte ökonomische, soziale, politische und kulturelle *Erscheinungen* der jugoslawischen Gesellschaft, nur bei Stojanovič erstreckt sie sich auch — und sogar vorrangig — auf die theoretische Konzeption gesellschaftlicher Selbstverwaltung. Inhaltlich beschränkt sich die Kritik überwiegend auf die Feststellung und Beschreibung von Fehlentwicklungen; mit Ausnahme von Ansätzen bei Markovič und Rus (siehe unten) schließt sie keine analytischen Erklärungen der allgemeinen und besonderen Ursachen ein.

Stojanovič beschränkt sich, wie schon angedeutet, nicht auf die Kritik von Einzelerscheinungen der sozioökonomischen und politischen Entwicklung Jugoslawiens, sondern richtet seine Polemik gegen die offizielle Selbstverwaltungskonzeption überhaupt. Daß diese in grundsätzlicher Hinsicht im Widerspruch zu Marxschen Kriterien sozialistischer Produktionsverhältnisse steht, ist zwar evident, wird unter den hier behandelten Autoren aber nur von Stojanovič eindeutig ausgesprochen. Entfalteter Sozialismus bedeutet für ihn unter Berufung auf Marx durchaus gesellschaftliche Selbstverwaltung. Diese muß sich jedoch sowohl auf die „assozierten Produzenten“ in ihrer Gesamtheit wie auch in ihren spezifischen Funktionen, Belangen und entsprechenden Gruppierungen erstrecken. Zu Recht sieht Stojanovič den Kern der jugoslawischen Marx-Revision in der Ignorierung der erstgenannten Dimension. Er unterscheidet demgemäß begrifflich zwischen gesellschaftlicher Selbstverwaltung im genuinen Marxschen Sinne und Gruppenselbstverwaltung entsprechend der jugoslawischen Theorie und Praxis (121). Er betont den syndikalistischen Ursprung und Gehalt der letzteren (119 f.) und resümiert: „Für einen solchen Sachverhalt muß man die theoretische Inspiration bei Proudhon und nicht bei Marx suchen“ (122). Die Vernachlässigung der gesamtgesellschaftlichen Dimension der Selbstverwaltung drückt sich u. a. im Verzicht auf eine entsprechende Verfügung über das

gesellschaftliche Mehrprodukt aus, in der Beseitigung zentraler und verbindlicher Planung und Lenkung der sozioökonomischen Entwicklungsprozesse, in der unbegründeten Gleichsetzung von Dezentralisierung und Demokratisierung (122). Der unzulässigen Identifizierung von Gruppenselbstverwaltung und gesellschaftlicher Selbstverwaltung in der jugoslawischen sozialistischen Theorie entspricht die von Gruppeneigentum und gesellschaftlichem Eigentum (125). Entgegen der ideologischen und formalrechtlichen Version befinden sich die jugoslawischen Betriebe faktisch im Gruppeneigentum. „Die Gefahr einer Beschränkung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung auf die Gruppenselbstverwaltung gründet sich auf die faktische Behandlung des Gesellschaftseigentums als Gruppeneigentum... Was ist das völlige Abschließen der einzelnen selbstverwalteten Gruppen — was Kader und Verteilung anlangt — im Verhältnis zur Gesellschaft anderes als die Monopolisierung eines Teils des Gesellschaftseigentums?“ (126)

Stojanović bezeichnet Ideologie und Realität der Gruppenselbstverwaltung als „Anarcholiberalismus“. „Sobald wir den Begriff Kapitalist mit dem Begriff Selbstverwaltungsgruppe vertauschen, drängt sich uns unvermeidlich die Analogie zwischen dem ‚sozialistischen‘ Anarcholiberalismus und der Ideologie des liberalen Kapitalismus auf. Jenes Verhalten mancher selbstverwalteter Gruppen, das vom Anarcholiberalismus verteidigt wird, erinnert stark an die Verhältnisse im sogenannten ‚laissez-faire‘ Kapitalismus“ (128). Stojanovićs Hinweis auf die übliche Diffamierung genuin marxistischer Positionen als „verborgenen Etatismus“ deutet die Restriktionen an, denen solche Kritik in Jugoslawien unterliegt.

Den Ansatz zu zumindest einer Teilerklärung der Ursachen der anarchosyndikalistischen Entwicklung in Jugoslawien liefert Stojanović mit der Hypothese, die überkommene etatistische Oligarchie brauche die latent anarchischen Tendenzen der Gruppenselbstverwaltung, um sich mit der eigenen Funktion integrativer Intervention unentbehrlich zu machen und so zu legitimieren (130). Schließlich bezeichnet und kritisiert der Verfasser eindeutig die aus der völligen Freisetzung der Ware-Geld-Beziehung resultierenden Verhaltensweisen, Einstellungen und Normen: „Wenn das ganze Leben auf der Jagd nach Gewinn und auf gegenseitiger Konkurrenz beruhen würde, dann hätte eine solche Gesellschaft, auch wenn sie sich als selbstverwaltet bezeichnet, nicht das Recht, sich auf Marx zu berufen. Besäße sie dann denn nicht eben jene Hierarchie der Werte, die Marx an der bürgerlichen Gesellschaft so scharf kritisiert hat? Ein solcher Mensch würde sich in keinem entscheidenden Punkt von Marxens homo duplex unterscheiden: der egoistische einzelne und die egoistische Gruppe auf der einen, der abstrakte Bürger auf der anderen Seite. Es wäre dann nebensächlich, wenn anstelle der Kapitalisten selbstverwaltete Gruppen existierten, die sich wie ‚kollektive Kapitalisten‘ verhielten“ (132). Es liegt auf der Hand, daß Stojanović den Konjunktiv benutzt und den Infinitiv meint. Seine Kritik der sozioökonomischen und politischen Entwicklung der SFRJ sticht von der

nachfolgend verkürzt zu referierenden durch Grundsätzlichkeit und Rigorismus ab. Ihre Schwäche liegt in der Beschränkung auf den Nachweis der Unvereinbarkeit von „sozialistischem“ Anarcholiberalismus und Marxismus, im Verzicht auf eine Analyse der materiellen Ursachen jener Fehlentwicklung.

Auch bei Marković finden sich hierzu nur wenige Andeutungen. Da er im Gegensatz zu Stojanović die jugoslawische Theorie gesellschaftlicher Selbstverwaltung kaum in seine Kritik einbezieht, steht in deren Mittelpunkt die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Sie wird allgemein erklärt aus dem weitgehenden Fehlen der oben genannten vier Gruppen von Bedingungen, „... deren allmähliche Realisierung die Entwicklung immer vollkommenerer Formen der Selbstverwaltung möglich...“ machen soll. Das habe Konsequenzen wie diese: „In einer relativ rückständigen, wirtschaftlich armen und dazu politisch und kulturell unzureichend entwickelten Gesellschaft kommt es auch zu Widersprüchen zwischen der Selbstverwaltung und lokalen bürokratischen Tendenzen: Es entstehen nämlich bürokratische Cliques, die sich aus technischen Leitern und Funktionären politischer Institutionen und Organisationen (des Bundes der Kommunisten, der Gewerkschaft und staatlicher Organe) zusammensetzen, zu denen manchmal auch führende Aktivisten aus den Arbeiterräten kommen; diesen Cliques gelingt es oft, alle Macht in den Unternehmen und in der Kommune an sich zu reißen“ („Sozialismus und Selbstverwaltung“, in: Nr. 8, S. 233). Die unzureichende Entwicklung objektiver Voraussetzungen einer funktionierenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung ist bei Marković also die allgemeine Erklärung für die Fortexistenz der Bürokratie, die ihrerseits in erster Linie für die verschiedenartigen Mängel im sozioökonomischen und politischen Bereich verantwortlich gemacht wird. Die deformierenden Wirkungen der Ware-Geld-Beziehungen und der Marktkonkurrenz werden zwar gelegentlich angesprochen, sie sind jedoch offenbar für Marković von nachgeordneter Bedeutung gegenüber den Folgen der Bürokratie. Zur Erklärung der Ursachen der spezifischen jugoslawischen „anarcholiberalistischen“ Deformation des Sozialismus tragen die wenigen allgemeinen Hinweise Markovićs nicht bei: sie vermögen allenfalls einen historischen Rückstand in der Verwirklichung vollkommenerer sozialistischer gesellschaftlicher Beziehungen plausibel zu machen, jedoch eben nicht die konkrete Erscheinungsform der Fehlentwicklung.

Veljko Rus („Die Institutionalisierung der revolutionären Bewegung“, in: Nr. 8, S. 193—209) geht bei seiner Analyse auch von einem allgemeinen und zunächst formalen Ansatz aus. Es sei das Problem jeder nachrevolutionären Gesellschaft, die neuen sozialen Beziehungen integrativ zu institutionalisieren, dabei jedoch die Integrität der revolutionären Ziele und den revolutionären Impetus der Massen zu bewahren. Das Mißlingen dieser Synthese führe zu Fehlentwicklungen in der einen oder anderen Richtung: entweder ersticke die Institutionalisierung die gesellschaftliche Masseninitiative, oder die Perpetuierung des revolutionären Voluntarismus verhindere die zur

Konsolidierung der revolutionären Errungenschaften notwendige soziale Integration. Die jugoslawische sozialistische Konzeption gesellschaftlicher Selbstverwaltung versteht Rus als den Versuch einer solchen notwendigen Synthese. Er sei allerdings gescheitert, was sich in der „Auflösung der revolutionären Bewegung“ (199) ausdrücke.

Die Symptome und Konsequenzen dieses Prozesses beschreibt Rus sehr überzeugend: „Diese Auflösung der revolutionären Bewegung äußerte sich zunächst und am schmerzlichsten im sozialen Bereich. Die frühere kämpferische Verbundenheit verschwand . . . Die Massen engagierten sich immer weniger in der Bewegung, und ihre Identifizierung mit den sozio-politischen Organisationen nahm Schritt für Schritt ab. Die Archetypen der Familie und der Folklore, die religiösen und nationalen Archetypen wurden in steigendem Maße wieder lebendig. Politische Ignoranz und soziale Trägheit nahmen zu“ (199 f.). Dieser habe die Elite durch „bürokratischen Aktivismus“ entgegenzuwirken versucht, „. . . indem sie die institutionellen Strukturen unablässig variierte“ (200). Hier haben wir ein Beispiel für zutreffende Beschreibung einer Erscheinung bei unzulänglicher Erklärung ihrer Ursachen. Für die sozioökonomischen und politischen Verhältnisse der SFRJ sind tatsächlich permanente, systemlose, oft widersprüchliche institutionelle und gesetzliche Neuerungen und Modifikationen kennzeichnend. Diese sind jedoch planlose *Reaktionen* der Machträger auf Widersprüche und krisenhafte Symptome der marktwirtschaftlichen Warenproduktion, und nicht Ausfluß einer bewußten Strategie zur Mobilisierung der Massen, wie es die Erklärung unterstellt: „All dies gründete sich auf die Illusion, daß man durch unaufhörlichen institutionellen Wandel soziale Trägheit verhindern und soziale Mobilität aufrechterhalten könne“ (200).

Bedeutsam ist Rus' Feststellung, die Selbstverwaltungsorgane hätten keinen wesentlichen Einfluß auf die wirtschaftlichen Entscheidungen und Entwicklungen (202). „Anstelle der erwarteten Neuverteilung der Macht erlebten wir in den meisten Betrieben eine Wiederherstellung der alten Hierarchie als Ergebnis der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung wurde zur Antriebskraft der Führungsgruppe des Unternehmens — sozusagen ein Hilfsinstrument, ein ergänzendes Instrument in den Händen der Führungsgruppe“ (202). Die Spitze der betrieblichen Hierarchie bildet nach Rus eine Gruppe mit informellem Status, die sich aus dem Management und den Leitungen der im Betrieb vertretenen ‚sozio-politischen Organisationen‘ (d. h. vor allem BdkJ und Gewerkschaft) zusammensetzt. „Da man derartige Gruppen weder auf Bürokraten noch auf Technokraten reduzieren kann, nennen wir diese neue Formation Meritokratie“ (203). Schärfer als bei den anderen hier besprochenen Autoren trifft Rus' Kritik das Herzstück der jugoslawischen Sozialismus-Konzeption: die Arbeiterselbstverwaltung. Rus bezeichnet deren Organe als Fassade, hinter der sich die „Meritokratie“ als eigentliche Entscheidungsinstanz verbirgt (203; eine neuere Entwicklung wird von Rus noch nicht erwähnt: seit dem Wegfall der bindenden Bestimmung, in den Arbeiterrat einen hohen Anteil unmittelbarer

Produktionsarbeiter aufzunehmen, dringt die „Meritokratie“ selbst in dieses maßgebliche Selbstverwaltungsorgan ein). Die Herausbildung betrieblicher Machtverhältnisse mit der „Meritokratie“ als entscheidungsprivilegierter Spitze führt Rus zutreffend auf die Ablösung bindender gesamtwirtschaftlicher Planung durch Marktbeziehungen zwischen gruppenkollektiven Warenproduzenten zurück. Zur Bändigung der somit freigesetzten anarchischen Tendenzen sei eine Instanz notwendig geworden, die gegenüber der ausschließlich marktorientierten Haltung des reinen Managements das erforderliche Minimum an sozialintegrativen Belangen durchzusetzen vermag. Die Arbeiterselbstverwaltung sei im Zeitpunkt der völligen Freisetzung der Marktkonkurrenz noch nicht ausreichend konsolidiert und befähigt gewesen, diese Funktion zu übernehmen. Nunmehr aber hemme die Meritokratie eine entsprechende Fortentwicklung der Arbeiterselbstverwaltung. „So wird die Meritokratie aus einem Faktor der Stabilität zu einem Faktor der Stagnation“ (204). In den politischen Organisationen (Rus gebraucht den Plural, es geht aber wohl nur um den BdKJ) verschärfe die Herausbildung der Meritokratie die Machtdifferenz zwischen Führung und Basis: die unteren Organe würden durch die Meritokratie mediatisiert; in der Spitze kumuliere dagegen die zur Durchsetzung sozioökonomischer und politischer Integrationsmaßnahmen erforderliche Macht (206).

Sieht man von der Verwendung der sprachlich irreführenden Kategorie „Meritokratie“ ab, stellt der Aufsatz von Rus unter den wenigen in der hier angezeigten Literatur enthaltenen Ansätzen zu einer Analyse der Ursachen der Fehlentwicklungen im jugoslawischen Sozialismus noch den überzeugendsten Beitrag dar, weil er auf den Wandel der Produktionsverhältnisse rekurriert.

Wie angedeutet, beschränkt sich die übrige Kritik an den sozioökonomischen und politischen Verhältnissen und Entwicklungstendenzen in Jugoslawien auf die Beschreibung negativer Erscheinungen. Es erübrigt sich wohl, Beispiele dafür im einzelnen zu referieren oder zu zitieren. Die kritisierten Phänomene lassen sich etwa unter folgende allgemeinere Tatbestände subsumieren: Diskrepanzen zwischen Norm bzw. Anspruch und Realität der Selbstverwaltung, Herausbildung von Machtstrukturen innerhalb der selbstverwalteten Einheiten, materielle Privilegierung solcher Einheiten zu Lasten anderer, tendenzielle sozioökonomische Desintegration als Folge des Abgehens von gesamtgesellschaftlicher Planung und Lenkung, andere Folgen des Systems gruppenkollektiver Warenproduktion und Kapitalverwertung, wie z. B. übersteigerte Besitz- und Konsumorientierung, privatistisches Sozialverhalten, politische und gesellschaftliche Lethargie, niedriges Niveau massenkultureller Erzeugnisse.

Der Bedeutung wegen sei noch ein auf der Erscheinungsebene kritizierter Tatbestand angeführt: Zagorka Pesić-Golubović hebt hervor („Sozialismus und Humanismus“, in: Nr. 8, S. 75 ff.), daß sich die Organe der Arbeiterselbstverwaltung im wesentlichen auf die Entscheidung von Verteilungsfragen beschränken, die Probleme der Ge-

staltung des Produktionsprozesses, insbesondere die der Humanisierung der Arbeitsbedingungen, aber ignorieren. Z. B. würde die Frage entsprechender Auswirkungen der Automation in Jugoslawien überhaupt nicht reflektiert; „... das Verhältnis Arbeiter-Maschine wird noch auf der Ebene von Taylors wissenschaftlicher Arbeitsorganisation behandelt...“ (88). Zurecht betont die Autorin, daß das in Jugoslawien verbal überstrapazierte Prinzip der Verteilung nach der Arbeitsleistung keineswegs notwendig die Humanisierung der Arbeitsvollzüge einschlieÙe. Neben oberflächlichstem Marxismus-Verständnis ist der Aufsatz jedoch im übrigen ein Musterbeispiel für zutreffende Kritik an Einzelphänomenen bei Unfähigkeit zur Erklärung der Ursachen. „Ein marxistischer Wissenschaftler muß darauf gefaÙt sein, auf Schwächen und Mängel im sozialistischen System zu stoßen, die sich daraus ergeben, daß die humanistischen Ideen Marxens inkonsequent definiert und realisiert werden...“ (92). Die Ursachen der Fehlentwicklungen liegen für die Autorin also im subjektiv-kognitiven Bereich, wo doch gerade bei ihrem Gegenstand der Kritik der Zusammenhang mit der freigesetzten Profitorientierung der gruppenkollektiven Unternehmen ein ganz unmittelbarer ist.

Sind in der hier besprochenen Literatur schon die Ansätze zu einer Analyse der Ursachen von Deformationen im jugoslawischen Sozialismus spärlich, so findet man noch weniger Andeutungen von Konzeptionen zu deren Korrektur und Überwindung. Allenfalls ist Markovićs Aufsatz „Die moralische Integrität der Persönlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft“ (in: Nr. 1, S. 166—194) in diesem Zusammenhang zu nennen. Marković beschreibt die Destruktion sozialistischer moralischer Normen sowie entsprechende Veränderungen in der Motivationsstruktur und im Verhalten von einzelnen und Gruppen in der jugoslawischen Gesellschaft sehr treffend und betont die wachsende Diskrepanz zwischen offiziell deklarierten Werten und faktischen Verhaltensstimuli. Letztere werden von Marković durchaus zutreffend im Kontext der Änderung der materiellen Produktionsbedingungen, der Etablierung unbeschränkter Marktverhältnisse, der oligarchischen und bürokratischen Strukturen der staatlich-politischen Institutionen gedeutet. Die Postulierung der Wahrung der moralischen, und das meint bei Marković auch: der revolutionären Integrität der Persönlichkeit, bringt jedoch das idealistische Moment seiner Position zum Ausdruck: an die Stelle der kollektiven Organisation und des solidarischen Handelns der Unterprivilegierten tritt die Forderung an die politische und intellektuelle Elite, ihr Handeln an den Geboten der revolutionären sozialistischen Ethik auszurichten und damit der fortschreitenden Deformation der sozioökonomischen, politischen und kulturellen Verhältnisse Einhalt zu gebieten. Unterstellen wir dem Marxisten Marković keine idealistischen Illusionen, so offenbaren sich hier die Grenzen, die einem legalen Kritiker der Entwicklung der SFRJ hinsichtlich der öffentlich vertretbaren praktischen Konsequenzen gezogen sind.

Heiko Haumann

Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik

Materialien 1917 — 1921

Die Wirtschaftsreformen in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas und ihr theoretischer Niederschlag¹ sowie die Planungsdebatte in Kuba haben in der BRD zu einer Reihe von Veröffentlichungen geführt, die sich eingehend mit der Bedeutung von Warenproduktion und Wertgesetz in sozialistischen Gesellschaften befassen². In diesen Schriften wird häufig auf die Anfangsperiode der Sowjetmacht in Rußland verwiesen, um — wie in Kuba — die damaligen Erkenntnisse für den eigenen Aufbau des Sozialismus nutzbar zu machen³ oder um Meinungen zu den Fragen der Wirtschaftsreform mit historischen Beispielen zu untermauern⁴. So richtig Eugen Vargass Bemerkung aus dem Jahre 1928 ist, daß „die Erörterung der Notwendigkeit, Wahrscheinlichkeit oder Vermeidbarkeit des Kriegskommunismus (...) kein müßiger Zeitvertrieb, sondern eines der wichtigsten Probleme der Erhaltung der Macht des Proletariats“⁵ ist, so kann sie jedoch keinesfalls bedeuten, daß die Erfahrungen der Sowjetmacht unmittelbare Lösungsvorschläge für den Aufbau des Sozialismus in anderen Ländern bereithielten. So unfrucht-

1 Vgl. etwa: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin 1969; Lehrbuch Politische Ökonomie — Sozialismus, Frankfurt/M. 1972.

2 Einige Beispiele: Ch. Bettelheim/Castro/Guevara/Mandel/Mora, Wertgesetz, Planung und Bewußtsein, Frankfurt/M. 1969; Ch. Bettelheim/Dobb/Foa/Mandel/Robinson/Sweezy u. a., Zur Kritik der Sowjetökonomie, Berlin 1969; Ch. Bettelheim, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1970; W. Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Erlangen 1971; Ph. Neumann, Der „Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsform“, in: Kursbuch 23/1971, S. 96—142; K.-H. Götze/J. Harrer, Anmerkungen zu einer Kursbuch-Polemik gegen die politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, in: Das Argument 68/1971, S. 810—850; W. Brus, Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt/M. 1971; ders., Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politischen Ökonomie, Frankfurt/M. 1972.

3 Bettelheim/Castro u. a., Wertgesetz, S. 28 ff. (Mora), 51 ff. (Guevara), 83 ff., 91 ff. (Bettelheim), 112 ff., 140 ff. (Mandel).

4 Vgl. Brus, Funktionsprobleme, S. 42 ff.; Bettelheim/Dobb u. a., Kritik, S. 62/63, 142—145 (Dobb), 69/116 (Bettelheim); Neumann, S. 101/102; Götze/Harrer, S. 815/816, 847.

5 E. Varga, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, in: Die Kommunistische Internationale H. 25/26, 1928, S. 1466—1473, hier S. 1473.

bar theoretische Diskussionen über Warenproduktion und Wertgesetz leicht sind, die die konkreten historischen Bedingungen nicht beachten, so problematisch sind zugleich die Einschätzungen, die die Periode des „Kriegskommunismus“ und der Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik in Arbeiten erfahren, die auf die historischen Bedingungen Bezug nehmen⁶. Dieser Aufsatz dient deshalb im wesentlichen zum Abbau des Informationsdefizits über den Zeitraum von 1917—21, in dem der Sozialismus unmittelbar und ohne Umwege über weitere kapitalistische Entwicklungsstufen aufgebaut werden sollte. Notwendigerweise können nicht alle Elemente jener Periode adäquat dargestellt werden. Internationale Bedingungen, innerparteiliche Differenzen, Details der Diskussionen, selbst gewisse Widersprüchlichkeiten vieler Maßnahmen werden — wenn auch teilweise angedeutet — vernachlässigt zugunsten einer Behandlung der Verhältnisse in Industrie und Landwirtschaft sowie zugunsten des Versuches, die vorherrschende Grundkonzeption für den Aufbau des Sozialismus herauszuarbeiten.

I.

Den Bolschewiki war klar, daß nach der Oktoberrevolution nicht einfach der Sozialismus „eingeführt“ werden konnte. Alle Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik richteten sich auf eine konsequente Entwicklung des Staatskapitalismus — basierend auf den Erfahrungen der Kriegswirtschaft verstand man im wesentlichen darunter die Nationalisierung von Banken und Syndikaten sowie die Staatskontrolle über die Industrie —, ergänzt durch Arbeiterkontrolle über die Betriebe und einen an den Bedürfnissen des Volkes orientierten Wirtschaftsplan⁷. Diese Maßnahmen wurden nicht als Teil einer sozialistischen Ordnung verstanden, sondern höchstens als ein „Schritt zum Sozialismus“⁸.

Die Schwierigkeiten konnten auch gar nicht unterschätzt werden: Zwar war die Konzentration der Produktion in einer Reihe von Industriezweigen bedeutend stärker als im Westen; Syndikate und Trusts beherrschten vor allem in der Metallindustrie und im Bergbau den Markt, der Staatseinfluß auf die Industrie war verhältnismäßig groß gewesen. Der industrielle Aufschwung vor dem ersten Weltkrieg war jedoch nur durch Zufluß von Auslandskapital möglich gewesen, der

6 Allerdings sind die Hinweise, die aus der Sowjetunion selbst kommen, nicht immer hilfreich. So heißt es im Lehrbuch Politische Ökonomie — Sozialismus, der Kriegskommunismus sei durch „besondere konkret-historische Umstände“ (Klassenkampf, Intervention und Bürgerkrieg, wirtschaftliche Zerrüttung, Hunger) erzwungen worden. Nach Beendigung des Bürgerkrieges habe man die Politik wieder aufgenommen, die vor dem Kriegskommunismus betrieben worden sei und nun die Bezeichnung Neue Ökonomische Politik erhalten habe. Dies sei — im Gegensatz zum Kriegskommunismus — eine Politik, die im Wesen für alle Länder charakteristisch sei, die den Sozialismus aufbauen wollten (S. 64/65). Wie sich zeigen wird, ist diese Darstellung zu verkürzt.

7 Vgl. als Beispiele: Lenin, Werke Bd. 25, S. 337/338, 396; John Reed, Zehn Tage, die die Welt erschütterten, Reinbek 1967, S. 289—292.

8 Lenin, Werke Bd. 25, S. 369/370; Bd. 26, S. 398.

zur Abhängigkeit der Regierung, die sich mit Staatsanleihen im Ausland verschulden mußte, und von ganzen Industriezweigen führte (im Donez-Becken wurden vor dem Krieg 85 % des Erzbergbaus und 90 % der Metallurgie vom Auslandskapital kontrolliert). Selbst der hohe Anteil des Auslandskapitals hatte nicht ausgereicht, um die Kapitalbedürfnisse zu befriedigen, die nicht zuletzt aus der räumlichen Ausdehnung Rußlands, aus den riesigen Entfernungen zwischen Produktions- und Verbrauchsort sowie aus sonstigen ungünstigen geographischen und klimatischen Verhältnissen herrührten. Den hochentwickelten Industriezweigen stand eine außerordentlich rückständige Landwirtschaft gegenüber, die aber 1913 noch 54 % des russischen Volkseinkommens erwirtschaftete — die Industrie dagegen lediglich 22 %. Drei Viertel der Bevölkerung lebten auf dem Land, größtenteils unter erbärmlichen Existenzbedingungen; etwa ebensoviel konnten weder lesen noch schreiben. Die ursprüngliche kapitalistische Akkumulation war in Rußland 1917 noch nicht abgeschlossen und teilweise anders verlaufen als in Westeuropa⁹.

Wenngleich die Bolschewiki im Zeitalter des „Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus“¹⁰ eine kurz bevorstehende Revolution in den kapitalistischen Ländern des Westens erwarteten, nachdem das schwächste Glied der Kette zerrissen war¹¹, gingen sie von Anfang an mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften daran, die Probleme, die sich aus der besonderen Entwicklung Rußlands ergaben, zu lösen und die Grundlagen für einen Übergang zum Sozialismus zu schaffen. In der ersten Phase nach der Oktoberrevolution wurden die Initiativen und spontanen Aktionen der Arbeiter und Bauern, die weit über die ursprünglichen wirtschaftlichen Konzeptionen der Bolschewiki hinausgingen, begeistert unterstützt. Die negativen Folgen der planlosen Enteignungen von Betrieben, die katastrophale Ernährungssituation in den Städten — Hauptgrund für die sinkende Arbeitsproduktivität —, die politische Krise im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk erzwangen Anfang 1918 ein stärkeres organisatorisches Eingreifen der staat-

9 Marx warnte schon 1877 vor einer einfachen Analogie: Marx/Engels, Werke (MEW) Bd. 19, S. 111/112. — Für einen detaillierten Überblick über die russische Wirtschaft vor der Oktoberrevolution vgl. J. Nötzold, Wirtschaftspolitische Alternativen der Entwicklung Rußlands in der Ära Witte und Stolypin, Berlin 1966; A. Gerschenkron, *Agrarian Policies and Industrialization: Russia 1861—1917*, in: *The Cambridge Economic History of Europe* vol. VI/2, Cambridge 1966, S. 706—800; R. Portal, *The Industrialization of Russia*, in: ebd., S. 801—872. — Vgl. auch die Folgerungen, die Lenin 1919 aus dieser Lage und den ersten Erfahrungen nach der Oktoberrevolution zog: *Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats*, in: Lenin, Werke Bd. 30, S. 91—101.

10 Lenin, Werke Bd. 22, S. 189—309.

11 Für die Herausbildung der Theorie, daß wegen der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung die sozialistische Revolution durchaus nicht im fortgeschrittensten Land des Kapitalismus, sondern am schwächsten Kettenglied ausbrechen könne, vgl. Lenins Schriften während des 1. Weltkrieges (etwa: Bd. 23, S. 314/315, 384—387).

lichen Stellen. Zunächst knüpften sie an die Vorstellung von der Entwicklung des Staatskapitalismus als Vorstufe des Sozialismus an. Diese Politik scheiterte jedoch am Widerstand der Arbeiter, die eine Aufhebung der von ihnen selbst durchgeführten Maßnahmen nicht hinnahmen. Daher setzte sich Ende Mai 1918 die Konzeption durch, die Verstaatlichung der Industrie planmäßig fortzuführen, eine sozialistische Betriebsorganisation anzustreben, das Geldsystem durch eine „gesellschaftliche Buchhaltung“ abzulösen, zum Naturaltausch überzugehen und einen Versorgungsapparat an die Stelle des Privathandels treten zu lassen. Durch die Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes sollten die Prioritäten der Produktion und die Proportionalität zwischen den einzelnen Produktionszweigen festgelegt werden.

Fast gleichzeitig versuchten die Bolschewiki auf dem Land, nach der „bürgerlichen“, d. h. antifeudalen Agrarrevolution — im wesentlichen die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern — den Klassenkampf im Dorf zu organisieren: Wegen der Ernährungskrise, des zunehmenden Schleichhandels und der sich verstärkenden sozialökonomischen Stellung der Kulaken¹² wurde Anfang Mai 1918 die Requisition der Getreideüberschüsse, Anfang Juni die Bildung von „Komitees der Dorfarmut“ angeordnet.

Statt über den Umweg des Staatskapitalismus sollte nun der Sozialismus unmittelbar aufgebaut werden; nicht von heute auf morgen, aber von Anfang an mit sozialistischen Methoden, soweit sie unter den besonderen Bedingungen Rußlands überhaupt möglich waren¹³. Sicher hatten die wirtschaftliche Zerrüttung, der Klassenkampf in den Betrieben und auf dem Land sowie die ersten Anzeichen des Bürgerkriegs Einfluß auf die Maßnahmen der Sowjet-Regierung, aber man betrachtete das beschlossene Programm nicht als zeitweilig, als von vorübergehenden Umständen erzwungen, das man bei nächster Gelegenheit wieder durch eine staatskapitalistische Konzeption ersetzen werde.

Vom Sommer 1918 bis Ende 1919 bestimmten der Bürgerkrieg und der Kampf mit den ausländischen Interventionstruppen Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik in Sowjetrußland. Die Umstellung der Produktion auf militärische Bedürfnisse, die Notwendigkeit, an zentraler Stelle schnell Entscheidungen treffen zu müssen, die wechselnden Herrschaftsverhältnisse in wichtigen Wirtschaftsgebieten Rußlands, die alliierte Wirtschaftsblockade und die Zerstörungen durch die Kämpfe erschwerten den Wirtschaftsaufbau im Sinne der beschlossenen Konzeption. Zu Recht ist diese Periode als „Kriegskommunismus im engeren Sinne“ bezeichnet worden¹⁴. Das Leben „in

12 Dorfwucherer oder für den Markt produzierende, wohlhabendere Bauern.

13 Vgl. Lenin, Werke Bd. 27, S. 517 ff.; N. Osinskij, *Predposylki socialističeskoj revoljucii*, in: *Narodnoe chozjajstvo* Nr. 6—7/1918, S. 1—7, hier S. 5.

14 F. Pollock, *Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917—1927*, Frankfurt/M. 1971 (Nachdruck der Ausgabe von 1929), S. 45—55.

einer belagerten Festung“, wie Lenin sich im August 1918 ausdrückte¹⁵, ließ eine systematische Arbeit, um die Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus zu schaffen, nicht zu. Trotz aller negativen Folgen, die durch den Krieg für die Wirtschaft entstanden, versuchte man dennoch, auf dem einmal eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Die Nationalisierung der Großbetriebe wurde weitgehend abgeschlossen, die Organisation der Volkswirtschaft durch den Obersten Volkswirtschaftsrat und seine Untergliederungen vorangetrieben, die Statistik verbessert, der Arbeitsmarkt allmählich immer mehr reguliert. Erste Wirtschaftspläne auf Teilgebieten konnten ausgearbeitet und — mit steigendem Erfolg — durchgeführt werden. Auf dem Land wurden Sowjet-Güter und Kollektivwirtschaften gefördert. Ihre Zahl wuchs langsam, aber stetig an. Ende 1918 hatte man die Komitees der Dorfarmut aufgelöst und war zu einer vorsichtigeren Politik — vor allem gegenüber den Mittelbauern — übergegangen. Die Kollektivwirtschaften sollten als Vorbild dienen und die noch in alten Denkweisen verhafteten Bauern allmählich von den Vorzügen sozialistischer Arbeitsorganisation überzeugen. In der Tat traten 1919 immer mehr Mittelbauern in Artele — Kollektivwirtschaften, in denen der Boden und die wichtigsten Produktionsmittel vergesellschaftet sind — ein.

Als um die Jahreswende 1919/1920 der Bürgerkrieg beendet schien und am 16. 1. 1920 auch die Entente ihre Wirtschaftsblockade Sowjet-Rußlands aufhob, war insgesamt gesehen die Wirtschaftslage jedoch keineswegs beruhigend. Die Pflichtablieferungen der Bauern an die staatlichen Organe reichten nicht aus, um die Ernährung der Stadtbevölkerung zu sichern; der Schwarzmarkt war noch notwendig (und versprach den überschußproduzierenden Bauern auch bessere Gegenwerte, als sie vom Staat erhielten). Das Transportwesen war völlig zerrüttet, die Brennstoffversorgung der Bevölkerung und der Industrie nicht gewährleistet, die Arbeitsproduktivität — nicht zuletzt wegen der mangelhaften Ernährung — stark zurückgegangen. Die Industrie stellte weniger als ein Viertel der Vorkriegsproduktion her¹⁶.

II.

Dennoch war die Hoffnung weit verbreitet, daß man nun mit allen Kräften an den Aufbau des Sozialismus gehen könne und der wirtschaftliche Tiefpunkt bald überwunden sein werde. Anfang 1920 gab es „einen Zeitraum von drei Monaten, in dem die Industrie mit einem Ruck erhöhte Produktion aufwies, dadurch die Belieferung vom Lande einen Aufschwung nahm, die allgemeine Stimmung sich hob, das System erstarke und an Anhängern gewann“¹⁷. Der Produktionsaufschwung hielt sich allerdings in Grenzen. Eher kann man

15 Lenin, Werke Bd. 28, S. 62.

16 Für einen ausführlicheren Überblick und Einzelnachweise vgl. meine Einleitung zu L. N. Kritzman, Die heroische Periode der großen russischen Revolution, Frankfurt/M. 1971 (Nachdruck der Ausgabe von 1929), S. V—LVI, hier S. V—XXV.

17 A. Holitscher, Drei Monate in Sowjet-Rußland, Berlin 1921.

davon sprechen, daß die Organe der Sowjetmacht jetzt an eine „allmähliche und planmäßige Erneuerung“ gingen¹⁸ und dadurch der weitere rapide Verfall aufgehalten werden konnte. Vor allem nahm man nach und nach die im Bürgerkrieg stark zerstörten Bergbauanlagen im Donez-Becken wieder in Betrieb¹⁹. Die wichtigsten Ergebnisse waren in diesen ersten Monaten von 1920 weniger entscheidende Fortschritte in der Produktion, sondern eine teilweise genauere Erfüllung der Produktionsprogramme als in den Vorjahren²⁰ und — für Rußland besonders bedeutsam — eine leichte Verbesserung im Transportwesen²¹.

Der IX. Parteitag der KPR (B), der vom 29. 3. bis 5. 4. 1920 in Moskau tagte, stand ganz im Zeichen der Erwartung, daß sich die erfreulichen Ansätze in einem kontinuierlichen Wirtschaftsaufschwung fortsetzen würden. Die Delegierten diskutierten und beschlossen die Grundlinien eines einheitlichen Wirtschaftsplanes, der vier Stadien des Aufbaus umfassen sollte: 1. Verbesserung des Transportwesens, Vorratbildung von Roh- und Brennstoffen sowie Getreide; 2. Bau von Maschinen für das Verkehrswesen und für die Gewinnung von Heizmaterial, Rohstoffen und Getreide; 3. Bau von Maschinen für die Produktion von Konsumgütern; 4. Produktion von Konsumgütern. Die Durchführung dieser Aufgaben sollte sich in erster Linie auf die Elektrifizierung stützen, an deren Planung die Staatliche Kommission zur Elektrifizierung Rußlands (GOELRO) arbeitete²². Kaum war der Parteitag zu Ende, als ein schwerer Rückschlag die Aussicht auf eine längere friedliche Periode zunichte machte: Ende April marschierten polnische Truppen in die Ukraine ein; hierdurch ermutigt, stieß von Süden her die letzte konterrevolutionäre Armee unter Baron Wrangel vor. Die Kämpfe zogen sich bis in den Spätherbst hin — ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis für die systematische Aufbauarbeit! Um so größer war der Enthusiasmus, als sich herausstellte, daß keine entscheidende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage eintrat. Gerade im Transportwesen, das am unmittelbarsten von den militärischen Ereignissen betroffen war, zeigten sich sogar weitere Erfolge bei der Inbetriebnahme und Reparatur von Lokomotiven und Waggons²³. Das war nicht zuletzt der energischen Arbeit von Partei-

18 V. Klassen, Promyšlennye perspektivy, in: *Ekonomičeskaja Žizn'* (im folgenden *EŽ*), Nr. 101/12. 5. 1920, S. 1.

19 V. Bažanov, Doneckij bassejn v fevrale 1920 g., in: *EŽ* Nr. 81/17. 4. 1920, S. 1. Vor dem Weltkrieg waren dort 87,2 % der Kohle ganz Rußlands (ohne Polen) gefördert worden (*EŽ* Nr. 130/17. 6. 1920, S. 1). Um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beurteilen zu können, muß man auch berücksichtigen, daß die wichtigen Industriegebiete Polen und Ukraine (zugleich eine bedeutende Kornkammer) ganz bzw. zeitweilig verlorengegangen waren.

20 Vgl. *EŽ* Nr. 136/24. 6. 1920, S. 1.

21 Vgl. *EŽ* Nr. 136/24. 6. 1920, S. 1.

22 *Devjatyj s-ezd RKP (b), mart-aprel' 1920 g., Protokoly*, Moskva 1960, S. 405/406.

23 Vgl. die einzelnen Berichte in der *EŽ* und L. Trockij, *Remont parovozov*, in: *Sočinenija t.XV*, Moskva-Leningrad 1927, S. 351—360.

Regierungs- und Gewerkschaftsorganen unter der Leitung Trotzkijs zu verdanken, deren Grundlage Fünfjahrespläne für die Reparatur von Lokomotiven und Waggons bildeten (Befehle Nr. 1042 und 1157)²⁴. Ähnlich kam in den meisten Industriezweigen der rückläufige Prozeß zum Stehen, in einigen Bereichen wurde sogar der Stand von 1919 überschritten²⁵. Insgesamt produzierte die Großindustrie 1920 jedoch noch weniger als 1919, wiewohl sich das Tempo des Verfalls seit der Vorkriegszeit verlangsamt hatte²⁶. Weniger betroffen von dem wirtschaftlichen Rückgang war die Klein- und Hausindustrie (das Kustar-Gewerbe stellte Textilien, einfache landwirtschaftliche Geräte, Gegenstände des täglichen Bedarfs her), da ihre Betriebe kaum technisiert waren und ihnen lokale Bezugs- und Absatzmärkte zur Verfügung standen, so daß sie nur unwesentlich unter den allgemeinen Transportschwierigkeiten zu leiden hatten. Ihr Gewicht gegenüber der Großindustrie erhöhte sich daher; das bedeutete, daß zugleich der private Sektor in der Industrie verhältnismäßig stark war²⁷. Die Sowjetregierung erließ daher mehrere Verordnungen, um diesen Bereich kontrollieren und in die zentrale Regulierung einbeziehen zu können: Neben der Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens — durch die auch Genossenschaften von Heimarbeitern erfaßt wurden — wurde im September eine „Hauptverwaltung für die Klein- und Hausindustrie“ geschaffen, den ihr unterstellten Betrieben der freie Handel untersagt und Ende November die Nationalisierung der Kleinindustrie deklariert²⁸. Erreichte somit zwar die Industrieproduktion gegenüber der Vorkriegszeit einen absoluten Tiefstand — sie sank auf etwa ein Fünftel —, so waren doch Aufwärtstendenzen festzustellen, die bei weiterer energischer Arbeit einen planmäßigen industriellen Aufbau erhoffen ließen. Kennzeichen dieser Tendenz waren auch — als Folge der neuen Ernte — das Ansteigen des Kalorienwertes pro Kopf der Bevölkerung auf einen seit langem nicht gekannten Stand im Oktober²⁹ und die ständig zunehmende Zahl der Tage, an denen tatsächlich ge-

24 Die wichtigste Quelle dazu sind Aufsätze und Reden Trockijs, in: Sočinenija t.XV.

25 Zur allgemeinen Verbesserung im 2. Halbjahr 1920 vgl. E. A. Preobraženskij, *Finansy v èpochu diktatury proletariata*, Moskva 1921, S. 26. Zahlreiche Berichte sind dt. in der Russischen Korrespondenz, Jhg. 1920 und 1921, erschienen.

26 Kritzman, *Heroische Periode*, S. 252.

27 Kritzman, *Heroische Periode*, S. 251/252, vgl. auch S. 298; S. N. Propopovicz, *Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets*, Zürich-New York 1944, S. 181; A. Kaufman, *Schmall-scale Industry in the Soviet Union*, New York 1962, S. 27—30, 81; E. Kviring, *Social'naja struktura promyšlennosti SSSR (1918—20 i 1924—27 gg.)*, in: *Planovoe chozjajstvo* Nr. 3/1928, S. 7—21.

28 *Sobranie ukazonenij i rasporjaženij rabočego i krest'janskogo pravitel'stva*, Moskva 1920, Nr. 78 Art. 366; Nr. 93 Art. 512. Lediglich Kleinbetriebe blieben von der Nationalisierung ausgenommen.

29 *Itogi desjatiletija sovjetskoj vlasti v cifrach (1917—1927)*, Moskva o. J. (1927/1928), S. 360; vgl. Kritzman, *Heroische Periode*, S. 295.

arbeitet wurde³⁰. Daher konnte man annehmen, daß das Problem der Arbeitsproduktivität allmählich gelöst werde, zumal die Arbeiter durchaus zu einer größeren Arbeitsleistung bereit waren: „Eine Steigerung der Anspannung der Arbeit und ein direktes Heldentum der Arbeit waren in vielen Fällen zu verzeichnen, und wo auch nur einigermaßen erträgliche Ernährungsbedingungen bestanden, stellten sie eine Massenerscheinung dar“³¹.

III.

Sehr viel komplizierter war die Lage in der Landwirtschaft. Zwar stand es um die Ernährung der Bauern besser als um die der Städter³², und die agrarische Bruttoproduktion betrug 1920 immerhin noch 67 % der von 1913³³, die Ernteerträge einzelner Produkte lagen jedoch beträchtlich unter dem Vorkriegsstand und auch unter dem Stand von 1919. Dies galt vor allem für Sommerweizen und Roggen sowie technische Kulturen, während Winterweizen, Gerste, Hafer, Buchweizen und Mais verhältnismäßig ertragreich blieben; teilweise wurden hier sogar bessere Ernteergebnisse erzielt als im Vorjahr. Eine Sonderstellung nahm die Kartoffelernte ein, die das Vorkriegsniveau bedeutend überschritt³⁴. Im Anschluß an eine 1920 vorgenommene Untersuchung hat sich bis heute überwiegend die Annahme erhalten, die Bauern hätten die Saatfläche bedeutend gegenüber der vorrevolutionären Zeit eingeschränkt und daher schlechte Ernteergebnisse erzielt³⁵. So schrieb Kritzman: „Die bäuerliche Wirtschaft wurde zu einer sich selbst genügenden Wirtschaft für den eigenen Bedarf und schied aus der Volkswirtschaft aus“³⁶.

30 *Voprosy promyšlennosti i torgovli*, Moskva 1923, S. 20; vgl. I. Larin, *Das Wirtschaftsleben in Sowjet-Rußland*, in: I. Larin/L. Kritzman, *Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjet-Rußland 1917—1920*, Hamburg 1921, S. 7—142, hier S. 78/79.

31 Kritzman, *Heroische Periode*, S. 143/144, vgl. S. 297/298.

32 *Itogi desjatiletija sovjetskoj vlasti v cifrach*, S. 354/360; Ju. A. Poljakov, *Sel'skoe chozjajstvo Sovetskoj strany nakanune perechoda k népu*, in: *Istoričeskie zapiski* t.74/1963, S. 109—147, hier S. 128; vgl. für Anfang 1920 A. Lossitzki, *Untersuchung der Verpflegungsverhältnisse bei der Landbevölkerung*, in: *Russ. Korrespondenz* 1920, Bd. 2, S. 570—572.

33 Poljakov, *Sel'skoe chozjajstvo*, S. 111.

34 Poljakov, *Sel'skoe chozjajstvo*, S. 116—121; I. A. Čemerisskij, *Sel'skochozjajstvennoe proizvodstvo SSSR v 1920—1925 gg. po statističeskim istočnikam*, in: *Ežegodnik po agrarnoj istorii vostočnoj Evropy* 1965 g., Moskva 1970, S. 453—463, hier S. 458/460; vgl. Kritzman, *Heroische Periode*, S. 242 mit Anm. 4 und S. 247 (teilweise andere Zahlen). Vgl. zur Viehwirtschaft: Poljakov, S. 122—124; Čemerisskij, S. 461.

35 P. Popov, *Proizvodstvo chleba v R.S.F.S.R. i federirujuščichsja s neju respublikach (Chlebnaja produkcija)*, o. O. (Moskva) 1921, S. 28—32. Lenin zog dieses Buch für eine seiner Begründungen bei der Einführung der Naturalsteuer 1921 heran (*Werke* Bd. 32, S. 230, 241, 301/302), für die Popov plädiert hatte (S. 50 ff.).

36 Kritzman, *Heroische Periode*, S. 250. Im übrigen produzierten auch vor der Revolution die meisten Bauern nicht für den Markt.

Nach neueren Berechnungen wurde jedoch die Saatfläche weniger stark reduziert, und auch die Ernteergebnisse waren besser, als 1920/21 erkannt wurde³⁷. Außerdem war der Rückgang der Ernteergebnisse bei den Produkten, die mehr für den Markt als für den Eigenverbrauch bestimmt waren, nur wenig größer als bei denen, die in erster Linie dem eigenen Bedarf dienten. Gegenüber 1919 nahm sogar die Bruttoproduktion der für den Markt bestimmten Getreidesorten zu³⁸. Wie man bereits in den zwanziger Jahren feststellte, gelang es vielen Bauern — man wird wohl hauptsächlich an die wohlhabenderen denken müssen —, den Statistikern der Behörden einen Teil der genutzten Landfläche und der Ernteerträge zu verheimlichen³⁹. Darin zeigt sich sicher ein Vorbehalt gegenüber der staatlichen Agrarpolitik. Die geheimgehaltenen Produkte wurden wahrscheinlich — soweit sie nicht für den eigenen Konsum, zur Vorratsbildung oder für die neue Aussaat verwendet wurden — auf dem Schwarzmarkt umgesetzt. Anders wäre es auch kaum zu erklären, womit die Bauern dort handelten, nachdem sie den staatlichen Beschaffungsorganen ihr Getreide bis auf eine — nicht übermäßig hohe — Norm für den Eigenverbrauch⁴⁰ abgeliefert hatten. Der Schwarzmarkt hatte auch 1920 noch eine wichtige Funktion für die Ernährung der Bevölkerung und die Belieferung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs⁴¹. Zwischen dem Bauern, der genügend Überschüsse erzielt hatte, dem Kustar-Handwerker und dem Spekulanten in der Stadt hatte sich ein eigenständiger wirtschaftlicher Kreislauf herausgebildet. Der Bauer regierte diesen Prozeß; Salz oder Getreide waren das Wertmaß beim illegalen Handel⁴². In der Stadt waren ihre wichtigsten Partner ehemalige Angehörige der Bourgeoisie und Opportunisten innerhalb des Staatsapparates, die als „neue“ oder „Sowjet-Bourgeoisie“ bezeichnet wurden⁴³. Aufgrund dieser Erschei-

37 Poljakov, Sel'skoe chozjajstvo, S. 111—114; Čemerisskij, S. 456; vgl. Anm. 34.

38 Berechnet nach Poljakov, Sel'skoe chozjajstvo, S. 112/118; dagegen Kritzman, Heroische Periode, S. 249 mit Anm. 24.

39 Kritzman, Heroische Periode, S. 212—217 (Anm. 7); Poljakov, Sel'skoe chozjajstvo, S. 110 mit Anm. 9.

40 Vgl. Popov, S. 45/46.

41 Vgl. Lenin, Werke Bd. 30, S. 95; Kritzman, Heroische Periode, S. 213—228; Larin, Wirtschaftsleben, S. 77/78; V. P. Dmitrenko, Nekotorye itogi obobščestvlenija tovarooborota v 1917—1920 gg., in: Istoričeskie zapiski t.79/1966, S. 225—242, bes. S. 232 ff. Zur unzureichenden Ernährung und den sich daraus ergebenden Krankheiten vgl. Kritzman, S. 287/288 mit Anm. 26 und S. 296. Eine anschauliche Schilderung des Schwarzmarktes in Moskau (Sucharevka) gibt A. Holitscher, S. 184—186.

42 P. E. Vajsberg, Deŭgi i ceny (Podpol'nyj rynek v period „voennogo kommunizma“), Moskva 1925, S. 119. Vgl. L. Galin, Sowjet-Rußland in der Wirklichkeit, Stuttgart 1920, S. 37/38: der Bauer sei der „Herr über die Stadt“ (auch S. 60 ff.).

43 Kritzman, Heroische Periode, S. 231—239, 305—307; Galin, S. 62—72; Holitscher, S. 29, 36—48, 142 ff.; I. Ja. Trifonov, K voprosu o népe i novoj buržuazii, in: Voprosy istorii KPSS Nr. 4/1967, S. 59—69, bes. S. 63/64. Vgl. aber auch: Holitscher, S. 164; Galin, S. 52/53, 59.

nungen formulierte Kritzman die These von der Scheidung der Volkswirtschaft Sowjetrußlands „in eine legale (die proletarische Naturalwirtschaft) und in eine illegale (die einfache und kapitalistische Warenwirtschaft)“⁴⁴. Nutznießer dieses illegalen Wirtschaftskreislaufs war eine kleine Schicht von Kulaken und Mittelbauern, die zwar durch die Maßnahmen der Komitees der Dorfarmut 1918 reduziert worden war, aber als sozialökonomisch stärkste Gruppe auf dem Land immer noch existierte. Sie war überdurchschnittlich gut mit Inventar und Arbeitsvieh ausgestattet, so daß sie — in Verbindung mit der ihr zur Verfügung stehenden relativ großen Saatfläche — in der Lage war, Überschüsse für den Markt zu produzieren⁴⁵. Der Klassenkampf auf dem Land war daher noch nicht beendet, die staatliche Erfassung der Getreideüberschüsse, deren offizielle Bezeichnung „razverstka“ — etwa mit „ausgleichender Verteilung“ zu übersetzen — auf ihren Zweck hinweist, hatte ihre Funktion noch nicht erfüllt. Immerhin erhielten die armen Bauern 1920 vom Staat bedeutend mehr Saatgut als 1919⁴⁶. Gleichzeitig verschärfte die Regierung ihre Maßnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels. Den Betrieben wurde verboten, ihren Bedarf über den „freien“ Markt zu decken, Sperrposten wurden errichtet, um die illegalen Händler abzufangen⁴⁷, der Moskauer Schwarzmarkt „Sucharevka“ geschlossen⁴⁸. Dies deutet darauf hin, daß die Sowjetregierung davon überzeugt war, von jetzt an mehr und mehr den Schwarzmarkt durch die staatliche Versorgung ersetzen zu können⁴⁹. In der Tat gab es auch in der Landwirtschaft, abgesehen von der allgemeinen Stabilisierung der Volkswirtschaft, Hoffnungen auf eine entscheidende Verbesserung der Lage. Wichtige strukturelle Ursachen für den Produktionsrückgang fielen mit der Beendigung des Bürgerkrieges weg: in Zukunft konnten die Felder wieder regelmäßig bestellt werden, die Zahl der arbeitsfähigen Männer nahm nicht mehr durch Kriegsverluste ab, die Verwüstungen, Requisitionen und Plünderungen während der Kämpfe hörten auf⁵⁰. Andere Gründe, wie der Ausfall der Importe von Mineraldünger und von landwirtschaftlichen Maschinen⁵¹, konn-

44 Kritzman, Heroische Periode, S. 214.

45 Zu den Klassen- und Schichtverhältnissen auf dem Land vgl. Ju. A. Poljakov, *Social'no-ekonomičeskie itogi agrarnych preobrazovanij Oktjabrskoj revoljucii (1917—1920 gg.)*, in: *Istorija sovetskogo krest'janstva i kolchoznogo stroitel'stva v SSSR, Moskva 1963, S. 12—48.*

46 Poljakov, *Itogi*, S. 46.

47 *Sobranie ukazonenij 1920, Nr. 67 Art. 205, Nr. 63 Art. 281* (vgl. Kritzman, Heroische Periode, S. 220 mit Anm. 15).

48 Vgl. Lenin, *Werke* Bd. 31, S. 512.

49 Der Volkskommissar für die Lebensmittelversorgung, Cjurupa, soll zu dieser Zeit dem Schwarzmarkt keinerlei Bedeutung mehr zugemessen haben (V. Serge, *Beruf: Revolutionär, Erinnerungen 1901—1917—1941*, Frankfurt 1967, S. 131). Vgl. auch Abschnitt IX über die Probleme des äquivalenten Austausches.

50 Dazu Poljakov, *Sel'skoe chozjajstvo*, bes. S. 135—139.

51 Angaben dazu in: *Sel'skoe chozjajstvo Rossii v XX veke, Sbornik statistiko-ekonomičeskich svedenij za 1901—1922 gg.* (sost. N. P. Oganov-

ten noch nicht beseitigt werden, aber es war zu erwarten, daß die Eigenproduktion anstieg⁵² und allmählich auch außenwirtschaftliche Beziehungen wieder in Gang kamen. Große Hoffnungen wurden auf die Getreidebeschaffungskampagne von 1920/21 gesetzt. Man glaubte, daß die Mehrheit der Bauern trotz ihrer Reserve gegenüber einer kommunistischen Agrarpolitik die Sowjetmacht wie schon im Bürgerkrieg unterstützen und freiwillig mehr als bisher abliefern würde⁵³. Einige Anzeichen für eine positivere Einstellung der Bauern gegenüber den Bolschewiki gab es durchaus: die Zahl der Bauern, die sich an den Subbotniki — den freiwilligen Arbeitsleistungen — beteiligten, nahm zu⁵⁴, immer mehr wurden Mitglieder der KPR⁵⁵, die Parteiarbeit auf dem Dorf schien Erfolg zu haben⁵⁶. Auch der permanente illegale Umteilungen des Bodens, ein Relikt aus der Zeit der alten Dorfgemeinde und ein Hindernis für Verbesserungen der Bearbeitungsmethoden, gingen zurück⁵⁷.

Die täglichen Berichte in den Zeitungen über die Ergebnisse der Getreidebeschaffung zeigen die ungeheure Spannung, mit der man den Verlauf der Kampagne verfolgte⁵⁸. Begeistert wurde registriert, daß im Oktober und November die Beschaffungsergebnisse des Vorjahres übertroffen und die vorgesehenen Pläne verhältnismäßig gut erfüllt worden waren⁵⁹. Mitte Dezember wurde festgestellt, daß in den ersten fünf Monaten der Kampagne rund die Hälfte des Planes erfüllt sei, vierzehn Gouvernements hätten ihre Planziele schon übertroffen⁶⁰. Dies waren die besten Ergebnisse seit der Oktoberrevolution. Allerdings war der Erfolg nicht unproblematisch. Er beruhte hauptsächlich auf der Beschaffung in Zentralrußland, während die Randgebiete den großen Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte, weil sie bisher wegen des Bürgerkrieges für eine geregelte Ablieferung nicht in Frage gekommen waren, nicht gerecht wurden.

skij, red. N. D. Kondrat'ev), Moskva 1923, S. 308/309; vgl. Poljakov, Sel'skoe chozjajstvo, S. 122, 135.

52 Poljakov, Sel'skoe chozjajstvo, S. 139: gegenüber 1919 stieg die Produktion von Pflügen und anderen landwirtschaftlichen Geräten stark an; vgl. S. 125—127 zum Bedarf und zur maschinellen Rückständigkeit.

53 Č. Brandenburgskij, Itogi semennoj kampanii, in: EŽ Nr. 124/10. 6. 1920, S. 1: die Bauern sähen inzwischen die Ablieferungen als „heilige Pflicht“ gegenüber dem städtischen Proletariat an; vgl. auch Holitscher, S. 174.

54 Subbotniki v derevne, in: EŽ Nr. 142/1. 7. 1920, S. 2.

55 A. F. Danilevskij, Organizacionno-partijnaja rabota v derevne meždu VIII i X s-ezdami RKP (b), in: Voprosy istorii KPSS Nr. 2/1971, S. 61—70, hier bes. S. 69/70.

56 Vgl. EŽ Nr. 144/3. 7. 1920, S. 2; Nr. 227/12. 10. 1920, S. 2.

57 Poljakov, Itogi, S. 21.

58 Vgl. EŽ ab Juni und bes. ab September 1920.

59 Vgl. etwa EŽ Nr. 235/21. 10. 1920, S. 2; Nr. 245/2. 11. 1920, S. 2; Nr. 248/5. 11. 1920, S. 2; Nr. 249/6. 11. 1920, S. 2; Nr. 273/4. 12. 1920, S. 1; Nr. 286/19. 12. 1920, S. 2.

60 EŽ Nr. 288/22. 12. 1920, S. 2.

In Zentralrußland hatte es jedoch eine Mißernte und zudem eine schwere Dürre gegeben, die Schwierigkeiten für die Ernte 1921 befürchtete ließ. Wegen der Ablieferung der Überschüsse konnten die Bauern nicht genügend Reserven anlegen⁶¹. Trotz einiger warnender Stimmen überwog zunächst die Freude über die große Menge Getreide, über die die Sowjetmacht nun verfügen konnte; die Hoffnungen auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung schienen sich zu bestätigen. Sie wurden noch verstärkt durch die zunehmende Kollektivierungsbewegung. Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über ihre Dynamik; dabei spiegeln die Zahlen nur die Tendenz wider, weil sie teilweise unvollständig sind⁶²:

		1. 6. 1919	1. 11. 1919	1. 9. 1920	1. 12. 1920
Sowjetgüter	Zahl		2500 — 3500 (Ende 1919)		5907 (Ende 1920)
	Saatfläche	k. A.	1,6 — 2,1 Mill. Desjatinen	k. A.	3 415 300 Desjatinen
Kommunen	Zahl	2098	1921	1892	1999
	Saatfläche	k. A.		k. A.	
Artele	Zahl	} 1380 k. A.	} 4445 650 000 Desjatinen	} 7722 k. A.	} 8588 1 176 640 Desjatinen
	Saatfläche				
Genossenschaften zur gemeinschaftl. Bodenbearbeitung	Zahl			886	946
	Saatfläche	k. A.		k. A.	

(k. a. = keine Angaben; 1 Desjatine: 1,09 Hektar)

Insgesamt kann man den Anteil der Sowjet- und Kollektivwirtschaften an der Saatfläche auf etwa fünf Prozent schätzen. Am raschesten stieg die Zahl der Sowjetgüter und Artele, während die

61 A. Swiderski, Die Hilfsquellen unserer Verpflegung, in: Russ. Korrespondenz 1920, Bd. 2, S. 1188/1189; Lenin, Werke Bd. 31, S. 503/504; Bd. 32, S. 172; L. O. Minz, Der Einfluß der Mißernte auf die Arbeit und Industrie in Rußland, Berlin-Leipzig 1921, S. 26 ff.; Poljakov, Sel'skoe chozjajstvo, S. 128, 130, 132/133. Zu Maßnahmen der Sowjetregierung vgl. EŽ Nr. 219/2. 10. 1920, S. 1; Nr. 224/8. 10. 1920, S. 2; Nr. 230/15. 10. 1920, S. 2; Nr. 241/28. 10. 1920, S. 2.

62 Zahlen nach: I. E. Zelenin, Sovchozy v pervoe desjatiletie sovetskoj vlasti, in: Voprosy istorii Nr. 2/1970, S. 18—33, hier S. 24 mit Anm. 28; Kritzman, Heroische Periode, S. 132 Anm. 8; N. Bogdanov, Obobščestvlenie sel'skogo chozjajstva, in: EŽ Nr. 250/7. 11. 1920, S. 3; Lenin, Werke Bd. 30, S. 93 Anm.; Larin, Wirtschaftsleben, S. 39; Iz dejatel'nosti otdela kollektivnych chozjajstv, in: EŽ Nr. 124/10. 6. 1920, S. 2; A. Bicenko, Rabota po kollektivizacii sel'skogo chozjajstva, in: EŽ Nr. 269/30. 11. 1920, S. 1; dies., Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva za 1921 god, in: Narkomzem, Sbornik statej i materialov po sel'sko-chozjajstvennoj kooperacii, Moskva 1921, S. 38—46, hier S. 38/39.

Kommunen nach einem Aufschwung bis Mitte 1919 (am 1. 12. 1918 gab es erst 950) und einem danach einsetzenden Rückgang eine Stabilisierung und sogar eine leichte Zunahme verzeichnen konnten⁶³. „Die Kommunen sind ein Produkt der Begeisterung, das Artel ist die Folge einer geschäftlichen Berechnung des sparsamen Muschik“, hieß es 1920⁶⁴. Wenn das richtig ist, kann man sagen, daß 1920 eine immer größere Zahl von Mittelbauern, die an sich einer Kollektivierung reserviert gegenüberstanden, die Vorteile einer zumindest teilweisen Vergesellschaftung einsahen, und daß gleichzeitig die Zahl derer, die aus Begeisterung für den Sozialismus auf dem Land Kommunen gründeten, wieder langsam zunahm⁶⁵. Obwohl die Sowjet- und Kollektivwirtschaften durchaus noch nicht immer zufriedenstellend arbeiteten — organisatorische Mängel und das Fehlen von Inventar wirkten sich nachteilig aus —, wurde in zahlreichen Aufsätzen, Reden und Planentwürfen die Möglichkeit gesehen, durch Verbindung dieser Wirtschaften mit Fabriken, durch Übertragung industrieller Arbeitsformen, durch verstärkte Heranführung von Industriearbeitern an landwirtschaftliche Tätigkeiten den Gegensatz zwischen Stadt und Land abzuschwächen und allmählich aufzuheben⁶⁶. Die Vergesellschaftung der Landwirtschaft sollte konsequent weitergehen und von den Organen der Sowjetmacht energisch gefördert werden. Der Landwirtschaftskommissar Sereda wollte sogar eine Zusammenarbeit von Sowjet- und Kollektivwirtschaften mit individuellen Höfen organisieren; die Individualwirtschaften sollten dabei mehr und mehr in den vergesellschafteten Bereich übergehen⁶⁷. Allgemein war allerdings klar, daß die Vergesellschaftung der Landwirtschaft nicht überstürzt vor sich gehen könne. N. Bogdanow schlug daher für die Übergangszeit vor, den Einzelbauern ökonomisch zu stimulieren und gewisse Marktmechanismen auf dem Land zu-

63 Bis zum 1. 3. 1921 stieg ihre Zahl auf 2114 an (Bicenko, Kollektivizacija, S. 39).

64 N. Bogdanov, Sovchoz i kolchoz II, in: EŽ Nr. 156/17. 7. 1920, S. 1.

65 Kommunen wurden vor allem von Fabrik- und Landarbeitern organisiert (vgl. Bicenko, Kollektivizacija, S. 40). Noch 1928 schrieb Sergej Tretjakov nach seinen Erfahrungen in einer nordkaukasischen Kommune: „Das Jahr 1920 war ein Jahr stürmischer Kollektivierung. Kollektive von rein sozialistischem Typus, d. h. solche, die auf der Losung ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘ aufgebaut waren, erhielten in den Städten Rationen“ (Feld-Herren, Der Kampf um eine Kollektiv-Wirtschaft, Berlin 1931, S. 92).

66 Vgl. EŽ Nr. 228/13. 10. 1920—Nr. 231/16. 10. 1920; N. Bogdanov, Upravlenie sovchozami, in: EŽ Nr. 240/27. 10. 1920, S. 1; ders., Sovchozy i kolchozy, in: EŽ Nr. 249/6. 11. 1920, S. 1; M. Ivanov/V. Kuznecov/D. Charlamov, Rol' proizvodstvennyh sojuzov industrial'nogo proletariata v provedenii socialističeskogo zemledelija i organizacii sel'sko-chozjajstvennogo proizvodstva, in: Vestnik truda Nr. 3/1921, S. 47—51; P. i V. Vasil'evy, Gorod i sel'skoe chozjajstvo, in: EŽ Nr. 254/12. 11. 1920, S. 1; vgl. auch Lenin, Werke Ergänzungsband (II) 1917—1923, S. 213.

67 Vtoroj vserossijskij s-ezd rabotnikov zemli i lesa, in: EŽ Nr. 278/10. 12. 1920, S. 2.

zulassen⁶⁸. Darüber hinaus wurde diskutiert, ob man nicht die Ablieferungspflicht der Überschüsse in die Form einer Naturalsteuer kleiden sollte⁶⁹. Das durchdachteste Konzept legte dabei Strumilin vor: Die Überschüsse, die den Bauern nach Ablieferung der Naturalsteuer verblieben, sollten sie gegen Warenäquivalente — zu festen Preisen, die auf einer Berechnung der Arbeitsleistung fußten — den staatlichen Organen überlassen⁷⁰. Dagegen machte N. Osinski geltend, daß wegen des gegenwärtig geringen staatlichen Warenfonds die Möglichkeit für die Bauern, über einen Teil ihrer Ernte frei verfügen zu können, zu einer Restaurierung des freien Handels und zu einer Stärkung der Kulaken führen müsse. Statt dessen müßten zunächst die Ablieferungspflicht der Überschüsse beibehalten und zudem die Aussaat durch die Aufstellung von Saatplänen und Kontrolle deren Ausführung mit Hilfe von Saatkomitees staatlich reguliert werden. Zum Anreiz könne man den „fleißigen Bauern“ mit einer Erhöhung seiner Verbrauchsnorm prämiieren. Daneben solle der Staat die Sowjet- und Kollektivwirtschaften materiell so fördern, daß sie anziehend auf die Einzelbauern wirkten⁷¹. Diese Konzeption setzte sich durch. Auf dem VIII. Sowjetkongreß Ende Dezember 1920 wurde sie lediglich nach heftigen Diskussionen dahingehend verändert, daß vorrangig Gemeinden und Kollektive prämiert werden sollten — allerdings auch mit Produktionsmitteln —, Einzelbauern erst in zweiter Linie; eine Stärkung der Kulaken sollte auf jeden Fall vermieden werden⁷².

68 N. Bogdanov, Puti socialističeskogo stroitel'stva v sel'skom chozjajstve, in: EŽ Nr. 271/2. 12. 1920, S. 1. Vgl. N. Bogdanov, Die wichtigsten Fragen einer Organisation des sozialistischen Ackerbaus, in: Russ. Korrespondenz 1920, Bd. 2, S. 1185—1187; ders., Die Bauernschaft in Sowjet-Rußland Ende 1920, in: Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 277—279.

69 Vtoroe vserossijskoe prodovol'stvennoe soveščanie, in: EŽ Nr. 141/30. 6. 1920, S. 2; Lenin, Polnoe sobranie sočinenij t. 42, S. 51; L. Trockij, Sočinenija t. XV, S. 11/13; t. XVII/2, S. 543/544. Allen Vorschlägen war gemeinsam, daß sie nicht an eine grundsätzliche Änderung der eingeschlagenen Politik dachten. — Die Naturalsteuer war bereits — in etwas anderer Form — im Herbst 1918 vorübergehend ohne Erfolg dekretiert worden (Dekrety sovetskoj vlasti t. III, Moskva 1964, S. 469—473; vgl. Lenin, Werke Bd. 32, S. 186/187).

70 S. Strumilin, Planovoe chozjajstvo v derevne, in: EŽ Nr. 8/14. 1. 1921, S. 1/2; vgl. ders., Menovye ekvivalenty i problema snabženija, in: EŽ Nr. 243/30. 10. 1920, S. 1.

71 N. Osinskij, Gosudarstvennoe regulirovanie krest'janskogo chozjajstva, Moskva 1920; vgl. N. Osinski, Die Regelung der Landwirtschaft durch den Staat, in: Russ. Korr. 1920, Bd. 2, S. 1181—1184; ders., Der planmäßige Anbau und die Normalisierung der Bodenbearbeitung, in: ebd., S. 1178—1181; ders., Die landwirtschaftliche Krise und der sozialistische Aufbau auf dem Lande, in: Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 101—106.

72 Vošmoj Vserossijskij S-ezd Sovetov rabočich, krest'janskich, krasnoarmejskich i kazač'ich deputatov, Stenogr. otčet (22—29 dekabrja 1920 g.), Moskva 1921, S. 128—153 (Debatte), 196/197, 267—271 (Dekret, vgl. Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 58—62).

IV.

Vor dem Hintergrund der sozialökonomischen Entwicklung müssen die Diskussionen über den einheitlichen Wirtschaftsplan und die Versuche, die Planarbeit zu organisieren, gesehen werden. Ohne die begründete Hoffnung auf eine kontinuierliche Produktionssteigerung und ein stetiges Vordringen des vergesellschafteten Sektors der Wirtschaft sind sie kaum zu verstehen.

Gleich zu Beginn des Jahres 1920 wurden die Zentrale Produktionskommission beim Obersten Volkswirtschaftsrat, die die Produktionsprogramme der einzelnen Branchen und Wirtschaftszweige koordinieren und auf einen Gesamtwirtschaftsplan hinarbeiten sollte⁷³, und die Staatliche Kommission zur Elektrifizierung Rußlands (GOELRO) gebildet. Der GOELRO-Kommission wurde die Aufgabe gestellt, einen Plan zur Errichtung von Kraftwerken auszuarbeiten, durch deren Einsatz die Brennstoff- und Transportkrise gemildert, Industrie und Landwirtschaft gefördert sowie kulturelle Bedürfnisse befriedigt werden könnten. Auch die Elektrifizierung sollte sich im Rahmen eines Volkswirtschaftsplanes vollziehen⁷⁴. Die praktische Arbeit wurde begleitet von einer Planungsdebatte, die sich bis Mitte 1921 hinzog und auf einem für die damaligen Umstände hohen Niveau bewegte; die Ökonomen betraten bei dem Versuch, eine sozialistische Planwirtschaft aufzubauen, theoretisch wie praktisch weitgehend Neuland⁷⁵. Bei der Organisation der Planungsinstitutionen ging es vor allem darum, den Bürokratismus zu beseitigen. Dabei wurden verschiedene Modelle eines straffen Zentralismus der Leitung, einer Dezentralisierung der Verwaltung, einer Förderung der lokalen Initiative und einer möglichen Mitwirkung der Arbeiter erörtert. Die Delegierten des IX. Parteitages und des VIII. Sowjetkongresses beschlossen erste Maßnahmen zur Verwirklichung einzelner Vorschläge⁷⁶. Bedeutsame Gegensätze wurden sichtbar, als die Grundlinien für die Tätigkeit der Wirtschaftsorgane diskutiert wurden. Zwar war unbestritten, daß im Gegensatz zum Kapitalismus jetzt die Bedürfnisse der Bevölkerung im Mittelpunkt der Wirt-

73 A. Goldschmidt, Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands, Berlin 1920, S. 297/298.

74 Die wichtigsten Quellen zur Geschichte der GOELRO-Kommission sind: K istorii plana èlektrifikacii sovetskoj strany, Moskva 1952 (die Bildung der Kommission S. 137/138); Trudy GOELRO, Moskva 1960/1964; Plan èlektrifikacii RSFSR, vtoroe izd., Moskva 1955; I. Stepanov, Elektrifikacija SSSR v svjazi s perechodnoj fazoj mirovogo chozjajstva, izd. tret'e, Moskva o. J. (ca. 1925). Eine ausführliche Darstellung findet sich in meiner Arbeit, die demnächst veröffentlicht wird: Die Elektrifizierung und ihre Bedeutung für die Wirtschaftsplanung Sowjet-Rußlands zur Zeit des „Kriegskommunismus“, Inhalt und Funktion des GOELRO-Planes, Marburg 1971 (Ms.); ich verzichte daher hier auf detaillierte Nachweise.

75 Zu den Vorstellungen und Erfahrungen, auf denen die russischen Kommunisten aufbauen konnten, vgl. Haumann, Elektrifizierung.

76 Devjatj S-ezd RKP (b), S. 383, 409/410, 417; Vošmoj Vseross. S-ezd Sovetov, S. 273/274 (vgl. Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 53/54), 281/282. Einzelheiten der Debatte bei Haumann, Elektrifizierung (auch im folgenden).

schaftspolitik — und damit auch der Planung — stehen müßten. Ein Streitpunkt war jedoch die Reihenfolge des wirtschaftlichen Aufbaus. Einige Ökonomen meinten, an erster Stelle müsse die Konsumproduktion stehen — dabei sollte zunächst auf der Landwirtschaft das Hauptaugenmerk liegen —, danach könne man an die Produktion von Produktionsmitteln denken. Diese Auffassung widersprach dem Beschluß des IX. Parteitages, und auch die Mehrheit der Fachleute lehnte sie ab: Nach einer Phase, in der die Voraussetzungen für den Neuaufbau geschaffen würden (häufig als ursprüngliche sowjetische oder sozialistische Akkumulation bezeichnet), müsse die Wirtschaft über die Produktion von Produktionsmitteln entwickelt werden. Diese Diskussion kann als eine Vorwegnahme der Industrialisierungsdebatte Mitte der zwanziger Jahre angesehen werden.

Die Überlegungen zur Planungsmethodologie gingen noch nicht über erste Ansätze hinaus, die jedoch eine kaum zu unterschätzende Bedeutung für die Schulung der Planungsfachleute Sowjetrußlands hatten. Die Forderung nach Festsetzung von Proportionen zwischen den einzelnen Produktionszweigen, die Frage nach der Beziehung zwischen Direktiven und ökonomischen Gesetzen, erste Elemente einer mathematischen Ökonomie und Wachstumstheorie, Entwürfe für eine geldlose Wirtschaftsrechnung — all das waren erstaunliche Ergebnisse dieser Diskussion. Neben einer Reihe von Produktionsprogrammen für einige Wirtschaftszweige wurde bis Ende 1920 der Plan der GOELRO-Kommission ausgearbeitet. In wenigen Monaten war es den etwa 200 — meist „bürgerlichen“ — Fachleuten der Kommission, die unter der Leitung des Ingenieurs und langjährigen Parteimitglieds G. M. Krschischanowski stand, gelungen, durch Auswertung früherer Erfahrungen, Projekte und Entwürfe, durch Untersuchung der gegenwärtigen Lage und Vergleich mit der Vorkriegswirtschaft, durch Einholung von Expertengutachten und erste, wenn auch noch unvollkommene, Anwendung der Bilanzierungsmethode, durch Berechnung von statischen und dynamischen Koeffizienten sowie unter Zugrundelegung einer Neueinteilung des russischen Territoriums nach ökonomisch-geographischen Einheiten (Rayonierung)⁷⁷ ein Elektrifizierungsprogramm und einen gesamtwirtschaftlichen Perspektivplan zu erstellen — beide für eine Periode von zehn bis fünfzehn Jahren. Vorgesehen war für diese Zeit die Errichtung von dreißig Groß-Kraftwerken, durch die die elektrische Leistung sechsmal größer werden sollte als 1913, ferner ein Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln um 116,7 Prozent und der Produktion von Konsumgütern um 47,4 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand. Für die Landwirtschaft wurden keine konkreten Angaben festgelegt, obwohl sich die Kommission sehr intensiv mit

77 All diese Methoden wurden in den zwanziger Jahren weiter konkretisiert (vgl. Pollock, S. 291—330); die Bedeutung der GOELRO-Kommission für die Ausarbeitung einer Planungsmethodologie ist daher sehr hoch einzustufen. Es sind auch Elemente einer mathematischen Ökonomie und Wachstumstheorie festzustellen. Einzelheiten wieder bei Haumann, Elektrifizierung.

diesem Problem beschäftigte und auch einen entsprechenden Abschnitt in den Plan aufnahm. Einig war man sich darüber, daß die Landwirtschaft konsequent technisiert und elektrifiziert werden sollte, vorrangig die Sowjet- und Kollektivwirtschaften. Ausdrücklich wurde die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land angestrebt⁷⁸. Die Kosten des Planes sollten weitgehend durch Exportüberschüsse (Agrarerzeugnisse, Rohstoffe) und in geringerem Maße durch Kreditoperationen und Konzessionen an ausländische Unternehmen (z. B. zur Ausbeutung von Rohstoffvorkommen) gedeckt werden. Die Annahme, daß dies möglich sei, gründete sich auf eine optimistische Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen, insbesondere auch agrarischen Entwicklung Sowjetrußlands und auf die beginnenden außenwirtschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien, dem Deutschen Reich und den USA⁷⁹.

Auf dem VIII. Sowjetkongreß wurde der GOELRO-Plan begeistert aufgenommen. Lenin, der die Arbeit der Kommission von Anfang an großzügig unterstützt hatte, hob die Bedeutung des Elektrifizierungsplans als Grundlage des wirtschaftlichen Aufbaus hervor: „Die beste Politik ist von nun an — weniger Politik. Haltet euch mehr an die Ingenieure und Agronomen, lernt von ihnen, kontrolliert ihre Arbeit, verwandelt die Kongresse und Konferenzen nicht in Organe der Schönrederei, sondern in Organe der Überprüfung der wirtschaftlichen Erfolge (. . .)“. Dieser Wirtschaftsaufbau — auf die Formel gebracht „Kommunismus — das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“ — werde zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden⁸⁰. Die Delegierten des Kongresses billigten die Arbeit der Kommission und forderten die Verwirklichung des Planes. Sie stimmten auch trotz heftiger Opposition der Konzessionspolitik zu, deren wichtigste Aufgabe nach Lenin die Finanzierung des GOELRO-Planes war⁸¹. Bedeutsame Beschlüsse betrafen — abgesehen von den bereits erwähnten — Wirtschaftsmaßnahmen für das nächste Jahr, die bessere Versorgung der Bevölkerung, die Demobilisierung der Roten Armee und den Aufbau der Sowjets. Gerade in diesem Punkt wird noch einmal deutlich, wie man nach Beendigung des Krieges an den Aufbau des Sozialismus gehen wollte. Der Berichterstatter Sinowjew erklärte: „Wenn man uns fragt, was wir unter Arbeiter- und Bauerndemokratie verstehen, so

78 Vgl. G. M. Kržižanovskij, Tezisy k voprosu ob elektrifikacii zemledelija, in: Trudy GOLERO, Moskva 1960, S. 212; Plan elektrifikacii RSFSR, S. 138/139.

79 Ich gehe hierauf nicht näher ein, auch nicht auf die Auseinandersetzung innerhalb der KPR über die Konzessionspolitik. Vgl. Haumann, Elektrifizierung, sowie J. Garamvölgyj, Aus den Anfängen sowjetischer Außenpolitik, Das britisch-sowjetrussische Handelsabkommen von 1921, Köln 1967; H. G. Linke, Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970; V. A. Šiškin, Sovetskoe gosudarstvo i strany Zapada v 1917—1923 gg., Leningrad 1969.

80 Lenin, Werke Bd. 31, S. 510—515.

81 Lenin, Werke Bd. 31, S. 513, vgl. S. 454, 469, 476. Ein konkreter Beschluß wurde allerdings nicht gefaßt.

antworte ich, nichts anderes als das, was wir 1917 darunter verstanden haben. Wir müssen die Wählbarkeit durch die Arbeiter- und Bauerndemokratie wieder herstellen. Wir müssen erkennen, daß eine neue Zeit neue Lieder braucht, daß, wenn wir bisher unsere Organisationen beschränkt, wenn wir auf die elementarsten Rechte der Arbeiter und Bauern verzichtet haben, wir dem nunmehr ein Ende machen müssen. Erinnern wir uns der vergessenen Worte des Genossen Lenin, der uns aufgerufen hat, die Arbeiter als vollwertig zu nehmen und ihrer Entscheidung die kompliziertesten und schwierigsten Fragen zu überlassen. Wir müssen diese Worte zur Tat werden lassen(...)"⁸². Die Beschlüsse des Kongresses entsprachen dieser Tendenz⁸³.

V.

Kurz nach dem VIII. Sowjetkongreß erfolgte ein entscheidender wirtschaftlicher Rückschlag. Schneestürme und Brennstoffmangel brachten den Transport von Lebensmitteln in die Städte zum Erliegen. Die Rationen mußten eingeschränkt werden. Es kam zu Protestversammlungen und Streiks. Gleichzeitig breiteten sich Bauernunruhen in einigen Gebieten Rußlands aus. Anfang März 1921 brach die Revolte von Kronstadt aus⁸⁴. Am 8. 2. 1921 ließ Lenin seinen Entwurf zur Einführung der Naturalsteuer im Politbüro der KPR diskutieren⁸⁵, anschließend in der „Prawda“⁸⁶. Der X. Parteitag billigte im März den Vorschlag Lenins⁸⁷. Damit wurde das bisherige System der Getreidebeschaffung ersetzt durch eine Naturalsteuer; die verbleibenden Überschüsse sollten die Bauern auf lokalen Märkten, die legalisiert wurden, tauschen können. Tauschpartner sollten die Genossenschaften sein, die mit staatlichen Warenfonds ausgestattet wurden; auf diese Weise sei ein regulärer Warenaustausch zwischen Stadt und Land zu organisieren. Eine Verbindung zu der Konzeption Strumilins ist denkbar. Begründet wurde dieser „Rückzug“ mit dem gestörten Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft; man müsse durch Erleichterungen für die Bauern das alte Bündnis (smytschka) wiederherstellen. An eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik

82 Vošmoj Vseross. S-ezd Sovetov, S. 207—224, hier S. 224 (dt.: Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 33—38).

83 Vošmoj Vseross. S-ezd Sovetov, S. 228—231, 277—280 (vgl. Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 55—58). Zum Sowjetaufbau vgl. W. Pietsch, *Revolution und Staat, Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917—1922*, Köln 1969.

84 Eine Detailanalyse liefert Gert Meyer, *Die Beziehungen zwischen Stadt und Land in Sowjetrußland zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik, Zur Geschichte der Smyčka 1921—1923*, Marburg 1971 (Ms.). Allerdings ist nach wie vor die Frage schwierig zu beantworten, wie der ökonomische Umschwung einzuschätzen ist, wie sich die Mehrheit der Bauern gegenüber den Aufständischen verhielt u. ä.

85 Lenin, Werke Bd. 32, S. 128; vgl. Leninskij sbornik XX, S. 58—63.

86 Lenin, Werke Bd. 32, S. 193.

87 Desjatyj S-ezd RKP (b), mart 1921 g., Stengraf. otčet, Moskva 1963; vgl. Lenin, Werke Bd. 32, S. 163—277.

war zunächst nicht gedacht. Die Saatkomitees arbeiteten gemäß den Bestimmungen des VIII. Sowjetkongresses und legten Aussaatpläne für einzelne Gebiete vor⁸⁸. Im Februar und März wurde die Staatliche Plankommission (Gosplan) gegründet, deren personellen Kern die Mitarbeiter der GOELRO-Kommission bildeten⁸⁹. Der weitere wirtschaftliche Rückgang, die erneute Mißernte und die schwere Hungersnot sowie das Fehlen eines ausreichenden staatlichen Warenangebots an die Bauern erzwangen jedoch immer weitere „Rückzüge“, so daß seit dem Spätsommer oder Herbst 1921 wirklich von einer „neuen“ Wirtschaftspolitik (NEP) gesprochen werden kann⁹⁰. Als Lenin auf dem XI. Parteitag im März 1922 das Ende des „Rückzuges“ verkündete, hatten sich die Vorstellungen über den Aufbau des Sozialismus entscheidend verändert.

VI.

Selbst der Rückschlag zu Beginn des Jahres 1921 hatte zunächst nicht zu einer Änderung der Auffassungen vom Übergang zum Sozialismus geführt. Nach dem Überblick über die sozialökonomische Entwicklung soll in den folgenden Abschnitten etwas systematischer jene Auffassung dargelegt werden. Ein erstes Element sind die Maßnahmen der Sowjetregierung, die nach dem damaligen Selbstverständnis kommunistische Ansätze beinhalteten. Diese Maßnahmen wurden durch die katastrophale materielle Situation der Bevölkerung veranlaßt, sollten aber, wie es immer wieder hieß, auch nach Verbesserung der Lage beibehalten und Teil der neuen Gesellschaftsordnung werden. Seit Januar 1920 wurden — im Zusammenhang mit detaillierten Vorschlägen Ju. Larins⁹² — Dekrete erlassen, durch die die Löhne der Arbeiter und Angestellten in den staatlichen Betrieben erhöht, öffentliche Speisehallen mit kostenloser Essensausgabe eingerichtet wurden⁹³ und verschiedene Geldleistungen der Bevölkerung wegfielen: Post, Telefon, Telegraf, Eisenbahnen und Schiffe, kommunale Dienste und Brennstoff konnten im wesentlichen kostenlos benutzt werden. Die Mieten waren so niedrig, daß sie bei der laufenden Geldwertung praktisch keine Rolle mehr spielten⁹⁴. Während des ganzen Jahres wurden große Anstrengungen unternommen, die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und die vorhandenen Lebensmittel sowie sonstige Bedarfsgüter so rationell wie möglich zu

88 Vgl. Meyer, Beziehungen. Auch: N. Osinski, Die Ergebnisse einer Studienreise, in: Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 499—502.

89 Einzelheiten bei Haumann, Elektrifizierung.

90 Vgl. im einzelnen Meyer. Auch: A. A. Matjugin, O chronologičeskich ramkach perechoda ot 'voennogo kommunizma' k novoj èkonomičeskoj politike, in: Voprosy istorii KPSS Nr. 3/1967, S. 66—72, bes. S. 69/70.

91 Lenin, Werke Bd. 33, S. 266.

92 Vgl. Ju. Larin, Ot slov k delu, in: EŽ Nr. 23/3. 2. 1920, S. 1.

93 Sobranie ukazonenij 1920, Nr. 4—5 Art. 21; Larin, Wirtschaftsleben, S. 70 ff.; Kritzman, Heroische Periode, S. 180, 285/286.

94 Larin, Wirtschaftsleben, S. 71—73, 77; E. B. Genkina, Gosudarstvennaja dejatel'nost' V. I. Lenina 1921—1923 gg., Moskva 1969, S. 32 ff.

verteilen⁹⁵. Eine besondere Kommission arbeitete daran, Grundnormen zur Versorgung der Arbeiter zu errechnen, nach denen die Lebensmittel verteilt werden sollten⁹⁶. Dabei wurde ein Schlüssel von 4 : 3 : 1 angewendet, nach dem die körperlich Arbeitenden in Staatsbetrieben, die geistig Tätigen und Büroarbeiter in Staatsbetrieben sowie die Arbeiter in Privatbetrieben ihre Rationen erhielten. Für Kinder, Mütter, Schwerarbeiter und hochqualifizierte Geistesarbeiter waren Sonderrationen bestimmt⁹⁷. Insgesamt wurden 1920 38 Millionen Menschen kostenlos versorgt⁹⁸. Mehr und mehr erfolgte die Versorgung kollektiv. „In der öffentlichen Ernährung liegt das Pfand neuer Formen unseres gesellschaftlichen Lebens“⁹⁹. Weiterhin wurden 1920 der Lohn immer mehr naturalisiert und Naturalprämien gewährt¹⁰⁰. Nur noch acht Prozent des Lohns wurde in Geld ausgezahlt¹⁰¹. Der Anteil der Naturalprämien am Arbeitseinkommen betrug 1920 fünf Prozent¹⁰². Mit diesen Maßnahmen waren zwei Absichten verbunden: eine Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter, da das Geld kaum noch Wert hatte, und zugleich eine weitere Entwertung des Geldes. Seit Sommer 1921 mußten all diese Maßnahmen nach und nach wieder rückgängig gemacht werden¹⁰³.

VII.

In der Annahme, daß bereits in der Übergangsphase Teile einer neuen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden könnten, sah man sich bestätigt durch eine im Vergleich zum Kapitalismus veränderte Arbeitsgesinnung vieler Arbeiter. Immer mehr beteiligten sich freiwillig und ohne Entlohnung an den Subbotniki, den 1919 spontan

95 Vgl. nur A. Vyšinskij, Osnovy principy raspredelenija, in: EŽ Nr. 140/29. 6. 1920, S. 1; Vtoroe vserossijskoe prodovol'stvennoe soveščanie, in: EŽ Nr. 144/3. 7. 1920, S. 3, u. Nr. 146/6. 7. 1920, S. 1; M. Smit, Novoe v sisteme raspredelenija, in: EŽ Nr. 241/28. 10. 1920, S. 1; Edinyj raspredelitel'nyj organ, in: EŽ Nr. 271/2. 12. 1920, S. 1.

96 Vgl. etwa: Snabženie naselenija, in: EŽ Nr. 173/7. 8. 1920, S. 2; Norma snabženija rabočich, in: EŽ Nr. 241/28. 10. 1920, S. 2; Material'noe položenie rabočich, in: EŽ Nr. 242/29. 10. 1920, S. 2; Snabženie rabočich prodovol'stviem, in: EŽ Nr. 289/23. 12. 1920, S. 4.

97 Sobranie ukazonenij 1920, Nr. 34 Art. 165.

98 I. Stepanov, Elektrifikacija SSSR, S. 115.

99 A. Lajdin, Principy obščestvennogo pitanija, in: Serp i molot Nr. 18/22. 8. 1920, S. 28—29, hier S. 29.

100 Vgl. Larin (wie Anm. 92 u. 93); Goldschmidt, Wirtschaftsorganisation, S. 285—288, 296; auch: Vošmoj Vseross. S-ezd Sovetov, S. 274 (vgl. Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 52/53, 493—499).

101 S. G. Strumilin, Izbrannye proizvedenija, t. III: Problemy èkonomiki truda, Moskva 1963, S. 382 (allerdings sind hierin Spezialkleidung und kommunistische Dienstleistungen enthalten).

102 Strumilin, S. 389; vgl. V. Bažanov, Premirovanie truda i naturalizacija premij, in: EŽ Nr. 210/22. 9. 1920, S. 1, sowie zahlreiche weitere Artikel in der EŽ.

103 Vgl. dazu Meyer, a.a.O.

ingerichteten „kommunistischen Samstagen“¹⁰⁴. 1920 wurde der 1. Mai zum „ersten gesamtrossischen Subbotnik“ erklärt. Auch auf dem Land stieg die Zahl derer, die an dieser Bewegung teilnahmen¹⁰⁵. Ebenfalls als Zeichen einer neuen Arbeitsgesinnung wurden die „Roten Arbeitsarmeen“ eingeschätzt¹⁰⁶. Am 15. 1. 1920 war — initiiert durch die Soldaten selbst — die III. Armee im Ural in die „I. Revolutionäre Arbeitsarmee“ umgewandelt worden¹⁰⁷. Im weiteren Verlauf des Jahres wurden weitere Arbeitsarmeen gebildet. Sie wurden eingesetzt bei der Lebensmittel- und Brennstoffbeschaffung, bei Bauarbeiten, im Transportwesen, im Kohlebergbau, beim Kraftwerkbau und in der Landwirtschaft¹⁰⁸. Die Erfahrungsberichte über die Erfolge und über die Produktivität der Armeen sind widersprüchlich¹⁰⁹. Dies ist bei der allgemeinen Lage 1920 und den neu aufflammenden Kämpfen seit Ende April nicht verwunderlich. Außerdem ist der Zeitraum ihrer Wirksamkeit — 1921 hört man nichts mehr von ihnen — für eine gültige Beurteilung zu kurz. Eine Reihe von Bolschewiki ordnete diese Armeen in ihr Konzept einer Arbeitsverfassung der Übergangsperiode ein. Führender Exponent war Leo Trotzki, der die Rote Armee in ein Milizsystem auf der Grundlage von Produktionseinheiten und bei Beibehaltung militärischer Disziplin umorganisieren wollte („Militarisierung der Arbeit“). Der straffe Zentralismus sollte durch eine Stärkung der lokalen Initiative ergänzt werden¹¹⁰. Trotzki sah in seinem Vorschlag den Vorteil, gerade die Bauern, die die soziale Wurzel der Arbeiterschaft darstellten, aber noch kaum Beziehung zur Industriearbeit hatten, zu organisieren und zu mobilisieren¹¹¹. Die Zwangsmaßnahmen, die er bei der damaligen Wirtschafts-

104 Lenin, Werke Bd. 29, S. 397—424; Larin, Wirtschaftsleben, S. 79 Anm.; Kritzman, Heroische Periode, S. 297/298; vgl. einige Artikel in der Russ. Korr. 1920; K. A. Antonova, Trudovye podvigi rabočego klassa v period vtoroj mirovoj perydyški, in: Voprosy istorii Nr. 3/1962, S. 41—50; O. I. Skaratan, Osnovnye etapy socialističeskogo sorevnovanija v promyšlennosti SSSR, in: Istorija SSSR Nr. 5/1961, S. 53—74, hier S. 56.

105 Vgl. nur: G. Krumin, Pervyj vsrossijskij subbotnik, in: EŽ Nr. 93/1. 5. 1920, S. 1; M. Tomskij, Kommunističeskij trud, ebd.; Vserossijskij pervomajskij kommunističeskij subbotnik v 1920 g., in: Krasnyj archiv Nr. 3 (82)/1937, S. 18—39; Holitscher, S. 48 ff.; vgl. Anm. 54.

106 G. Krumin, Krasnaja armija truda, in: EŽ Nr. 11/17. 1. 1920, S. 1; vgl. EŽ Nr. 18/28. 1. 1920, S. 3; Nr. 21/31. 1. 1920, S. 1.

107 Sobranie ukazonenij 1920, Nr. 3 Art. 15; L. Trockij, Sočinennija t.XV, S. 5 (zahlreiche Dokumente zu den Arbeitsarmeen ebd., S. 263—342).

108 Vgl. Kritzman, Heroische Periode, S. 269/270; Holitscher, S. 72; EŽ Nr. 79/15. 4. 1920, S. 1; Nr. 88/25. 4. 1920, S. 2; Nr. 92/30. 4. 1920, S. 2; Nr. 158/20. 7. 1920, S. 1; Nr. 195/4. 9. 1920, S. 1/2; Nr. 223/19. 10. 1920, S. 2; Nr. 274/5. 12. 1920, S. 3 u. a.; Serp i molot Nr. 21—22/15. 9. 1920, S. 8—16; Voprosy truda Nr. 1/1921, S. 83—90, 91—95; Sobranie ukazonenij 1920, Nr. 20 Art. 151; Nr. 74 Art. 344; Nr. 86 Art. 428.

109 M. Obzorin, Ob učete rabot trudarmii, in: EŽ Nr. 83/20. 4. 1920, S. 1; V. Bažanov, Ispol'zovanie vojskovych častej na trudovom fronte, in: EŽ Nr. 195/4. 9. 1920, S. 1/2; Trockij, Sočinennija t.XV, passim.

110 Trockij, Sočinennija t.XV, S. 10—14.

111 Devjatyj S-ezd RKP (b), S. 91—95, vgl. S. 198.

lage und der Rückständigkeit Rußlands — gerade auch auf dem Gebiet der Bildung — für notwendig hielt, sollten durch intensive Aufklärung begleitet werden, damit sie bald überflüssig würden. „Es ist notwendig, den breiten Massen den Wirtschaftsplan zu zeigen, auf dessen Grundlage wir unserem Partei- und Sowjetapparat die Mobilisierung breiter werktätiger Massen erlauben, aber wir können nicht warten, bis jeder Bauer und jede Bäuerin begreift! Wir müssen heute jeden zwingen, an der Stelle zu stehen, an der er sein muß!“¹¹² Die Arbeitspflicht und die Zwangsmaßnahmen dürften nicht so weit gehen, daß sie auf den Widerstand der Werktätigen stießen. „Die Militarisierung der Arbeit durch den Willen der Werktätigen selbst aber ist die sozialistische Diktatur“¹¹³. Träger der Militarisierung sollten die Gewerkschaften sein, die damit zugleich staatliche Funktionen übernommen hätten. Die Gewerkschaft „schafft die neue Ordnung“ — „Die Militarisierung der Arbeiterklasse ist das neue Regime der Gewerkschaften“¹¹⁴. Die Diskussion über dieses Konzept dauerte während des ganzen Jahres an. Widerstände kamen gerade von den Gewerkschaften, die keine Staatsorgane werden wollten, und von Oppositionsgruppen, die das demokratische Element und die schöpferische Eigeninitiative mehr gestärkt sehen wollten. Als vor allem wegen der Gegnerschaft der Gewerkschaften eine Parteispaltung drohte, wandte sich — nach anfänglicher Unterstützung — Ende 1920 auch Lenin gegen Trotzki und forderte, die Gewerkschaften müßten Bindeglied und „Transmissionsriemen“ zwischen Partei und Arbeiterklasse sein. 1921 setzte sich diese Vorstellung durch, und mit der Änderung der Wirtschaftspolitik mußte sich auch die Arbeitsverfassung ändern¹¹⁵.

Ein Zitat mag noch einmal die Absicht verdeutlichen, die mit der Übernahme staatlicher Funktionen durch die Gewerkschaften verbunden war: „Ist die allgemeine progressive Entwicklungslinie die Linie der organischen Vereinigung der Gewerkschaften mit den Organen der Staatsmacht, d. h. die Verstaatung der Gewerkschaften, so ist andererseits derselbe Prozeß ein Prozeß der ‚Vergewerkschaftung‘ des Staates. Sein logischer und historischer Abschluß wird nicht darin bestehen, daß der proletarische Staat die Gewerkschaften verschlingt,

112 Devjatjy S-ezd RKP (b), S. 114; vgl. Trockij, Na put' stroitel'stva socializma, in: Sočinenija t.XVII/2, S. 495—506, hier S. 504/506.

113 L. Trotzki, Die Grundfragen der Revolution, 2. Hamburg 1923, S. 168; vgl. auch N. Bucharin, Ökonomik der Transformationsperiode, Reinbek 1970, S. 131, 158, 168/169.

114 Devjatyi S-ezd RKP (b), S. 94, 190. Trockij wandte sein Konzept beim Kampf gegen die Transportkrise an (vgl. Anm. 24).

115 Die Gewerkschaftskontroverse, die noch ergänzt wurde durch eine Kontroverse über Kollegial- oder Einmann-Leitung in den Betrieben, soll hier nicht im einzelnen geschildert werden. Vgl. in dt. einige Artikel in der Russ. Korr. 1920/1921; Lenin-Reden und -Aufsätze Ende 1920/Anfang 1921; Beiträge der Oppositionsgruppen in: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrsg. von F. Kool u. E. Oberländer, Olten-Freiburg 1967, und in: Die russische Arbeiteropposition, Die Gewerkschaften in der Revolution, hrsg. von G. Mergner, Reinbek 1972.

sondern daß beide Kategorien — die Gewerkschaften wie auch der Staat — verschwinden und ein Drittes entsteht — die kommunistisch organisierte Gesellschaft“¹¹⁶. Zwei Probleme wurden von Trotzki aufgeworfen, die auch unabhängig von einer „Militarisierung der Arbeit“ eine große Rolle in der Diskussion über die Übergangsperiode spielten: Dezentralisierung und Initiative der Massen. S. I. Gusew, der in diesen Fragen weitgehend mit Trotzki übereinstimmte, forderte im Rahmen seiner Vorschläge für einen einheitlichen Wirtschaftsplan eine Rayonierung Rußlands, auf deren Grundlage dann horizontale Verbindungen zwischen lokalen Organen eingerichtet werden könnten, die die bestehenden vertikalen Beziehungen ergänzen müßten. Nur auf diese Weise werde es Berechnung, Verteilung, Kontrolle, schnelle Fehlerverbesserung, Reagieren auf Zufälligkeiten, rasches „Manövrieren“ geben¹¹⁷. Ähnlich argumentierte Trotzki: „Der sozialistische wirtschaftliche Zentralismus (...) wird sich auf eine breite wirtschaftliche Initiative und Selbständigkeit der Bezirke, Gouvernements und Gebiete stützen“¹¹⁸. Auch im GOELRO-Plan, der auf einem Rayonierungsmodell aufgebaut war, tauchten solche Vorstellungen auf. E. Ja. Schulgin schrieb, die zentralisierte Planung müsse ihren Ursprung und ihre Korrektur in dezentralisierter Arbeit haben. „Dem Wesen der Sache nach muß die Schaffung des Wirtschaftsplanes für einen Rayon Sache des Rayons selbst sein, weil sie tiefe Kenntnisse lokaler Bedingungen und aktive Teilnahme der Bevölkerung erfordert (...)“¹¹⁹. Die Delegierten des VIII. Sowjetkongresses schlossen sich diesen Überlegungen mit ihrer Resolution über „lokale Organe der ökonomischen Verwaltung“ wenigstens ansatzweise an¹²⁰.

116 Aufgaben und Struktur der Gewerkschaften, in: Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 175—179, hier S. 176/177, vgl. S. 158—208. Diese „Plattform“ der „Puffer“-Gruppe um Bucharin, die zwischen Trockij und Lenin vermitteln wollte, stammt vom 16. 1. 1921. Vgl. V. Serge, Beruf: Revolutionär, S. 161: „Wir begriffen nicht, daß der Einfluß der Gewerkschaften vielleicht die Struktur des Staates im Sinne eines stärkeren Einflusses der Arbeiterschaft verändert hätte“.

117 S. I. Gusev, Edinyj chozjajstvennyj plan i edinyj chozjajstvennyj apparat, Charkov 1920, S. 50—64; vgl. Kritzman, Heroische Periode, S. 320; L. Kricman, O chozjajstvennom plane, in: EŽ Nr. 281/14. 12. 1920, S. 1. — Übrigens stellte Gusev die Teilnahme der Gewerkschaften an der Wirtschaftsplanung in Beziehung zu ihrer Verstaatung (a.a.O., S. 56, 60, 66/67, 72).

118 L. Trockij, Put' k edinomu chozjajstvennomu planu, in: EŽ Nr. 251/9. 11. 1920 bis Nr. 253/11. 11. 1920 (auch Sočinenija t.XV, S. 215—232), Zitat Nr. 253, S. 2.

119 Plan èlektrifikacii RSFSR, S. 184, vgl. S. 184—187; Trudy GOELRO, Moskva 1960, S. 173, 187, 190/191; R. W. Davies, The Decentralisation of Industry, in: Soviet Studies vol. IX, Nr. 4/1958, S. 353—367, hier S. 353/354. Die GOELRO-Kommission stand der Verwendung von Arbeitsarmeen im übrigen durchaus nicht ablehnend gegenüber (Plan èlektrifikacii RSFSR, S. 33).

120 Vosmoj Vseross S-ezd Sovetov, S. 273/274 (Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 53/54).

Im Zusammenhang mit dem Übergang zur planwirtschaftlichen Arbeit wurden der Information der Werktätigen über den Plan und der Förderung ihrer Initiative große Aufmerksamkeit geschenkt¹²¹. Viele bezeichneten dies als Aufgabe der „Produktionspropaganda“¹²², Trotzki zählte beides zu den Bestandteilen der „Militarisierung“. Gusew konkretisierte diese Auffassung: die Produzenten müßten an der Abfassung und Leitung der Produktionsprogramme beteiligt werden, damit sich kein Bürokratismus breitmachen könne. Dabei dürften sie nicht nur auf ihre Betriebe beschränkt bleiben — das sei „Fabrik-,Idiotismus“ —, sondern müßten auch mit der gesamtgesellschaftlichen Produktion verbunden werden¹²³. Durch die Planarbeit müsse die „Umwandlung der zwangsweisen Arbeitsmobilisierung in bewußte Teilnahme am Wirtschaftsaufbau“ vor sich gehen¹²⁴. Wiederum war es die GOELRO-Kommission, die ähnliche Prinzipien aufstellte: „Der Plan einer breiten Elektrifizierung muß so aufgebaut werden, daß die werktätigen Massen schon in der nächsten Zeit bei den ersten Schritten zu seiner Verwirklichung die ganze riesige, nützliche Bedeutung der Arbeit empfinden, zu der sie gegebenenfalls die Staatsmacht ruft“¹²⁵. Dieses Ziel wurde von Lenin ausdrücklich unterstützt. Soweit das in der gegenwärtigen Situation möglich sei, sollten die Massen „selbst die Initiative ergreifen“. Man müsse einen „praktischen Plan für die Kampagne zur Elektrifizierung“ ausarbeiten, aus dem hervorgehe, wie die Bevölkerung mithelfen und Anregungen geben könne. Dabei müßten auch die Kenntnisse der Leute verbessert werden; überhaupt sollten die Kraftwerke Ausbildungszentren werden¹²⁶.

Es ist deutlich geworden, daß die Heranziehung der Massen zur aktiven und bewußten Teilnahme am Wirtschaftsleben untrennbar mit dem Bildungsstand verknüpft war. Dabei ging es um die Beseitigung des Analphabetismus, um die Vermittlung der nötigen Fertigkeit

121 Vgl. die Diskussionen auf dem IX. Parteitag und die entsprechende Resolution (Devjatj S-ezd RKP (b), S. 411/412).

122 Vgl. nur: N. Bucharin, in EZ Nr. 264/24. 11. 1920 S. 2 (Konferenzrede); F. Sswetlow, Staatliche Organisation der Produktionspropaganda, in: Russ. Korr. 1921, Bd. 1, S. 106—109.

123 Gusev, S. 65—72; vgl. M. Kopylov, Čto takoe proizvodstvennyj propaganda?, in: Vestnik truda Nr. 3/1921, S. 52—69, bes. S. 56.

124 Gusev, S. 14, vgl. S. 12—15. — Es ist interessant, daß gleichzeitig mit diesen Überlegungen die innerparteiliche Demokratie einen Höhepunkt erreichte (etwa auf der IX. Parteikonferenz im September 1920), vgl. Lenin, Werke Ergänzungsbd. (II) 1917—1923, S. 200—207; R. V. Daniels, Das Gewissen der Revolution, Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln-Berlin 1962, S. 144—147.

125 K istorii plana èlektrifikacii, S. 192 (18. 6. 1920).

126 Lenin, Werke Bd. 35, S. 442—445. Vgl. zu den Anregungen Lenins in der GOELRO-Kommission und zu deren Haltung selbst: Trudy GOELRO, Moskva 1960, S. 84, 91, 108, 115, 118, 121, 129, 130, 184, 185, 188, 196, 224; K istorii plana elektrifikacii, S. 143/144; Plan elektrifikacii RSFSR, S. 110. Vgl. auch Lenin, Werke Bd. 32, S. 391 ff., und zahlreiche weitere Stellen.

keiten und Kenntnisse für die Industriearbeit und für das Verständnis der ökonomischen Prozesse sowie um die Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins¹²⁷. Auch hierbei kam der Elektrifizierung eine bedeutende Rolle zu, wie die Formel „Aufklärung durch Licht“ deutlich macht. Krschischanowski dachte bereits daran, daß das Kino „mit den Kräften der Sowjetmacht aus einem Mittel der Verführung des Volkes in ein vortreffliches Werkzeug seiner wissenschaftlichen und politischen Erziehung“ verwandelt werden könne¹²⁸. Neben der „Produktionspropaganda“ wurden 1920 große Anstrengungen auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung unternommen. Die Zahl der Elementarschulen, Volksbibliotheken, Lesehütten, „Liquidationspunkte für das Analphabetentum“ und ähnlicher Einrichtungen stieg bis 1921 kontinuierlich an¹²⁹.

VIII.

Wir befinden uns in einer „Gesellschaft, die die Übergangsetappe zum Sozialismus erlebt“¹³⁰, in einer „Übergangszeit zur vollständigen Errichtung einer sozialistischen Lebensform“¹³¹ — in solchen Äußerungen drückte sich 1920 das Selbstverständnis vieler russischer Kommunisten aus. Die bisher wiedergegebenen Vorstellungen, Arbeiten und Maßnahmen beweisen, daß man entsprechend zu handeln versuchte. Das allgemein akzeptierte Ziel war nach wie vor, unmittelbar, ohne Umwege, zum Sozialismus überzugehen. Theoretisch sah dieses Konzept drei Etappen vor: Schaffung bestimmter materieller Grundlagen, Warenaustausch, Produktaustausch.

In dem Beschluß des IX. Parteitages über die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus waren als Vorhaben für die erste

127 Maria Smit sprach im Zusammenhang mit Problemen des Wirtschaftsplans von der „Entwicklung des Produktions-Kollektiv-Bewußtseins bei allen Mitgliedern der Gesellschaft“. Die „kulturell-aufklärerische Arbeit“ sei unter die „Rubrik der sozialistischen Akkumulation“ einzureihen. Die Kulturarbeit strebe zur „Revolutionierung der Psyche“ wie die Produktionsarbeit zur „Revolutionierung der Technik“ (Problema chozjajstvennogo plana, in: Narodnoe chozjajstvo Nr. 1—2/1921, S. 33—44, hier S. 33—35).

128 Kržižanovskij, Tezisy k voprosu ob elektrifikacii zemledelija, S. 211, vgl. S. 95, 199; s. auch Lenin, Werke Bd. 30, S. 369/370.

129 Vgl. Desjatj Vserossijskij S-ezd Sovetov, Moskva 1923, S. 78, 87, 180; Sh. Fitzpatrick, The Commissariat of Enlightenment, Cambridge 1970, S. 59, 62 ff., 174 ff., 291 (Budget des Volkskommissariats für Volksbildung); Itogi desjatiletija sovetskoj vlasti v cifrach, S. 80; vgl. auch zahlreiche Aufsätze in der EŽ und in der Russ. Korrr.

130 A. Vyšinskij, Osnovy principy raspredelenija, in: EŽ Nr. 140/29. 6. 1920, S. 1; vgl. auch J. Stalin, Werke Bd. 4, S. 326—346, bes. S. 343; Trockij, in: Devjatj S-ezd RKP (b), S. 103—106.

131 V. Miljutin, Naši zadači v oblasti kooperacii, in: EŽ Nr. 73/3. 4. 1920, S. 1; vgl. G. Krumin, Nužna li pomošč'? in: EŽ Nr. 132/19. 6. 1920, S. 1. Ein Beweis für dieses Selbstverständnis ist auch Bucharins 1920 geschriebenes theoretisches Werk „Ökonomik der Transformationsperiode“ (zuletzt Reinbek 1970).

Periode die Verbesserung des Transportwesens und die Vorratsbildung von Roh- und Brennstoffen sowie von Getreide genannt worden. Ebenso gehörten hierhin die allgemeine Arbeitspflicht, die Arbeitsmobilisierung¹³² und die Verbesserung des Bildungsstandes, außerdem die Finanzierung verschiedener wirtschaftlicher Aufgaben durch Konzessionen an ausländische Unternehmen, die Heranziehung „bürgerlicher“ Spezialisten und zahlreiche sonstige Maßnahmen, die nicht immer sozialistischem Anspruch entsprachen, aber wegen der Wirtschaftslage für unabdingbar gehalten wurden. Für diese Etappe wurde 1920 verschiedentlich die Bezeichnung „ursprüngliche sozialistische Akkumulation“ verwandt¹³³. Konkret verstand man darunter die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus und die Mobilisierung der Arbeitskraft. Viel weiter wurde die Analogie zum Marxschen Terminus der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ nicht reflektiert; Lenin äußerte sich ziemlich spöttisch zur Übertragung dieses Begriffs auf die Wirtschaft der Sowjetmacht¹³⁴. Seinem Inhalt stimmte er aber auch zu, wie folgende Äußerung deutlich macht: „Wir bekennen uns als Schuldner des Bauern. Wir haben von ihm Getreide für Papiergeld genommen, bei ihm Schulden gemacht, wir müssen ihm diese Schulden zurückzahlen, und wir werden sie zurückzahlen, sobald wir unsere Industrie wiederhergestellt haben. Um sie aber wiederherstellen zu können, braucht man Überschüsse der landwirtschaftlichen Produktion“¹³⁵.

IX.

Der nicht-äquivalente Austausch zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Gütern, zwischen Stadt und Land, war das wichtigste Kennzeichen jener Periode, in der die materiellen Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus geschaffen werden sollten (was nicht ausschloß, daß auch in dieser Zeit schon sozialistische Maßnahmen getroffen wurden). Er war zugleich die Voraussetzung für den Waren- und Produktaustausch, dessen Organisierung breiten Raum in den damaligen Diskussionen einnahm. Vor allem Lenin hat sich dazu

132 Vgl. *Sobranie ukazonenij* 1920, Nr. 8 Art. 49/50, Nr. 35 Art. 168, Nr. 36 Art. 172, Nr. 32 Art. 155, Nr. 81 Art. 387; Antonova, *Trudovye podvigi*, S. 43 ff.; Trockij, *Sočinenija t.XV*, passim; Kritzman, *Heroische Periode*, S. 173/174; A. Anikst, *Vopros o rabočego sile v 1920 godu*, in: *Vestnik truda* Nr. 3/1920, S. 59—90.

133 M. Markovič, *Edinyj chozjajstvennyj plan*, in: *Narodnoe chozjajstvo* Nr. 15—16/1920, S. 2—6, hier S. 5/6; Bucharin, *Ökonomik*, S. 109 ff.; G. Krumin, *Pobeda na trudovom fronte*, in: *EŽ* Nr. 219/2.10.1920, S. 1; vgl. G. Krshishanowski, *Die Planwirtschaft und die Elektrifikation*, in: *Russ. Korr.* 1922, Bd. 1, S. 150—153, hier S. 151/153; E. A. Preobraženskij, *Finansy v èpochu diktatury proletariata*, Moskva 1921, S. 24.

134 *Leninskij sbornik* XI, S. 375. Ich gehe hier nicht weiter auf die Problematik dieses Begriffes ein, auch nicht auf die Weiterführung durch E. Preobraženskij, *Die Neue Ökonomik* (1926), Berlin 1971.

135 Lenin, *Werke* Bd. 31, S. 502/503.

immer wieder geäußert. Ziel war für ihn der „unmittelbare Produk-
tenuaustausch“ zwischen Stadt und Land, wie er 1918 immer wieder
betonte¹³⁶. Davor liege allerdings noch eine Zeit des Warenaus-
tauschs, den er zunächst noch als kapitalistisch charakterisierte¹³⁷.

Durch die Krise in der Lebensmittelversorgung 1918 wurde bald
klar, daß noch nicht einmal Warenaustausch existierte, man also nicht
an einen schnell zu verwirklichenden Produktaustausch denken
konnte¹³⁸. 1920 forderte Lenin wiederholt dazu auf, den nicht-äqui-
valenten Austausch mit den Bauern zu beenden und den Warenaus-
tausch in Gang zu bringen; dabei war er gerade in der zweiten Jah-
reshälfte sehr optimistisch, daß dies jetzt gelingen könne¹³⁹. Seine
Vorstellungen kommen sehr deutlich in einem Brief vom 30. 11. 1920
an die Kommission zur Abschaffung der Geldsteuern zum Ausdruck:
„Der Übergang vom Geld zum geldlosen Produktaustausch ist un-
streitig. Damit dieser Übergang erfolgreich beendet wird, muß man
den Produktaustausch organisieren (nicht den Warenaustausch).
Solange wir nicht die Macht haben, den Warenaustausch zu verwirk-
lichen, d. h. der Bauernschaft Industrieprodukte zu geben, — so lange
ist die Bauernschaft gezwungen, bei den Trümmern des Waren- (und
folglich Geld-) Umlaufs zu bleiben (. . .)“¹⁴⁰. Die Unmöglichkeit, den
Bauern unbegrenzt einen nicht-äquivalenten Austausch zuzumuten,
wurde allgemein eingesehen. Trotzki verlangte Anfang 1920 die Lie-
ferung einer größeren Menge Industriegüter an die Bauern¹⁴¹; der
Disput zwischen Strumilin und Osinski über die günstigste Form, das
Äquivalenzprinzip im Austausch mit den Bauern herzustellen, wurde

136 Lenin, Werke Bd. 26, S. 449, 458, 495; Bd. 28, S. 21; vgl. schon Bd. 6, S. 410 (1903). Der Begriff „unmittelbarer Produktaustausch“ lehnt sich offenbar an Marx an, der ihn zur Charakterisierung jener Zeit verwandte, in der zwar bereits ein Austausch stattfand, aber der „Tausch-
artikel“ „noch keine von seinem eigenem Gebrauchswert oder dem indi-
viduellen Bedürfnis der Austauscher unabhängige Wertform“ erhielt (Kapital I, in: MEW Bd. 23, S. 103, vgl. S. 126/127, 164, 372).

137 Vgl. etwa Lenin, Werke Bd. 27, S. 453, 447, 533.

138 Lenin, Werke Bd. 28, S. 31, 136, 212, 385/386; Bd. 29, S. 90 (Produk-
tenuaustausch weiterhin als Ziel); Bd. 30, S. 93/94.

139 Etwa Lenin, Werke Bd. 30, S. 369, 421, 423, 494; Bd. 31, S. 324, 411;
vgl. Anm. 135.

140 Leninskij sbornik XXXIV, S. 383/384, hier S. 384; vgl. V. I. Billik,
V. I. Lenin o suščnosti i periodizacii sovetskoj èkonomičeskoj politiki v
1917—1921 gg. i o provorote k nèpu, in: Istoričeskie zapiski t. 80/1967,
S. 126—159, hier S. 141 (der Aufsatz ist hochinteressant für die Einschät-
zung der Periode 1917—1921). — Zu einigen Maßnahmen der Sowjetmacht
seit 1918, den Warenaustausch zu organisieren, und den damit verbundenen
Absichten vgl. Tri goda borby s golodom, Moskva 1920, S. VI—IX, 19, und
Prodovol'stvennaja politika v svete obščego chozjajstvennogo stroitel'stva
sovetskoj vlasti, Moskva 1920, S. 195—209, 285.

141 Vgl. Anm. 69 (auch er gebraucht den Ausdruck „Produktaus-
tausch“ als Ziel: t.XV, S. 10); die Diskussion über die Naturalsteuer 1920
gehört ebenfalls hierher.

bereits referiert¹⁴². Verbreitet war die Hoffnung, nach endgültigem Abschluß des Bürgerkriegs und durch die Konzentration aller Kräfte auf den wirtschaftlichen Aufbau einen äquivalenten Tausch verwirklichen zu können¹⁴³. Zwar hatte bis 1919 die Stadt dem Dorf rein wertmäßig mehr geliefert als umgekehrt, und 1920 war dieses Verhältnis nur unwesentlich zugunsten der Stadt verändert worden¹⁴⁴, aber die Verteilung der städtischen Güter funktionierte nicht zufriedenstellend, und sie entsprachen weitgehend nicht den bäuerlichen Bedürfnissen. „Das Dorf erhielt eine nicht geringe Menge Verbrauchswaren und Kleidung bis zu Grammophonen und Klavieren, aber Produktionswerkzeuge erhielt es aus der Stadt in minimalem Grad“¹⁴⁵. Nach einer späteren Untersuchung bekam das Dorf 1920 rund zwölf Prozent weniger Maschinen und sonstige Industrieerzeugnisse als 1912¹⁴⁶. Dieser Mangel der staatlichen Versorgung erklärt neben den besseren Profitmöglichkeiten für den leistungsstärkeren Bauern die Bedeutung des Schwarzmarktes. Gegen Ende 1920 wurden, wie erwähnt, verstärkt Maßnahmen getroffen, ihn einzuschränken, weil man der Ansicht war, ihn allmählich ersetzen zu können. Als wichtigstes Mittel zur Organisation eines äquivalenten Warenaustauschs galten die Genossenschaften. Lenin hatte ihnen diese Funktion von Anfang an zugewiesen¹⁴⁷, für kurze Zeit waren in der zweiten Jahreshälfte von 1918 die Komitees der Dorfarmut hinzutreten¹⁴⁸. Am 27. 1. 1920 wurden alle Arten von Genossenschaften in einem Verband vereinigt, eine Maßnahme, die ausdrücklich im Zusammenhang mit der Sicherstellung des Warenaustauschs zwischen Stadt und Land gesehen wurde¹⁴⁹. Leo Kritzman legte im Anschluß daran ein Konzept vor, wie der „staatliche Warenaustausch (Produktenaustausch)“ planmäßig verwirklicht werden könne. Die ent-

142 Vgl. Anm. 70/71.

143 Prodovol'stvennoe položenie respubliki (Doklad tov. Brjuchanova na 3-j sessii VCIK), hier in: EŽ Nr. 216/29. 9. 1920, S. 2; A. Jurev, Uplata za vzjatjy „v ssudu“ chleb, in: EŽ Nr. 255/13. 11. 1920, S. 1.

144 Brjuchanov, a.a.O.; Larin, Wirtschaftsleben, S. 31 ff.

145 Poljakov, Sel'skoe chozajstvo, S. 140; vgl. zur Verteilung: Prokopovicz, Volkswirtschaft, S. 94 ff.

146 Ja. S. Rozenfel'd, Promyšlennaja politika SSSR (1917—1925 gg.), Moskva 1926, S. 165; vgl. A. M. Bol'sakov, Sovetskaja derevna (1917—1925 gg.), Leningrad 1925, S. 30/31, 236/237. Wahrscheinlich liegt die Zahl noch niedriger.

147 Lenin, Werke Bd. 6, S. 410; Bd. 26, S. 415—417, 449; Bd. 27, S. 310/311; Bd. 28, S. 212; Bd. 29, S. 90. Vgl. das Dekret über die Konsumgenossenschaftsorganisation vom 11. 4. 1918 (W. Uljanow-Lenin, Die ersten Dekrete der Sowjetmacht, hrsg. von J. Achapkin, Berlin 1970, S. 134—137).

148 Lenin, Werke Bd. 29, S. 62—64; vgl. das Dekret über den Warenaustausch mit dem Dorf vom 26. 3. 1918 (Dekrety sovetskoj vlasti II, Moskva 1959, S. 24). Zur Ergänzung dieses Dekretes und zu weiteren Bestimmungen vgl.: Tri goda borby s golodom, Moskva 1920, S. VI (A. Sviderskij).

149 Vgl. N. N. Krestinskij, Dekret 27 janvarja ob ob-edinenii kooperacii i dal'-nejšie šagi, in: EŽ Nr. 51/6. 3. 1920, S. 1.

scheidenden Vorschläge betrafen die Einrichtung eines „besonderen Zentrums des staatlichen zwangsweisen kollektiven Warenaustausches“ und die Festsetzung von Waren-Äquivalenten durch dieses Zentrum; Feststellung der Produkte, die die Bauern dringendst benötigten, durch lokale Organe des Zentrums; Naturalisierung aller Bezahlungen und folglich Abschaffung des Geldes¹⁵⁰. Auf dem IX. Parteitag gab es scharfe Kontroversen über die weitere Politik gegenüber den Genossenschaften. Schließlich setzte sich ein Kompromiß durch, mit dem die Genossenschaften aber immerhin enger als bisher mit der staatlichen Beschaffungs- und Versorgungspolitik verbunden wurden¹⁵¹.

Neben organisatorischen Fragen waren es vor allem Probleme der Ersetzung des Geldes, die unter den Fachleuten ausgiebig erörtert wurden und über die Organisation des Warenaustauschs hinausgingen. Im Rahmen der Diskussion um den einheitlichen Wirtschaftsplan entwickelte Maria Smit ein detailliertes System zur Berechnung der Bedürfnisse und der ökonomischen Prozesse auf der Grundlage einer „geldlosen Buchführung“. Primäre Maßeinheit sollte die „Mensch-Maschine-Stunde“ sein, um die „kombinierte Arbeit von Mensch und Maschine“ zu erfassen¹⁵². S. Klepikov prägte den Begriff der „energetischen Einheit“ (russische Abkürzung: ened) für die „einheitliche Mensch-Maschinen-Energie“¹⁵³. Strumilin plädierte dagegen für die „Arbeitseinheit“ (russische Abkürzung: tred) als Rechnungseinheit, die dem Arbeitsprodukt eines Tages bei einem Arbeiter der ersten Tarifklasse mit hundertprozentiger Normerfüllung entsprechen sollte. Als Ergänzung schlug er zur Messung der Bedürfnisse die Einheit des täglichen Ernährungsbedarfs für die Wiederherstellung des normalen Organismus-Aufwands ohne Arbeit (2000 Netto-Kalorien) (russische Abkürzung: dov) und zur Messung des Nutzens der Güter die Stufe der Befriedigung der Bedürfnisse (russische Abkürzung: ut)

150 L. Kricman, Tezisy po voprosu o reorganizacii komproda, in: EŽ Nr. 67/27. 3. 1920, S. 1. Daneben versuchte er, die Organisation der Beschaffung und Verteilung zu verbessern. In den Gesamtrahmen dieser Zeit paßt auch sein Vorschlag, die Bevölkerung der Städte durch den staatlichen Warenfonds völlig kostenlos zu versorgen. — Zum Äquivalenzprinzip bei der Verteilung vgl. auch: Tri goda borby s golodom, S. 19.

151 Vgl. Devjatj S-ezd RKP (b), S. 260 ff., 422—424. Nach dem Parteitag gingen die Diskussionen weiter, wie zahlreiche Aufsätze in der EŽ zeigen.

152 M. Smit, Problema chozjajstvennogo plana, S. 38/39 u. passim; vgl. dies., K voprosu ob izmerenii trudovoj stoimosti, in: Narodnoe chozjajstvo Nr. 3/1921, S. 25—35. M. Smit war damals Leiterin der Statist. Abtlg. des Instituts für wissenschaftl. Methodologie und zugleich führend in der Proletkul't-Bewegung.

153 S. Klepikov, Opyt postroenija sistemy chozjajstvennych izmeritelej v promyšlennosti, in: Narodnoe chozjajstvo Nr. 3/1921, S. 36—45, Zitat S. 42. Gegen Smit und Klepikov: VI. Sarab'janov, Ob izmerenii trudovoj stoimosti, in: ebd. Nr. 4/1921, S. 16—21; Diskussion zwischen Smit und Sarab'janov ebd. Nr. 8—9/1921, S. 149—151.

vor¹⁵⁴. Alle Güter sollten dann einen „Arbeits-Preis“ erhalten und in gesellschaftlichen Magazinen angeboten werden, wo sie jeder durch Vorlage eines Buches, in dem monatlich sein Kredit auf eine Summe von Arbeitseinheiten verzeichnet sei, erwerben könne¹⁵⁵. All diese Überlegungen, die schon 1918 eingesetzt hatten¹⁵⁶, sind als Versuch zu verstehen, Vorstellungen von Marx und Engels¹⁵⁷ zu konkretisieren. Es blieb 1920 nicht bei diesen Überlegungen. In einer Fabrik wurden Versuche mit der Berechnung auf der Basis von Arbeitseinheiten angestellt¹⁵⁸. Am 19. 1. wurden die Volksbank aufgehoben und alle damaligen Banken mit der Staatskasse zu einer „Zentralen Budget- und Rechnungsverwaltung“ zusammengefaßt¹⁵⁹. Am 15. 7. legte ein Dekret fest, daß alle Verrechnungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen und den Sowjetinstitutionen — also auch Unternehmen und Genossenschaften — ohne Anwendung von Verrechnungseinheiten durch einfache Buchungen vorzunehmen seien¹⁶⁰. Die Geldentwertung wurde bewußt gefördert, die Naturalversorgung nahm zu. Daher bildete man Mitte 1920 eine Kommission, die zunächst alle Steuern zugunsten einer oder zweier direkter Geldsteuern abschaffen sollte — darauf bezog sich der zitierte Brief Lenins —, Anfang 1921 jedoch sogar den Fortfall der Geldsteuern vorschlug¹⁶¹.

Auch nach der Einführung der Naturalsteuer auf dem X. Parteitag 1921 war ursprünglich nicht an eine generelle Stärkung des Geldsystems gedacht, ebensowenig wie an ein Aufgeben der grundsätzlichen Konzeption. Die Genossenschaften, die nach wie vor den Warenaustausch organisieren sollten, erhielten eine „Zentrale Äquivalenzkommission“ zur Festsetzung der Warenäquivalente¹⁶². Allerdings gab es Veränderungen gegenüber 1920, weil jetzt, um das gestörte Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern wiederherzustellen,

154 S. Strumilin, Problema trudovogo učeta, in: Vestnik truda Nr. 1—2/1921, S. 64—77, hier S. 76/77. Dagegen: A. Čajanov, Problema chozjajstvennogo učeta v socialističeskom chozjajstve, in: EŽ Nr. 225/9. 10. 1920, S. 1; Nr. 231/16. 10. 1920, S. 2; ders., Substancija cennosti i sistema trudovyh ekvivalentov, in: EŽ Nr. 247/4. 11. 1920, S. 1 (vgl. Strumilin in EŽ Nr. 237/23. 10. 1920, S. 1).

155 Strumilin, Problema, S. 76. — Dies sind bei weitem nicht alle Aufsätze etc. zu diesem Thema; weitere Hinweise finden sich in Haumann, Elektrifizierung.

156 Vgl. Hinweise bei R. W. Davies, The Development of the Soviet Budgetary System, Cambridge 1958, S. 40/41 Anm. 1. Siehe auch: Bucharin, Ökonomik, S. 145/146.

157 Vgl. nur: Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 15—32, hier S. 20.

158 M. Smit, K voprosu, S. 35.

159 Sobranie ukazonenij 1920, Nr. 4—5 Art. 25; vgl. Kritzman, Heroische Periode, S. 183.

160 Sobranie ukazonenij 1920, Nr. 67 Art. 305.

161 Vgl. N. A. Dobrosmyslov, Nalogi — ot oktjabrja do nep-a, in: Vestnik finansov Nr. 11/1927, S. 83—90, hier S. 89/90. Zur Funktion, die das Geld noch hatte, vgl. Kritzman, Heroische Periode, S. 223—228.

162 Sobranie ukazonenij 1921, Nr. 40 Art. 212.

mit allen Mitteln der nicht-äquivalente Austausch beendet und der äquivalente Warenaustausch gewährleistet werden sollte. An die Stelle eines „revolutionären Herangehens an die Aufgabe“, wie es bis zum Frühjahr 1921 charakteristisch gewesen sei, sei „eine ganz andere, reformistische Art“ getreten, wie Lenin sich im November 1921 ausdrückte¹⁶³. Die Genossenschaften sollten den gesamten staatlichen Warenfonds erhalten und mit den Bauern auf lokalem Markte in individuellen Austausch — 1920 war der kollektive Warenaustausch angestrebt worden — treten¹⁶⁴. Ziel blieb der Produktaustausch. „Die Naturalsteuer ist eine der Formen (Heraushebung von mir, H. H.) des Übergangs von einem durch äußerste Not, Ruin und Krieg erzwungenen eigenartigen ‚Kriegskommunismus‘ zu einem geregelten sozialistischen Produktaustausch“, schrieb Lenin kurz nach dem X. Parteitag¹⁶⁵. Und in einer Direktive vom Mai 1921 sah er den jetzt durchgeführten Warenaustausch untrennbar verknüpft mit dem Produktaustausch, „denn das staatliche Produkt, das Produkt der sozialistischen Fabrik, das gegen bäuerliche Lebensmittelprodukte ausgetauscht wird, ist keine Ware im Sinne der politischen Ökonomie, jedenfalls nicht nur Ware, nicht mehr Ware, hört auf, Ware zu sein“¹⁶⁶.

Die Konzeption wurde mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht fertig. Die Genossenschaften waren nicht in der Lage, die ihnen zgedachten Funktionen zu erfüllen. Im Oktober 1921 mußte Lenin konstatieren: „Es wurde vorausgesetzt, daß im ganzen Staat die Industrieerzeugnisse gegen die landwirtschaftlichen Produkte mehr oder minder sozialistisch ausgetauscht werden und daß durch diesen Warenaustausch die Großindustrie als die einzige Grundlage der sozialistischen Organisation wiederaufgebaut wird. Was stellte sich indes heraus? Es stellte sich heraus (...), daß der Warenaustausch gescheitert ist, gescheitert in dem Sinne, daß er in Kauf und Verkauf einmündete. (...) Wir müssen erkennen, daß sich der Rückzug als unzureichend erwiesen hat, daß wir einen zusätzlichen Rückzug antreten müssen, noch weiter zurück, indem wir vom Staatskapitalismus zur staatlichen Regelung des Kaufs und Verkaufs und des Geldumlaufs übergehen. Der Warenaustausch war ein Fehlschlag, der Privatmarkt hat sich als stärker erwiesen als wir, und statt des Warenaustausches

163 Lenin, Werke Bd. 33, S. 91, vgl. S. 41/42, 464—467.

164 Lenin, Werke Bd. 32, S. 189, 220—228, 303, 307, 368, 400—403, 426, 454—456; Bd. 33, S. 14; Ergänzungsbd. (II) 1917—1923, S. 316 ff., 340/341, u. v. a. Stellen. Die Gefahr, daß dadurch der Kapitalismus gestärkt werde, wurde durchaus gesehen, etwa Bd. 32, S. 220.

165 Lenin, Werke Bd. 32, S. 355, vgl. S. 333, 357, 379, 479, 513. Unter „Kriegskommunismus“ wird hier offenbar im wesentlichen die Anwendung von Zwang gegenüber den Bauern, wahrscheinlich auch die Übernahme militärischer Formen in der Wirtschaftsorganisation verstanden. Die grundsätzliche Wirtschaftspolitik kann nicht gemeint sein, daher ist die heute vorherrschende Interpretation des Begriffes nicht richtig. Vgl. dazu auch meine Einleitung zu Kritzman, Heroische Periode. S. XLIII-LII.

166 Lenin, Werke Bd. 32, S. 401.

ist gewöhnlicher Kauf und Verkauf, ist Handel zustande gekommen. (. . .) wir müssen stets daran denken, daß der nächste Übergang kein unmittelbarer Übergang zum sozialistischen Aufbau sein kann“¹⁶⁷.

Es ist deutlich geworden, daß der 1920/21 verwendete Begriff Warenaustausch nicht mit dem Warenverkehr einer kapitalistischen Wirtschaft gleichzusetzen ist¹⁶⁸. Krieg, Revolution, Bürgerkrieg, ausländische Intervention, Neuorganisation der Betriebsverwaltung, zentrale Produktionslenkung mit Planungsansätzen und zentrale Verteilung der Güter — mit einem Wort: wirtschaftliche Zerrüttung und bewußtes Handeln der Sowjetorgane hatten die kapitalistische Warenwirtschaft mit dem sich unabhängig vom Bewußtsein der Massen durchsetzenden Wertgesetz als Regulator der ökonomischen Prozesse¹⁶⁹ zerstört. Noch aber gab es isoliert voneinander betriebene Produktion, Zwang statt Überzeugung, einen illegalen Wirtschaftskreislauf mit staatlich nicht kontrollierter Warenzirkulation (wenngleich auch hier durch die besonderen Bedingungen, zu denen Schleichhandel und Schwarzmarkt zählten, die Geltung des Wertgesetzes eingeschränkt war), die Produktion verlief noch nicht nach einem einheitlichen Plan, die bewußte Teilnahme der Werktätigen an Planung und Kontrolle der Produktion befand sich erst in Ansätzen. Nach einer Phase, in der die wirtschaftliche Zerrüttung überwunden, die Voraussetzungen für eine geregelte Produktion geschaffen und der staatliche Güterfonds vergrößert werden sollte, hatte der Warenaustausch die Funktion, auf der Grundlage des Äquivalenzprinzips die Waren der bäuerlichen Individualwirtschaften mit den Produkten der verstaatlichten Industrie zu tauschen. Die Staatsindustrie sollte

167 Lenin, Werke Bd. 33, S. 76/77, vgl. S. 83/84, 87 (S. 84: Der Beschluß vom Frühjahr 1921 sei davon ausgegangen, „daß wir mit Hilfe des Warenaustausches imstande sein würden, einen unmittelbaren Übergang zum sozialistischen Aufbau zu bewerkstelligen. Jetzt sehen wir deutlich, daß hier noch ein Umweg, nämlich über den Handel, notwendig ist“). Vgl. weiter S. 141, 265/266, 292. Zu den tatsächlichen Vorgängen vgl. G. Meyer, Beziehungen. — Mit dem Begriff „Staatskapitalismus“ ist hier gemeint: vom proletarischen Staat zugelassener Kapitalismus, im wesentlichen Privathandel, Verpachtung von Klein- und Mittelbetrieben an Kapitalisten, Konzessionsverträge mit ausländischen Kapitalisten; seine Verwendung liegt also auf einer anderen Ebene als 1917/1918. Auf die Problematik des Begriffes kann ich hier nicht näher eingehen.

168 Kritzmans trifft diesen Unterschied nicht ganz klar, wenn er in den Bestrebungen, im Austausch zwischen Stadt und Land das Äquivalenzprinzip durchzusetzen, eine tendenzielle Rückkehr zum Warenverkehr sieht (Heroische Periode, S. 329, 332/333, vgl. S. 326—333). Nicht der vorgesehene Warenaustausch war die Vorstufe zum kapitalistischen Handel, wie er sich Ende 1921 darstellte, sondern der Schwarzmarkt, die individuelle Produktion in Landwirtschaft und Kleinindustrie mit ihrem eigenen Wirtschaftskreislauf. — Terminologisch nicht exakt ist auch Kritzmans Gegenüberstellung von „anarchischem Warenaustausch“ im Kapitalismus und „anarchischem(n) Produktaustausch“ 1920 (S. 193), wiewenig damit ein wesentliches Element dieser Übergangszeit erfaßt ist.

169 Etwa: Marx, Kapital III, in: MEW Bd. 25, S. 887; vgl. auch Bd. 23, S. 80, 87, 377. Auch: Bucharin, Ökonomik, S. 143—146.

dabei nach einem einheitlichen Plan produzieren, der Bildungsstand und das Bewußtsein der Werktätigen entwickelt, damit ihre Initiative und aktive Mitarbeit gefördert werden. Zugleich sollte durch staatliche Eingriffe (Aussaatpläne etc.) und Unterstützung der Kollektivierung der Warencharakter der bäuerlichen Produkte, der sowieso wegen des Fehlens eines freien Handels und des Funktionsverlustes des kapitalistischen Wertgesetzes nur noch beschränkt vorhanden war, vollends aufgehoben werden. So „herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, (...) dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten“¹⁷⁰, nämlich der Äquivalententausch auf der Grundlage des Arbeitsaufwandes; die gesellschaftliche Arbeitszeit wird jedoch durch den Plan bewußt geregelt¹⁷¹, und die Äquivalente werden zentral festgesetzt. Das Wertgesetz wirkt nicht mehr als „blindes Naturgesetz“¹⁷², die Tauschwertproduktion ist im Absterben, die Gebrauchswertproduktion wird vorherrschend. Mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und der damit verbundenen Steigerung der Produktion, mit der Einbeziehung der Landwirtschaft in die vergesellschaftete und geplante Wirtschaft, mit der wachsenden Bewußtheit der Werktätigen und der Ausdehnung der kostenlosen und kollektiven Versorgung wird schließlich der Produktaustausch möglich. Hier sind die Tauschwertproduktion und das Äquivalenzprinzip vollständig verschwunden, an ihre Stelle ist der „freie Austausch von Individuen, die assoziiert sind auf der Grundlage der gemeinsamen Aneignung und Kontrolle der Produktionsmittel“,¹⁷³ getreten.

X.

Der entscheidende ökonomische Hebel zur Durchführung dieser Konzeption unter den besonderen Bedingungen Sowjetrußlands sollte die Elektrifizierung des ganzen Landes sein. Innerhalb der GOELRO-Kommission wurde ausdrücklich die Vorstellung vertreten — die sich auch in der Methodologie niederschlug —, daß die Elektrifizierung, d. h. die Einführung der damals modernsten Technik, die Möglichkeit biete, aus der völlig zerrütteten Wirtschaft schnell und ohne Durchlaufen der einzelnen kapitalistischen Entwicklungsstufen eine neue, sozialistische Wirtschaft zu schaffen, wobei der revolutionären Energie des Proletariats große Bedeutung zukomme. Während der Wiederherstellungsperiode sollte daher bereits eine neue Wirtschaftsstruktur angestrebt werden; erste Ansätze dazu waren die Überlegungen zur Rayonierung und zur Bildung „ökonomischer Zen-

170 Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 20.

171 Marx an Engels 8. 1. 1868, in: MEW Bd. 32, S. 12; vgl. Marx an Kugelmann 11. 7. 1868, ebd., S. 552/553.

172 MEW Bd. 25, S. 887.

173 Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 75/76; zum Problem des Austausches im Kommunismus vgl. ebd., S. 88. Vgl. noch einmal Anm. 136. Mit der Verwendung dieser Zitate soll die Verbindung der Gedanken von Marx und Engels mit der Konzeption der Bolschewiki verdeutlicht werden.

tren“¹⁷⁴. Die Elektrifizierung war dabei nicht nur Ausdruck der Entwicklung der Produktivkräfte, die dem Sozialismus als Gesellschaftsordnung entsprach, sondern hatte auch eine wichtige organisatorische und soziale Seite. Einmal vereinfachte sie sowie die mit ihr verbundene Konzentration der Produktion und Zentralisierung der wirtschaftlichen Vorgänge den Übergang von der kapitalistischen zur vergesellschafteten, sozialistischen Produktionsweise¹⁷⁵. Organisation und Arbeit — in Industrie und Landwirtschaft — würden erleichtert, die Werktätigen zu Herren der Maschine, so daß die „knechtende Unterordnung unter die Arbeitsteilung“¹⁷⁶ tendenziell beseitigt und die Menschen Gelegenheit hätten, ihre „allseitig entwickelten Anlagen allseitig zu betätigen“¹⁷⁷. Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit werde zu einem einheitlichen Ganzen, der „Kollektivgeist des werktätigen Volkes“ verwirklicht und der Gegensatz zwischen Dorf und Stadt — den Marx einmal als Grundlage von entwickelter Arbeitsteilung und Warenaustausch bezeichnet hatte¹⁷⁸ — verschwinden¹⁷⁹. Konkret bedeutete das 1920 die Verschmelzung von einheitlichem Wirtschaftsplan und Elektrifizierungsplan, von den Etappen des allgemeinen Wirtschaftsaufbaus und denen der Elektrifizierung, wie es auf dem IX. Parteitag und im GOELRO-Plan versucht wurde. In zehn bis fünfzehn Jahren sollten die materiellen Grundlagen für den Sozialismus geschaffen sein. Ein Beispiel aus dem Plan mag verdeutlichen, was das für die Bevölkerung hieß: Für jeden Einwohner sollten jährlich zwei Paar Schuhe, zehn Pfund Seife, 1,8 Kilogramm Leinen- und Baumwolltuch, 1 Kilogramm Wollstoff und 100 Pfund Zucker zur Verfügung stehen¹⁸⁰. 1920 hätten selbst bei Verwirklichung des maximalen Produktionsprogramms nur je ein Paar Schuhe für 300 Menschen hergestellt werden können¹⁸¹. Wie eng der GOELRO-Plan mit

174 D. Baevskij, Očerki po istorii chozjajstvennogo stroitel'stva perioda graždanskoj vojny, Moskva 1957, S. 391/392; Trudy GOELRO, Moskva 1960, S. 183/184; Stepanov, Elektrifikacija, S. 118/125; Kržižanovskij, Izbrannoe, Moskva 1957, S. 55; ders., Sočinenija t.I, Moskva-Leningrad 1933, S. 228; K istorii plana èlektrifikacii, S. 193; Bucharin, Ökonomik, S. 111/112.

175 Krzizanowski, Die Elektrifizierung als Voraussetzung einer Vergesellschaftung der Produktion, in: Russ. Korr. 1920, Bd. 2, S. 1201—1203; K istorii plana, S. 193; Plan èlektrifikacii RSFSR, S. 107—109, 135 ff., u. v. a. Vgl. auch Bucharin, Ökonomik, S. 94 ff.; Trockij, VIII S-ezd Sovetov o zadačach chozjajstvennogo stroitel'stva, in: Sočinenija t.XV, S. 232—248, hier S. 237, 240.

176 Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 21.

177 F. Engels, Grundsätze des Kommunismus, in: MEW Bd. 4, S. 376. Insgesamt dazu: Plan èlektrifikacii RSFSR, S. 164; Kržižanovskij, Izbrannoe, S. 50; Stepanov, Elektrifikacija, S. 82, 120, 121.

178 Marx, Kapitel I, in: MEW Bd. 23, S. 373.

179 Krzizanowski, Elektrifizierung als Voraussetzung, S. 1203; Plan èlektrifikacii RSFSR, S. 138/139.

180 Vgl. (mit weiteren Beispielen) Plan èlektrifikacii RSFSR, S. 171, 174, 176, 177, 178, 181, 190, prinzipiell S. 165, 185.

181 Importnyj plan narkomproda, in: EŽ Nr. 211/22. 9. 1920, S. 1.

der dargelegten Konzeption für den Übergang zum Sozialismus verbunden war, zeigen die Aussagen von Kommissionsmitgliedern zum Problem des Warenaustausches. Krschisanowski war der Ansicht, daß mit Hilfe der Elektrifizierung und der damit verbundenen Steigerung der Produktion von Massenbedarfsgütern der stockende Austausch zwischen Stadt und Land wieder in Gang gebracht werden könne. Die „elektrische Ware“ sei selbst ein ausgezeichnete Tauschgegenstand, für den die Bauern bereitwillig Lebensmittel liefern würden. „Ein neues Gebiet für harmonische Beziehungen zwischen Stadt und Dorf“ entstehe hier. Er berichtete von Bauern, die der Sowjetmacht Lebensmittel zur Verfügung gestellt hatten, als ihr Dorf elektrisches Licht erhielt, und sah darin die Bestätigung seiner Auffassung¹⁸². Dementsprechend beschloß im Juli 1921 der III. Kongreß der Gouvernements-Elektroabteilungen, die Elektrifizierung des Dorfes „auf der Grundlage des Warenaustausches“ vorzunehmen¹⁸³. Auch Lenin stellte die Elektrifizierung in diesen Zusammenhang. Zwei Zitate können als Beispiele dienen: Am 25. 2. 1920 erklärte Lenin, „die allgemeine Aufgabe besteht darin, die ökonomischen Kräfte des Landes so wiederherzustellen, daß die proletarische Revolution neben der Kleinbauernwirtschaft neue Grundlagen des ökonomischen Lebens schaffen kann. Bis jetzt mußte der Bauer dem Arbeiterstaat das Getreide leihen: die bunten Geldscheine können den Bauern für sein Getreide nicht entschädigen. Der Bauer, den diese Scheine nicht zufriedenstellen, fordert sein gesetzliches Recht: Im Austausch für sein Getreide will er Industrieerzeugnisse, die wir ihm nicht geben können, solange wir die Wirtschaft nicht wiederhergestellt haben. Die Wirtschaft wiederherstellen — das ist die Hauptaufgabe, aber auf der alten ökonomischen und technischen Grundlage können wir sie nicht wiederherstellen. Das ist technisch unmöglich und wäre auch Unsinn; wir müssen eine neue Grundlage finden. Eine solche neue Grundlage ist der Elektrifizierungsplan“¹⁸⁴. 1921 differenzierte Lenin seine Ansicht insofern, als er nun den Elektrifizierungsplan und die „elektrische Ware“ für unzureichend hielt, um den Warenaustausch mit den Bauern sofort in Gang zu bringen. Zwar stellte er noch im November fest, „daß die Neue Ökonomische Politik den einheitlichen staatlichen Wirtschaftsplan nicht ändert und seinen Rahmen nicht überschreitet, sondern die Art und Weise ändert, wie seine Verwirklichung in Angriff genommen wird“¹⁸⁵, aber eben diese Änderung der Methode bedeutete, daß die unmittelbare Wirkung der Elektrifizierung geringer eingeschätzt wurde als 1920. Trotz dieser Einschränkung blieb ihre entscheidende Bedeutung für die Transformations-

182 G. Krshishanowski, Bemerkungen zur Elektrifizierung, in: Russ. Korr. 1921, Bd. 2, S. 745/746; vgl. Baevskij, Očerki, S. 392.

183 P. Kožmin, Technika v svjazi èkonomiki, K voprosu ob elektrifikacii, in: Narodnoe chozjajstvo Nr. 8—9/1921, S. 36—43, hier S. 40.

184 Lenin, Werke Bd. 30, S. 369.

185 Lenin an Kržižanovskij, in: Werke Bd. 35, S. 510 (der Brief ist hier mit Dezember datiert, ich folge der Datierung in Lenin, Polnoe sobranie sočinenij t.54, S. 101).

periode zum Sozialismus bestehen: „Wenn wir Dutzende von Bezirkskraftwerken bauen (...), wenn wir von ihnen elektrische Energie in jedes Dorf leiten, wenn wir eine genügende Menge von Elektromotoren und sonstigen Maschinen beschaffen, dann wird es keiner Übergangsstufen, keiner vermittelnden Kettenglieder von den patriarchalischen Zuständen zum Sozialismus bedürfen oder so gut wie nicht bedürfen. Wir wissen jedoch ausgezeichnet, daß diese ‚eine‘ Bedingung mindestens zehn Jahre allein für die Arbeiten der ersten Bau- folge erfordert und daß eine Abkürzung dieser Frist wiederum nur denkbar ist, falls die proletarische Revolution in solchen Ländern wie England, Deutschland, Amerika siegt“¹⁸⁶.

Lenins Formel „Kommunismus — das ist Sowjetmacht plus Elek- trifizierung des ganzen Landes“ drückte daher die 1920 und teilweise auch noch 1921 von der Sowjetmacht vertretene Konzeption für den Übergang zum Kommunismus aus und bezeichnete zugleich den poli- tischen wie den technisch-ökonomischen Faktor zu ihrer Verwirkli- chung. Durch die Elektrifizierung sollten die materiellen und geisti- gen Bedingungen für die kommunistische Gesellschaft¹⁸⁷ geschaffen werden, oder — wie Krschischanowski im Januar 1921 äußerte — „neue Möglichkeiten für einen neuen Aufschwung der Produktion (...), durch die das Problem der sozialen Gleichheit schon nicht mehr ein utopischer Traum ist“¹⁸⁸.

186 Lenin, Werke Bd. 32, S. 364 (Broschüre „Über die Naturalsteuer“). — Vgl. A. Nove, Lenin and the New Economic Policy, in: Lenin and Leninism, ed. by B. W. Eissenstat, Lexington 1971, S. 155—171, hier S. 158, 162, bes. S. 169.

187 Vgl. Marx, Grundrisse, S. 75/76.

188 Kržižanovskij, in: Elektrifikacija Sovetskoj Rossii, Petersburg 1921, S. 13. — Das Manuskript dieses Aufsatzes wurde Ende 1972 abgeschlossen.

Hans Immler

Grenzen des Wachstums oder Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise?

Die plötzlich entstandene Diskussion um eine ökologische Krise, durch die das wirtschaftliche Wachstum zwangsläufig gebremst, wenn nicht gar gestoppt werden müsse, hat in den kapitalistischen Ländern eine schockartige Wirkung gezeigt. Die Tatsache, daß die kapitalistische Produktionsweise auf naturale Grenzen stieß, hat denn auch Naturapostel, Maschinenstürmer und Kulturpessimisten, ausgestattet mit neomalthusianischen Theorien und ihren Varianten, gemeinsam auf die Barrikaden gebracht. Es scheint sich die Einsicht durchzusetzen, daß der allgemeinen Verschlechterung der natürlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen schleunigst Einhalt geboten werden muß. Umweltpolitik soll zur großen gemeinsamen Aufgabe werden.

Vor einiger Zeit erschien eine Computer-Studie eines Forschungsteams am Massachusetts Institute of Technology (MIT) mit dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“¹. Dieses Buch hat bisher in vielen Ländern eine außerordentliche Verbreitung gefunden und bestimmt weitgehend Maßstäbe und Niveau der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung um das wirtschaftliche Wachstum insbesondere der kapitalistischen Industriestaaten. Die Studie enthält einige Thesen über die Zukunft der Menschheit auf der Basis von Wenn-Dann-Aussagen, die durch mannigfache Modellberechnungen bewiesen werden sollen. Dem zunehmenden Bedürfnis vieler Menschen, auf die sich häufenden Fragen einer sinnvollen Gestaltung der menschlichen Umwelt auch eine umfassende, über die Erklärung des einzelnen Phänomens hinausgehende Antwort zu erhalten, versucht dieses Buch entgegenzukommen. Allerdings scheint uns dies auf eine Weise zu geschehen, daß Inhalt und Ergebnis der Untersuchung nicht nur angezweifelt werden müssen, sondern auch danach gefragt werden sollte, welche politische Funktionen ein solches Buch in der derzeitigen Phase des Kapitalismus zu erfüllen hat, in der die Widersprüche des Gesellschaftssystems offen in der Produktions- und Reproduktionssphäre aufbrechen und sich gerade auch in der Verschlechterung der menschlichen Umwelt niederschlagen. Umgekehrt sollte die Tatsache, daß Fragen der Umweltgestaltung und der ökologischen Steuerung zunehmend in das politische Bewußtsein breiter

1 Meadows, Dennis, u. a.: Die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums, Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1972 (180 S., br., 16,30 DM). — (Neuerdings auch als Taschenbuch bei Rowohlt)

Bevölkerungsschichten drängen, Veranlassung genug sein, den Komplex der sogenannten Umweltprobleme so umfassend wie möglich zu analysieren. Im folgenden werden zunächst die wesentlichen Aussagen der MIT-Studie kritisch beleuchtet. Daran anschließend wird versucht, die gesellschaftlichen Ursachen der Umweltverschlechterung aufzudecken, um daraus den Stellenwert dieser Erscheinungen für die politische Theorie und Praxis zu bestimmen. Es ist der Sinn dieses kurzen Beitrags, ausgehend von der Kritik der MIT-Studie auf einige Schwerpunkte möglicher und nötiger Forschungsarbeiten zu diesem Themenkomplex aufmerksam zu machen und zur Diskussion anzuregen.

I. Die Grenzen des Wachstums

Nach einer jahrelangen Euphorie geriet die bürgerliche Wachstumswissenschaft in die Krise. In der ökonomischen Wachstumstheorie wurden komplizierte formale Modelle konstruiert, die in ihrer logischen Konsistenz brillierten, leider aber den Nachteil aufwiesen, daß sie mit der Wirklichkeit nichts zu tun hatten. „Die Konstruktion abstrakter ‚Modelle‘, die in mathematischer Form jene komplexen Beziehungen beschreiben sollen, die den Prozeß wirtschaftlichen Wachstums bestimmen, gehört zu den Lieblingsbeschäftigungen der Wirtschaftstheoretiker. Unglücklicherweise zwingt der Mangel an Detailkenntnissen über die in der realen Welt existierenden Bedingungen den Modellbauer, viele oder gar alle seiner allgemeinen Schlüssel auf die verschiedensten A-priori-Annahmen zu gründen, die eher wegen ihrer mathematisch leichten Handhabung als wegen ihrer Übereinstimmung mit beobachteten Fakten gewährt werden.“² Die Antwort auf die Frage, wie in der kapitalistischen Gesellschaft ein optimales Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Verhinderung von Konjunkturkrisen erreicht werden könne, wurde von der bürgerlichen Ökonomie nicht gegeben. Nach der Theorie geriet auch die Praxis in ein Dilemma. Konnte über eine gewisse Zeit hinweg der jährliche Erfolg durch günstige Wachstumsraten des Sozialprodukts, der Warenproduktion oder der Einkommen demonstriert werden, so standen doch zunehmend diesen Erfolgskennziffern beunruhigende Begleiterscheinungen des wirtschaftlichen Wachstums gegenüber. Weder in den theoretischen Wachstumsmodellen noch in den einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bilanzen wurden diese Begleiterscheinungen bzw. Nebenwirkungen der Produktion und Konsumtion überhaupt erfaßt. Meldungen über die Umweltschädigungen führten aber dazu, daß in der Öffentlichkeit die Wachstumserfolge und Fortschrittsangaben mehr und mehr relativiert und in Frage gestellt wurden. Kritik und Unbehagen am Fortschrittsdenken ergaben sich eher spontan denn als Ergebnis wissenschaftlicher Analyse. Die Diskussion über die Verschlechterung der Umweltbedingungen verläuft daher zwar laut-

2 W. Leontief: Größer und besser? Perspektiven wirtschaftlichen Wachstums. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Bd. 14, Tübingen 1969. S. 250.

stark, ihre Wirkung bleibt jedoch indifferent, weil Ursachen und Lösungsstrategien im technisch-wissenschaftlichen Bereich, nicht aber in den ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen von Produktion und Konsumtion im jeweiligen Gesellschaftssystem gesucht werden. So ist auch zu erklären, warum sich Umweltpolitik heute so harmonisch in die politischen Programme noch so gegensätzlicher Parteien eingliedern läßt. Eine andere Sache ist, daß durch noch so schöne Umweltprogramme die *wirklichen* Folgen des scheinbar grenzenlosen Wachstums nur teils und nur eine Zeit lang verdeckt werden können. Treten die Umweltprobleme dann unvermittelt an den Tag, können panikartige Reaktionen ausgelöst werden, die meist ebenso radikal wie illusionär sind. Derart radikale Umweltprogramme, angefangen von der Forderung nach Rückkehr zu vorindustriellen Produktionsformen bis hin zum Vorschlag des Null-Wachstums, schaden einer nüchternen Einschätzung der Umweltprobleme und versperren den Weg zur politisch realistischen Analyse der gegenwärtigen Umweltsituation.

Die zentrale These der MIT-Studie ist, daß bei einem Fortschreiten des gegenwärtigen Wachstums und ohne einschneidende politische und soziale Veränderungen die Menschheit in weniger als hundert Jahren in einen katastrophalen Zustand gerät. Diese Entwicklung wird gekennzeichnet durch sich erschöpfende Rohstoffvorräte, rasche Zunahme der Umweltverschmutzung, jähe Verminderung von Nahrungsmitteln und Industrieprodukten pro Kopf und — als deren Folge — einen plötzlichen Rückgang der Erdbevölkerung, begleitet von Hungersnöten, hohen Sterberaten und extrem niedriger Lebenserwartung. Die Verfasser prognostizieren, daß bei anhaltendem Wirtschaftswachstum zunächst ein Optimalwert erreicht wird, die Menschheit dann aber sehr rasch in eine kümmerliche Existenz zurückfällt. Bemerkenswert erscheint, daß der Zusammenbruch der Menschheit für einen Zeitpunkt vorausgesagt wird, der so früh liegt, daß ihn die nächste Generation schon erleben könnte, jedenfalls vor dem Jahre 2100. Nach solchen wahrlich bedrohenden und aufschreckenden Zukunftsaussichten der Erdenmenschen wird dann gleich ein Rezept angeboten, mit welchem ein Hinausschieben oder gar ein Verhindern des Untergangs der Menschheit erzielt werden könne: der Zustand des weltweiten Gleichgewichts, erreichbar durch freiwillige Wachstumsbeschränkungen, Kontrolle der Geburtenrate, Begrenzung des Kapitalwachstums, Drosselung der Industrieproduktion etc. Der Zustand des weltweiten Gleichgewichts wird charakterisiert durch die Stabilisierung der Bevölkerungszahl und durch die Konstanz des Kapitaleinsatzes. Sollten größere Existenzkrisen und Hungersnöte eines Teils oder der ganzen Menschheit verhindert werden, müßte umgehend weltweit begonnen werden, den Übergang vom Wachstum zum Zustand des Gleichgewichts einzuleiten. Es sei fünf Minuten vor zwölf, die Menschheit solle sich rechtzeitig besinnen.

Betrachten wir zunächst die wissenschaftliche Methode, auf der solche bedrohlichen Aussagen beruhen. Die Verfasser verwenden für ihre Computer-Berechnungen ein Weltmodell, das in den letzten Jahren am MIT entwickelt wurde und mit dessen Hilfe die Dynamik

komplexer Systeme untersucht werden kann. Dieses Modell geht über die bloße Methode der Trendextrapolation ökologischer oder sozialer Vorgänge wesentlich hinaus, indem es die Wechselwirkungen verschiedener Variablen innerhalb eines komplexen Systems zu erfassen sucht. In dem verwendeten Weltmodell werden neunundneunzig relevante Variablen, angefangen von den sich nicht regenerierenden Rohstoffen bis hin zur landwirtschaftlichen Investitionsrate, in Beziehung gesetzt. Die Computer-Berechnung beginnt beim Jahr 1900 und endet mit dem Jahre 2100. Die Koeffizienten des Modells werden durch die statistischen Angaben für den Zeitraum von 1900 bis 1970 bestimmt. Im einzelnen sind die Funktionen des Weltmodells nicht ausgewiesen, der Leser erhält lediglich ein Flußdiagramm mit den neunundneunzig Variablen zu Gesicht. Insofern sind die Ergebnisse der Studie hinsichtlich der Funktionsbestimmung und der statistischen Konsistenz für den Leser dieses Buches nicht nachprüfbar. In den Modellberechnungen einschließlich der Variationen wird schließlich der zeitliche Verlauf von fünf entscheidenden Größen quantitativ aufgezeigt: „Bevölkerungsentwicklung“, „industrielle Gesamtproduktion pro Kopf“, „Nahrungsmittelproduktion pro Kopf“, „Umweltverschmutzung“ und „nicht regenerierbare Rohstoffvorräte“. Anhand des Kurvenverlaufs dieser Größen kommen die Verfasser der Studie zu ihrer pessimistischen Weltsicht; mit Hilfe der Simulation und Variation einzelner Größen entwickeln sie eine Strategie zur Verhinderung des drohenden Zerfalls der Menschheit.

Die beiden zentralen Variablen des Weltmodells sind die Bevölkerung und die Industrialisierung. Im Hauptteil des Buches wird das dynamische Verhalten dieser beiden Größen behandelt, wobei den wachstumsfördernden und wachstumshemmenden Wechselwirkungen besonderes Gewicht gegeben wird. Als charakteristisches Merkmal des Weltmodells wird die Verflechtung der einzelnen Variablen angeführt, die dergestalt ist, daß sich in den komplizierten Regelkreisen positive Rückkoppelungseffekte herausbilden. Zunächst wird für die Hauptvariablen „Bevölkerungswachstum“ und „industrielles Wachstum“ ein positiv rückgekoppelter Regelkreis festgestellt. Anschließend werden die übrigen Bestimmungsgrößen des Weltmodells auf ihre Wachstumsmöglichkeiten und -grenzen hin untersucht. Die Zusammenfassung der Variablen im Weltmodell erlaubt dann Aussagen über das Verhalten des dynamischen Systems.

Das zentrale methodische Problem der Untersuchung liegt in dem gegebenen bzw. angenommenen *exponentiellen Wachstum* der Variablen. Unabhängig von der logischen Konsistenz des konstruierten Weltmodells dürfte die Güte dieser Untersuchung vor allem davon abhängig sein, ob die zugrunde gelegten exponentiellen Wachstumsraten die geschichtliche Entwicklung in der Tat widerzuspiegeln vermögen. Eine erste entscheidende Schwierigkeit solcher Annahmen muß schon darin zu sehen sein, daß ohne spezifische Unterscheidung physische Restriktionen und Wachstumsgrößen wie Rohstoffvorkommen oder Energiebedarf etwa gleich behandelt werden wie sozioökonomische Wachstumsgrößen, wie „Bevölkerungszuwachs“ oder „Kapital-

akkumulation“. Es ist aber offensichtlich, daß physische Größen einerseits und sozioökonomische Größen andererseits auf Veränderungen der gesellschaftspolitischen Daten und Bedingungen völlig unterschiedlich reagieren. Überhaupt ist zu bezweifeln, ob solche Variablen, die nur im Zusammenhang mit den jeweiligen Produktionsverhältnissen gesehen werden dürfen, durch einfache Annahme positiver Rückkoppelungseffekte für einen Zeitraum von über 100 Jahren hinreichend genau prognostiziert werden können. Ein schwerer methodischer Mangel der Studie muß daher darin gesehen werden, daß naturale, stoffliche Bedingungen des Wachstums gleich behandelt werden wie jene Größen, die ökonomischen und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten unmittelbar unterliegen. Hier zeigt sich, daß die Qualität der Aussagen und Ergebnisse gerade so gut sein kann wie die Qualität der Modellkonstruktion selbst. Da aber auch ein noch so gutes Prognosemodell der dynamischen Systemforschung auf die mechanische Fortschreibung beschränkt bleibt, auch wenn alle möglichen Interdependenzen der Variablen erfaßt werden, können die Folgerungen nur so lange gelten, wie qualitative Veränderungen im Gesellschaftssystem ausbleiben. Die Grundannahme exponentiellen Wachstums dürfte für manche der beobachteten Trends zutreffen, was schon allein einen Grund darstellt, die Studie als nützlich zu bezeichnen. Für andere Größen wird sich die Annahme wohl als falsch erweisen, was aber ausreicht, das Gesamtergebnis zu bezweifeln. Manche Aussage der Studie auf der Basis exponentiellen Wachstums mutet nach jener Prognose aus dem vergangenen Jahrhundert an, in der prophezeit wurde, daß schon in wenigen Jahrzehnten London im Pferdemit untergehen würde, wenn der Verkehr nicht eingeschränkt würde.

Die Wissenschaftler des MIT stellen in ihrer Studie die Frage nach dem Bewegungsgesetz der Erde (Weltmodell) und finden es in der Exponentialfunktion. Die zentrale Kritik an ihrer Forschungsmethode bezieht sich auf die einseitige und mechanische Betrachtung der Produktivkraftseite. Ihr Verständnis der Erde als ein dynamisches System unterschiedlicher und sich gegenseitig beeinflussender Wachstumsvariablen schließt die Einsicht in die ökonomischen Bewegungsgesetze der Gesellschaftssysteme aus. Obwohl der Untersuchung ein Zeitraum von dreihundert Jahren zugrunde gelegt wird, bleibt sie unhistorisch, weil nicht etwa die sozialökonomischen Determinanten der Systeme im zeitlichen Ablauf herausgearbeitet werden, sondern weil der Geschichte nur Daten entnommen werden mit dem Ziel, den Kurvenverlauf einer Größe unter gegebenen politischen Bedingungen möglichst genau zu prognostizieren. Typisch für die völlige Vernachlässigung der Analyse von Produktionsverhältnissen ist die Aggregation sämtlicher Gesellschaftssysteme in ein einheitliches Weltmodell. Wenn auch an einzelnen Stellen zum Zweck der Datenabsicherung noch Unterschiede beispielsweise zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern gemacht werden, in den „Fieberkurven“ des Weltmodells sind die technischen und ökonomischen Koeffizienten unabhängig von ihrem politischen und sozialen Hintergrund dargestellt. Die Vernachlässigung von Klassenunterschieden,

Ausbeutung, imperialistischen Machtbewegungen etc., die Immunisierung von gesellschaftspolitischen Bestimmungsgründen des Wachstums in den jeweiligen Produktionsweisen gegenüber scheinbar allgemeingültigen Fortschrittsindikatoren entpolitisiert die Substanz aller Studie in dem Sinne, daß nicht mehr die Bewegungsgesetze der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme hinsichtlich ihrer Fähigkeit oder Unfähigkeit zur langfristigen Planung des Wachstums analysiert werden, sondern daß die Resultate der jeweiligen Produktionsweisen verselbständigt und zum objektiven Gesetz erhoben werden. Es erscheint dann nicht mehr wesentlich zu fragen, *warum* die Rohstoffausbeutung unkontrolliert und verschwenderisch erfolgt. Es genügt festzustellen, daß die Rohstoffaneignung einmal an eine physische Grenze stoßen wird.

Die Extrapolation des gesellschaftlichen Zusammenhangs aus den naturalen und monetären Trendbewegungen erfüllt hierbei eine wichtige politische Funktion. Sie lenkt von den konkreten Problemen der kapitalistischen Produktionsweise ab, indem sie deren zunehmende Unfähigkeit zur planvollen Steuerung der Naturaneignung und der Verwendung natürlicher Ressourcen verallgemeinert. Warnrufe über die „Lage der Menschheit“ sollen weismachen, daß die wachsenden Umweltbelastungen, die planlose Vergeudung von Naturstoffen oder der unkontrollierte Anstieg der Weltbevölkerung nicht Ergebnis bestimmter Produktionsverhältnisse, sondern allein notwendige Begleiterscheinungen der Industrialisierung sind, denen jetzt durch eine Art Weltinnenpolitik zu Leibe gerückt werden müsse. Wenn sich die richtigen Fachleute zusammensetzen könnten und die nationalen Regierungen sich einsichtig zeigen würden, wäre gerade noch Zeit, die Menschheit vor ihrem eigenen Untergang zu retten. Dieser unrealistische technokratische Ansatz zur langfristigen planvollen Steuerung des wirtschaftlichen und sozialen Wachstums basiert auf der Leugnung des spezifisch gesellschaftlichen Charakters von Produktion und Reproduktion. Mit ihrer idealistischen Position begeben sich die Autoren schließlich in einen bemerkenswerten Widerspruch. Einerseits beschreiben sie drastisch die aufgrund zunehmender physischer Grenzen zu erwartenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals, denen sie mit strategischen Empfehlungen im Rahmen eines kapitalistischen Gesellschaftssystems begegnen zu können meinen. Andererseits würde die Realisierung ihrer Wachstumsstrategie, nämlich die Überführung des Weltwachstums in einen Zustand des allgemeinen Gleichgewichts mit völliger Konstanz der beiden entscheidenden Variablen „Kapital“ und „Bevölkerung“, der kapitalistischen Produktionsweise ihrerseits den Todesstoß versetzen, da Kapitalverwertung ohne Kapitalakkumulation die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems ad absurdum führen würde. Die Verkennung des Zusammenhangs von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen hat die Autoren somit in die mißliche Lage gebracht, daß die Ergebnisse der Studie weder den wissenschaftlichen Bedürfnissen der Kapitalverwertung genügen, noch einen brauchbaren Ansatz zur Kritik der kapitalistischen Wachstumsideologie darstellen. Wenn das Buch dennoch

von einigen Interessenvertretern des Kapitals als wichtiger Beitrag zur Gesellschaftspolitik angesehen wird, so deshalb, weil der darin verbreitete Pessimismus hinsichtlich der Wachstumsmöglichkeiten des gesellschaftlichen Reichtums ein geeigneter Nährboden für die Forderungen der Kapitalfraktionen an den Staat ist, die objektiven Produktionsbedingungen zugunsten der sich verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals mit Mitteln und zu Lasten der Gesamtgesellschaft zu verbessern.

II. Die Wachstumsgrenzen der kapitalistischen Produktionsweise

Zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Veränderung der Umweltbedingungen besteht ein enger Zusammenhang. Wenn als primärer Indikator für das Wirtschaftswachstum die Steigerung der Produktion pro Kopf der Bevölkerung angesehen wird, und die Bevölkerungszahl zumindest konstant bleibt, dann bedingt jedes Wachstum umgekehrt auch einen steigenden Verbrauch von Naturstoffen und Energie. Phasen des besonders starken Wirtschaftswachstums wie die Industrialisierung werden daher zugleich begleitet von einer raschen Umwandlung der natürlichen Umwelt der Menschen. Dies zeigt sich sowohl in der Neugestaltung der Umwelt, z. B. in der Form neuer Städte als auch im beschleunigten Verbrauch von Naturstoffen im Produktions- und Konsumtionsprozeß. Es liegt daher die Vermutung nahe, daß jedes Wirtschaftssystem, das sich das wirtschaftliche Wachstum zum Ziel setzt, in gleicher oder ähnlicher Weise seine natürlichen Lebensgrundlagen und seine Reproduktionsbedingungen verändert. Anscheinend bedingt das Wachstum gewisse stoffliche, physische Prozesse und Strukturen, die in Konflikt mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen an die natürliche Umwelt und mit der Stabilität ökologischer Regelungen geraten können.

Es soll hier nicht bezweifelt werden, daß in jedem Wirtschaftssystem durch zunehmende Wachstumsraten in der Wirtschaft auch vermehrt stoffliche Transformationen stattfinden müssen. Sie sind sogar das Ziel der Produktion, soweit es die Herstellung von Gebrauchswerten betrifft. Eine völlig andere Frage ist, in welcher Qualität diese stofflichen und energetischen Prozesse ablaufen und in welcher Weise die Entscheidungssubjekte daran interessiert und in der Lage sind, die physischen Veränderungen der Umwelt in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft zu bringen. So unbestreitbar es ist, daß die physisch-naturale Basis allgemeine Bedingungen der Produktion unabhängig vom Gesellschaftssystem und der historischen Entwicklungsstufe darstellt, so sicher ist, daß die Formen der Naturaneignung und des Stoffwechsels in Produktion und Konsumtion von den spezifischen Bedingungen des Gesellschafts-systems, von seiner Produktionsweise abhängen.

Ein großer Mangel in der bürgerlichen Wachstumstheorie liegt darin, daß als wirtschaftliches Wachstum vor allem die Steigerungsraten der monetären Kennziffern wie Bruttosozialprodukt, Industrieproduktion oder Wertschöpfung ausgewiesen werden, während sich

gleichzeitig die Wachstumsbedingungen, die Grundlagen der wirtschaftlichen Reproduktion, ständig verschlechtern können, ohne daß dies im Informationssystem der kapitalistischen Produktionsweise registriert wird. Die Ursachen hierfür sind teils die Theorien der freien Güter, wonach beispielsweise Luft und Wasser von den Unternehmen in beliebiger Menge und auf beliebige Weise verbraucht werden können, ohne daß dafür ein Preis gezahlt werden muß³, teils die Lehre von den externen Effekten, wonach sich ein Unternehmen völlig rational verhält, wenn es sich Kostenvorteile dadurch verschafft, daß es möglichst viel „öffentliche Güter“ verbraucht und betriebliche Kosten auf die Gesellschaft abwälzt. Die Theorien von den externen Effekten, sozialen Kosten und freien Gütern zeigen, daß der Produktionsprozeß im kapitalistischen Gesellschaftssystem nach den Interessen des Einzelunternehmens geplant wird und die gesellschaftliche Vermittlung der Produktion unberücksichtigt bleibt. Die komplexen Wirkungen des Produktionsprozesses auf die Reproduktionsbedingungen werden mißachtet, da das primäre Ziel der kapitalistischen Produktionsweise nicht die Herstellung von Gebrauchswerten, sondern die Produktion und Realisierung von Mehrwert ist. Die Vernachlässigung aller naturalen Wirkungen der Produktion außerhalb des Horizonts der Warenproduzenten führt dann zu Schäden an den allgemeinen Produktionsbedingungen, die in den gesamtwirtschaftlichen Leistungsbilanzen nicht einmal registriert werden. Das Ergebnis ist, daß jährlich monetäre Erfolgswerte über das Wachstum der Wirtschaft ausgegeben werden, bei denen die mit diesen Erfolgen verknüpften Schäden an der Natur, Umwelt und Gesundheit der Menschen jedoch zunächst unbekannt und unbewußt bleiben. Die gesellschaftliche Wertschöpfung wird tatsächlich wesentlich zu hoch ausgewiesen, da alle von den Betrieben auf die Gesellschaft abgewälzten Kosten, ob sie als solche erfaßt sind oder nicht, verschwiegen werden. Das monetär festgestellte Wachstum innerhalb des kapitalistischen Systems stimmt nicht mit dem tatsächlichen Wachstum überein. Kapitalisten verhalten sich gegenüber den „externen Effekten“ ihrer Produktion so lange immun, bis die Folgen dieser Externalitäten die Verwertungsbedingungen ihres Kapitals selbst gefährden. Erst dann werden die ungünstigen Umweltveränderungen, Rohstoffverknappungen und ökologischen Gleichgewichtsgefährdungen überhaupt beachtet. Mit der zunehmenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses ist die einzelwirtschaftliche, kapitalistische, gewinnorientierte Produktionsweise immer weniger in der Lage, die Widersprüche zwischen der spezifischen Formbestimmtheit der Produktion und der gesellschaftlich erforderlichen planmäßigen Steuerung des wirtschaftlichen Wachstums bei gleichzeitiger Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt zu lösen.

3 Vgl. G. Kade: Ökonomische und gesellschaftspolitische Aspekte des Umweltschutzes. In: Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem. Hrsg. M. Glagow, München 1972. S. 132.

1. Naturaneignung und Produktionsprozeß

Das Verhältnis von Gesellschaft und Natur wird durch die Formen der Naturaneignung bestimmt. Diese Formen sind sowohl durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte als auch durch die zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse gekennzeichnet. Die Aneignung der Natur vollziehen die Menschen, indem sie Produkte zur Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse herstellen. Der Produktionsprozeß steht daher im Mittelpunkt bei der Bestimmung des Verhältnisses Gesellschaft — Natur. In ihm werden Stoffe und Energie der außermenschlichen Natur entnommen und über meist mehrfache Transformationsvorgänge in Gebrauchswerte für die menschliche Konsumtion umgewandelt. Zur Herstellung der Gebrauchswerte ist die menschliche Arbeit notwendige Bedingung. Die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums sind daher die Natur und die menschliche Arbeit ⁴.

Nicht alle Produkte werden unmittelbar der Konsumtion zugeführt. Ein Teil der hergestellten Produkte dient als Mittel weiterer Produktion auf höherem Entwicklungsniveau. Auch die Produktionsmittel sind hinsichtlich ihrer stofflichen Seite mehr oder weniger transformierte Naturstoffe. Mit der Entfaltung der Produktivkräfte wird es möglich, die Formen der Naturaneignung quantitativ und qualitativ zu entwickeln, so daß schließlich vielen Naturstoffen ihre Herkunft nicht mehr anzusehen ist. Die natürliche Umwelt der Menschen wird zu einer durch die gesellschaftlichen Produktionsformen charakterisierten Umwelt. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß sich die Produktionsstoffe auch nach noch so vielen Transformationsstufen von ihrer Natureigenschaft endgültig gelöst hätten. Vielmehr ist es im Produktionsprozeß nur möglich, unter Anwendung der natürlichen Produktivkräfte und der technisch-wissenschaftlichen Erkenntnisse die natürlichen Eigenschaften der Stoffe für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse auszunutzen. Die Naturaneignung im Produktionsprozeß muß also immer in den Grenzen bleiben, die noch eine langfristige ökologische Stabilität garantieren, wenn nicht ernsthafte Störungen im Verhältnis von Natur und Gesellschaft eintreten sollen. Indem der Mensch sich Natur aneignet, unterwirft er ihre Gesetze seiner Botmäßigkeit, befreit er sich selbst von der *Herrschaft* der Natur, weil er sie beherrschen lernt. Umgekehrt geraten aber die Menschen erneut unter die Herrschaft der Natur, weil sie deren Gesetze mißachten oder nicht vollständig kennen. Schon Engels warnte trotz aller Erfolge von Wissenschaft und Technik: „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.“ ⁵

⁴ Vgl. K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie. MEW, Bd. 13, S. 23.

⁵ F. Engels: Dialektik der Natur. MEW, Bd. 20, S. 452 f.

2. Stoffwechselprozeß und Materiekreislauf

In der gesellschaftlichen Produktion löst der Mensch mittels seiner Arbeit einen vielschichtigen Prozeß des ständigen Stoff- und Energiewechsels aus. Dieser Prozeß scheint mit der Konsumtion aufgehoben zu sein, indem der Zweck der Produktion durch die Verzehrerung des Produktes erfüllt ist. Die stoffliche Seite des Produktionsprozesses ist allerdings wesentlich komplizierter. Im Produktionsprozeß werden stoffliche und energetische Kreisläufe teils initiiert, teils unterbunden. Die Erkenntnis über die Gesamtheit dieser Kreisläufe bleibt aus zwei Gründen beschränkt: Erstens ist das Augenmerk des Produzenten in erster Linie auf die Herstellung des Produkts und weniger auf die Sekundär- und Tertiärwirkungen der Produktion gerichtet, zweitens kann er die Nebenwirkungen der Produktion nur vom jeweiligen wissenschaftlichen Informationsstand aus beurteilen und bemerkt somit wohl nur einen Bruchteil aller tatsächlichen Implikationen.

Der Stoffwechsel- und Materiekreislauf beginnt bei der Entnahme der Stoffe aus der Natur, erhält seine wesentliche Bestimmung im Produktionsprozeß, unterliegt einer erneuten Transformation in der Konsumtion und endet schließlich mit der Rückführung der verwandelten Stoffe in der Natur. Zwischen Produktion und Konsumtion können mehrfache Stoffkreisläufe stattfinden, ohne daß die Stoffe zunächst wieder die Produktionsphäre verlassen. Für die Aneignung der Natur in der Produktion und Konsumtion ist entscheidend, daß mit wachsender Produktivität jene Wirkungen des Stoffwechselkreislaufs, die unbeabsichtigt, aber mit der Herstellung von Gebrauchswerten unlöslich verbunden sind, von zunehmendem Einfluß auf die Gestaltung der menschlichen Umwelt sind. Solche „Nebenwirkungen“ treten sowohl im Produktionsprozeß (Industrieemissionen) als auch im Konsumtionsprozeß (Haushaltsmüll) ein. Ein wichtiges Merkmal dieser Nebenwirkungen ist, daß sie häufig im informationellen Leitungssystem der Betriebe gar nicht in Erscheinung treten, zweifellos aber materielle Vorgänge der Produktion und Konsumtion darstellen⁶.

Die Tatsache, daß durch Produktion und Konsumtion Stoffwechselprozesse und Materiekreisläufe induziert werden, ist unabhängig von der Gesellschaftsformation. Das Gegenteil trifft für die Frage zu, wie produziert wird.

Die Aneignung der Natur unterliegt hinsichtlich ihrer Qualität und Quantität einschließlich aller stofflichen Bewegungen einer konkreten historischen Produktionsweise. Sie erfolgt „innerhalb und vermitteltst einer bestimmten Gesellschaftsform“⁷. Diese Tatsache spielt auch eine wichtige Rolle bei der Analyse des Produktionsprozesses in bezug auf seine stofflichen Wirkungen und Bewegungen.

6 Zum Begriff informationelles und materielles Leitungssystem vgl. E. Altwater: *Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität*. Frankfurt/M. 1969. S. 22 ff.

7 K. Marx: *Zur Kritik der politischen Ökonomie, Einleitung*. MEW, Bd. 13, S. 619.

Es gilt zu untersuchen, warum in der kapitalistischen Produktionsweise kein oder nur beschränktes Interesse besteht, die stoffliche Seite der Produktion und Konsumtion zu erkennen mit dem Ziel, den Stoffwechsel und Materiekreislauf so zu planen, zu kontrollieren und zu steuern, daß weder die Herstellung der Gebrauchswerte noch die damit verbundenen Nebeneffekte zu einer Belastung der menschlichen Umwelt bzw. zu einer Störung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur führen.

3. Kapitalistische Gesellschaftsform und Naturaneignung

Die wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums ist das allein treibende Motiv des Kapitals. „Der Gebrauchswert ist also nie als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu behandeln.“ Gebrauchswerte werden von ihm überhaupt nur produziert, „weil und sofern sie materielles Substrat, Träger des Tauschwertes sind. . . Er will nicht nur einen Gebrauchswert produzieren, sondern eine Ware, nicht nur Gebrauchswert, sondern Wert, und nicht nur Wert, sondern auch Mehrwert.“⁸ Die Verselbständigung der Mehrwertproduktion des Kapitals mit seiner Grenzenlosigkeit stellt sich in Widerspruch zur Begrenztheit seiner naturhaften Produktionsbedingungen. Die Loslösung von der Natur und die Gleichgültigkeit gegenüber ihren stofflichen Existenzformen, die im Tauschwertcharakter der Ware zum Ausdruck kommt, besteht nicht wirklich. Es ist das spezifische gesellschaftliche Verhältnis, durch das im Tauschwert der Ware ein abstraktes Quantum Arbeit ausgedrückt wird und in dem die Ware eine „von allem Zusammenhang mit ihrem naturwüchsigen Dasein losgelöste Existenz als Tauschwert“⁹ hat.

Parallel zum Prozeß der explosionsartigen Entfaltung der Produktivkräfte, der wissenschaftlich-technischen Revolution, verläuft eine chaotische Verschwendung und Zerstörung der naturgebundenen Lebensgrundlagen und der Naturreichtümer. In der kapitalistischen Produktion erfahren die stofflichen Vorgänge nur insoweit Beachtung, als sie der Vergrößerung der Arbeitsproduktivität bzw. des Mehrwerts dienen. Die Gleichgültigkeit der Tauschwertproduktion gegenüber dem Gebrauchswert geht so weit, daß die „Externalitäten“ der Produktion unberücksichtigt bleiben.

Der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise, der wachsende Vergesellschaftungsgrad der Produktion und die private Aneignung der Produkte führt bei der Aneignung der Natur in der Produktion zu schweren Belastungen der menschlichen Natur und der natürlichen Umwelt. Da die stoffliche Seite der Produktion einschließlich aller Implikationen in der Konsumtion nur soweit vom Kapitalisten berücksichtigt wird, wie es seinen individuellen Verwertungsinteressen entspricht, verursacht er schwere Schäden an der Natur und an den Menschen. Es wäre aber zu kurz gegriffen, den Unternehmer als Privatperson für solche Schäden verantwortlich zu

8 K. Marx: Das Kapital. MEW, Bd. 23, S. 167 f. u. S. 201.

9 K. Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, a.a.O., S. 70.

machen, wie es beispielsweise im Umweltprogramm der Bundesregierung mittels des Verursacherprinzips versucht wird ¹⁰.

Das Verursacherprinzip ist kein Mittel, um in einem privatkapitalistischen Wirtschaftssystem zu verhindern, daß die externen Produktionseffekte auf die Gesellschaft abgewälzt werden. Die Unternehmer verhalten sich nämlich innerhalb ihres Entscheidungsrahmens völlig rational, wenn sie möglichst viel tatsächliche oder potentielle Kosten auf die Gesellschaft übertragen. Wenn durch das Verursacherprinzip solche Externalitäten wirksam aufgehoben werden sollen, müßte der gesellschaftliche Charakter der Produktion eingestanden und folgerichtig die private Entscheidung über den Einsatz der Produktionsmittel aufgehoben werden, was faktisch das Ende der kapitalistischen Produktionsweise bedeutet. In der heute praktizierten Weise bezweckt das Verursacherprinzip nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver durch Bestrafung einiger Privatproduzenten bei besonders krasser Umweltzerstörung, es hat Demonstrations- und Ventilcharakter.

Die kapitalistische Produktion als gesellschaftliche Produktion bei privater Aneignung bewirkt ein Auseinanderfallen von privaten und sozialen Kosten. Ein kapitalistischer Betrieb, durch den beispielsweise ein Fluß aufgewärmt wird, weist in dem Grad zu niedrige Preise aus, wie durch die Erwärmung des Wassers tatsächliche oder potentielle Folgekosten eintreten. Mehr noch: Gesellschaftliche Bedürfnisse werden im Kapitalismus regelmäßig nur befriedigt, sofern sie als kaufkräftige Nachfrage am Markt erscheinen. Die damit erzwungene beschränkte gesellschaftliche Rationalität erfaßt lediglich einen Teilbereich des gesellschaftlichen Gebrauchswertes, nämlich jenen, der sich nur mittels der Zahlungsfähigkeit als Bedürfnis artikulieren kann.

Der Versuch, die „externen“ Wirkungen der privaten Produktion zu benennen und als Kosten zu erfassen, um sie wieder auf den Verursacher zu übertragen, stößt auf vielfältige Schwierigkeiten. Die Gewinne des Verursachers stimmen nicht mit den Wiederherstellungskosten überein. Beispielsweise wäre es erheblich billiger, die Aufwärmung eines Flusses am Entstehungsort durch den Einbau eines Kühlsystems zu verhindern, als nachträglich die Folgen der Aufwärmung zu beseitigen. Außerdem sind die gesamten Wirkungen, die durch externe Effekte der privaten Produktion entstehen, kaum zu kontrollieren oder zu bemessen. Der heute in kapitalistischen Ländern eingeschlagene Weg, durch Infrastrukturmaßnahmen die Folgen der Externalisierung von Kosten wieder aufzuheben, wälzt nicht nur die Belastungen von den Betrieben auf die Gesellschaft ab, er ist auch in der Regel erheblich teurer als eine Internalisierung der Effekte. Der betrieblichen Rationalität steht daher eine gesellschaftliche Irrationalität gegenüber.

10 Vgl. Materialband zum Umweltprogramm der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 553/71. Bonn 1971. S. 601 ff.

Es wäre falsch, die aus dem Produktionsprozeß resultierenden Umweltbelastungen als bloßes Ergebnis mangelnder wissenschaftlicher Kenntnisse oder als zwangsläufige Folgen der Industrialisierung zu verstehen. Zwar ist nicht zu übersehen, daß mit der Industrialisierung des Produktionsprozesses völlig neue Probleme der Naturvermittlung entstanden sind. Stoffwechsel und Materiekreislauf weisen auf entwickelter Stufenleiter der Produktion auf außerordentlich komplexe Zusammenhänge zwischen Gesellschaftssystem und Ökosystem hin, die es im wesentlichen erst noch zu erforschen gilt. Entscheidend dabei erscheint aber, daß nicht wissenschaftliche Erkenntnisse allein, sondern vor allem deren Umsetzbarkeit in die Praxis das relevante Problem in der kapitalistischen Produktionsweise darstellt. Der privatkapitalistischen Produktion ist nicht immanent, den Produktionsprozeß in allen seinen Auswirkungen auf Mensch und Natur zu erforschen und ihn mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse human zu steuern, im Gegenteil. „Die kapitalistische Produktion entwickelt ... nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“¹¹

4. Natur und Ware

Die unbearbeitete Natur ist kein Produkt und kann deshalb auch unter kapitalistischen Verhältnissen keine Warenform annehmen. Darum kommt der Kapitalismus nicht mit ihr zurecht. Natur wird nicht hergestellt. Die Natur, beispielsweise Boden, Wasser, Luft, Wald etc., läßt sich nicht als spezifisches Produkt eines Gesellschaftssystems vereinnahmen, jedoch vereinnahmen alle Gesellschaftssysteme die Natur, allerdings auf unterschiedliche Weise. Obwohl die Natur materielle Voraussetzung aller Produktion ist, verhält sich die kapitalistische Produktionsweise mit ihren Gesetzen der Mehrwertaneignung und grenzenloser Akkumulation der Natur gegenüber blind. Es wird davon ausgegangen, daß der Reichtum der Natur unbegrenzt zur Verfügung steht. Die Folge ist die hemmungslose Ausbeutung der Natur als Energielieferantin, Rohstoffquelle, kostenloses Produktionsmittel. Teile der Natur sind für den privaten Produzenten „freie Güter“, für die er keinen Preis bezahlt, obwohl er sie als Gebrauchswerte nutzt. Die Unfähigkeit, Natur und menschliche Umwelt außerhalb der Warenwelt als Kategorie des gesellschaftlichen Nutzens oder Schadens zu begreifen, hat die kapitalistische Produktionsweise so lange gegenüber ihren zerstörerischen Einflüssen auf die Natur immun sein lassen, bis deren Belastungsgrenzen erreicht bzw. überschritten wurden. Erst wenn aus dem Reichtum der Natur infolge ständiger Überlastung „knappe Güter“ werden, kann Luft, Wasser etc. in das Kategoriensystem der kapitalistischen Produktion und Zirkulation aufgenommen werden: Die Natur wird folglich zur Ware gemacht, Wert und Preis werden ihr zugerechnet. Die Vereinnahmung der Natur als Ware stellt heute das entscheidende Merkmal im

11 K. Marx: Das Kapital. MEW, Bd. 23, S. 529 f.

Verhältnis von kapitalistischen Gesellschaftssystemen zu Umwelt und Natur dar.

Jedoch wirft der Versuch, die Natur in ihren einzelnen stofflichen Formen und Zuständen als Ware zu behandeln und sie den kapitalistischen Produktions- und Austauschgesetzen zu unterwerfen, vielfache und komplizierte Zurechnungsprobleme auf, die häufig zu grotesken Ergebnissen führen. So wird in vielen Fällen als Wert der Natur der Wiederherstellungswert der geschädigten Umwelt angenommen. Bei irreversiblen Schädigungen wären die Reproduktionskosten unendlich groß. Deshalb ist man von dem strengen Kriterium der völligen Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes der Natur abgekommen und geht zur Bestimmung von Schwellenwerten für die maximale Belastung über. Dieser möglicherweise vernünftige Weg bedeutet allerdings bei privatwirtschaftlichen Entscheidungsbedingungen, daß diejenigen die Schwellenwerte der Belastung von Ökosystemen bestimmen, die anschließend die Richtlinien einzuhalten haben. Über die Qualität solcher Kriterien braucht nichts weiter gesagt zu werden.

Die Verwirrung, die beim Versuch eintritt, mit Bewertungskriterien auf der Basis der Warenproduktion und des Warenaustauschs die Naturwerte in monetäre Einheiten zu fassen, um damit die Natur der kapitalistischen Produktion kalkulatorisch und planmäßig zugänglich zu machen, zeigt sich mit aller Klarheit in der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaft¹². Nachdem an den natürlichen Ressourcen über viele Jahrhunderte Raubbau betrieben wurde, der wegen seiner umweltbelastenden Folgen einerseits die Öffentlichkeit mobilisierte, andererseits die Reproduktionsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft selbst bedrohte, muß jetzt eine ökonomische Theorie gefunden werden, durch die sich auch das kapitalistische System in der Lage zeigen soll, die ökologische Stabilität mit den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wachstums zu vereinen¹³.

Die neueren Versuche, die Lücke in der ökonomischen Theorie und Praxis zu schließen, verlaufen zweigleisig. Auf der einen Seite soll der Markt- und Preismechanismus zur Lösung erhalten, indem jedem Naturgut, das faktisch die Warenform annimmt, ein Preis zugeordnet wird, je nachdem wie der Nutzen oder Schaden bewertet wird. Wenn die Umwelt ihren „Preis“ hat, wird sie auch ihren „Wert“ behalten. Auf der anderen Seite soll aber der Staat als Garant der objektiven Produktionsbedingungen dort planend und subventionierend eingreifen, wo durch einzelbetriebliche Entscheidungen die Erhaltung der stofflichen Reproduktionsbasis nicht gesichert werden

12 Vgl. hierzu beispielsweise den Materialband zum Umweltprogramm der Bundesregierung, a.a.O., wo von wissenschaftlichen Sachverständigen Beiträge zur Umweltpolitik zusammengefaßt sind. Vgl. insbesondere das Gutachten zur Gesamtbelastung der Volkswirtschaft durch das Umweltprogramm der Bundesregierung auf S. 593 ff.

13 Zum ideologischen Charakter der Umweltökonomie vgl. U. Hampicke: Kritik der bürgerlichen Umweltökonomie. Unveröffentl. Manuskript, Mai 1973. Institut für Sozialökonomie am FB 14 der TU Berlin.

kann. Die Umweltökonomie versucht damit nichts anderes als eine Kombination von Wohlfahrtsökonomie und Staatsinterventionismus. Bemerkenswert bei diesen Ansätzen zu einer bürgerlichen Umweltökonomie ist, daß die zunehmende Diskrepanz zwischen betrieblichen und gesellschaftlichen Interessen bei der „Verwertung“ der Umwelt implizit eingestanden wird, jedoch ein Lösungsinstrument auf der Grundlage des Preismechanismus gesucht wird, das dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion völlig widerspricht. Im übrigen wird diese Umweltökonomie schon deshalb für die Praxis irrelevant sein, weil wohlfahrtsökonomische Kriterien nicht sinnvoll angewandt werden können, wenn nicht eindeutige Maßstäbe für die Bewertung des Nutzens oder Schadens vorliegen. Eine Bewertung der natürlichen Ressourcen und der Umweltschäden auf kapitalistischer Grundlage würde wiederum erfordern, daß die gesamten Erscheinungen der Natur in Warenkategorien erfaßt werden müßten, eine Forderung, die weder erfüllbar ist, noch im Interesse der Kapitaleigentümer liegt, weil dann die Abwälzung von Kosten entfällt. Die Zweigleisigkeit bürgerlicher Umweltökonomie wird das Ergebnis haben, daß die einen als Ideologen auf der Spielwiese formaler Modellkonstruktionen die konkret anfallenden Umweltprobleme in eine logisch konsistente Theorie mit Apologiefunktion fassen, und daß die anderen als die Praktiker dem Staat und den Betrieben strategische Vorschläge zur „Bewältigung“ der Umweltprobleme machen.

5. Grenzen des Wachstums und Grenzenlosigkeit der Kapitalverwertung

Die eingeschlagene Strategie des Kapitals, ein von den gesellschaftlichen Zusammenhängen losgelöstes Umwelt-Harmoniemodell durchzusetzen, ist leicht zu durchschauen. Sie bezweckt, den Verursacher an der Spitze des Fortschritts zu sehen, um damit von den tatsächlichen Ursachen der Umweltverschlechterung abzulenken und darüber hinaus den Kurs der staatlichen Umweltpolitik steuern zu können. Im Mittelpunkt des Ablenkungsmanövers steht zur Zeit der Versuch, die Verschlechterung der allgemeinen Produktions- und Reproduktionsbedingungen zu entpolitisieren und als naturwissenschaftlich-ökologisches Problem darzustellen. Nur so kann die derzeitige „Hochkonjunktur der Ökologie“ erklärt werden. Der ökonomische Entscheidungsrahmen wird um die Umweltkomponente erweitert, Gutachtergremien werden massenhaft gegründet, und das wirtschaftspolitische Ziel-Polygon erhält in der Ökologie eine neue Ecke. Praktische Ergebnisse dieser Strategie sind die „Ablösung der Durchfluß-Ökonomie durch die Wiederverwendungs-Ökonomie“¹⁴ oder die modischen Berechnungen von ökologischen Schwellenwerten und maximalen Belastungsgrenzen.

Aus der Vielzahl der politisch-strategischen Stellungnahmen von Kapitalvertretern sind zwei wesentliche Aspekte abzuleiten: *Erstens* gelingt es innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht, den Widerspruch zwischen der Schrankenlosigkeit der Kapitalverwertung

14 Ebenda, S. 22.

und der physisch-stofflichen Begrenztheit bei der Herstellung von Gebrauchswerten zu beseitigen. *Zweitens* wird dieser Widerspruch in bisher nicht gekanntem Ausmaß an der Verschlechterung der natürlichen Lebensbedingungen erkennbar und führt zur politischen Mobilisierung größerer Teile der Bevölkerung.

Die stoffliche Seite des Produktions- und Reproduktionsprozesses wird nicht allein durch eine quantitative Begrenzung der natürlichen Ressourcen, sondern immer mehr auch durch biologische, chemische und physiologische Prozesse charakterisiert, die den Stoff- und Energiekreislauf der Ökosysteme beeinflussen. Die negativen Gebrauchswerteigenschaften der produzierten Waren und die Externalitäten der Produktion und Konsumtion bestimmen das Umweltproblem mindestens in gleichem Maße wie die stoffliche Begrenzung der natürlichen Ressourcen. Für beides gilt, daß in der kapitalistischen Produktionsweise weder in der Theorie noch in der Praxis ein geeigneter Lösungsweg zur langfristigen Planung der natürlichen Reproduktionsbedingungen und der ökologischen Stabilität in Aussicht steht. Gerade an der Unmöglichkeit, mit privatwirtschaftlichen Kriterien den gesellschaftlichen Charakter des Verhältnisses von Mensch und Natur, das mittels der Arbeit in der gesellschaftlichen Produktion seinen Ausdruck erfährt, zu erfassen, resultiert die Planlosigkeit und Konzeptionslosigkeit kapitalistischer Länder bei der Bewältigung ihrer Umweltprobleme. Die Unvereinbarkeit von Grenzenlosigkeit und Maßlosigkeit der Kapitalverwertung einerseits und physischer Begrenztheit der Naturverwertung andererseits wird von den Interessenvertretern des Kapitals als allgemeine Wachstumskrise angesehen. Es ist aber nicht eine Grenze des wirtschaftlichen Wachstums und der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte an sich erreicht, sondern die kapitalistische Form der Naturaneignung kollidiert mit den Erfordernissen einer gleichzeitigen Erhaltung und Ausnutzung des natürlichen Reichtums. Genau diese Einsicht in den Zusammenhang von Umweltpolitik und Gesellschaftssystem wird in den kapitalistischen Systemen gelegnet.

III. Arbeitsfelder

Es ist der Zweck dieses Beitrages, zur wissenschaftlichen und politischen Arbeit im Bereich der Umweltplanung und Ökologie anzuregen. Obwohl viele Überlegungen hier nur angedeutet werden konnten und deshalb an der Oberfläche blieben, lassen sich aus dem Gesagten einige Arbeitsfelder zur historisch-materialistischen Analyse der Umweltbedingungen angeben. Diese Arbeitsfelder sollen zusammenfassend genannt werden.

1. Analyse der Produktionsverhältnisse in bezug auf ihre Einwirkung auf die Natur

Das Verhalten der Menschen zur Natur wird durch die jeweilige Gesellschaftsform bestimmt¹⁵. Die Natur wird nur innerhalb und

15 Vgl. K. Marx, F. Engels: Deutsche Ideologie. MEW, Bd. 3, S. 31.

mittels dieser gesellschaftlichen Form angeeignet. Alle Naturbeziehungen unterliegen diesem gesellschaftlichen Verhältnis. Die vor-kapitalistischen Gesellschaftsformationen weisen daher ein anderes historisch geschaffenes Verhältnis¹⁶ zur Natur aus als die kapitalistische oder sozialistische Gesellschaftsform. Der wissenschaftliche Ansatz zur Erklärung und Beseitigung von Umweltschäden liegt deshalb weniger auf technisch-naturwissenschaftlichen Lösungsstrategien als in der Analyse der jeweiligen Produktionsverhältnisse in bezug auf ihre Einwirkungen auf die Natur. Allgemeine Wachstums- und Reproduktionstheorien können keine sinnhaften Einsichten in die „Lage der Menschheit“ geben.

2. Produktivkraftentwicklung und Naturaneignung in der kapitalistischen Produktionsweise

Die Entfaltung der Produktivkräfte im Kapitalismus wurde durch die steigende Beherrschung der Naturkräfte ermöglicht. Gleichzeitig führt diese Beherrschung zu Aneignungsformen der Natur, bei denen erhebliche Gefährdungen und Zerstörungen der natürlichen Umwelt eintreten. Sämtliche Erscheinungen der Umweltprobleme sind aber keine bloßen technologischen Störungen als unvermeidliches Ergebnis der Produktivkraftsteigerung, sondern sie sind technologische Störungen als Ausdruck einer widersprüchlichen gesellschaftlichen Organisation der Produktion und Reproduktion. Die heutigen Erscheinungsformen der Umweltzerstörung in den kapitalistischen Ländern müssen auf diesen Zusammenhang hin konkret untersucht werden. Die Aneignung der Natur mittels der menschlichen Arbeit erfolgt in den kapitalistischen Ländern auf einem sehr hohen Niveau der Produktivkräfte. Durch die wissenschaftlich-technische Revolution können im Produktionsprozeß die Naturgesetze in bisher nicht bekanntem Ausmaß genutzt werden. Gleichzeitig können aber die in Gebrauchswerte umgesetzten Mengen an Naturstoffen sowie die Sekundäreffekte der Produktion zu einer erheblichen Gefährdung des wirtschaftlichen Wachstums und der gesellschaftlichen Reproduktionsbasis führen, was sich heute in kapitalistischen Ländern als Rohstoffknappheit, Erschöpfung der natürlichen Ressourcen oder in der Umweltzerstörung niederschlägt. Hier besteht ein bemerkenswerter Widerspruch zwischen der Vergeudung von Naturstoffen (Verpackung, Müll) einerseits und der allmählichen Verknappung der natürlichen Ressourcen anderseits.

Hierbei ist nicht allein an die quantitativen Grenzen der Naturstoffe zu denken. Die ökologische Stabilität wird auch durch physikalische, chemische und biochemische Folgeprozesse der Produktion gefährdet. Die „Nebeneffekte“ der Produktion werden zum wichtigsten Verursacher der Umweltzerstörung. Die bürgerliche ökonomische Wissenschaft übersieht in ihrer Theorie der externen Effekte und der sozialen Kosten den tatsächlichen Zusammenhang von kapitalistischer Produktion und Umweltgefährdung.

16 Vgl. ebenda, S. 38.

In den marxistischen Arbeiten über Wachstum und Reproduktion bei kapitalistischen Produktionsverhältnissen stand bisher die *monetäre* Seite der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und seiner Verteilung im Vordergrund, während die *stoffliche* Seite vernachlässigt wurde. Die Ansätze von Marx, das Verhältnis von Gesellschaft und Natur anhand des Stoffwechselprozesses in der Produktion und Konsumtion zu untersuchen, wurden kaum weiterentwickelt, obwohl gerade die Kenntnis über die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen des stofflichen Kreislaufs der Wachstums- und Reproduktionstheorie eine entscheidende Erweiterung geben könnte. Hier liegt auch die Wurzel zur kritischen Einschätzung der weltweiten Umweltschutzdiskussion. Es wäre herauszuarbeiten, warum in der kapitalistischen Produktionsweise die Betriebe von sich aus gar kein Interesse haben können, den gesamten Stoffwechselprozess innerhalb und außerhalb der betrieblichen Grenzen hinsichtlich seiner Belastungen der menschlichen Umwelt zu kontrollieren. Es wäre im einzelnen zu zeigen, warum die ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Produktion zwangsläufig zu stofflichen Grenzen der Gebrauchswertherstellung führen, die aber lediglich Grenzen dieser spezifischen Produktionsweise sind. Umgekehrt wäre zu fragen, ob und wann solche stofflichen Grenzen des Wirtschaftswachstums und der Reproduktion in anderen Gesellschaftssystemen auftreten.

3. Produktivkraftentwicklung und Naturaneignung in der sozialistischen Produktionsweise

Die kapitalistischen Länder tun sich bei ihren Ablenkungsmanövern von den Ursachen der Umweltzerstörung insofern leicht, als in den sozialistischen Ländern vielfach gleiche oder ähnliche Erscheinungen vorzufinden sind. Oberflächlich betrachtet, scheinen die Wachstums- und Reproduktionsprobleme also unabhängig von der Gesellschaftsformation auf die Industrialisierung zurückzuführen zu sein. Umgekehrt genügt es aber keineswegs zu sagen, die Erscheinungen der Umweltzerstörung seien in kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen gleich, das Wesen dagegen sei verschieden.

Die Entfaltung der Produktivkräfte in sozialistischen Ländern findet häufig unter Bedingungen statt, bei denen in relativ kurzer Zeit mehrere Stufen der wissenschaftlich-technischen Revolution durchlaufen werden müssen und die einzelnen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung zeitlich eng zusammenliegen. Zum großen Teil können die sozialistischen Länder nicht auf das entwickelte Niveau kapitalistischer Produktion zurückgreifen, sondern müssen die Relikte wenig produktiver Gesellschaftsformationen wie die des Feudalismus beseitigen. Die rasche Entfaltung der Produktivkräfte stellt daher besondere Anforderungen an die planmäßige Nutzung der natürlichen Ressourcen und an die Beherrschung der Begleiterscheinungen in der Produktion. Es wäre zu untersuchen, mit welchen Strategien die aufgetretenen Widersprüche bei der Umweltgestaltung sozialistischer Länder zu beseitigen sind, damit die objektiven Möglichkeiten einer

Versöhnung von Gesellschaft und Natur, wie sie bei sozialistischen Produktionsverhältnissen bestehen, auch tatsächlich genutzt werden.

4. Ideologiefunktion der Umweltwissenschaft

Die bürgerliche ökonomische Wissenschaft erfüllt die Funktion, mit Scheinerklärungen des Umweltproblems einerseits die kapitalistische Produktionsweise zu legitimieren, andererseits von den tatsächlichen Verschlechterungen der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen abzulenken. Sie hat Ideologiefunktion. Durch die Immunisierung des Umweltproblems gegenüber gesellschaftspolitischer Kritik an den Produktionsverhältnissen soll eine allgemeine Bereitschaft der Bevölkerung erzeugt werden, ihren Beitrag zur Lösung der Umweltaufgaben zu leisten. Durch eine Idealisierung und Utopisierung des Verhältnisses von Gesellschaft und Natur, die beispielsweise in manchen wissenschaftlichen Beiträgen zu Naturschutz und Umweltgestaltung festgestellt werden können, werden die tatsächlichen Verursacher vor möglicher Kritik abgeschirmt.

Die heftige Debatte um den Umweltschutz in vielen Ländern zeigt, daß die Bevölkerung die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen als wesentliche politische Frage begreift. Eine Darstellung der wirklichen Gründe für die Verschlechterung der menschlichen Umwelt birgt also eine erhebliche Gefahr der Kritik an den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in sich. Gleichzeitig versuchen Wissenschaft und Staat durch entsprechende Propaganda die Bevölkerung dazu zu mobilisieren, die allgemeinen Produktionsbedingungen und die gefährdeten Verwertungsbedingungen des Kapitals mit Hilfe von Infrastrukturmaßnahmen zu verbessern. Es müßte Ziel einer kritischen Umweltwissenschaft sein, diese ideologischen Funktionen der gegenwärtigen Umweltschutzpolitik in kapitalistischen Staaten aufzudecken.

Diskussion

Zur Frage des Konservatismus

Helga Grebing

Doch noch ein Defizit an Theorie-Reflexion?

Angesichts der in den letzten Jahren erschienenen z. T. umfangreichen Arbeiten über Konservatismus und Faschismus, die — selbst wenn sie sich auf historisch-kontingente Aspekte beschränken — auf die Formulierung einer allgemeinen Theorie hinzielen, mag die Frage nach einem Defizit an Theorie-Reflexion zunächst nicht als eine relevante erscheinen.

Doch auch der jüngste Versuch einer „Rekonstruktion des Konservatismus“¹ zeigt die nach wie vor bestehende Neigung, Theorie mit normativ-axiomatischen Fixierungen zu verwechseln. Kaltenbrunner kritisiert mit Recht die verbreitete, auf ihren Erklärungswert hin nicht mehr befragte Tendenz, Funktion und Inhalt des Konservatismus an dessen angebliche Ursprungssituation zu binden: Konservatismus entsteht seit Karl Mannheim meist mit der Französischen (= bürgerlichen) Revolution. Selbst dort, wo diese Terminierung nicht expressis verbis erfolgt, wird der Konservatismus an vorkapitalistische Gesellschaftsstrukturen und feudale Eigentumsbeziehungen und Herrschaftsverhältnisse gebunden und als deren Rechtfertigungs- und Restaurationsideologie definiert². Damit verfällt der Konservatismus der Zukunftslosigkeit, kann als obsolet und irrational qualifiziert werden, und was aktuell konservativ nur scheint, gerät in den Sog des Verfallsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft, dessen Endprodukt der Faschismus ist, sein muß.

Eine andere, immer wiederkehrende Variante theoriebestimmter Aussagen über den Konservatismus gibt diesen als eine Versammlung ewig gültiger Wahrheiten und Ideen aus, die anthropologisch oder ethisch-normativ „begründet“ werden (hierfür liefert Kaltenbrunners „Rekonstruktion des Konservatismus“ gewissermaßen als Wiederherausbildung des „Eigentlichen“ viele Beispiele).

Kaltenbrunner, der diese entgegengesetzten Deutungen des Konservatismus differenziert kritisiert, kommt dann selbst nicht über

1 Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.): *Rekonstruktion des Konservatismus*. Rombach Verlag, Freiburg 1972 (614 S., Ln., 52,— DM).

2 Vgl. Heide Gerstenberger: *Konservatismus in der Weimarer Republik*, in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Rekonstruktion des Konservatismus*, a.a.O.

eine in ihren Inhalten zwar jeweils historisch-kontingente, in ihren Intentionen jedoch überzeitliche, „transzendentalsoziologische“ Fixierung des Konservatismus hinaus³. So erscheint zwar bei ihm der Konservatismus als eine dem neuzeitlichen Emanzipationsprozeß immanente und daher als dessen inhaltlich variable Korrektur⁴, aber: „man kann nicht vom Konservatismus sprechen, ohne vom Menschen zu sprechen, ohne darüber zu befinden, was zum Wesen des Menschen gehört“⁵. Graf Westarp ist in seiner Rezension der Arbeit von Greiffenhagen⁶ dem geschilderten Dilemma konservativer Theoriebildung entgangen: Er begreift den Konservatismus als einen integrierten Bestandteil der Genese der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, jedoch nicht als deren ahistorisch-retrospektiven Gegenentwurf, sondern als genuines Produkt der eigenen ideologischen Bedürfnisse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft.

Die Lösung von der traditionellen vulgärökonomistisch-schematischen Fixierung des Konservatismus als ideologischem Überbau einer bestimmten Basis, nämlich der feudal-agrarischen „vorkapitalistischen Eigentums- und Gesellschaftsstrukturen“⁷, ist hier ansatzweise durchgeführt. Aber der Hinweis etwa auf die nicht-prinzipielle Kapitalismus-Kritik des Konservatismus führt bei Westarp nicht zu Überlegungen darüber, ob nicht etwa dem Kapitalismus ursprünglich nicht-liberale Überbauelemente entsprechen oder anders gewendet: ob nicht unter bestimmten historischen Bedingungen auch der Konservatismus in den Begründungszusammenhang für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse hineingenommen worden ist. Noch anders gesagt: die Beziehung zwischen der Entstehungsgeschichte des Konservatismus und der variationsreichen Geschichte der ursprünglichen Akkumulation wäre das eigentliche Forschungsproblem, dessen mögliche Klärung schematische Basis-Überbau-Zurechnungen als pseudotheoretische Verlegenheitslösungen, die noch nicht einmal als Arbeitshypothesen einen relativen Wert besitzen, falsifizieren könnte⁸.

Von einem Frageansatz: „Konservatismus als endogene Ideologie (und Bewegung) der bürgerlichen Gesellschaft“ ergibt sich auch die sozialökonomisch begründbare Relevanz des Begriffs Konservatismus für die Gegenwart. Gerade im Zusammenhang solcher Über-

3 Gerd-Klaus Kaltenbrunner: Der schwierige Konservatismus, in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Rekonstruktion des Konservatismus*, a.a.O.

4 Vgl. Kaltenbrunner, a.a.O., S. 39 f., 45, 54.

5 Kaltenbrunner, a.a.O., S. 46.

6 Michael-Viktor Graf Westarp: „Tradition“ wider geschichtliches Bewußtsein. Besprechung von Martin Greiffenhagen, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, München 1971, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 16. Jg. 1971, H. 9, S. 962 ff.

7 Gerstenberger, a.a.O., S. 332.

8 Vgl. dazu meine demnächst in der Reihe Kohlhammer 80 erscheinende Arbeit „Das Defizit an sozialgeschichtlichen Perspektiven in aktuellen Konservatismus- und Faschismus-Theorien“ (Arbeitstitel).

legungen zeigt sich die Tragfähigkeit des Untersuchungsansatzes von Greiffenhagen, der — innerhalb des explizit nicht ausgeführten Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft — durch den Versuch, dem Konservatismus gewissermaßen *post festum* eine Theorie anzumessen, die Bedingungen des möglichen, weil immanent denkbar gewordenen Endes des konservativen Denkens aufzeigt. Die Kritik von Westarp und Winckler an der bewußten methodischen Beschränkung auf die Ideengeschichte verkennt die Bedeutung dieses Ergebnisses.

Auch die Rezension von Winckler in dieser Zeitschrift über meine Kritik des konservativen Demokratieverständnisses⁹ richtet sich im wesentlichen gegen die „methodologischen Voraussetzungen“ und die „gesellschaftstheoretischen Implikate“ meiner ideologie-kritischen Darstellung¹⁰. Die in dieser Beziehung festgestellten Defizite veranlassen meinen Rezensenten, den „gesellschaftlichen Ertrag“ meiner Kritik am Konservatismus in der Bundesrepublik nach 1945 in Frage zu stellen.

Die Theorie-Anforderung, auf die solche kritischen Feststellungen zielen, ist, die Geschichte und Kritik des Konservatismus als eine Variante der Geschichte und Kritik der kapitalistischen Produktionsweise darzustellen mit der in den Ansatz eingebauten Zielprojektion, einmal mehr die Notwendigkeit und die Möglichkeit ihrer Überwindung auszuweisen. Dies wäre freilich eine normative Anforderung, die sich keineswegs, wie ich meine, mit einer doch wohl beabsichtigten Berufung auf Marxsche Kategorien vertragen würde. Ich jedenfalls halte eine kohärente, das soziale Ganze umfassende „richtige“ Theorie für einen uneingelösten Anspruch und vermag deshalb noch nicht einmal hypothetisch den Totalentwurf einer solchen Theorie für Richtung und Anordnung einer Untersuchung und zur Abstützung der Kritik und Evidenz der Schlüsse zu verwenden. Damit könnte doch bloß das angeblich erst noch Auszuweisende als das bereits schon Vorgegebene „erklärt“ werden. Genausowenig kann es wohl darum gehen, Ideologie-Kritik mißzuverstehen als die Anforderung, eine als „falsch“ identifizierte Ideologie durch eine als „richtig“ erkannte zu ersetzen.

Die Kritik der bürgerlichen Gesellschaft als Antizipation der nachbürgerlichen Gesellschaft zu betreiben, bedeutet das unausgesetzte Abarbeiten der die bürgerliche Gesellschaft transzendierenden Kategorien an der Immanenz dieser bürgerlichen Gesellschaft. Alles andere hat Beschwörungsformelcharakter, ist Wunschvorstellung oder ohnmächtige Wiederholung des „weil nicht sein kann, was nicht sein darf“.

Das eben abstrakt Ausgeführte läßt sich an einem Teilaspekt der sich als marxistisch verstehenden Theorie-Ansätze über den Faschis-

9 Lutz Winckler: Besprechung von Helga Grebing, *Konservative gegen die Demokratie*, Frankfurt/M. 1971, in: *Das Argument* 72, 14. Jg. 1972, H. 3/4, S. 379 ff.

10 Winckler, a.a.O., S. 382.

mus verdeutlichen. Es geht dabei um die Frage, ob die Epoche des Faschismus beendet sei. Diese Frage wird unterschiedlich beantwortet, obwohl im Grundsatz Übereinstimmung darüber besteht, daß die sozioökonomischen Entstehungsbedingungen des Faschismus immer noch vorhanden sind. Dennoch konstatiert Alff¹¹ das Ende des Faschismus: „Repression dauert fort, doch ist ihre Form nicht mehr faschistisch¹².“ Für Alff ist es jedenfalls ein Ausdruck theoretischer Hilflosigkeit, wenn immer noch „die Bezeichnung Faschismus für längst über diesen hinaus entwickelte Verhältnisse“¹³ benutzt werde.

Auch für H. C. F. Mansilla¹⁴ reduziert sich von der gleichen Ausgangsposition der kritisch-dialektischen Theorie das Problem nicht auf das der Aktualisierbarkeit des Faschismus; er fragt vielmehr danach, „wie die spätbürgerliche Gesellschaft, deren herrschende Schicht... eine substantielle Kontinuität mit derjenigen aufweist, deren Interesse schon die präfaschistische und die faschistische Periode diente, unter gewandelten Umständen vermocht hat, eine nicht-terroristische Einverleibung ihrer Antagonismen durchzuführen¹⁵“.

R. Kühnl hat an mehreren Stellen¹⁶ auf das empirische Defizit dieses aus der kritisch-dialektischen Theorie entwickelten Faschismus-Theorie-Ansatzes verwiesen: Mögen auch den Faschismus ersetzende Funktionen und Faktoren in der spätkapitalistischen Gesellschaft feststellbar sein und diese dadurch als stabil und krisenfest erscheinen lassen — die systemimmanenten Widersprüche werden sich immer wieder durchsetzen. Kühnl hat auch auf die bedenklichen strategischen Konsequenzen der Auffassung vom unaufbrechbaren Kontinuum der kapitalistischen Gesellschaft aufmerksam gemacht: „... so bliebe der Linken nur die totale Resignation oder das politische Abenteuer, bliebe nur Fatalismus und Putschismus¹⁷.“

Alff ist jedoch von einem solchen Fatalismus offenbar weit entfernt, da doch bei ihm „die innere Geschichte der Staaten den Weg zum Sozialismus von neuem ein(schlägt), von dem der Faschismus sie abgebracht hat¹⁸“. Hier scheint mir jedoch eine Erwartung vom dialektischen Himmel auf die Erde geholt, die sich schon einmal als

11 Wilhelm Alff: Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte. Edition Suhrkamp Bd. 456. Frankfurt/M. 1971, S. 25 ff.

12 Alff, a.a.O., S. 42.

13 Ebd.

14 H. C. F. Mansilla: Faschismus und eindimensionale Gesellschaft. Neuwied 1971.

15 Mansilla, a.a.O., S. 33.

16 Reinhard Kühnl, Rainer Rilling, Christine Sager: Die NPD. Edition Suhrkamp Bd. 318. Frankfurt/M. 1969, S. 342 ff.; Reinhard Kühnl: Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus, in: Das Argument 58, 12. Jg. 1970, H. 4—6, S. 279; ders.: Formen bürgerlicher Herrschaft. rororo aktuell Bd. 1342/43. Reinbek 1971, S. 161 f.; ders.: „Linke“ Totalitarismuskategorien, in: M. Greiffenhagen, R. Kühnl, J. B. Müller: Totalitarismus. List Taschenbücher Bd. 1556. München 1972, S. 107 ff.

17 Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, a.a.O., S. 162.

18 Alff, a.a.O., S. 26.

pseudo-strategische Perspektive gegenüber dem Faschismus als verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung erwiesen hat.

Kühnl selbst hält die westlichen Industriegesellschaften nicht für totalitär, aber gerade deshalb muß nach seiner Auffassung mit der Drohung des Faschismus nach wie vor gerechnet werden: Konstellationen sind denkbar, in denen Faschismus gebraucht wird. Wie u. a. auch Abendroth¹⁹ deduziert er, daß die Widersprüche des Spätkapitalismus Tendenzen erzeugen werden, durch die die „Möglichkeit des Faschismus zur Wirklichkeit werden kann“²⁰.

Diese Argumentation ist abgestellt auf Zwangsläufigkeiten in der Entwicklung des (staatsmonopolistischen) Kapitalismus, die sich monokausal durchsetzen. Die dadurch möglich werdende Antizipation des Faschismus wird dann als Motivationsfaktor für eine die abhängig arbeitende Klasse mobilisierende Gegenstrategie verwendet: „Das erste Ziel ist die Verteidigung und Wiederherstellung funktionierender Formen der Öffentlichkeit von politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen in der parlamentarischen Demokratie; das nächste Ziel wäre, die monopolkapitalistischen Produktionsverhältnisse durch transparente sozialistische Produktionsverhältnisse zu ersetzen“²¹.

Solche strategischen Überlegungen erscheinen (mir jedenfalls) merkwürdig mechanisch-linear, mehr auf analogischem Denken beruhende Forderungen denn aus der theoretischen Analyse bezogene Handlungsanweisungen. Wie ein erratischer Block versperrt die stark ökonomistisch-deterministisch bestimmte Theorie des Spätkapitalismus die Einsicht in die Möglichkeiten wirklich (und nicht nur dem Anspruch nach) kritisch dialektischer Fragen und Antworten auf die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus einerseits und die in ihm (vielleicht schon) angelegten punktuellen Vorwegnahmen der sozialistischen Gesellschaft andererseits. Der strategische Ansatzpunkt wäre dann die denk- und praxismöglich gewordene Antizipation der nachbürgerlichen Gesellschaft.

Ich möchte dies mit folgenden Überlegungen verdeutlichen: Die Unterscheidung zwischen Industriegesellschaft und kapitalistischer Produktionsweise, die Winckler bei mir als theoretische Schwäche kritisiert, hat nicht nur ihren ausweisbaren analytischen Grund. Aus der Trennung zwischen den (ständig sich verändernden) Organisationsformen der industriellen Gesellschaft, wie sie bedingt werden durch den industriell-technologischen Produktionsprozeß (und den von ihm hervorgebrachten sozialen und politischen Implikaten) einerseits und den der kapitalistischen Produktionsweise respektive

19 Wolfgang Abendroth: Das Problem der sozialen Funktion und der sozialen Voraussetzungen des Faschismus, in: Das Argument 58, 12. Jg. 1970, H. 4—6.

20 Vgl. Kühnl, Formen bürgerlicher Herrschaft, a.a.O., S. 160 ff., Zitat: S. 166; ders., „Linke“ Totalitarismustypen, a.a.O., S. 116; Abendroth, a.a.O., S. 257.

21 Abendroth, a.a.O., S. 257.

den ihr entsprechenden (im Prinzip unveränderten) gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen andererseits resultieren nämlich strategische Konsequenzen für eine gesellschaftliche Transformation, für die m. E. der Sozialstaat eine Schlüsselfunktion hat. Der Sozialstaat realisiert zwar nicht etwa schon Gleichheit schlechthin, wohl aber realisiert er Gleichheit beim *gegenwärtigen* Stand der privatkapitalistischen Industriegesellschaft *insofern*, als er den emanzipatorisch-egalitär gemeinten Anspruch auf „das Soziale“ zum „öffentlichen Sozialapparat“ objektiviert und institutionalisiert, und in dieser Hinsicht hat er eine sozial-emanzipatorisch zu instrumentalisierende Qualität. So zu denken heißt nun nicht etwa, gleichzeitig zu übersehen, daß der Sozialstaat *auch* ein komplexes Instrumentarium zur Selbststabilisierung der kapitalistischen Marktgesellschaft darstellt.

Unter einer solchen dialektischen Perspektive gesehen, besitzt m. E. auch die sogenannte Freizeitdemokratie einen vergleichbar ambivalenten Charakter. Nur verkappt aproletarisch-bourgeoise Borniertheit kann den — auch — positiven, d. h. emanzipatorisch wendbaren Aspekt von Freizeit- und Konsumexpansion übersehen: hypertrophierte Freizeit- und Konsummanipulation begründen sicher einerseits nur eine Scheinfreiheit, eine nur scheinbare Individuierung der „Massen“, aber andererseits hängt mit ihnen zusammen die Garantie eines höheren Niveaus des Lebens für viele, potentiell, d. h. dem Anspruch nach für alle, als es je in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise gegeben war. Offenbar gibt es (wie längst — Marx-immanent gedacht — festgestellt worden ist) auch in der Verdinglichung Nuancen!

Ganz im Sinne dieser beiden Beispiele wäre dann auch von den demokratisierenden Effekten zu sprechen, die die Entwicklung der Produktivkräfte freisetzt: in der Gesellschaft, wie sie ist — so habe ich Marx verstanden — müssen die Konturen der Gesellschaft, wie sie werden soll, erkennbar sein, ehe Transformationsprozesse geschichtlich möglich werden.

In diesem Zusammenhang schien es mir ein außerordentlich beachtenswertes Indiz zu sein für die demokratisierenden Effekte, die die Entwicklung der Produktivkräfte freisetzt und die langfristig zu Transformationsprozessen verdichtet werden können, wie die Orientierung der konservativen gesellschaftlichen Ideologien zur Begründung und Rechtfertigung der gegebenen Produktionsverhältnisse aktuell erfolgt. Es besteht eine Kontinuität der Motivationen für Faschismus, gewiß. Es gibt ein beachtliches nicht- bis antidemokratisches Potential; die Bedingungen sind bekannt, unter denen dieses Potential mobilisierbar ist. Dennoch finden sich Faschismus-ähnliche Konzepte nur dort, wo die Abneigung am ausgeprägtesten ist, ein dem Stand der Produktivkräfte entsprechendes Instrumentarium zur Perpetuierung der „bürgerlichen Gesellschaft“ zu verwenden. Vielmehr dominieren die, die ihre Gegenrevolution bis zu den Grenzen der Überholung der „Revolution“ vorantreiben wollen: konservativ bedeutet, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren. So erscheint

der aktuelle Konservatismus geradezu als Versuch einer Faschismus-Vermeidungsstrategie — bei fortbestehender Motivation und Zielvorstellung.

Diese Ausführungen, deren Ursprung in der Auseinandersetzung mit meinem Rezensenten in „Das Argument“ zu finden ist, sind gewiß in vielen Punkten unzulänglich; sie sollten nur als der Versuch verstanden werden, Diskussionsanstöße zu geben, die dazu nützen könnten, der „kritisch-dialektischen Sozialwissenschaft“²² eigentlich fremde normative Fixierungen zu relativieren.

22 Kühnl, „Linke“ Totalitarismusversionen, a.a.O., S. 119.

Michael-Viktor Graf Westarp

Konservatismus - eine Strategie zur Vermeidung des Faschismus?

„Konservativ bedeutet, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren“ dieses Diktum (das übrigens von Franz Josef Strauß vor einiger Zeit wiederbelebt wurde, als er die programmatische Selbstbezeichnung der CSU als einer konservativen Partei durchsetzte), umreißt für Helga Grebing die von ihr unter dem Titel „Doch noch ein Defizit an Theorie-Reflexion?“ vorgenommene Einschätzung des aktuellen Konservatismus. Sie faßt ihn als eine Strategie derer auf, die an der Absicherung der gegebenen kapitalistischen Produktionsverhältnisse interessiert sind, aber den Faschismus vermeiden wollen. Während sie dem Faschismus zuzurechnende Konzepte dort verortet, wo man besonders unwillig sei, zur Perpetuierung der bürgerlichen Gesellschaft ein dem Stand der Produktivkräfte entsprechendes Instrumentarium einzusetzen, scheint Helga Grebing die für die gegenwärtige Situation gewichtigere Konzeption des Konservatismus wohl in einer solchen präventiven Gegenrevolution zu sehen, die jeweils gerade so weit gehen soll, daß sie mittels moderner Sozialtechniken einer sozialistischen Umwälzung den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen vermag.

Gerade dieser, in der notwendigen Ein- und Beinahe-Überholung bestehende Zwang für einen „zeitgemäßen“ Konservatismus, der gleichzeitige und ungleichzeitige Ordnungsvorstellungen integriert, womit er sich anders als der traditionelle Konservatismus verhält, wie die Autorin an anderer Stelle ausführt¹, wird von Grebing als ein Indiz für die Realität dessen angesehen, was sie als „Sozialstaat“ faßt und dem sie eine eigene gesellschaftliche Qualität zulegen scheint. Ihr zufolge wären dann also die jetzigen ernst zu nehmenden Konservativen diejenigen, die jene Sozialstaatlichkeit notgedrungen akzeptieren oder sogar bejahen, diese aber im Gegensatz wohl zu den Progressiven nicht den demokratisierenden Effekten aussetzen möchten, welche von der Entwicklung der Produktivkräfte freigesetzt werden. Eben deshalb wolle der Konservatismus, in seinem Sinne „an der Spitze des Fortschritts marschierend“, diese Sozialstaatlichkeit gewissermaßen dynamisch stabilisieren. Wenn man die Autorin nicht allzu sehr überinterpretiert, kann man annehmen, daß ihr zufolge einerseits Konservative, die den Begriff der Demokratie an die Vorgegebenheit der kapitalistischen Klassengesellschaft binden wollen, und andererseits soziale Demokraten (Sozialdemokraten?) die

1 Helga Grebing: Konservative gegen die Demokratie. Frankfurt/M. 1971.

eigentlich entscheidenden gesellschaftlichen Gegenspieler in der Arena des Sozialstaates sind.

Damit aber sind wir beim politökonomischen Ansatz der Autorin, die den industriell-technologischen Produktionsprozeß von gesellschaftlichen Macht- wie Eigentumsverhältnissen trennt, kapitalistische Produktionsweise und Industriegesellschaft unterscheidet und letzterer die Kategorie des Sozialstaates zuschreibt. Die Industriegesellschaft scheint ihr also eine soziale Transformation hervorgebracht zu haben, die nicht mehr unter dem Begriff des Kapitalismus zu subsumieren ist — als ob nicht vielmehr der Kapitalismus gerade erst mit der Industrialisierung ökonomisch wie politisch zum herrschenden Prinzip und zur Voraussetzung der Arbeiten von Marx wurde! Gewiß, in der Grebingschen Annahme mag die kaum bestreitbare Erkenntnis stecken, daß auf der Basis entwickelter kapitalistischer (also industrieller) Produktionsweise die politische Demokratie adäquaterweise eine sozialstaatlich organisierte ist, nachdem die herrschende Klasse unter dem Druck der Massenorganisationen der Arbeiterklasse dieser Konzessionen in Form sozialpolitischer Gesetze gewähren müssen (bekanntlich schon die englische Zehnstundenbill zu Marx' Zeiten), um ihr durch das Versprechen der Daseinsfürsorge das Gefühl sozialer Sicherheit zu vermitteln und sie vom revolutionären Kampf um die Macht fernzuhalten. Diese sozialstaatlich umgesetzte Kompromißbereitschaft des Kapitals bleibt aber an die Furcht vor einer Orientierung des Proletariats an sozialistischen Zielen und an der Politik der seit 1917 bzw. 1945 zum Sozialismus strebenden Staaten gebunden². Auch solche Reformergebnisse also wie erhöhter Lebensstandard und politisch-demokratische Beteiligungsrechte wären kaum realisiert worden, wenn die Arbeiterbewegung sich von vornherein und ausschließlich auf den Reformismus beschränkt hätte. Der „institutionalisierte Anspruch auf den öffentlichen Sozialapparat“ (Grebings) ist eine Folge der Herausbildung eines zur Vermeidung ökonomischer Krisen im Monopolkapitalismus immer nötiger werdenden staatsinterventionistischen Systems nebst auf diesen stabilisierenden Zweck bezogener Umverteilung des Sozialprodukts. Dies schließt zwar die Chance für wohlfahrtsstaatliche Tendenzen ein, je nach dem Druck, der hinter ihnen steht, Einfluß auf die öffentliche Gewalt zu nehmen, kann aber keinesfalls mit „Fundamentaldemokratisierung“ gleichgesetzt werden³. Eine solche müßte sich ja gerade auf die gesellschaftliche Organisation der Produktion, die Eigentumsverhältnisse, erstrecken, die ihrerseits erst den „Sozialapparat“ tragen. Doch diese Erkenntnis verstellt sich die Autorin dadurch, daß sie den industriellen Produktionsprozeß von den Produktionsverhältnissen isoliert: So können fast zwangsläufig die in ersterem beschlossenen demokratisierenden Potenzen als die des Kapitalismus erscheinen.

2 Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M., 8. Aufl., S. 225, 240.

3 Helga Grebing, a.a.O., S. 424.

Auch die zitierte sogenannte „Freizeitdemokratie“ dürfte fehl eingeschätzt sein, denn erst die Verfügung der Arbeiterklasse über den Produktionsprozeß, die Inbesitznahme der Produktionsmittel durch sie, kann doch die sinnvolle emanzipatorische Nutzung der Freizeit sichern, deren auch schon im Kapitalismus erkämpfte Ausweitung als positiv zu bezeichnen eine Binsenweisheit ist. So bleibt der vom Proletariat in den fortgeschrittenen bürgerlichen Demokratien erkämpfte Sozialstaat grundsätzlich gefährdet, solange die politische Macht nicht in Händen der Arbeiterklasse liegt und nicht vermittels der sozialistischen Staatsmacht der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, derjenige zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Resultate des Wirtschaftsprozesses, aufgehoben ist. Die Reaktion des Kapitals auf diesen proletarischen Kampf kann in bestimmten Krisenperioden bis zur ultima ratio des Faschismus gehen.

Schon in der Zeit ihres Aufstiegs, wenn auch zunächst noch als wenig durchschlagende Nebenströmung, bildet die Bourgeoisie eine gewisse ideologische Skepsis angesichts der Zukunft immer wieder heraus. Gemeint ist die Furcht vor den Folgen des eigenen sozialen Prinzips, die in dem Augenblick virulent werden konnte, als die industrielle Durchkapitalisierung der Gesellschaft, der politische Sieg des Bürgertums, schon den eigenen Totengräber zu produzieren begannen. Das reflektierende Zurückschrecken des bürgerlichen Subjekts vor der eigenen Zukunft, vor der Dynamik des entfesselten kapitalistischen Verwertungsprozesses, tritt sicher in der von der freien allseitigen Konkurrenz bestimmten liberalen Phase bürgerlicher Herrschaft weit hinter deren optimistisch-rationalistischen Glauben an das sich zwanglos herstellende gesellschaftliche Gleichgewicht zurück, doch ist dieses Zurückschrecken möglich geworden, seit die bürgerliche Revolution die relativ statischen, auf verschiedenen Formen des Grundeigentums beruhenden vorbürgerlichen Gesellschaftsordnungen zerbrochen hatte und nun die menschlichen Beziehungen mit seinem auf dynamischer Kapitalverwertung beruhenden Wirtschaftsprinzip fortlaufend umwälzte — ein Prozeß, der den Ruf nach stabilisierenden Institutionen provozierte (so bei Burke).

Ein solcher Konservatismus ist daher von vornherein bürgerlichem Boden entsprossen, auch wenn er während des Liberalismus noch dem Interesse einer feudalen Reaktion Ausdruck verlieh, ihre restaurierenden Nachhutgefechte ideologisch absicherte. Die etablierte Bourgeoisie war ja auch sehr bald mit abgetretenen Herrscherklassen nachträglich gegen die Beherrschten solidarisch. Die konservative, antiliberale Zurücknahme der Versprechungen der bürgerlichen Revolution konnte dabei an die Auswirkungen des gewissermaßen negativen Konstruktionsprinzips bürgerlicher Wirtschafts- und Lebensweise anknüpfen und es vor den Massen gegen das liberal-egalitäre Versprechen ausspielen: nämlich die negative Beziehung auf den Mitmenschen, der bei der Verwertung von Kapital entweder Konkurrent ist oder als Abhängiger einen Kostenfaktor in der Kalkulation darstellt, wobei jeder den anderen als Instrument seiner je individuellen

Zwecke ansieht, und die Egoisten angeblich nachträglich übereinstimmen sollen. Bürgerlicher Konservatismus wird dann dominierend in der monopolkapitalistischen Phase, in der sich die herrschende Klasse der organisierten Arbeiterbewegung gegenüber sieht. Das neue Bedürfnis der Bourgeoisie nach einem starken Staat, zu dem es gewisse Parallelen in der Epoche der ursprünglichen Akkumulation gibt, nimmt in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Lorenz v. Stein ideologisch vorweg; der starke Staat sollte ja gleichermaßen zur imperialistischen Expansion des Kapitals wie auch zur Integration des Proletariats mittels Sozialreform von oben erforderlich werden. Steins Lehre von der „Gesellschaft des gegenseitigen Interesses“ verlangt vom Proletariat die Einsicht, daß Harmonie zwischen Lohnarbeit und Kapital bestehe — dann könne auch das allgemeine Wahlrecht gewährt werden. Die solchermaßen konzipierte Gesellschaft wird als eine neue ausgegeben, die einen Bruch mit der egoistischen, verantwortungslosen Herrschaft der Besitzenden bedeute, statt dessen solle das „allgemeine Kapitals-Interesse“ regieren, die verantwortungsvolle Verwaltung einer permanenten sozialen Reform, verkörpert durch das „soziale Königtum“ als stabilisierende Institution (Lassalle bezog sich hier auf Stein!). Erst die Herausbildung des Monopolkapitals mit seinem Interesse am wirtschaftsaktiven Staat verlieh Lorenz v. Steins Konzept Aktualität. Die „Kathedersozialisten“ des „Vereins für Socialpolitik“ lieferten seit den siebziger Jahren die systematische Theorie der imperialistisch-staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung. (Bernstein bezog von ihnen eine Grundlage seines sozialdemokratischen Revisionismus, die Leugnung des Staates als eines Organs von Klassenherrschaft.)

Als der imperialistische Kampf um den „Platz an der Sonne“ im 1. Weltkrieg für das deutsche Kapital verlorengegangen und in der Weltwirtschaftskrise die Doppelfunktion der Staatsmacht für die bürgerliche Klasse — nämlich die Abwehr gegen das Proletariat zu leisten und interne Differenzen der Herrschenden durch Kompromisse auszugleichen — gefährdet war, mußte der Faschismus erhalten. So garantierte die Dezision eines „Führers“ die politische Handlungsfähigkeit der herrschenden Klasse und wurden die nicht mehr integrierbaren Arbeiterorganisationen zerschlagen, die Massen gegen ihr objektives Interesse mobilisiert.

Der militärische Zusammenbruch des Faschismus, die geographische Ausdehnung der sozialistischen Staatsmacht und im Gefolge dieser Ereignisse die von den lohnabhängigen Massen erreichten wohlfahrtsstaatlichen Konzessionen des Monopolkapitals im Rahmen wiederhergestellter bürgerlicher Demokratien verwiesen nach 1945 wieder auf nicht-terroristische Integrationstechniken. Die prinzipiell unaufgehobenen Widersprüche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft können aber stets wieder Tendenzen produzieren, die Teilen der herrschenden Monopolbourgeoisie eine systematisch-gewaltsame Unterdrückung des proletarischen Emanzipationskampfes nahelegen. Dies wäre die Stunde eines Faschismus in veränderter ideolo-

gischer Gestalt. Ob den aggressivsten Kräften des Monopolkapitals der faschistische Katastrophenausweg endgültig versperrt werden kann, hängt entscheidend von der Stärke und Politik der Sozialisten im Weltmaßstab ab.

Das scheinen auch die klügeren Vertreter eines heute neu dominierenden bürgerlichen Konservatismus zu ahnen. Ihre neokonservativen, technokratischen Postulate richten sich angesichts der wissenschaftlich-technischen Revolution auf soziale Stabilisierung in einem „post-histoire“ (Gehlen), auf die „formierte Gesellschaft“ (Altmann), um die Zuspitzung der Klassenkämpfe zu vermeiden⁴. Jedoch vermag ungeachtet einer vielleicht subjektiv ehrlichen Faschismusvermeidungsstrategie ihr Versuch, nur die technisch-zivilisatorischen Ergebnisse des menschlichen Aufklärungsprozesses zu nutzen, seine politisch-emanzipatorischen Konsequenzen für alle jedoch abzubiegen, ständig neue Katastrophen heraufzubeschwören. Dies in Theorie und Praxis richtig zu erkennen und wirksam zu bekämpfen kann doch wohl nur dann gelingen, wenn keine Unklarheit darüber besteht, daß unsere Gesellschaft nach wie vor von den Verwertungsbedingungen des Kapitals bestimmt wird, an dessen widersprüchliche Bewegung der von Helga Grebing so genannte Sozialstaat gebunden ist.

4 Gerd-Klaus Kaltenbrunner schreibt in dem von ihm herausgegebenen Buch: *Rekonstruktion des Konservatismus*, Freiburg 1972, das Strukturgesetz der Industriegesellschaft selbst fordere nach einem konservativen Korrektiv ihrer Dynamik, um ihre Entwicklung sicherzustellen, nicht sie abzudrosseln. Hierfür sei ein Punkt außerhalb des technologischen Fortschritts nötig, um diesen lenken zu können, wie schon eine Grundregel der Kybernetik besage (a.a.O., S. 49).

Stellungnahme des „Deutschen Romanisten-Verbands“ gegen den „Radikalen“-Erlaß

Im Rahmen eines öffentlichen Briefwechsels mit dem Vorsitzenden des Deutschen Romanisten-Verbandes, der die antimarxistische und antidemokratische Tradition wie gegenwärtige Haltung der westdeutschen Romanistik behandelte, hatte Michael Nerlich den Antrag gestellt, der Fachverband möge auf seiner nächsten Sitzung in Heidelberg den sogenannten „Radikalenerlaß“ verurteilen und seine Aufhebung fordern (veröff. in *Das Argument* 74, 1972, S. 698). Diesen Antrag unterstützten zahlreiche französische Schriftsteller und Wissenschaftler (darunter Aragon, R. Barthes, Escarpit, Etiemble, R. Merle, usw.; *Das Argument* 79, 1973, S. 472 f.). Daraufhin hatte der „Deutsche Romanisten-Verband“ auf seiner Heidelberger Tagung vom 4. bis 6. Oktober 1973 die folgende Resolution verabschiedet:

„Die Mehrheit der Mitgliederversammlung des deutschen Romanistenverbandes verurteilt den Beschluß von Bund und Ländern vom 28. 1. 1972 und verlangt seine unverzügliche Aufhebung. Sie fordert, daß kommunistisch orientierte Romanisten an Schulen und Universitäten lehren und forschen dürfen. Sie erklärt für die Zukunft, daß sie Repressionen gegen diese Romanisten im öffentlichen Dienst weder für wissenschaftlich noch mit ihren rechtlichen Empfindungen für vereinbar hält.“

Vorausgegangen waren hitzige und stundenlange Debatten, in denen die „konservative“ Fraktion unverhüllt mit Spaltung drohte: wenn der Antrag auch nur diskutiert würde, so könne man nicht länger im „Deutschen Romanisten-Verband“ bleiben. Offensichtlich waren eine Reihe der Hochschullehrer nur zum Zweck politischer Pression mit eingepflanzt nach Heidelberg gekommen (sie erschienen lediglich zur Mitgliederversammlung am Freitagnachmittag, nicht jedoch zu der wissenschaftlichen Tagung, die von Donnerstagmorgen bis Freitagmittag dauerte und in die diejenigen „Konservativen“, die anwesend waren, so gut wie gar nicht eingriffen). Bei der Diskussion von Nerlichs Antrag tat sich u. a. ein ordentlicher Professor hervor, der Fragen nach der politischen Zuverlässigkeit des *Argument* stellte. U. a. wollte er von Nerlich wissen, mit welcher politischen Gruppierung er seinen Antikommunismus-Aufsatz abgesprochen habe. Dies veranlaßte einen als Gast anwesenden französischen Hochschullehrer, der zuvor seine Empörung über den sogenannten „Radikalenerlaß“ und seine Solidarität mit den Antragstellern ausgesprochen hatte, die in dieser Frage unterstellte Denunziation zurückzuweisen und die Tagung zu verlassen.

Ganz deutlich wurde das Demokratieverständnis der „konservativen“ Romanisten am Schlußtag. Obwohl sie mit einer maschinen-

schriftlich samt Unterschriften verfaßten Austrittserklärung, einer Liste, der später noch einige handschriftliche hinzugefügt wurden, in den Tagungsraum kamen, beteiligten sie sich doch noch an der Diskussion über eine vorgelegte Chile-Resolution, um erst nach der Verabschiedung dieser Resolution dramatisch die Austrittserklärung auf den Vorstandstisch zu legen. So trat ein Trupp von 14 Hochschullehrern aus dem Fachverband aus. Die Begründung für den Austritt: der Fachverband habe mit politischen Stellungnahmen gegen seine Satzung verstoßen, was nicht nur von der Satzung, sondern auch von verschiedenen politischen Stellungnahmen des „Deutschen Romanisten-Verbands“ in der Vergangenheit widerlegt wird. Mit diesem allem Anschein nach bewußt herbeigeführten Konflikt gaben die „konservativen“ Hochschullehrer freilich der verbleibenden Mehrheit ein Rätsel auf: sollten sie an Abspaltung und an die Gründung eines Gegenverbandes denken, so fragt sich, was sie in diesem neuen Fachverband eigentlich tun wollen, nachdem sie während der letzten 28 Jahre zur Erneuerung des Faches nichts beigetragen haben.

Daß es der progressiv-liberalen Mehrheit der Teilnehmer an dieser Tagung des „Deutschen Romanisten-Verbands“ nicht auf Streit ankam, sondern auf die Diskussion schwerwiegender Probleme und die Selbstbesinnung der Fachvertreter, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie der Vertagung der eigentlich vorgesehenen Neuwahl des Vorsitzenden zustimmten, damit der „konservativen“ Fraktion des Fachverbandes Gelegenheit gegeben wird, über ihr undemokratisches Verhalten und vor allem über die Folgen der von ihr offensichtlich intendierten Spaltung für das ohnehin durch die Dezimierung des Französischunterrichts bedrängte Fach nachzudenken. Bis zur Neuwahl des Vorsitzenden bleibt der bisherige Vorsitzende, Jürgen von Stackelberg, kommissarisch im Amt.

Es bleibt also abzuwarten, ob — wie es scheinen könnte — Herr von Stackelberg tatsächlich recht hatte, als er seinerzeit Nerlichs Analyse zurückwies, die als einheitliche Ideologie des Faches Antikommunismus diagnostiziert hatte: die nächste Tagung des „Deutschen Romanisten-Verbands“ im April des kommenden Jahres wird darüber Auskunft geben. Angesichts bestimmter Erfahrungen in der Geschichte, auch der jüngsten, wissen wir, daß die Demokratie für die Rechte nur immer dann eine gute Demokratie ist, solange sie selber die Mehrheit hat. Ändert sich das, greifen sie zu anderen Mitteln. Daß sie bei solchen Anlässen nichts zu konservieren pflegen, wissen wir auch ¹.

¹ Deshalb ist es angebracht, den Begriff *konservativ* in Anführungszeichen zu setzen, wenn die Rechte sich dahinter verbirgt.

Besprechungen

Soziologie

Bolte, Karl Martin: *Der Achte Sinn. Gesellschaftsprobleme der Gegenwart.* Verlag für Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, Bad Harzburg 1971 (285 S., br., 9,60 DM).

Der vorliegende Sammelband vereinigt fünf soziologische Abhandlungen: zwei theoretische Arbeiten, den Versuch einer Standortbestimmung der Soziologie sowie einer allgemeinen Theorie des sozialen Wandels und zwei Erörterungen aktueller gesellschaftlicher Fragen — studentische Protestbewegung und ökonomische Mitbestimmung —; die Verbindung zwischen diesen beiden Komplexen bildet eine Darstellung zum Freiheitsproblem. Die Abhandlungen basieren auf Vorträgen, die Bolte an der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg gehalten hat (7). Sie sollen Wert und Funktion des achten Sinns — den siebten habe bereits eine Fernsehsendung mit Beschlag belegt — demonstrieren, d. h. der Fähigkeit zur gesellschaftlichen Analyse, denn „wir müssen ‚Hilfsmittel‘ entwickeln, um den uns fehlenden ‚Sinn‘ zu ersetzen und uns die gesellschaftliche Dimension unseres Lebens zu erschließen“ (7).

Der Titel seines ersten Aufsatzes „Soziologie und Gesellschaft“ zeigt, daß auch Bolte nicht mehr umhin kann, die gesellschaftliche Bedingtheit der Sozialwissenschaft zumindest zu nennen. Seine Funktionsbestimmung der Soziologie verdeutlicht, wie wenig der Gedanke über die bloße Phrase hinauswuchs: „Neben der Aufdeckung soziologisch relevanter Aspekte stellt sich dem Soziologen als zweite Aufgabe die der Erklärung solcher Erscheinungen, des Entwurfs von Prognosen hinsichtlich zu erwartender Erscheinungen und der Formulierung technologischer Anweisungen, d. h. der Angabe, was zu tun ist, um bei welchen Konsequenzen bestimmte Ziele zu erreichen“ (27). Der Praxisbezug der Soziologie solle sich dabei am Ideal der Mündigkeit des Menschen ausrichten. Die allgemeine Bestimmung dieses Ideals überläßt er dem ausführlich zitierten Habermas, ohne zu beachten, daß dieser seinen Mündigkeitsbegriff gerade gegen die pragmatisch-technologische Auffassung von Sozialwissenschaft, wie Bolte sie bevorzugt, entwickelt. Die Verkündung der Mündigkeit als praktisches Ziel der Soziologie wirkt daher wie eine additive Hinzufügung, zumal an keiner Stelle Anspruch und Konstitution seines Soziologiebegriffs analytisch vermittelt wird. Aus seinem Theorieverständnis fällt die Kategorie der gesellschaftlichen Totalität, die Problematik des historisch vermittelten Zusammenhangs von gesellschaftlichen

Strukturgesetzen und ihren politisch-ideologischen Reflexionsformen, in dem der Begriff der Mündigkeit erst seine Geltung gewinnt, denn auch heraus. An Hans Albert orientiert, gilt für Bolte als wissenschaftliche nur empirisch überprüfbare Erkenntnis, deren Aussagekonnex kausal bestimmt ist und sich lediglich auf „bestimmte Bereiche der sozialen Wirklichkeit bezieht“ (28). Katalogisierend reiht er, zudem in Fußnoten versteckt, aneinander, was es so an relevanten Ansätzen und Einsichten in der Soziologie gab und gibt. Von Schelsky über König bis zu Habermas, Adorno und Marx reicht die Liste. Von ihnen übernimmt er eklektisch, was ihm zur Vervollkommnung seines pluralistischen Wissenschaftskonzepts verwertbar erscheint. Der Leser darf die superbe Informiertheit Boltes zur Kenntnis nehmen, ohne selbst gründlich informiert zu werden. Boltes zweiter Beitrag „Gesellschaft im Wandel“ soll kritische Analyse von Einzelproblemen sein. Seine Generalthese ist, daß in Abhebung zur stationären Gesellschaft der agrarisch-feudalen Epoche mit dem Beginn der Industrialisierung sozialer Wandel in immer kürzeren Zeitabständen für die moderne Gesellschaft konstitutiv wurde. Treibende Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung ist für ihn die industrielle Produktionsweise an sich. Der Begriff „Industriegesellschaft“ fungiert als epochalisierender Oberbegriff, unter den Kapitalismus und Sozialismus als nur besondere gesellschaftliche Erscheinungsformen subsumiert werden. Entsprechend schematisch unterscheidet Bolte zwei Dimensionen des sozialen Wandels, die der „inneren Dynamik“ (85 ff.) — Markterweiterung, Produktionsinnovation, berufliche und regionale Mobilität u. a. — und die der „äußeren Dynamik“, resultierend aus den zunehmenden „internationalen Verflechtungen“ (87 ff.).

Die „Freiheit in der Gesellschaft“ schließt sich thematisch dem sozialen Wandel an. Ausgehend von der „geistigen Freiheit“ (110 ff.), für Bolte Grundlage aller Freiheit, über eine Aufzählung möglicher Begrenzungen und Erlaubnisse von Freiheit, gelangt er schließlich zu der Feststellung, daß, obwohl noch viel zu tun bleibe, in der BRD ein vergleichsweise hohes Maß an Freiheit verwirklicht sei.

Freiheit in der BRD ist auch das Stichwort für die beiden letzten Aufsätze. Die „Jugendunruhe“ der 60er Jahre faßt Bolte weitgehend als Generationskonflikt auf. Von Interesse ist seine Würdigung der politischen Dimension insbesondere der studentischen Rebellion. Dem Ruf der „unruhigen Jugend“ nach Demokratisierung der Gesellschaft müsse die gebührende Aufmerksamkeit zukommen. Diese solle allerdings nur den reformerischen Tendenzen gelten, die „radikalen Elemente“, die den hohen Verwirklichungsgrad an Freiheit in der BRD verkennen und z. T. demagogisch herunterspielen würden, seien dagegen zu isolieren. Die Schafe von den Böcken trennend, empfiehlt er, den utopischen und vor allem sozialistischen Ansätzen angesichts der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Osten eine entschiedene Abgabe zu erteilen.

Ähnlich verfährt Bolte beim Thema „Mitbestimmung“. Mitbestimmung im ökonomischen Bereich hält er für notwendig und möglich. Zwar will er sich nicht für ein bestimmtes Modell entscheiden, auch

soll Mitbestimmung nicht dazu führen, daß durch „Dreinreden in die Entscheidungen der eigentlichen Führungsspitze des Unternehmens“ „Flexibilität“ der Unternehmensleitung beschränkt und die „Rentabilität der Wirtschaftsbetriebe“ gefährdet werde (241), doch müsse Mitbestimmung, wenngleich mit unterschiedlicher Gewichtung, auf allen Ebenen zum Zwecke der Mündigwerdung des Menschen institutionalisiert werden. Wie scheinheilig diese Zweckbestimmung ist, macht die strategische Überlegung Boltés deutlich, daß Mitbestimmung aller Wahrscheinlichkeit nach als Präventivmaßnahme gegenüber Sozialisierungstendenzen und Forderungen nach Arbeiter selbstverwaltung und mit Sicherheit als ein wesentlicher Hebel zur Produktivitätssteigerung wirksam werden müßte.

In den Kapiteln über „Jugendunruhe“ und „Mitbestimmung“ wird vollends manifest, was sich im theoretischen Teil schon andeutete: Der achte Sinn bedeutet die permanente, informierte Wachsamkeit gegenüber den Alarmsignalen von den Schadstellen der Gesellschaft und die Bereitschaft, flexibel reformerisch auf sie zu reagieren, um die Funktionsfähigkeit des bestehenden Systems zu erhalten.

Manfred Busowietz (Berlin/West)

Kurucz, Jenö (Hrsg.): Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern in der Industrie. Ergebnisse einer Befragung promovierter Industriechemiker. Verlag Chemie, Weinheim 1972 (228 S., br., 29,— DM).

Das Buch ist Ergebnis einer im Frühjahr 1971 von einer Saarbrücker Forschungsgruppe unter Leitung von Kurucz durchgeführten industriesoziologischen Enquête in drei Spitzenkonzernen der chemischen Industrie. Um Bedeutung und Stellenwert dieser Arbeit richtig einschätzen zu können, ist die protokollmäßig festgehaltene Entstehungs- und Verlaufsgeschichte der Untersuchung im Anhang von besonderem Interesse: Sie verweist auf das konfliktorientierte, tendenziell ‚wallraffsche‘ Erkenntnisinteresse der Autoren und die daraus zwangsläufig sich ergebenden spezifischen Schwierigkeiten einer validen Datenbeschaffung.

Im Gegensatz nämlich zu Autoren wie Friedrich Fürstenberg, dessen 1969 publizierte und thematisch verwandte Untersuchung über ‚Die Soziallage der Chemiearbeiter‘ bereits im methodischen Ansatz den ideologischen Geist des industriellen Auftraggebers (Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie) atmet, hat sich Kurucz als persona non grata qualifizieren und von Anfang an der dezidiert-frostigen Ablehnung seitens des Managements versichern können, das nach Maßgabe des Möglichen die Durchführung der Untersuchung sowie deren endgültige Publikation zu sabotieren suchte und damit erneut den Tabu-Bereich kapitalistischer Verfügungsgewalt abzustecken gedachte, jenseits dessen Grenzen sozialwissenschaftliche Aktivität nichts zu suchen hat. (vgl. bes. 6 und 216 ff.)

Die als qualitativ sich verstehende, nicht repräsentative Befragung von insgesamt 118 promovierten Industriechemikern unterschiedlicher Altersgruppen und verschiedener Tätigkeitsbereiche (Produktion, Forschung, Anwendungstechnik, Fachbürokratie) hat zur erklärten Zielsetzung, exemplarisch „das Selbstverständnis einer Teilgruppe der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz wenigstens teilweise empirisch zu erforschen“ (14).

Unter den verschiedenen Komponenten dieses Selbstverständnisses konzentriert sich Kurucz insbesondere auf die Ermittlung des für diese Teilgruppe im universitären Sozialisationsprozeß erworbenen spezifischen „Leistungsbewußtseins“, die daran sich knüpfenden „Erfolgserwartungen“ der technischen Intelligenz nach Eintritt in den kapitalistischen Produktionsprozeß sowie des generellen „Anspruchsniveaus“, der „Wert- und Zielvorstellungen“, mithin auf das, „was die Betroffenen selbst von Betrieb, Gesellschaft und Staat erwarten“ (6).

Die mit illustrativem Material reichhaltig durchsetzte Arbeit informiert u. a. über die „Spiegelung der faktischen Auslesemechanismen im Bewußtsein der Befragten“ (77), ihr „Standortproblem“ sowie ihre „Einstellung zur Unternehmerseite“ (105), und reflektiert in einem abschließenden Kapitel die Präferenzskala parteipolitischer und gewerkschaftlicher Orientierung der technischen Intelligenz, um letztlich vor dem theoretischen Hintergrund der Technokratieproblematik den „gesellschaftlichen Bezug naturwissenschaftlicher Forschung“ (186 ff.) zu thematisieren.

Die Mehrzahl der postulierten Eingangshypothesen, die auf die Asymmetrie zwischen „wirtschaftlicher und technischer Logik“ (45) zentriert sind, wird durch das erhobene Datenmaterial verifiziert. So wird u. a. festgestellt, daß bei „oligopolistischen Marktverhältnissen, die wir für die chemische Industrie als gegeben ansehen können“ (32), die naturwissenschaftliche Qualifikation der technischen Intelligenz im Verwertungsprozeß zunehmend erfolgsindifferent wird: „Ein bestimmtes Minimum an technisch-naturwissenschaftlicher Qualifikation ist fraglos erfolgsrelevant. Wohlgemerkt! Es ist nicht das Maximum, sondern ein bestimmtes Minimum an Leistungstüchtigkeit, das erfolgsrelevant ist.“ (36). Insgesamt konfligiere die optimale Entfaltung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit der am kapitalistischen Profitmotiv ausgerichteten „Rechenhaftigkeit“, deren Internalisierung durch die Individuen zur faktischen Voraussetzung des Forschungsbetriebes wird: „In der Industrie wird der Typus bevorzugt, der sich in zwei Welten, in der der Wissenschaft und der des Geschäfts zurechtfindet“ (36). Zwar sei theoretisch „denkbar, daß ein Industriechemiker eine wissenschaftlich schätzenswerte Leistung vollbringt, ohne sich um das Postulat der Rentabilität zu kümmern“, doch müsse prinzipiell ein solcher Chemiker „als Glückspilz angesehen werden“ (37).

Besonders auf seiten der Chemiker, die „das Normensystem der Wissenschaft in höchstem Grade verinnerlicht haben“ (41 f.), führt die hinter ihrem Rücken sich objektiv vollziehende graduelle Außer-

kraftsetzung des Geltungsanspruchs wissenschaftlicher Standards zugunsten der Notwendigkeit eines als „lästig“ empfundenen „routinemäßigen Rollenspiels“ (41) zu Frustrationen und Aggressivität und mündet nach Ansicht der Autoren in eine generelle „Krise des Leistungsbewußtseins (137). Die Destruktion individualistischer Erfolgserwartungen durch die faktischen Auslesemechanismen löst bei den Betroffenen einen Solidarisierungseffekt aus: „Individuelle Auf- und Abstiegsprozesse innerhalb der eigenen Berufssphäre verlieren an Bedeutung, wenn sich der gesellschaftliche Status des eigenen Berufsstandes relativ verschlechtert... Vom Bewußtsein der Statusverschlechterung geht ein weit größerer Solidarisierungseffekt aus als von der Frustration der normativen Erfolgserwartung. Er erreicht praktisch alle Individualisten“ (51).

Trotz der — nach Ansicht des Rezensenten — unangemessenen Zurückhaltung der Autoren gegenüber zentralen Schlüsselkategorien der Marx'schen Analyse und des damit letztlich verbundenen Erkenntnisverzichts (der Rekurs auf die lediglich beschreibenden Kategorien der Durkheimschen Anomie-Theorie erreicht keinerlei praktische Handlungsmöglichkeit) muß angesichts des ausgesprochenen Defizits an gesicherten Erkenntnissen über Sein und Bewußtsein der technischen Intelligenz in der Bundesrepublik dieser Arbeit nicht zuletzt auch innerhalb der Diskussion über die „Neue Arbeiterklasse“ ein hoher Stellenwert bescheinigt werden. Peter Hinrichs (Bremen)

Geschichte

Alff, Wilhelm: *Der Begriff Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte.* Suhrkamp Verlag, edition suhrkamp, Bd. 456. Frankfurt/M. 1971. (181 S., br., 4,— DM).

In der Vorrede wird Alffs Angriffsrichtung deutlich: er wendet sich entschieden gegen die „deutsche historische Forschung“, die über Aktenbeständen „die Masse der Menschen in ihren konkreten Verhältnissen, das ausgebeutete Proletariat, die von ihren herrschenden Klassen in drei Kriege gehetzte Nation“ vergißt, ja verachtet (9). Er will der schwarz-weiß-roten „Tradition“ preußisch-kleindeutscher Historiographie, die sich selbst nach der Niederlage 1945 lediglich zu Verfeinerungen ihrer Ideologie bereitfand und der radikaldemokratische Ideen so fremd sind wie genuin republikanische, eine kritisch-systematische entgegenstellen. Diese ist sich des gesellschaftlichen Zusammenhangs und der ihre Detail-Objekte bestimmenden Gesetzmäßigkeiten bewußt, reflektiert — im Gegensatz zur konservativen Geschichtsschreibung — ihre Konstruktionen und stellt die historische Forschung allgemein unter Horkheimers 1932 formuliertes

„vereinigendes Prinzip der Sozialforschung“ mit dem Ziel der „Erkenntnis des gesamtgesellschaftlichen Verlaufs“ (13).

Die beiden umfangreichsten — und zugleich wichtigsten — Beiträge, „Der Begriff Faschismus“ und „Die Associazione Nazionalista Italiana von 1910“, haben Merkmalsbestimmungen des deutschen und italienischen Faschismus zum Ziel. Dabei stützt die Studie über die italienischen Nationalisten Alffs Grundthese, daß der Faschismus „zunächst als bloßes Phänomen des Überbaus“ auftrat, dennoch aber „Ausdruck des Interesses der herrschenden Klasse (war), die von der Stabilität des (kapitalistischen) Gesamtzustands der Gesellschaft abhängig war“ (20). Er ist die „auf einen bestimmten Entwicklungsgrad der sozialistischen Bewegung reagierende Ideologie“ (20) und setzt mit den 1890er Jahren ein. Luigi Federzoni sowie Mario Morasso (Erfinder eines „künstlerischen Imperialismus“) sind typische Repräsentanten der frühesten Form von Faschismus (21), die in Italien ihren Anlaß in der Niederlage von Adua 1896 hatte, die zur Bildung von elitären und ästhetisierenden (Futuristen!) nationalistischen Zirkeln führte (52). Die Entwicklung dieser nationalistischen Bewegung von ihrer Gründung im Dezember 1910 bis zum Übertritt der Mitglieder in den Partito Nazionale Fascista 1923 (95) ist ein wesentlicher Beitrag zur Ideengeschichte des italienischen Faschismus, weil in dieser Bewegung das Gedankengut entwickelt wurde, auf das später Mussolini zurückgreifen konnte. Angesichts der zentralen Rolle des Kriegs für den Faschismus ist das „Verdienst“ der Nationalisten bedeutsam, Italien gegen den Willen der Volksmehrheit und der Mehrheit im Parlament in den 1. Weltkrieg getrieben zu haben (78). Zuzustimmen ist Alffs Feststellung, daß der Faschismus kein Zwischenkriegsprodukt ist (20), sondern daß „Rußland und Italien . . . als die bereits vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund ihrer inneren Verhältnisse für den Faschismus anfälligsten Staaten angesehen werden“ müssen (34).

Für die Begriffsbestimmung des Faschismus geht Alff davon aus, „die Ursachen der ‚Bewegung‘ in den gesellschaftlichen Strukturen und den psychischen Potenzen . . . selber zu suchen“ (109), weil nur ein „dünnes Rinnsal deutscher Geistigkeit“ auf die Nationalsozialisten hingeführt habe. Dieser Ansatz, der auch die psychologisch faßbaren Merkmale mit heranzieht, hätte — als Konsequenz der Gesellschaftsanalyse — als Kernproblem das Verhältnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu analysieren. Gerade dies aber vernachlässigt Alff. Obwohl er die Aufgabe des Faschismus zutreffend als „Zurückholen“ von nach links abwandernden Massen charakterisiert (22), werden die ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse zwar zugrundegelegt, aber nicht analysiert.

Alffs Begriffsbestimmung unterteilt in Merkmale der politischen Praxis und solche der Ideen, die mit der Praxis sich verbanden und teils psychisch motiviert waren. Zur ersten Gruppe gehört der Faschismus als Massenbewegung (30), der einhergeht mit der Organisation von Privatarmeen (31). Praxisgebundene Idee hingegen ist die Ausschaltung der inneren Probleme einer Nation zugunsten der äußeren (38), die sich zuerst in Italien zeigte. Auf der „Grenzscheide zwi-

schen den psychisch motivierten Ideen und der politischen Praxis“ (44) steht die „Verleugnung der modernen Traditionen Europas“, „in der Tradition einer reaktionären Kirchlichkeit“ (40). Dieser Protest ist psychisch vermittelt und kann sich in der verschränktsten Weise politisch artikulieren. „Auf welche Weise sich sodann die psychisch motivierten Merkmale des Faschismus mit den sozialen und politischen Tatsachen des entwickelten Kapitalismus zusammenfügen, hat die historische Darstellung jeweils im einzelnen kenntlich zu machen.“ (41) An das zunehmende „Unbehagen in der Kultur“ großer Massen infolge zunehmender psychischer Zurückgebliebenheit konnte der faschistische Agitator mit Erfolg anknüpfen (43). Es ist die „Angst vor der Dekadenz“, die man leicht als Gegenkraft gegen Liberalismus wie Sozialismus mobilisieren kann, die beide eine Idee des Fortschritts besitzen.

Obwohl sich Alff bewußt ist, daß psychische Faktoren erst in bestimmten gesellschaftlichen Situationen aktuell werden (44) und der Faschismus „weder allein noch in der Hauptsache aus Archaismen zu erklären sein wird“ (47), muß seines Erachtens die Betrachtung rein psychologisch faßbarer Merkmale mit einbezogen werden: die „Aktualisierung archaischer psychischer Einstellungen“ (47). Alffs Definition lautet: „Der Faschismus war eine an die archaische psychische Autoritätsbereitschaft großer Massen und an ihre durch negative historische Erfahrungen aktualisierte Angst vor der Dekadenz anknüpfende politische Bewegung, die im Interesse der Aufrechterhaltung des vom Kapitalismus bestimmten Gesamtzustands der Gesellschaft gegen das unter der Bedingung relativ entwickelter politischer Demokratie mit zunehmendem Erfolg sich organisierende Proletariat auftrat, deshalb die innerhalb der einzelnen Staaten bestehenden Klassengegensätze zugunsten einer aggressiven Außenpolitik zu unterdrücken versuchen mußte und dabei in der Katastrophe von 1945 scheiterte.“ (50) — Ob Alffs „Aufklärungsziel“, „daß nachfolgende Generationen (nicht) vor einer unbegreiflichen, unerfindlichen Erscheinung stehen“ (137), durch diese doch sehr im politischen und Ideen-Bereich verhaftete Definition erreicht wird, scheint dem Rezensenten fraglich. Problematisch ist nicht zuletzt Alffs These, daß der Kriegsausgang 1945 das Ende des Faschismus bedeutete. Reinhard Körner (Göttingen)

- Maser, Werner:** Hitlers Briefe und Notizen. Sein Weltbild in handschriftlichen Dokumenten. Econ Verlag, Düsseldorf-Wien 1973 (397 S., geb., 32,— DM). zit. (a)
- Kempowski, Walter (Hrsg.):** Haben Sie Hitler gesehen? Deutsche Antworten. Nachwort von Sebastian Haffner. Carl Hanser Verlag, München 1973 (118 S., br., 6,80 DM). zit. (b)
- Treyor-Roper, Hugh R.:** Hitlers letzte Tage. Ullstein Verlag, Ullstein Taschenbuch 525, Frankfurt/M.-Berlin/West-Wien 1973 (240 S., br., 3,80 DM). zit. (c)
- Boldt, Gerhard:** Hitler — die letzten zehn Tage. Ullstein Verlag, Frankfurt/M.-Berlin/West-Wien 1973 (207 S. Ln., 25,— DM). zit. (d)

Das Auffallendste an der neuen Welle von Veröffentlichungen über Hitler ist ihr Altbackenes in Gehalt und Darstellungsweise; die Bücher bringen nicht nur nichts Neues, sondern vermitteln kaum einmal das, was als Kenntnis über die Person Hitlers bekannt ist, und weit weniger — in gewohnter Auswahl — von dem, was man über den Faschismus gesichert weiß. Offensichtlich wird aber in der Erwartung, daß die detaillierte Biographie des Hitler alle weiteren Fragen überflüssig macht, gerade deshalb darüber so viel publiziert. Anders ist Joachim C. Fests Hinweis in einem Fernsehinterview nicht zu verstehen, nach dem der Hitler-Boom einschließlich seiner eigenen Veröffentlichung, die bereits vor ihrem Erscheinen in Buchform die meistgelobte Hitlerbiographie sein dürfte, als Antwort auf die moderne sozialwissenschaftliche Geschichtsschreibung, die das Individuum leugne, zu verstehen sei. Ausgerechnet an dem von ihr selbst mehr oder minder zum Monster stilisierten Hitler will diese Geschichtsschreibung nun exemplifizieren, daß es doch die wenigen Männer sind, die Geschichte machen, wobei dann unter dem Anspruch, nun endlich „den ganzen Menschen“ zu zeigen, all die individuellen Züge dargestellt werden, die für die politische Funktion des Helden höchstens marginale Bedeutung haben, und seine Funktion hinter der ebenso breit ausgemalten wie irrelevanten Individualität verschwindet.

Werner Masers Versuch, Hitlers Selbstdarstellung zu rekonstruieren, ist ihm zu einer Art Familienalbum Hitlers ideologischer Vorstellungen geraten; „Überraschungen“, die er in der Einleitung verspricht, sind in den ausführlichen Reproduktionen von Briefen und Redeskripten kaum zu entdecken. Masers Analyse der Dokumente des jungen Hitler ist ganz darauf abgestellt, schon in den frühesten Briefen das negativ Außergewöhnliche an ihm aufzufinden, was nur durch Überinterpretationen möglich wird. Denn weder sagt es irgend etwas aus, daß Hitler gewöhnlich orthographische Fehler machte, sie aber unterlassen konnte, wenn er einen guten Eindruck machen wollte (a 29), noch läßt sich aus dem Vergleich einer heroisierenden Wallensteinzeichnung mit einer Lehrerkarikatur (a 37 f) eine Lebensäsur herauslesen. Warum sollte Hitler nicht „wohlerzogen und artig“ (a 33) in seinen Briefen erscheinen und als Briefschreiber davon ausgehen, daß die Empfänger Auskunft über ihn, Hitler, interessierte (a 22)? Teilt man nur das Masers Interpretation bereits zugrunde liegende Hitlerbild nicht, so sind die Briefe nichts weiter als bestenfalls zeittypisch. Eher überzeugt Masers Darstellung, nach der der Antisemitismus das früheste und konstanteste Element in Hitlers — und nicht nur seiner — politischer Theorie war, während andere Ideologeme später und mehr nach Bedarf hinzutraten (a 227, 263, 379), doch ist das weder eine neue Einsicht, noch ist es sinnvoll, daß Maser sich auf eine Widerlegung von Hitlers antisemitischen Behauptungen einläßt und dem Vorwurf, die Juden arbeiteten „nicht selber“, mit dem Hinweis auf das Arbeitsethos im Pentateuch begegnet (a 237). Daß Maser Hitlers Behauptung von der „Veranlagung der Juden“ für Handel und Kapital mit Marx' Herleitung der gesellschaftlichen

Funktionen des Judentums aus den gesellschaftlichen Bedingungen des Mittelalters parallelisiert (a 253), ist allerdings nicht mehr ahnungslos, sondern böswillig, von einfachen Anforderungen der Wissenschaftlichkeit ganz zu schweigen. Im übrigen ist Masers Buch schludrig gearbeitet: dem 7. Kapitel schließt sich eine Reihe nicht weiter datierter und im Zusammenhang ungeklärter Redeskripte an (a 304 ff.), ganz unverständliche Übergänge von Textabschnitten (a 45, 142, 177) finden sich ebenso wie unvollständige Transkriptionen (a 307, 315 fehlen die im Faksimile vorhandenen Überschriften); die Fußnoten auf S. 323 sind verstellt, die für Fußnote 184 angegebene Seitenzahl ist falsch (290 statt 355) und die Fußnote 82 fehlt ganz; und ähnliches mehr. Das Buch schließt mit der Eigenreklame Masers für sein nächstes Werk, für das ein Generalsnachlaß ihm „exklusiv“ zur Verfügung steht.

Gleich Maser trägt auch Kempowskis unsystematische Umfrage, auf der Hitler-Woge schwimmend und sie zugleich vergrößernd, ihren Teil zum erneuten Versuch bei, eine eher mythische als wissenschaftliche Geschichtsschreibung des Faschismus zu stabilisieren, die gerade mit Hilfe der Fixierung auf Hitler gesellschaftliche Ordnungsprinzipien eines von Hitler gereinigten Faschismus zu fördern sucht. Auch Sebastian Haffners Nachwort, das den Faschismus als eine „große Kollektivkrankheit, das Hitlerfieber“ diagnostiziert (b 117) und beim Verweis auf „Hitlers Wirtschaftswunder“ (b 112) dessen Preis: Aufrechterhaltung und Terror zu nennen unterläßt, steuert dem leider nicht entgegen. Eine Erwägung Haffners ist aber hervorzuheben: will man sich ein Bild der „Qualität der Begeisterung“ im Nationalsozialismus machen, so sei zu berücksichtigen, daß „die Nazizeit . . . auch unsere Jugend“ war (b 103). Hier ist sicher eine individual-psychologische Disposition für die Personalisierung des Faschismus und die Dämonisierung Hitlers zu finden; sie gestattete dem einzelnen die positive Erinnerung an die emotional stark besetzten Kollektiverlebnisse. Die meisten Antworten auf Kempowskis Titelfrage zeichnet dann auch das mit Mühe vereinheitlichte Nebeneinander von zustimmend erlebter Zeit des Nationalsozialismus und seiner an Hitler festgemachten nachträglichen Ablehnung deutlich. Eine offene ungebrochene Begeisterung ist ebenso selten wie eine differenzierende Einschätzung; es überwiegen die Schilderungen einer Begegnung mit einem berühmten Mann in den Formeln nazistischer Propaganda, die mit dem von der BRD-Historiographie entworfenen Hitlerbild in Übereinstimmung zu bringen versucht wird, wobei die geringe Individualität individueller Erlebnisse überrascht. So erhält man zwar kein neues Bild Hitlers, wohl aber eine Darstellung der Wirkung faschistischer wie westdeutscher Geschichtsklitterung.

Zu den Beispielen einer solchen dem apologetischen Bedürfnis entgegenkommenden Historik gehört das Buch Trevor-Ropers (c) wie auch das von Boldt (d), das dies Interesse sogar unmittelbar wahrnimmt. Beide Titel verdanken ihre Neuauflage — sie erschienen 1947 zum ersten Mal — der Tatsache, daß sie dem Drehbuch des englisch-amerikanischen Farbfilms „Hitler — die letzten zehn Tage“ zugrunde

lagen, Boldt sogar als Gewährsmann für die historische Treue des Films plakatiert wurde. Allerdings entstammen diesen Büchern weniger die vielen einzelnen Verfälschungen des Films; sie haben ihm vor allem die Konzeption Hitlers als eines großenwahnsinnigen Hysterikers und Psychopathen (c 86), eines Irren mit gelegentlich freundlichen Zügen geliefert und auf die gängigsten Anekdoten verwiesen, wozu freilich auch viele andere Bücher hätten herhalten können: so wird erzählt, daß Hitler sich von Horoskopern habe leiten lassen (c 57), angedeutet, daß er von seinem Arzt Morell langsam vergiftet worden sei (c 87 f, d 95), vermutet, daß Hitler (erb-)krank oder gar nicht-arithisch gewesen sei — alles dazu, den Nationalsozialismus oder auch nur sein Ende durch Krankheit, Fehler oder Schwächen Hitlers zu erklären und alle übrigen Beteiligten zugleich zu entlasten; demgegenüber wird eine Einschätzung des Wahrheitsgehalts einzelner Hypothesen irrelevant. Trevor-Ropers im Auftrag des britischen Nachrichtendienstes gefertigte Untersuchung faßt alle vom Verfasser geführten Verhöre, Dokumente und späteren Berichte der Beteiligten zu einer im Sachlichen einleuchtenden Rekonstruktion der Geschehnisse zusammen. Über die Vorgänge im Bunker der Reichskanzlei vom 20. 4.—30. 4. 1945, die Handlungs- und Verhaltensweisen der Beteiligten, wird man schwerlich genauer informiert werden können. Diesen Kredit nutzt Trevor-Roper allerdings dazu, seine Einschätzung Hitlers und dessen Umgebung mit gleichem Anspruch auf „lautere Wahrheit“ (c 217) vorzutragen. Danach hatte Hitler nicht nur „hypnotische Gewalt“ (c 71, 95, d 62, 66), einen „entsetzlichen Blutdurst“ (c 96), „un glaubliche Willenskraft“ (c 71) etc., sondern der Faschismus wird auch allen möglichen überholten Gesellschaftsformationen (c 65), dem Feudalismus (c 218) so gut wie primitiven Stammesstrukturen (c 215), analogisiert. Mit dem Kapitalismus hat der Faschismus offensichtlich nur soweit zu tun, als der „dämonische, verheerende Genius“ (c 70) Hitlers „die Industriellen bestach“ und sie beherrschte (c 70, 95, 225), den Mittelstand verängstigte (c 45) und die Bourgeoisie zum Nachgeben zwang (c 47). So überrascht es nicht, daß Trevor-Roper die schein-sozialistische Oberfläche nationalsozialistischer Propaganda für das eigentliche Wesen des Faschismus ausgibt (c 79, 103), Kommunismus und Faschismus nahe zusammenrückt, wenn nicht identifiziert (c 45) und als „letzte und einzige Opposition“ (c 219) neben Speer — „als Administrator ein Genie“ (c 225) — den Generalstab (c 40, 66, 102) nennt.

Ein Bild der Mentalität dieses Generalstabs gewinnt man aus den Erinnerungen des Rittmeisters und Augenzeugen Boldt, die das Versprechen des Titels auf knapp fünfzig Seiten abdecken (d 137—185) und im Sachlichen Trevor-Ropers Buch nichts hinzufügen. Boldts Lichtfiguren sind der Panzergeneral Guderian, der, obwohl er Hitler angeblich wegen „eigener Meinung“ „unbequem“ war (d 71 f.), nach dem 20. Juli 1944 Chef des Generalstabes wurde, sowie der Leiter der „Abteilung Fremde Heere Ost“, Reinhard Gehlen, nachmaliger Chef des Bundesnachrichtendienstes. (Auch auf dessen Amtsnachfolger Wessel läßt Boldt bei Gelegenheit ein freundliches Licht fallen;

d 39 f.). Gehlen sei beileibe kein „Parteigänger Hitlers“, sondern ein „leidenschaftlicher Soldat“ gewesen (d 44); seine „Tragik“ war, daß Hitler, der leider „jeglichen Kontakt zu seinem Volk und seinen Soldaten verloren“ hatte (d 91), in seiner „nahezu pathologisch-heroischen Kriminalität“ (d 198) nicht auf ihn hörte: wäre Hitler Gehlen und Guderian gefolgt, so legt Boldt dem Leser nahe, hätte der Krieg zwar nicht mehr gewonnen, wohl aber gegen die UdSSR noch ein gut Stück verlängert werden können. Besonders empört es daher Boldt, daß viele Nationalsozialisten sich in den letzten Tagen nicht „freiwillig zum Kampfeinsatz“ (d 157) meldeten und seinesgleichen auch noch niedere Motive zu unterstellen wagten: „Also um Rittergüter zu bekommen, taten wir unsere Pflicht“, ruft Boldt gegen Bormann gewandt voll Ekel aus (d 169) und läßt den General Burgdorf seinen „grenzenlosen Idealismus“ (d 170) darstellen, mit dem er im Sommer 1943 seine Aufgabe als „Wehrmachtsadjutant im Hauptquartier des Führers“ übernommen habe. „Pflicht“ nach dem Verständnis Boldts, der einmal „der kleine König von Leningrad hieß“ (d 21) ist, Deutschland vor „dem Sturm aus dem Osten“ (d 56), „dem Russensturm“ (d 53) zu schützen, dessen „schreckliche Greuelthaten an der Zivilbevölkerung“ (c 35) rechtfertigend beschworen werden, wogegen über die angreifende deutsche Seite nichts Nachteiliges zu berichten ist: „Das Zusammenleben mit der Bevölkerung“ — 1940 als Besatzungsoffizier in Holland — „war gut und führte ... zu keinerlei Mißhelligkeiten“ (d 17). Lediglich die „Fanatiker und geistig Minderbemittelten“ der „fliegenden Standgerichte“, die Soldaten und Offiziere, „sogar Generale“ einfach aufhängen (d 146), sowie die Mitglieder des Nationalkomitees Freies Deutschland, die den sowjetischen Truppen bei den Berliner Straßenkämpfen „als Wegführer unschätzbare Dienste leisteten“ (d 157), stören Boldts einfaches Bild.

Gerhard Voigt (Berlin/West)

Soziale Bewegung und Politik

Jänicke, Martin: Totalitäre Herrschaft. Anatomie eines politischen Begriffes. Duncker & Humblot, Berlin 1971 (282 S., br., 48,— DM).

Jänickes „Untersuchungen zum Begriff totalitärer Herrschaft“ (Diss. phil., FU Berlin 1969) liegen jetzt als Heft 13 der von Claesens, Mayntz, Trier und Stammer herausgegebenen „Soziologischen Abhandlungen“ vor. Zusammen mit einem neueren Zeitschriftenaufsatz Jänickes („Aspekte einer Theorie des totalitären Konflikts“, PVS 11/1970, 162—185) ermöglicht das eine Weiterführung der

Diskussion vor allem über Genese und Wandlung sowie m. E. über die Funktion des Totalitarismusbegriffs, genauer: der Totalitarismusbegriffe. Gerade in ihrem begriffsgeschichtlichen Teil macht aber die Arbeit Jänickes deutlich, wie sehr sich die Totalitarismuskonzeption noch immer auf die bloße Bewegung des Begriffs beschränkt. Ohne radikal die historische und empirische Legitimität des Begriffs zu thematisieren und ohne konsequent die herrschaftsstabilisierende Wirkung der „rot“ und „braun“ identifizierenden Totalitarismustheorie — im Wirkungszusammenhang antikommunistischer Demagogie und „kapitalaffirmativer“ Vergangenheitsbewältigung — ausführlich zu behandeln, betrachtet Jänicke so vor allem die Wandlungen des einmal bestehenden Begriffs, um dann eine spezifische Neufassung als wissenschaftliches Instrument einer „neueren Ost-Forschung“ zu propagieren. Die vor allem durch die identifizierende Variante des Totalitarismusbegriffs gesetzten erkenntnismäßigen Grenzen werden daher von Jänicke zwar in Hinblick auf eine formalisierte konflikttheoretische Version immanent kritisiert, generell aber bedeuten sie ihm kein analytisches Problem. Der Begriff ist ihm qua Existenz ein relevanter Bestandteil wissenschaftlicher Darstellungsweise. Deshalb ist es zwar subjektiv ehrlich, objektiv aber gleichwohl ein negatives Indiz, wenn Jänicke betont: „Die hier geübte Kritik verläßt nicht den Boden der traditionellen Totalitarismus-Theorie. Sie ist kein Plädoyer für oder gegen den Begriff des Totalitären ... Es wird ebenfalls nicht der Versuch unternommen, die diskutierten Begriffsbestandteile mit neuerem empirischen Material zu konfrontieren ...“ (11). Diese Mißachtung politisch-soziologischer Aspekte vermittelt jenen „hohen Allgemeinheit- und Abstraktionsgrad“ (11), aus dessen Perspektive Jänicke sich um die „Präzisierung und ... Verminderung (der) Manipulierbarkeit“ des Konzepts totalitärer Herrschaft (10), um die „Präzisierung der alten“ Begriffsbestimmung bemüht (11).

Der Ansatz materialistischer Wissenschaft, „aus den jedesmaligen wirklichen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln“ (Kapital I, MEW 23, 393), wird aufgegeben (obwohl betont werden muß, daß Jänicke erste und wichtige Vorarbeiten zur Darstellung und Kritik des Vermittlungszusammenhanges der Totalitarismustheorien leistet). Produkt des von Jänicke gewählten sensussoziologischen und begriffsgeschichtlichen Ansatzes (9) ist ein Gefühl unzureichender analytischer Tiefe, sind Fragen wie die folgenden: „Triumphiert die normative Funktion des Begriffes nicht auch heute noch über die deskriptive? Besitzt dieser im Selbstverständnis westlicher Demokratien gegebenenfalls eine so festverankerte Stellung als ‚Gegenbegriff‘, daß die Permanenz seiner Anwendbarkeit durch eine permanente Revision seiner Merkmalsstruktur gesichert und scheinbar gegen Kritik immunisiert wird?“ (11) Diesen Fragen ist nichts hinzuzufügen; sie bezeichnen wesentliche Momente der „eigentlichen“ Thematik; in ihnen verdichtet sich subjektiv das schlechte Gewissen des Anhängers einer „auf Emanzipation und Humanisierung ausgehende(n) Politologie“ (Jä-

nicke: „Zum Konzept der politischen Systemkrise“, PVS 12 / 1971, S. 544) angesichts der objektiven Bedeutung seiner formalisierten „dynamisch-konflikttheoretischen Version“ von Totalitarismustheorie. Die reale Wirksamkeit deutet nämlich darauf hin, daß die pejorativen Momente, daß die typologischen Entgegensetzungen von „totalitärer Herrschaft“ und „freiheitlicher Demokratie“ bzw. „christlichem Abendland“ bzw. „freier Marktwirtschaft“ (95 ff., 101 ff., 107 ff.) so publikumswirksam hergestellt worden sind, daß es mit einer bloßen Läuterung des Begriffs kaum getan sein dürfte. —

Jänicke spürt zunächst der Genesis des Begriffs totalitärer Herrschaft nach, um dabei vor allem auf die Verwendung im italienischen Faschismus („*stato totale*“) und seiner Rezeption in der „profaschistischen deutschen Staatslehre“ (bes. C. Schmitt und E. Forsthoff) einzugehen. Anschließend erläutert er die Ausprägung und Wandlung des „westlich-liberalen Gegenbegriffs“ Totalitarismus, wobei klar wird, daß die laufende Veränderung des Begriffs vermittelt wird durch dessen Doppelfunktion: 1. „politisch-normativ“ und 2. „theoretisch-wissenschaftlich“ zu fungieren. Dieser Nachweis gelingt andeutungsweise dadurch, daß die verschiedenen Ausprägungen des Begriffs illustrierend zur jeweiligen außenpolitischen Ursprungssituation in Beziehung gesetzt werden.

Diesen Ansatz müßte eine Nachfolgestudie jedoch entscheidend ausweiten und in Richtung auf eine Darstellung auch der innenpolitischen Ableitung und realsoziologischen Vermitteltheit der Begriffsinhalte präzisieren. Nur so kann die bloß illustrierende Feststellung von der Mehrdeutigkeit des Begriffs (119 ff., 248) aufgehoben werden, indem ausführlich darauf eingegangen wird, warum z. B. ein kritischer Gebrauch des Totalitarismusbegriffs etwa durch Marcuse, Neumann, Horkheimer als Hinweis auf die Aufhebung der emanzipativen Momente bürgerlicher Entwicklung durch den Faschismus Episode geblieben ist. Jänicke aber vermag zusammenfassend (233 f.) nur zwei abstrakte „Grundmängel“ des Totalitarismusbegriffs aufzuzeigen (wobei sich vor allem auch zeigt, daß seine Hauptintention darin besteht, den Begriff als Instrument einer konflikttheoretischen Ost-Forschung zu etablieren (124 ff.): „Einmal die Problematik seiner politisch-normativen Funktion, zum anderen seine theoretischen Schwächen in Hinblick auf die langfristige Analyse monopolistischer Parteiregime mit mehrfachen Macht- und Generationswechseln und umfassendem Gesellschaftswandel“ (233 f., auch: 247 ff.).

Ein weiterer entscheidender Mangel der Studie liegt darin, daß sie den Begriff als einen primär außenpolitisch-situationsbedingten „politische(n) Wertbegriff“, als „Instrument außenpolitischer Freund-Feind-Gruppierungen“ vorstellt (61 ff., 65 ff.). Indem der „außenpolitische Funktionszusammenhang“ (77 f.) des Begriffs so stark und überproportional betont wird, geht Jänicke viel zu wenig auf die innenpolitische, herrschaftsstabilisierende Funktionskomponente ein. Vor allem aber unterläßt er es, ausdrücklich und intensiv die sozialdemokratische Spielart identifizierender Totalitarismustheorie kritisch darzustellen bzw. überhaupt zur Sprache zu bringen. Jänicke

berücksichtigt zu einseitig die liberale Version (z. B. 9), Faschismus und Kommunismus dem Begriff totalitärer Herrschaft zu subsumieren. Gerade die sozialdemokratische Prägung ist aber vor allem durch wichtige innenpolitische Entwicklungen bestimmt: 1. die mangelhafte Interpretation und Bekämpfung des Nationalsozialismus durch die SPD, 2. das Scheitern einer „Einheitsfrontbewegung“ in den Westzonen nach dem Zweiten Weltkrieg, 3. die steten Bemühungen um eine Abgrenzung von „Kommunisten“. — Die Auslassungen und methodischen Schwächen der vorliegenden Untersuchung wiegen also schwer; gerade der ideologische Gehalt des Begriffs ist noch immer nicht umfassend aufgedeckt.

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

Schlangen, Walter: *Theorie und Ideologie des Totalitarismus. Möglichkeiten und Grenzen einer liberalen Kritik politischer Herrschaft.* Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Heft 92, Bonn 1972 (192 S., br., kostenfrei).

In der vorliegenden Arbeit, der überarbeiteten Fassung einer Dissertation an der Universität Bonn aus dem Wintersemester 1969/70, wird nach dem Anspruch des Verfassers „der Versuch unternommen, den Begriff der totalitären Herrschaft, wie er seit rund sechs Jahrzehnten zum Verständnis der Phänomene faschistischer und kommunistischer Herrschaft Gestalt gewonnen hat, in den Hauptzügen seiner Entwicklung und in dem Spannungsverhältnis zwischen analytischem und politischem Erkenntnisinteresse zu untersuchen . . .“ (160).

Schlangen gliedert die Ideengeschichte des Totalitarismusbegriffes in drei große Entwicklungsphasen. Als erste, „vorbereitende Phase“ (161) sieht er den Gebrauch des Begriffes in der frühen Faschismusforschung der zwanziger und dreißiger Jahre an. Die Autoren, die in dieser Zeit den Totalitarismusbegriff verwenden, gehen überwiegend von liberalen Untersuchungsprämissen aus; sie versuchen, die Unterschiede von Faschismus und bürgerlich-parlamentarischem Staat inhaltlich und begrifflich zu erfassen und bedienen sich dazu eines Strukturvergleichs faschistischer und kommunistischer Systeme, der ihnen vermeintliche „totalitäre“ Gemeinsamkeiten dieser Systeme liefert.

In der zweiten, „eigentlichen Phase“ (161) der Totalitarismusforschung bauen bürgerliche Wissenschaftler diese Ansätze zu einer allgemeinen, systematischen Theorie aus. Schlangen, der diese Phase von der zweiten Hälfte der dreißiger bis zur ersten Hälfte der fünfziger Jahre datiert, sieht in C. J. Friedrichs Arbeiten die am weitesten entwickelte Fassung dieser „traditionellen“ Totalitarismustheorie. Friedrich veröffentlichte auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges seine umfassendste Arbeit „Totalitäre Diktatur“ (Stuttgart 1957), in der er ein „Syndrom“ von sechs angeblich gemeinsamen Merkmalen von Faschismus und Kommunismus entwickelte (Ideolo-

gie, Einparteiensystem, terroristische Geheimpolizei, Nachrichtenmonopol, Waffenmonopol, zentralgelenkte Wirtschaft), beide Systeme als „in ihren wesentlichen (!) Zügen gleich“ (Friedrich, a.a.O., S. 15/16) hinstellte und sie als „totalitäre Diktaturen“ anprangerte.

Als dritte Phase setzt Schlangen „eine Phase der Wandlungen des Totalitarismus-Modells innerhalb der neueren Kommunismusforschung“ (161). Er beschreibt hier die Versuche bürgerlicher Wissenschaftler, das Totalitarismusmodell angesichts bestimmter „Wandlungsvorgänge innerhalb kommunistischer Regime“ (144) — gemeint ist die sogenannte Entstalinisierung — zu modifizieren. Schlangen selbst plädiert für die „konflikttheoretische Konzeption des Totalitarismus“ (154), wie sie vor allem in den Arbeiten von P. Ch. Ludz entwickelt ist. Ludz und mit ihm Schlangen wollen den Totalitarismusbegriff als Kategorie der Staatsformenlehre aufrechterhalten, indem sie ihn nur auf bestimmte Phasen der Geschichte der sozialistischen Länder anwenden, während sie deren Entwicklung nach Stalins Tod mit dem Begriff der „autoritären“ Herrschaft kennzeichnen.

Diese kurze Skizze des Inhalts von Schlangens Arbeit zeigt, daß der Titel des Buches mißverständlich ist: wer von dem Titel „Theorie und Ideologie (!) des Totalitarismus“ auf eine (ideologie-) kritische Auseinandersetzung mit der Totalitarismustheorie schließt, befindet sich im Irrtum. Schlangen geht es nicht um eine grundsätzliche Kritik der Totalitarismustheorie, sondern um eine „verbesserte“ Neufassung derselben, um eine „Revision der Kommunismusdeutung“ (144). Diese Neufassung erweist sich als notwendig, weil die herkömmliche Totalitarismustheorie, repräsentiert z. B. durch C. J. Friedrich, der aktuellen Wirklichkeit der sozialistischen Länder auch nach den Maßstäben bürgerlicher Wissenschaft nicht mehr gerecht wird.

Schlangen, der also den Rahmen der Totalitarismustheorie keineswegs sprengt, sondern die Gleichsetzung von „Rot“ und „Braun“ nur in differenzierterer Form reproduziert, begeht damit den gleichen methodischen Fehler wie alle Totalitarismusforscher vor ihm: er stellt gewisse formale Ähnlichkeiten von Faschismus und Sozialismus in den Herrschaftstechniken (Einparteiensystem), der politischen Organisationsstruktur (Massenverbände) u. a. in den Vordergrund, ohne diese Techniken und Strukturen durch ihren sozialen Inhalt und ihre historische Funktion zu erklären. Die Totalitarismusforschung bleibt somit notwendig auf die Betrachtung von Erscheinungsformen beschränkt; das Wesen weder der faschistischen Herrschaft noch des sozialistischen Aufbaus wird durch sie erfaßt.

Dieser grundsätzliche Fehler hat allerdings, wie die Erfahrung zeigt, nicht verhindert, daß die Gleichsetzung von „Rot“ und „Braun“ eine massenhafte Verbreitung sowohl in der bürgerlichen Wissenschaft als auch im politischen Denken und Handeln der Menschen gefunden hat, wie z. B. ganz aktuell die Gleichsetzung von „linksradikal“ und „rechtsradikal“ im sogenannten Extremistenerlaß zeigt. Auch die Tatsache, daß Schlangens Arbeit von der Bundeszentrale für politische Bildung kostenlos verteilt wird, weist auf die Aktualität der Totalitarismustheorie hin, die den Herrschenden nach wie vor

zur Denunzierung der politischen Linken dient. Gerade darum ist es notwendig, daß die Theorie inhaltlich widerlegt und ihre Geschichte materialistisch aufgearbeitet wird, indem die verschiedenen Ausprägungen des Totalitarismusbegriffes herausgearbeitet und zur weltpolitischen und -historischen Situation in Beziehung gesetzt werden; Schlangens Arbeit, die die einzelnen Ansätze der Totalitarismusforschung weitgehend nur nach inhaltlichen und methodischen Differenzen gliedert, den realgeschichtlichen Hintergrund der Ideengeschichte aber bestenfalls am Rande erwähnt, ist auch unter diesem Aspekt unzureichend.

Uwe Naumann (Hamburg)

Mansilla, H. C. F.: Faschismus und eindimensionale Gesellschaft. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin/West 1971 (238 S., br., 9,80 DM).

Mansilla führt sich im Vorwort ein als ein Vertreter der ‚kritisch-dialektischen Theorie‘ der Frankfurter Schule, und diese zutreffende Selbstcharakterisierung kennzeichnet bereits die Stärken und die Schwächen seiner Arbeit. Die grundlegenden Begrenzungen der kritischen Theorie, die bei Marcuse, an den Mansilla direkt und programmatisch anschließt, noch verstärkt sind, resultieren aus dem Umstand, daß die Kritik der politischen Ökonomie ein bloßes Postulat bleibt. Die „Beziehung des Faschismus zum kapitalistischen System (als) Dialektik einer nicht-identischen Identität“ zu kennzeichnen, das ist zwar nicht falsch, aber es bringt analytisch halt nicht viel ein. Eben-sowenig lassen sich die „sozialökonomischen Wurzeln des Faschismus auf die Antagonismen zwischen der anwachsenden industriellen Monopolisierung und dem demokratischen System“ zureichend zurückführen.

Mansillas Analyse beschränkt sich zwar nicht auf den Überbau, aber dessen Strukturveränderungen sind (wie generell in der kritischen Theorie) doch Hauptgegenstand der Erkenntnis. Dabei tritt der Staat der „spätbürgerlichen Gesellschaft“ dann nur als repressiver auf (seine Funktionen für den Kapitalverwertungsprozeß bleiben vollständig ausgegrenzt), und im Faschismus konstituiert sich überwiegend die Technik der Massenmanipulation. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich auch, daß Mansilla den Totalitarismusbegriff verteidigt. Er setzt ihn ab von demjenigen der Kalten-Kriegs-Begrifflichkeit und beansprucht für seinen Totalitarismusbegriff die Zugehörigkeit zum demokratischen Denken und zur kritischen Theorie der Gesellschaft. Unbestritten ist, daß der Totalitarismus mehr zum Inhalt haben kann als die gängige Charakterisierung bestimmter Erscheinungsformen, aber auch Mansillas Totalitarismusbegriff zielt analytisch im wesentlichen nur auf den gesellschaftlichen Überbau. Damit aber ist die konkrete historische Verbindung von ökonomischer Entwicklung und Repression analytisch ausgespart. Der „Verteidigungszustand“ der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung kann eben nicht nur als eine säkulare Entwicklung allgemein gekennzeichnet werden.

Trotz bestimmter eigenständiger Entwicklungen im Überbau erfordern gerade historische Phänomene wie dasjenige des Faschismus eine konkrete politisch-ökonomische Analyse.

Daß Mansilla derartige Forderungen zwar nicht erfüllt, jedoch in den theoretischen Horizont seiner Analyse aufgenommen hatte, zeigt der quasi eingeschobene mittlere Teil über ‚die gesellschaftliche Funktion des Faschismus‘. Diese Beschäftigung mit den historischen Bedingungen des Faschismus in Deutschland und Italien ist aber mit den übrigen Teilen des Buches nur sehr allgemein verbunden. Der Verfasser kann deshalb wieder auf seine — von den historischen Ursachen des Faschismus abstrahierende — Problematik der generellen Totalitarismustendenzen aller spätbürgerlichen Gesellschaften zurückkommen.

Heide Gerstenberger (Göttingen)

Grebing, Helga: Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung. Verlag W. Kohlhammer (Urban-Taschenbücher Reihe 80, Band 819), Stuttgart-Berlin/West-Köln-Mainz 1971 (85 S., kart., 5,80 DM).

Grebing stellt sich in dem vorliegenden Bändchen die Aufgabe, die vorherrschende Verwirrung über „Rechtsradikalismus“ und „Linksradikalismus“ sowie vor allem über deren vermeintlichen engen Zusammenhang „durch einige Klarstellungen und Orientierungen aufzulösen helfen“ (8). Sie bezieht dabei, wie schon der Untertitel des Buches deutlich macht, eine klare Position gegen die noch immer weitverbreitete Totalitarismustheorie. Zur inhaltlichen Begründung untersucht sie die Stellung der Rechten und der Linken zu einigen wesentlichen politischen Fragen: zum Pluralismus, zum Parlamentarismus, zur Industriegesellschaft und zu bestimmten Klassikern der politischen Theorie (u. a. Rousseau und Robespierre).

In bezug auf den angeblich von Linken und Rechten gleichermaßen vertretenen Anti-Pluralismus stellt sie z. B. fest, daß die Vertreter der Totalitarismustheorie eine „Überbetonung vordergründiger Gemeinsamkeiten“ (21) vornehmen; wesentlich sei vielmehr: „Die Rechten kritisieren . . . den Pluralismus, weil es ihn gibt, die Linken dagegen, weil es ihn nicht gibt.“ (21) Auch die Kritik von Rechten und Linken am Parlamentarismus geht, wie Grebing nachweist, von grundverschiedenen, ja konträren Zielvorstellungen aus; während die Rechten für autoritär-hierarchische Strukturen in Staat und Gesellschaft eintreten und damit letztlich auf eine „Intensivierung und Steigerung von Herrschaft“ (29) hinwirken, erstreben die Linken wirklich demokratische Strukturen, „unmittelbare Demokratie“ (29). Zur Industriegesellschaft schließlich stellt Grebing fest, daß die Rechten die gegenwärtige Industriegesellschaft von einem historisch rückwärtsgewandten Standort aus kritisieren: sie argumentieren „nicht antikapitalistisch, sondern anti-industriegesellschaftlich“ (45), und sehen das Hauptübel „in der industriellen Technik und in der

mit ihr verbundenen Differenzierung und Organisierung des Arbeits- und Produktionssystems. Unberührt von ihrer Kritik bleibt dagegen die gesellschaftliche Organisation . . ." (44). Im Gegensatz hierzu wollen die Linken die gewaltigen Produktivkräfte, die der Kapitalismus freigesetzt hat, gerade verwendbar machen für die Interessen der Gesamtgesellschaft; ihre Kritik richtet sich daher vor allem gegen die strukturelle Organisation der bestehenden Gesellschaft, gegen das private Eigentum an den Produktionsmitteln.

Diese Ausführungen zeigen, daß Grebing wesentliche Elemente der Totalitarismustheorie als unwissenschaftlich bzw. unhaltbar erweist. Zugleich muß allerdings auf die Grenzen ihrer Arbeit hingewiesen werden. Diese bestehen vor allem darin, daß die Argumentation Grebings teilweise zu allgemein, zu wenig konkret ist. So verwendet sie z. B. einen recht unpräzisen Begriff von „links“: als einen wesentlichen Vertreter der Linken zitiert sie häufig Herbert Marcuse, obwohl dieser, wie Reinhard Kühnl an anderer Stelle (vgl. Greiffenhagen, Kühnl, Müller: Totalitarismus, Zur Problematik eines politischen Begriffs, München 1972) nachgewiesen hat, selbst eine spezifische Variante der Totalitarismustheorie vertritt; unter der Fragestellung, „welche Alternative von links“ (22) es zum angeblichen Pluralismus der bürgerlichen Gesellschaft gibt, geraten die real existierenden sozialistischen Länder gar nicht in das Blickfeld; in anderem Zusammenhang schließlich ist von „Gefährdungen“ bzw. „Zerformen linken Denkens“ (36 bzw. 68) die Rede, ohne daß dies inhaltlich erklärt würde. Weitere Mängel im Detail ließen sich aufzeigen. Allerdings mindern diese Kritikpunkte nicht grundsätzlich den praktischen Wert des Buches, das einige gute Argumentationsbeispiele gegen die Totalitarismustheorie gibt und somit helfen kann, deren Wirksamkeit weiter einzuschränken.

Uwe Naumann (Hamburg)

Conert, Hansgeorg: Der Kommunismus in der Sowjetunion. Historische Voraussetzungen, Wandlungen, gegenwärtige Strukturen und Probleme. Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht. Modell 10/11. Hrsgg. von Ingrid und Rolf Schmiederer. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1971 (111 S., br., 10,— DM).

Das vorliegende Lehrmodell, das vor allem für den sozialkundlichen Unterricht in den Klassen 11 bis 13 bestimmt ist, setzt sich zum Ziel, „einzelne historische Fakten und Entwicklungen vom Kontext der sozialökonomischen Bedingungen aus zu deuten“ (8); mit Hilfe der in dem Unterrichtsmodell enthaltenen Materialien soll „die absolute Unzulänglichkeit der verbreiteten personalisierenden Erklärungsweisen einsichtig gemacht werden“ (26). Nach einer knappen Skizze der wirtschaftlichen Verhältnisse des zaristischen Rußland geht Conert in vier Kapiteln auf die Oktoberrevolution, die Neue Ökono-

mische Politik, die „zweite bolschewistische Revolution und den Stalinismus“ sowie auf einige aktuelle Probleme der sowjetischen Gesellschaft ein; ausgespart werden die Außenpolitik und die Lage der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg.

Die Abschnitte über die historische Entwicklung der UdSSR sind nun selber nicht immer frei von personalisierenden Verkürzungen; beispielsweise heißt es über die Fraktionsauseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei während der zwanziger Jahre: „1922—1925 intrigierte im Politbüro die ‚Troika‘ Stalin, Sinowjew und Kamenew gegen Trotzki. . . Diese Frontstellung beruhte weit weniger auf sachlichen Divergenzen als auf persönlicher Rivalität und Antipathie. . . Stalins Taktik in den Kontroversen war von geschmeidiger Raffinesse. . . In der Zeit der ‚Troika‘ schickte er Sinowjew und später Bucharin vor. . .“ (51—54). Der sachliche Gehalt der damaligen Kontroversen wird nicht transparent gemacht. Auch hätte die Aussage, daß „in den zwanziger Jahren . . . in der UdSSR zweifelsohne eine neue Staats-, Verwaltungs- und Parteibürokratie (entstand)“ (50) und eine „Verschärfung der autokratischen und oligarchischen Tendenzen im politischen Bereich“ (43) aufgetreten sei, mit detaillierteren Angaben über die personellen Verhältnisse und die Struktur der politischen Entscheidungsprozesse im Staats- und Parteiapparat abgesichert werden müssen.

Die Schwierigkeiten im Agrarsektor und die verringerten Marktlieferungen von Getreide gegen Ende der Neuen Ökonomischen Politik sind nicht primär in der „Scherenkrise“ zu suchen, wie Conert meint (56) — die Kluft zwischen Industrie- und Landwirtschaftspreisen hatte sich in den Jahren nach 1923 deutlich verringert —, sondern waren vor allem eine Folge des „Warenhungers“ (des Widerspruchs zwischen der relativ großen kaufkräftigen Nachfrage des Dorfes und dem ungenügenden industriellen Warenangebot) sowie der äußerst geringen Wirtschaftskraft der Millionen von zersplitterten und auf einem extrem niedrigen technischen Niveau arbeitenden privatbäuerlichen Klein- und Kleinstbetriebe. Da nach den „außerordentlichen Maßnahmen“ des Winters 1927/28 diese Höfe kaum noch eine ökonomische Perspektive hatten, kam es ab Herbst 1929 zu einer Massenflucht in die Kollektivwirtschaften, und so kann die Kollektivierung nicht in erster Linie als ein Resultat „von Beschlüssen der engeren Parteiführung“ (55) angesehen werden.

Bei der Darstellung der repressiven und partiell irrationalen politischen Maßnahmen während der Jahre 1936 bis 1938 geht der Autor nicht der Frage nach, inwieweit die prekäre außenpolitische Lage der Sowjetmacht sowie die immensen Akkumulationsschwierigkeiten im Innern als Erklärungsmomente herangezogen werden könnten. Beide Faktoren wirkten auch nach dem Zweiten Weltkrieg fort (dessen verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft und das Lebensniveau der Bevölkerung im Sozialkunde- und Geschichtsunterricht ausführlicher behandelt werden sollte, als es in der vorliegenden Unterrichtshilfe geschieht), als die „primäre sozialistische Akkumulation“ unter

der ständigen außenpolitischen Bedrohung durch das System des Kalten Krieges zum Teil wiederholt werden mußte.

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven der UdSSR schätzt Conert negativ ein: die „Entstalinisierung“ halte sich in engen Grenzen, die „Entscheidungsgewalt der Parteioligarchie . . . offenbart unverkennbar Züge technokratischer Herrschaft“ (88/89), die Produktionsmittel seien nur „abstrakt vergesellschaftet“ (106), die weitgehend entpolitisierte Bevölkerung besitze in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft nur minimale Mitbestimmungsrechte, „Ansätze zu einer Entfaltung sozialistischer gesellschaftlicher Organisationsformen (sind) nicht erkennbar“ (89). Der Verfasser vertritt jedoch die Auffassung, daß „sich die sowjetische Wirtschaft hinsichtlich entscheidender Wachstumsindikatoren . . . in einer so prekären Lage befindet, daß von hier ein Zwang zu weiteren, konsequenteren Reformen ausgehen könnte“ (103); der soziale Träger solcher Reformen könnte am ehesten noch die „wissenschaftlich-künstlerische Intelligenz“ sein (104). Diese Interpretationen, die — trotz der Kritik an der Totalitarismus-Ideologie (76—78) — nur sehr schwer von zahlreichen hierzulande verbreiteten sowjetologischen Deutungen zu unterscheiden sind, stützt der Autor nicht ab durch eine Analyse der tatsächlichen Lage und der politischen und gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten der werktätigen Bevölkerung, der organisatorischen und personellen Veränderungen innerhalb der KPdSU seit den fünfziger Jahren, der neuen, erheblich erweiterten Aufgaben der Sowjets, Gewerkschaften und anderer Massenorganisationen, der veränderten Rolle der Presse sowie des Einflusses der kulturellen Fortschritte der städtischen und ländlichen Bevölkerung auf die Entwicklung ihres politischen Bewußtseins.

Gert Meyer (Marburg)

Lewytzkij, Borys: Die Gewerkschaften in der Sowjetunion. Geschichte, Aufgaben und Stellenwert der Gewerkschaften in der sowjetischen Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der Metallindustrie und ihrer Organisationen. Im Auftrage des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall hrsgg. von Otto Brenner, Eugen Loderer, Hans Eick. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1970 (160 S., br., 16,— DM).

Der erste Teil dieses Buches, in dem die historische Entwicklung der sowjetischen Gewerkschaften nachgezeichnet wird, enthält wenig neue Information, statt dessen aber eine Reihe von Ungenauigkeiten: Lenins Broschüre „Was tun?“ wurde 1902, nicht 1904 geschrieben (9); gegen Ende des Bürgerkrieges 1920 gab es in Sowjetrußland keine städtische Arbeitslosigkeit (19); im Jahre 1921 fand nicht der II., sondern der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale statt (27); der Rat für Arbeit und Verteidigung wurde nicht 1923 gebildet (30);

das Ende der Neuen Ökonomischen Politik ist nicht auf das Jahr 1925 zu datieren (22, 30).

Der zweite Teil, der die Stellung der Gewerkschaften in Betrieb und Gesellschaft untersuchen will, dokumentiert weniger die tatsächliche Arbeit der sowjetischen Gewerkschaften als vielmehr die Interpretationsschemata und die politische Ideenwelt eines Vertreters der traditionellen westdeutschen Ostforschung. Immer wieder werden die „erstarnten, bürokratisch zementierten und schwerfälligen Strukturen“ (72) der Partei-, Staats- und Gewerkschaftsorgane zitiert, ohne daß Begriffe wie Bürokratie, Apparatherrschaft oder die „Entfremdung zwischen Gewerkschaftsführung und Arbeiterschaft“ (40) historisch aufgeschlüsselt oder empirisch angefüllt würden. Nach Lewytzkyj wird die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Pläne in der UdSSR allgemein „zum Fetisch erhoben“ (95), und die Gewerkschaften lassen sich in der Regel „völlig in den Götzendienst des Produktions- und Produktivitätsfetischismus einspannen“ (74). Ihre Funktionäre gehen „sehr oft noch im alten Stalinistentrott mit der Betriebsverwaltung durch dick und dünn“ und verirren sich im „Labyrinth der bürokratischen Herrschaftsmechanismen und dilettantischen Experimente“ (54). Sie übernehmen meist die „Rolle des Antreibers“ und zeigen nur eine „widerwillige Einsicht“ in die Notwendigkeit, den Lebensstandard der Arbeiter zu erhöhen (57). Die Lohnpolitik wird ohne die Gewerkschaften gemacht (83), bei der Aufstellung der Pläne haben die Arbeiter kein Wort mitzureden (85). Gewerkschaftsvertretern ist die ständige Neigung eigen, „ihren von Entlassung bedrohten ‚Kollegen‘ eher noch einen Eselstritt zu versetzen“ (100). Da sie nichts für die Erhöhung des Lebensstandards tun, ist „das billige Schwarzbrot (...) eines der Hauptnahrungsmittel der russischen Bevölkerung“ (85), deren Versorgung mit Obst, Gemüse und Fleisch natürlich unzulänglich bleibt. Ganz so schlecht geht es ihr freilich auch nicht: „immer (gab es) die robuste Arbeitskleidung und plumpe Schuhe und fast immer zu niedrigen Preisen“ (85); Kleider, Herrenoberbekleidung, Hüte „und nicht zuletzt Damenunterwäsche“ sind jedoch — falls man sie überhaupt in den Kaufhäusern findet — für die Arbeiter fast unerschwinglich (85). Bei der Regelung der Urlaubszeiten wird in den Betrieben „immer wieder kräftig danebenorganisiert“: „Es ist, nach Leserbriefen an Gewerkschaftsblätter zu urteilen, wohl leichter, ein Treffen von Kossygin und Nixon zu veranstalten als für Mann und Frau die gleiche Urlaubszeit herauszuboxen“ (104). Alle diese Mißstände rühren daher, daß sich die Gewerkschaften nicht um die Interessen der Arbeiter kümmern, statt dessen dafür Sorge tragen, daß „keiner von der Parteilinie abweicht“ (123). Und die KPdSU klammert sich „verzweifelt an Dogmen, die ohne Gewaltanwendung nicht in die Tat umgesetzt werden können und daher jeglicher Überzeugungskraft entbehren“ (124). Sie will nicht einsehen, daß vieles besser laufen würde, wenn man „tiefgreifende politische Umschichtungen“ vornehmen und endlich das „überalterte sowjetische System“ (71) verändern würde. Der Verfasser rät der Partei, sich ein Beispiel an den Verhältnissen zu nehmen, die Anfang 1968 in der CSSR

herrschten — „einem der Pionierländer für einen demokratischen Sozialismus“ (123).

Über die sehr weitreichenden Kompetenzen der sowjetischen Gewerkschaften auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Lohnfestsetzung, der staatlichen Sozialversicherung, der kulturellen und erzieherischen Arbeit, der Planausarbeitung und -durchführung sowie der Kontrolle der Betriebsleitung, die keine wichtige Maßnahme gegen den Willen des Betriebskomitees der Gewerkschaft treffen kann, erfährt man wenig.

Im Anhang der Schrift finden sich eine durchaus informative Kurzdarstellung des organisatorischen Aufbaus der Gewerkschaften, ein Verzeichnis ihrer Kongresse, Mitgliederzahlen, Zeitschriften und Zeitungen, weiter Kurzbiographien einiger führender Gewerkschaftsarbeiter und eine ausführliche Bibliographie. Sie enthält u. a. neuere sowjetische Dokumente und Materialien zur Entwicklung der Kommunistischen Partei in den zwanziger Jahren, von denen es im Vorwort des Bandes heißt, daß sie in der Sowjetunion „noch heute auf dem ‚Index‘ stehen“ (5).
Gert Meyer (Marburg)

Eid, Mohammad Salah-uddin: Die blockfreien Staaten in den Vereinten Nationen. Verlag Dokumentation, München-Pullach und Berlin/West 1970 (267 S., Ln., 40,— DM).

Obwohl mit der Entstehung und Entwicklung der blockfreien afro-asiatischen Staatenbewegung seit der Bandung-Konferenz ein neues und wichtiges Phänomen sich im internationalen System manifestierte, ist festzustellen, daß dem in der BRD außer in gelegentlichen Hinweisen und wenigen Zeitschriftenbeiträgen kaum wissenschaftlich Rechnung getragen wurde. Die vorliegende Arbeit ist m. W. die erste umfassende Darstellung in deutscher Sprache. Die Arbeit entstand 1969 in Heidelberg als politikwissenschaftliche Dissertation bei Dolf Sternberger — zweifellos ein absoluter Laie auf diesem Gebiet (cf. die vielen Schnitzer). Eid, ein ägyptischer Politologe, wurde über seinen Studienort Heidelberg hinaus als Exponent der rechtsradikalen Organisation der Muslimbruderschaften im BRD-Exil bekannt. Parallel zum Erscheinen seiner Arbeit wurde er bei einem Ägypten-Aufenthalt aufgrund rechtsradikaler Tätigkeit arrestiert; inzwischen wurde Eid allerdings im Rahmen der stillschweigenden Rehabilitierung der Muslembroderschaften unter dem Sadat-Regime aus der Haft entlassen und agiert heute wieder in der BRD. Seine Monographie füllt auf keinen Fall die beschriebene Literaturlücke zum Thema Blockfreiheit.

Schon das Motto der Publikation, der Koran-Vers: „Wahrlich, der am meisten geehrte von euch vor Allah ist der Gottesfürchtigste unter euch. Wahrlich, Allah ist wissend und kundig“, verweist auf die politische Herkunft des Autors. Im ersten Teil seiner Arbeit, wo

Eid eine politisch-völkerrechtliche Bestimmung des Neutralitätsbegriffs unternimmt, weiß er zu berichten, daß sich im Koran die erste ausgearbeitete Neutralitätstheorie findet, die in der Praxis des Propheten Muhammad und der islamischen Juristen zur Anwendung kam (cf. 14)! Ansonsten zieht der Autor bezeichnenderweise zur Erklärung des Phänomens Neutralität das Buch von Frhr. von der Heydte, Völkerrecht (Köln 1960²), intensiv heran.

Eid unterscheidet zwischen „ewiger Neutralität“ (Beispiel Schweiz) und „zeitlich beschränkter Neutralität“. Die blockfreie Politik scheint ihm in die zweite Kategorie hineinzupassen, da sie zeitlich auf den Kalten Krieg beschränkt sei. Im Gegensatz zur klassischen, meist andauernden Neutralität sei die „positive Neutralität“ nicht „integral“, sondern „flexibel“ (20); sie sei synonym zu „Neutralismus“ und „Blockfreiheit“ und dazu vielmehr ein politischer als ein völkerrechtlicher Begriff (25).

Schon die Vermengung der Begriffe „positive Neutralität“, „positiver Neutralismus“ und „Blockfreiheit“ ist ein schwerwiegender Fehler (cf. 28, 30 f.). Denn einerseits ist in den Fachschriften die Begriffsfestlegung: Neutralität gleich Politik der klassischen Neutralen und positiver Neutralismus als Bezeichnung der Außenpolitik der jungen „bündnisfreien“ Staaten der Dritten Welt schon hinlänglich bekannt (cf. stellvertretend: Peter Lyon, *Neutralism*, London 1963). Andererseits sind „positiver Neutralismus“ und „Blockfreiheit“ keine Synonyme, sondern bezeichnen zwei inhaltlich voneinander differierende Phasen der afro-asiatischen Staatenbewegung, was in der Literatur ebenso seit langem bekannt ist. A. Abdel-Malek (Ägypten: Militärgesellschaft, Frankfurt/M. 1971, pp. 278 ff., bes. 288 ff.; Orig. franz. Paris 1962) hat z. B. gezeigt, daß die führenden Blockfreien, zu denen Ägypten gehört, seit Bandung eine Politik des „positiven Neutralismus“ betrieben haben, die sich gegen imperialistische Härten wie Kolonialkriege, Nuklearbasen, Militärtrüge u. a. richtete und somit eine *eindeutige Parteinahme gegen die westlich-kapitalistischen Staaten implizierte*. Diese Politik wurde dann aber von der Strategie der „Blockfreiheit“ abgelöst, die nicht mehr eine solche Parteinahme beinhaltet, sondern eine *gleiche Behandlung beider Großblöcke des internationalen Systems* hinsichtlich internationaler Verpflichtungen; sie meint also, „nicht einem von ihnen Privilegien gegenüber dem anderen einzuräumen“ (Abdel-Malek, p. 290), womit in der „Blockfreiheit“ der antiimperialistische Inhalt des „positiven Neutralismus“ ausgespart ist. In Ägypten war der Ideologe dieser Wende der ägyptische Völkerrechtler Butros-Ghali, dessen Aussagen Eid für alle Phasen der ägyptischen Außenpolitik gültig macht, während Abdel-Malek sie im Kontext der beschriebenen Wende darstellt. So war diese Wende in Ägypten von einer Kommunistenjagd begleitet, die Abdel-Malek beschreibt.

Aber nicht nur das Standardwerk von Lyon über Neutralismus und das allenthalben bekannte Neutralismus-Kapitel aus Abdel-Maleks Buch kennt Eid nicht, sondern darüber hinaus auch nicht

eine große Zahl französischer und angelsächsischer Arbeiten über Non-Alignment im allgemeinen und besonders über Eids spezifisches Thema, die Rolle der „Blockfreien“ in der UNO (cf. z. B. die Bibliographie von D. A. Kay: *The New Nations in the UN 1960—1967*, N. Y. 1970). Bei dieser Kritik geht es nicht um den bürgerlichen Fetisch der vollständigen Literatúrauswertung, sondern vielmehr darum, daß eine wissenschaftliche Arbeit, soll sie überhaupt sinnvoll sein, nicht hinter den erreichten Forschungsstand zurückfallen darf. So gibt der historische Teil (35 ff.) über die Entstehung der afro-asiatischen Staatenbewegung kaum etwas her; dabei handelt es sich um eine historische Phase, die in der englischsprachigen Literatur genauestens verarbeitet ist, so etwa in der umfangreichen Monographie von G. H. Jansen: *Afro-Asians and Nonalignment*, London-N. Y. 1966, die Eid ebenfalls nicht berücksichtigt.

Eid berichtet über die wachsende Partizipation der blockfreien Staaten in der UNO seit deren Gründung: 1945, im Gründungsjahr, gehörten von den 51 Mitgliedern 13 zu afro-asiatischen Staaten (darunter Südafrika); 1965 gehörten der UNO bereits 55 Blockfreie bei einer Gesamtmitgliederzahl von 117 an. Eid zeigt in diesem Zusammenhang, daß diese internationale Organisation bei ihrer Gründung primär den amerikanischen Vorstellungen entsprach. Eid sieht hier Vor- und Nachteile. Zu den Vorteilen gehört natürlich, daß der amerikanische Einfluß „eine ständige Warnung vor dem Kommunismus und dem kommunistischen Imperialismus“ (43 f.) sicherte, so daß die „kleineren Mitgliedsstaaten“, die „sich vielleicht ohne den ständigen Hinweis auf die Gefahren dem Kommunismus zugewandt hätten“ (44), „frei“ gehalten werden konnten. Kern der Eidschen Arbeit ist die Darstellung, wie die Blockfreien ihre Möglichkeiten der Partizipation an den UNO-Maßnahmen gemäß Artikel 11 der UNO-Charta ausschöpfen. Danach läuft bei der Behandlung eines Problems folgendes Verfahren ab: Zunächst wird der Entwurf einer Resolution von einem oder mehreren Mitgliedern ausgearbeitet und dann zur Abstimmung gestellt. Dann legitimieren die einzelnen Delegationen meist ihre Stimmenabgabe durch eine Stellungnahme. Dieses Verfahren verdeutlicht Eid anhand von drei großen Problemen, mit denen die UNO konfrontiert war: Ungarn-Frage, Suez-Frage und Kuba-Krise. Er berichtet ausführlich über die hierzu eingebrachten Resolutionsentwürfe (61 ff.), um sodann anhand von mehreren Tabellen die Abstimmungen zu dokumentieren (161 ff., bes. 165 ff., 183 ff., 189 ff.). Dabei wird deutlich, daß die Blockfreien „keine in sich geschlossene Gruppe bei den Abstimmungen darstellen“ (207).

Bei der Ungarn-Frage verurteilten die Blockfreien die sowjetische Intervention, lehnten es aber ab, von einer „Aggression“ zu sprechen, weil die sowjetischen Truppen auf Anforderung der ungarischen Regierung das Land betraten (cf. 216). Bei der Suez-Frage sprachen sie dagegen von der Aggression des Trios Frankreich-England-Israel und lehnten einen Vergleich mit Ungarn ab. Es sei jedoch

„manchmal festzustellen, daß sie zuviel Rücksicht auf die Großmächte nehmen“ 224): Während sie in der Ungarn-Frage die Sowjetunion, wenngleich mit wenigen Einschränkungen, eindeutig verurteilten, weigerten sie sich bei der Kuba-Krise, die USA zu verurteilen und sich mit Kuba zu solidarisieren (229). Allerdings gingen sie nicht so weit wie die USA, die Legitimität der Revolutionsregierung Kubas infragezustellen (231). Daher sei es euphemistisch, wenn manche Autoren die blockfreie Bewegung zum antiimperialistischen Lager rechneten. Auch muß man sich darüber im Klaren sein, daß „einerseits die Blockfreien eine Gruppe von einzelnen Staaten (bilden), ... andererseits aber keinen Block“ darstellen (239).

Eids inhaltsleere „Schlußbetrachtung“ (239 ff.) endet mit einem weiteren Schnitzer: Der Autor geht hier auf die apologetische Theorie des Gleichgewichts ein. Schon zuvor hatte er bemerkt, daß die „meisten Forscher und Theoretiker des Westens immer noch von den Theorien des Gleichgewichts der Mächte, die jahrelang in der Weltpolitik herrschten“ (54 f.), ausgehen, und wundert sich naiv darüber, warum „sie sich davon nicht lösen und freimachen“ (55) können. Sein Fazit: „Auch die Theorien der Politik des ‚Gleichgewichts der Mächte‘ hat keinen Platz mehr. Anstelle dessen trat die Theorie der Abschreckung...“ (241). Abgesehen von den grammatikalischen Fehlern fällt hier Eids Ignoranz darüber auf, daß die *Abschreckungsstrategie gerade auf der Behauptung eines ‚atomaren Gleichgewichts des Schreckens‘ beruht*. Zwar sind die klassischen Gleichgewichtstheorien als Theorien der ideologischen Rechtfertigung britischer Hegemonialansprüche in Europa (cf. dazu H. G. Schumann, Edmund Burkes Anschauungen vom Gleichgewicht in Staat und Staatensystemen, Meisenheim/Glan 1964) sehr alt im Vergleich zu den Abschreckungstheorien des Kalten Krieges, aber von einem Ablösungsprozeß, den Eid behauptet, kann keine Rede sein. Wie die alten Gleichgewichtstheorien hat die Abschreckungsstrategie eine gesellschaftliche Stabilisierungsfunktion, was in einer neueren Arbeit nachgewiesen wurde (D. Senghaas, *Abschreckung und Frieden*, Frankfurt/M. 1969). Welchen Stellenwert das angeblich „neue“ Abschreckungssystem für die „Blockfreien“ hat, darüber weiß Eid folgerichtig nichts zu berichten. Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

Dick, Manfred: Probleme der nationalen Identität in Liberia. Analyse einer Pioniergesellschaft in Westafrika. Freiburger Studien zu Politik und Gesellschaft überseeischer Länder. Schriftenreihe des Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung, Bd. 12. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970 (132 S., br., 24,— DM).

Der Autor bemüht sich, trotz teilweise scharfer Kritik, die Amerika-Liberianer weder pauschal zu verurteilen noch sie rundweg hochzuloben, wie es sonst üblich ist. Dick analysiert das Selbstbild der

Ameriko-Liberianer und ihre Ideologie seit ihrer Ankunft an der Westküste Afrikas im Jahre 1822, indem er Originaldokumente auswertet, besonders „Reden, Botschaften, Erlasse liberianischer Präsidenten, Reden und Veröffentlichungen führender liberianischer Persönlichkeiten in Zeitungen und Zeitschriften; Tätigkeits- und Untersuchungsberichte gouvernementaler Departments, Gesetzgebungsakte der liberianischen Legislative u. ä.“ (11). Dies reichhaltige Material läßt erstmals eine Beurteilung liberianischer Verhältnisse und eine Kritik bisheriger, insbesondere deutscher Publikationen über Liberia zu. Aber auch Dicks Buch ist nicht frei von Schwächen und Verzerrungen. Der Autor setzt die Probleme nationaler Integration in Liberia mit denen der Ameriko-Liberianer gleich und begründet dies mit dem Fehlen diesbezüglicher Vorstellungen bei den Stämmen (9). Deshalb geht er der Ideologie der Ameriko-Liberianer nach, die er, „mit der vorzüglichsten funktionalen Definition von P. C. Lloyd, in folgender Weise (versteht): „An ideology enshrines the popularly accepted ideas about the structure and process of society, interpreting the society's history and providing a basis for the evaluation of new experience, it incorporates a statement of goals and values approved by the society“ (25). Zwar sieht Dick genau, daß die gesellschaftlichen Vorstellungen der Ameriko-Liberianer nur die einer Gruppe auf dem von ihnen beanspruchten Territorium waren und von niemand sonst geteilt wurden (60), da sie sich aus der amerikanischen Vergangenheit und den besonderen Verhältnissen der Kolonie seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts herleiteten. Gleichzeitig aber übersieht er, daß jene Ideologie einem Funktionswandel in dem Maße unterlag, wie die materiellen Verhältnisse und damit die Stellung der Ameriko-Liberianer sich veränderten. Dick mißt die Realität an der Ideologie, anstatt jene aus der Wirklichkeit zu begreifen.

Dick entwickelt zunächst in Grundzügen die Ideologie der Ameriko-Liberianer. Hauptelemente sind „Liberia als Zufluchtsort für die Menschen schwarzer Hautfarbe, das Programm der Zivilisierung und Christianisierung und die Idee eines späteren mächtigen Reiches, zu welchem Liberia sich entwickeln sollte“ (25). Diese Vorstellungen konfrontiert der Autor mit der Realität, die durch materielle Armut, ständige Bedrohung durch die sich etablierenden Kolonialmächte, finanzielle Abhängigkeit hauptsächlich von den Amerikanern sowie durch kriegerische Auseinandersetzungen mit den Stämmen gekennzeichnet ist. Den Widerspruch zwischen Programm und Möglichkeiten der Verwirklichung führt Dick auf „eine in sich gehemmte Ideologie“ (60) zurück, deren praktische Folge darin bestehe, entweder „... die Verwirklichung des ideologischen Programms ... hinauszuschieben“ oder „dem ideologischen Konzept in der Praxis einfach zuwiderzuhandeln“ (60). Hier zeigt sich die grundlegende Schwäche seiner Argumentation: da die Vorstellungen der Ameriko-Liberianer einseitig als bewußte Gedanken über ihre Lage und daraus resultierende Handlungsanweisungen begriffen werden, kann die Tatsache, daß diese Vorstellungen in den Interessen einer sozial von den Eingeborenen unterschiedenen Gruppe begründet sind, nicht genügend Beachtung

finden. Es scheint dagegen angebracht, diese Ideologie eher als Wunschvorstellung und Heilserwartung einer im Verhältnis zu den Kolonialmächten selbst unterprivilegierten Bevölkerungsgruppe zu charakterisieren. Die synonym gebrauchten Termini Zivilisierung und Christianisierung (30) und die Bezeichnung „Religionskriege“ für die Auseinandersetzungen mit den Stämmen (32) können dafür als Beispiele dienen.

Dick verfolgt die gesellschaftlichen Veränderungen Liberias, die in der „Open Door Policy“ und „Unification Policy“ des seit 1944 amtierenden Präsidenten Tubman ihren politischen Ausdruck fanden. Schutz gegen die territorialen Ansprüche der Kolonialmächte und fehlende wirtschaftliche Basis zwangen die Ameriko-Liberianer einerseits, die Kontrolle über die Stämme zu gewinnen und zur Existenzsicherung Politik und Verwaltung als „chief industry“ zu betreiben; andererseits wurde diese Vormachtstellung mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit Liberias von ausländischem Kapital erkaufte. Mit den gesellschaftlichen Änderungen seit dem „Firestone-Agreement“ von 1926 veränderte sich die Stellung der Ameriko-Liberianer, was wiederum einen Funktionswandel der Ideologie bewirkte. Der „Terminus ‚Ameriko-Liberianer‘ (stellt) heute nur eine soziologische und nicht mehr ... eine rassistisch-biologische Bezeichnung (dar)“ (94), denn zu dieser Gruppe zählen nun auch aufgestiegene und ideologisch angepasste Stammesangehörige. Dennoch weist Dick nach, daß heute die Ideologie der Ameriko-Liberianer noch gleichen Inhalts ist wie vor hundert Jahren, allerdings abgesehen von der Eliminierung des Traums vom mächtigen Reich (87). Für den Autor stellt sich nun das Problem, die heftigen Reaktionen gegen die Kritik von (gebildeten) Eingeborenen am Herrschaftsanspruch der Ameriko-Liberianer zu erklären. Dick führt dies auf das gesteigerte Selbstbewußtsein der Ameriko-Liberianer zurück (92). Doch scheint der Grund eher in den mit dem ausländischen Kapital korrespondierenden Interessen dieser Gruppe zu liegen. Das Auslandskapital, nicht die Praxis der Ameriko-Liberianer, setzte ein wirtschaftliches Wachstum in Gang, das zwar auch den Eingeborenen gewisse Vorteile bringt, jedoch nicht mit kontinuierlicher Entwicklung zu verwechseln ist.

Werner Korte (Gießen)

Fitch, Bob, und Mary Oppenheimer: Ghana: End of an Illusion. Monthly Review Press, New York 1968 (130 S., kart., 1,75 \$).

Die Autoren versuchen, die sozialen Verhältnisse an der Goldküste (ab 1957 Ghana) darzustellen, die es den autochthonen Widersachern Nkrumahs: anglophilen Militärs, ermöglichten, ihn im Februar 1966 durch einen Coup d'état zu entmachten und die Entwicklung Ghanas in Bahnen zu lenken, die das Land offensichtlich auf einen neokolonialen Status festgenagelt haben (6 f.).

Nkrumah hat stets jene politischen Maximen verfolgt, die er 1945 auf dem 6. Panafrikanischen Kongreß zusammen mit G. Padmore, P. Abrahams, Jomo Kenyatta u. a. formulierte: anti-communism, anti-imperialism, non-alignment, non-violence, „positive action“ (19), wobei „positive action“ meint „the adoption of all legitimate and constitutional means by which we would attack the forces of imperialism in the country ... based on the principle of absolute non-violence as used by Gandhi“ (28, Anm. 23). Diesen Prinzipien war auch die Unabhängigkeitsbewegung unter der von Nkrumah 1949 gegründeten Conventions People's Party verpflichtet, die ihm nur einmal aus der Hand glitt (29 ff.): Nach Nkrumahs Aufruf zur „positive action“ 1950 im Rahmen einer „disobedience“-Kampagne gegen das britische Kolonialregime organisierte der Trade Union Congress (TUC) einen „illegalen“ Streik (die seit dem 2. Weltkrieg stark angewachsene Arbeiterschaft war gewerkschaftlich gut organisiert, zum Teil unter marxistischer Führung). Der Streik wurde von der Kolonialregierung allerdings niedergeschlagen und seine Führer verhaftet, vorübergehend auch Nkrumah, der keinen Streik, sondern nur „a simple and fundamentally spiritual exercise“ gewollt hatte (cf. 30). Die alarmierte englische Regierung hielt in den Folgejahren die Unabhängigkeitsbewegung unter ihrer Kontrolle, indem sie der Goldküste über Verfassungsreformen schrittweise Autonomie gewährte (12). Aus den ersten Wahlen 1951 ging die CPP unter Nkrumah als „Regierungs“-Partei hervor; Legislative und Exekutive standen freilich unter der Vormundschaft des englischen Gouverneurs.

Eine rechte Opposition zur CPP (53 ff.) formierte sich erst relativ spät und aus aktuellem Anlaß: Um die inflationäre Entwicklung der primär auf Kakaoproduktion basierenden Wirtschaft abzufangen, setzte die „Regierung“ einen Kakaopreis fest, der weit unter dem des Weltmarktes lag (55). So waren es vor allem „cacao farmers and chiefs who owned cacao land“ (55), die sich in dem National Liberation Movement (NLM) unter A. K. Busia und dem Togoland Congress (TC) sammelten. Beide Bewegungen gaben sich einen tribalistischen Anstrich, um eine Basis in den Bauernmassen zu finden, für die die Führer allerdings reichlich Verachtung hegten (60 f.). Da die „tribalistische“ Opposition letztlich weder eine Massenbasis noch die Sympathien Englands gewinnen konnte (61), war es der CPP ein leichtes, sie nach Erhalt der Unabhängigkeit (März 1957) zu zerschlagen.

Das Jahr 1958 nennen die Autoren „the Year of Repression — relatively bloodless, but nevertheless effective“ (79). Nicht nur wurde die NLM-Opposition ausgeschaltet, sondern es wurde auch der gewerkschaftlichen Opposition vorgebeugt: Streiks wurden als illegal erklärt. Ohnehin hatte die CPP nie versucht, die Massen über die Gewerkschaften zu erreichen oder sie überhaupt an ihren Kämpfen zu beteiligen („The CPP was a mass party only in the sense that it had a large membership“, 107); so konnte die im unabhängigen Ghana regierende CPP sich allein auf den vom Kolonialsystem übernommenen Staatsapparat — der zwar „afrikanisiert“ wurde, strukturell aber unverändert blieb — und das weiterhin in England ausgebildete,

stark anglophile Offizierscorps stützen, um das koloniale Erbe zu bewältigen: Bislang war die Goldküste vom englischen Kolonialsystem systematisch ausgesaugt und sozio-ökonomisch unterentwickelt gehalten worden. Seit 1948 war das Cacao Marketing Board (das die britische Regierung einrichtete, angeblich, um die ghanesischen Kakaoproduzenten vor den Schwankungen des Weltmarktpreises zu schützen!) „the Gold Coast's sole buyer, grader, seller, and exporter of cacao“ (40). Daneben kontrollierten 13 britische Firmen, an ihrer Spitze die Unilever-Filiale United Africa Company, sämtliche Import-Export-Geschäfte und das gesamte Banksystem, dessen primäre Aufgabe im Transfer von Gewinnen in das „Mutterland“ bestand (69 ff.). Aus der kolonialen Wirtschaft war neben einer Plantagen-Arbeiterschaft nur eine Schicht von einheimischen kleinen Geschäftsleuten, Händlern und „Kakaomaklern“ hervorgegangen, nicht aber eine nationale Bourgeoisie (47), die im unabhängigen Ghana die Industrialisierung des Landes hätte tragen können. Die kolonialen Wirtschaftsverhältnisse bestanden bis 1961 in dem „pro-Western Ghana“ (62) fort, zumal die Wirtschaftspolitik der Regierung Nkrumah sich nach wie vor an dem Industrialisierungsplan der Kolonialregierung von 1953 orientierte. Daß Ghana erst 1961 angesichts einer bedrohlichen Krise mit Nkrumahs „Seven Year Plan for Work and Happiness“, der die Schaffung eines staatlichen Industriesektors und eine Kontrolle der britischen Banken im Lande vorsah, mit seiner kolonialen Vergangenheit brach, ist — so sehen es die Autoren — ein Grund für das Scheitern des „sozialistischen Experiments“ (83). Als gewichtigeren Grund nennen sie das Sozialismus-Verständnis Nkrumahs und der CPP (109) und die daraus resultierende Praxis: Der Siebenjahresplan sah Anreize für private Investitionen vor, wobei dem ausländischen Kapital ein breites Betätigungsfeld (40 % der Investitionen) zugestanden wurde (109). Sozialismus sollte gewährleisten sein dadurch, daß die Wachstumsrate des staatlichen Sektors die des privaten stets übertreffe (111), dadurch, so formulierte es der Nkrumah nahestehende Kofi Baako, daß „the farmer will not lose his farm; the landlord will not lose his house, but will not be allowed to exploit the tenant; the employer will not be allowed to exploit the worker ...“ usf. (112). Daß von ghanesischen „Marxisten“, stellvertretend von Mensah, gar noch die Existenz von Klassen und Klassenkonflikt in Ghana geleugnet wird (111), rundet das Bild des „Sozialismus“ in Ghana ab. Den Sturz seiner Träger und sein Scheitern erklären die Autoren aus der Unfähigkeit der CPP und Nkrumahs, ihre Rolle als Vermittler zwischen den ehemaligen Kolonialherren und den Kolonisierten zu überwinden (128) und durch eine eindeutige Politik im Interesse der Massen sich deren Unterstützung zu sichern. Die CPP und ihre Führer hatten sich verselbständigt, und „during the final stage, the masses and the other competing elites — the army and the civil servants — began to realize that the bargains struck by the political elite were worthless to them. From this point on, it was only a matter of time before a new elite emerged which

would resolve the contradiction either in favor of the masses or in favor of neo-colonialism" (129).

Die Autoren neigen dazu, in ihrer Kritik des ghanesischen Experiments den Interessenkonflikt zwischen dem kleinbürgerlich-nationalistischen Regime unter Nkrumah und den Massen überzubetonen; sie vernachlässigen darüber die Konflikte des Regimes mit den imperialistischen Konzernen, die sich nach der Einführung des Siebenjahresplanes 1961 zuspitzten. Zweifellos haben die internationalen Kakao-Konzerne durch ihre Manipulation des Kakaopreises auf dem Weltmarkt zur Schwächung und damit indirekt zum Sturz des Nkrumah-Regimes beigetragen, zumal durch diese Preismanipulationen die Erlöse Ghanas aus seinem Kakao-Export radikal sanken, wodurch die gesamten Planungsziele gefährdet waren. Auch schwächen die Autoren die maßgebliche Beteiligung ausländischer Geheimdienste wie der CIA am Sturz Nkrumahs ab. Zwar war das Nkrumah-Regime alles andere als sozialistisch, aber Nkrumah hatte sich in den letzten Jahren vor seinem Sturz in eine militante, gleichwohl verschwommene antiimperialistische Richtung entwickelt (cf. sein vor seinem Sturz veröffentlichtes Buch: *Neo-Colonialism, The Last Stage of Imperialism*, London 1965, wo er sich der marxistischen Imperialismus-Theorie annähert). Für den Imperialismus ist es gewiß bequemer, es mit Marionetten-Regierungen zu tun zu haben als mit Regimen wie das unter Nkrumah, so weit diese auch vom revolutionären Sozialismus entfernt sein mögen. Verkürzt wäre es allerdings, den Sturz Nkrumahs allein als Machenschaft der CIA hinzustellen. So ist es der CIA nie geglückt, z. B. dem sozialistischen Experiment in der DRV durch einen Staatsstreich ein Ende zu setzen, denn dort wird das Regime in der Tat von zu politischem Bewußtsein gelangten Massen getragen. Dagegen war es bisher stets möglich, in jenen Ländern der Dritten Welt, die unter der Herrschaft des sich antiimperialistisch begreifenden Kleinbürgertums standen, den „sozialistischen“ Entwicklungsweg durch einen Coup d'état abzublocken, zumal das nationalistische Kleinbürgertum seine Führungsposition nur auf der Basis apathisch gehaltener Massen behaupten kann.

Aus dem Sturz Nkrumahs gilt es zu lernen, daß zwar die Rolle des Imperialismus und seiner Geheimdienste nicht aus dem Auge zu verlieren ist, wenn man die Coup- und Counter-Coup-Welle in Ländern der Dritten Welt analysiert. Um jedoch nicht einer simplen Verschwörungstheorie das Wort zu reden, erscheint es allemal unerlässlich, jeweils eine sozial-strukturelle Analyse vorzunehmen, um jene Faktoren zu ermitteln, die einer imperialistischen „Verschwörung“ gegen die „progressiven“ Regime der autochthonen Kleinbourgeoisie entgegenkamen.

Renate Brückner (Frankfurt/Main)

Ger mann, Raimund E.: Verwaltung und Einheitspartei in Tunesien. Unter besonderer Berücksichtigung des Genossenschaftswesens. Zürcher Studien zur allgemeinen Geschichte Bd. 27. Europa Verlag, Zürich 1968 (246 S., br., 24,— DM).

Gegenstand der vorliegenden Studie ist ein spezifisches Problem, die strukturelle und funktionelle Wandlung der tunesischen Verwaltung. Germann geht von der Hypothese aus, daß angesichts der Schwäche der einheimischen privilegierten Klassen und der von ihnen beherrschten ökonomischen Sektoren der Staat in den meisten Entwicklungsgesellschaften sich als größter Organisator des Einsatzes der vorhandenen Arbeitskräfte anbietet. Daher kommt der Analyse des Verwaltungssystems in diesen Gesellschaften eine besondere Bedeutung zu. In den meisten Entwicklungsländern ist der Staat nicht der juristische Ausdruck bestehender, sondern eher die Antizipation sich herausbildender neuer Produktionsverhältnisse, die mit seiner Hilfe durchgesetzt werden. Die den Staatsapparat beherrschenden sozialen Gruppen sind meist nicht die ökonomisch Herrschenden, sondern jene nationalistisch-kleinbürgerlichen Bewegungen, die den Dekolonisationsprozeß anführten; ihre Herrschaft ist rein politisch: sie leitet sich ab aus der Kontrolle über die staatlichen Herrschaftsinstitutionen und nicht aus dem Besitz von Produktionsmitteln.

Diese Zusammenhänge bleiben Germann freilich verschlossen: Zwar zeigt er in seiner als juristische Dissertation entstandenen Arbeit den guten Willen, zu sozialwissenschaftlichen Methoden zu greifen, und betont, daß man mit juristischen Methoden das Verwaltungssystem in Entwicklungsgesellschaften nicht in den Griff bekommen kann, aber sein Rekurs auf die Verwaltungssoziologie von Riggs als Alternative ist kaum weiterführend. Bekanntlich entwickelte Riggs bereits 1957 seine *Agraria-Industria-Typologie* zur Interpretation von „traditionellen“ und „modernen“ Verwaltungssystemen, die er 1964 mit einer umfangreichen Veröffentlichung: *Administration in Developing Countries*, worin er seine Theorie der *Prismatic Society* darlegt, weiterentfaltete und spezialisierte. Nach Riggs muß die administrative Transformation von status-orientierten Bürokratien (*Security Administration*) zu modernen gouvernementalen, auf Effizienz und Effektivität ausgerichteten Organisationen (*Development Administration*) der zentrale Gegenstand jeder Verwaltungssoziologie sein. Der erstgenannte Verwaltungstyp ist funktionell *diffus*, der zweite dagegen funktionell *spezifisch*. Der prismatische Verwaltungstyp gehört dem Stadium zwischen den beiden Typen im administrativen Transformationsprozeß an.

Germann hält es allerdings im Hinblick auf Tunesien für allzu komplex, die Theorie der *prismatischen Gesellschaft* für seine Studie heranzuziehen, und hebt hervor, daß das frühe Riggssche *Agraria-Industria-Modell*, weil einfacher, mehr Relevanz besitze.

Ohne hier in eine detaillierte Diskussion über Riggs und die bürgerliche Verwaltungssoziologie beginnen zu wollen, sei betont, daß dieser Approach zwar nicht ganz unbrauchbar ist, aber auch nichts Wesentliches zu erklären vermag. Trotz der Fragwürdigkeit des theoretischen Ansatzes ist die Studie sehr wertvoll, nicht nur, weil Germann seine Materie ausgezeichnet beherrscht und zuverlässige

Informationen bietet, sondern auch deshalb, weil seine Analysen am Material ihn zu weiterbringenden Aussagen führen, die mit den formalen Kategorien Riggs' nicht hätten gewonnen werden können. Germanns Untersuchung besteht neben der theoretischen Einleitung aus drei Kapiteln: Im ersten Teil analysiert er die Formen der tunesischen Verwaltung unter der französischen Kolonialherrschaft und ihre Entwicklung in der postkolonialen Phase. Komplementär dazu steht die Analyse der Neo-Destour-Partei Tunesiens, insofern diese Partei, die den Unabhängigkeitskampf führte, heute mit der Verwaltung identisch ist, wenngleich sie noch einen von der Staatsadministration unabhängigen eigenen Verwaltungsapparat unterhält. Schließlich geht Germann im letzten Teil auf das tunesische Genossenschaftsexperiment ein; dies, weil der agrarkooperative Sektor in Tunesien keine Selbstverwaltung betreibt, sondern, wie Germann richtig sagt, „ein Verwaltungszweig der Staatsadministration“ ist.

Das französische Kolonialsystem löste durch den Anschluß Tunesiens an die kapitalistischen Strukturen der Metropole die autochthonen vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen allmählich auf, ohne jedoch die mit ihnen verbundenen Herrschaftsformen aufzugeben. „Bewußt verkehrte die Protektoratsverwaltung nur mit den einheimischen ‚Notabeln‘ oder Respektspersonen, zog sie zur Mitarbeit heran und versuchte so zu ihrem eigenen Vorteil das traditionelle Sozialgefüge zu verewigen“ (34). Somit ließ die Einführung neuer Sozialstrukturen kein neues Bewußtsein der Unterdrückten entstehen; „jene seit Jahrhunderten gegen das Übermaß an Herrschaft entwickelte Waffe: träge, dumpfe Passivität“ (ibid.), blieb auch erhalten. Allein in dem modernen ökonomischen Sektor Tunesiens, wo eine intensive Kolonisation stattfand, wurde eine direkte moderne französische Verwaltung installiert, die neben einer modernen Infrastruktur fast ausschließlich den europäischen Siedlern zugute kam. Zusätzlich gab es eine Kontrollverwaltung, deren Aufgabe es war, die aufrechterhaltene, in den Dienst des Kolonialsystems gestellte einheimische Verwaltung zu überwachen (cf. 32), so daß selbst die Kollaborateure keine autonomen Herrschaftszonen hatten. Im modernen Verwaltungssektor herrschte das bürgerliche egalitäre Recht, das in Tunesien ausschließlich für Europäer galt, während in dem traditionellen Sektor tradiertes obrigkeitliches Recht verbindlich war, so daß man mit Germann von einem Rechtsdualismus reden kann. Nicht nur eine Analogie, sondern auch ein Korrelat dazu „stellt der Zusammenprall der kolonialen expansiv-kapitalistischen Wirtschaft mit der archaischen Subsistenzwirtschaft der Tunesier dar, welcher nur zur Desintegration der letzten führte“ (33).

Aus diesem Herrschaftssystem läßt sich auch die Entstehung des tunesischen Nationalismus erklären: Die frühe, großbürgerliche Variante begnügte sich noch damit, rechtliche Gleichstellung mit den Europäern zu verlangen. Die radikalere kleinbürgerliche Variante der Neo-Destour-Partei forderte die Öffnung des modernen Verwaltungsapparats für tunesische Arbeitssuchende. Der tunesische Nationalismus wurde „geboren aus der Enttäuschung der Eliten heraus,

denen der öffentliche Dienst versperrt war“ (40). Eine aus solchen Motiven erwachsene Unabhängigkeitsbewegung muß sich naturgemäß mit dem Übergang vom Rechtsdualismus zur Rechtsgleichheit, von der europäisch-kolonialen zur tunesisch bestimmten Verwaltung begnügen; eine revolutionäre Dekolonisation, d. h. die Aufhebung aller kolonialen Strukturen und der ihnen inhärenten Beziehungen der Abhängigkeit und Dominanz, würde den Rahmen einer so strukturierten Unabhängigkeitsbewegung sprengen.

Dieser Hintergrund erklärt, wie eine antikolonialistische Bewegung, hier verkörpert in der Neo-Destour-Partei, nach der Dekolonisation zu einer konservativen Institution, zum Träger des Status quo kolonialer Strukturen wird. Germanns zentrale These richtet sich gegen die Behauptung des Schweden Lars Rudebeck, daß die Neo-Destour-Partei nach Erlangung der nationalen Souveränität den Staatsapparat erobert und nach ihren Vorstellungen geformt habe. Dagegen betont der Verfasser sehr richtig, daß es genau umgekehrt war: Die Unabhängigkeitspartei wurde vom kolonialen Verwaltungsapparat absorbiert (cf. 203). Die Partei war somit „ein spezialisierter Teil der allgemeinen Staatsverwaltung“ (94). Eine Partei, die sich einst als Befreiungsbewegung der Massen begriffen hatte und nun durch den Genuß der alten kolonialen Privilegien zu einem Herrschaftsträger geworden ist, kann aber bisherige Eigenschaften — in abgewandelter Form — als Mittel der Manipulation beibehalten. Ihren bisher antikolonialistischen Propagandaapparat, der z. B. „mit göttlichen Mitteln des Zuredens und Aufmunterns“ arbeitete, läßt die Partei jetzt „als Alternative zum Polizeieinsatz und zur Anwendung physischer Gewalt“ erscheinen (94). „Die Rolle der Partei besteht heute darin, die Macht des bestehenden Regimes zu verankern, die politischen Verhältnisse zu stabilisieren...“ (95). Sie schaltet jede Opposition, selbst in ihren eigenen Reihen, aus (92 f.), und dadurch, daß sie mit der Staatsadministration identisch ist, ist „der Aufstieg innerhalb der Partei die einzige Möglichkeit der Verbesserung der sozialen Stellung“ (93). Kein Wunder, daß nach Erhalt der nationalen Souveränität die Mitgliederzahl sich verdoppelte: Die neuen Mitglieder waren vor allem Arbeitssuchende.

Germann zeigt anschaulich, wie ineffektiv die tunesische Verwaltung arbeitet (56 ff.). „Nicht nur eine Personifizierung der Macht, sondern der Verwaltungstätigkeit überhaupt kann man oft in Tunesien beobachten... Auch regionalistische, tribale und familiäre Gesichtspunkte haben nicht aufgehört, eine Rolle zu spielen“ (72). Es dürfte keine Überraschung gewesen sein, daß das tunesische Planungs- und Genossenschaftsexperiment, getragen vom „linken“ Parteiflügel, den Technokraten unter Ben Salah, und „konstitutioneller Sozialismus“ genannt, total scheiterte und daß dieses Scheitern von der zwar politisch machtlosen, ökonomisch aber herrschenden Großbourgeoisie zu einer Offensive genutzt wurde, um die politische Macht zu erobern (cf. die Kämpfe um Burgibas Nachfolge). Die Träger des Genossenschaftsexperiments haben durch ihre Reformpläne das Großbürgertum gegen sich auf die Barrikaden gebracht,

phne daß sie gleichzeitig die unterdrückten Bauern gewinnen konnten. Denn die Genossenschaften wurden per Dekret gebildet; sie waren stets „ein Verwaltungszweig“. Eine Partizipation der Bauern fand nicht statt; sie wurden weiterhin unmündig gehalten. „Ist die Passivität des Fellah vorteilhaft vom polizeitechnischen Gesichtspunkt, so ist sie es nicht vom genossenschaftlichen her, der nicht stummes Hinnehmen einer Situation, sondern eifriges Mittun verlangt. Es ist wohl unbestreitbar, daß die Kooperativen auf den gleichen Böden bisher weniger produzierten als die *Colons*“ (193).

Bassam Tibi (Frankfurt/M.)

Kuder, Manfred: *Angola. Eine geographische, soziale und wirtschaftliche Landeskunde. Wissenschaftliche Länderkunden*, herausgegeben von Werner Storkebaum, Band 6. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1971 (310 S., kart., 54,70 DM, für Mitglieder 32,— DM).

In der vorliegenden Länderkunde werden vor allem die naturräumliche Gliederung und die wirtschaftsgeographische Struktur Angolas dargestellt. Der Verfasser, der das Land aus eigener Anschauung kennt, hat die umfangreiche portugiesische Literatur zu diesen Themenkomplexen ausgewertet und in den Band zahlreiche detaillierte statistische Angaben über die Wirtschaftsentwicklung eingearbeitet.

Obwohl Geschichte und Auswirkungen der jahrhundertelangen portugiesischen Kolonialherrschaft nicht systematisch untersucht werden, finden sich in dem Buch hierzu interessante Einzelheiten. So wird darauf verwiesen, daß die ökonomische Entwicklung Angolas durch den Sklavenexport entscheidend gehemmt worden ist; allein in dem Zeitraum von 1816 bis 1819 wurden jährlich etwa 22 000 Sklaven vor allem nach Brasilien (von wo aus Angola damals auch verwaltet wurde) ausgeführt (146). Die Loslösung Brasiliens von Portugal 1822 stürzte das Kolonialsystem in eine schwere Krise. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschränkte sich der portugiesische Einfluß auf wenige Siedlungspunkte an der Küste. In Luanda gab es 1851 nur 830 europäische Einwohner, und in Lobito lebten vor 1903 nur 7 Europäer (30, 198). Um die Jahrhundertwende gab es in Angola nur 9198 Weiße (dies waren 0,34 Prozent der Gesamtbevölkerung), von denen sich ein nicht geringer Teil aus Sträflingen, Verbannten und Landstreichern rekrutierte (58—60). Verschiedene Landstriche befanden sich auch 1915 noch nicht unter portugiesischer Kontrolle; erst in den folgenden Jahren sind, wie der Verfasser euphemistisch schreibt, die „planmäßige Erschließung, ordentliche Verwaltung, Kolonisierung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung vorangetrieben worden“ (31). In der Folgezeit hat die Wirtschaftspolitik der Kolonialmacht zu einem großen Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Regionen geführt: „weit weniger als die Hälfte Angolas (ist)

bisher entwicklungsfähig und mehr oder minder in den Entwicklungsprozeß einbezogen“ (143). Die von der Exportwirtschaft abhängigen Räume beschränken sich auf kaum mehr als 8 Prozent der Gesamtfläche (143).

Besonders in den östlichen und südöstlichen Landesteilen dominiert weithin die traditionelle Subsistenzwirtschaft, für die Wanderfeldbau, Sammeltätigkeit und in begrenztem Umfang Rinderzucht charakteristisch sind. Die Bevölkerungsdichte ist hier mit oft nur 1 bis 2 Einwohner pro km² extrem gering; der Anteil der städtischen Bevölkerung beträgt 1 bis 3 Prozent, derjenige der Schulbesucher weniger als 5 Prozent der Gesamtbevölkerung (226, 229). In diesen „passiven Wirtschaftsräumen“ fehlt nach Ansicht des Verfassers „noch weitgehend die Kraft der persönlichen Initiative“; hier gibt es „nicht den unentbehrlichen dynamischen Impuls, um den vorherrschenden Beharrungszustand zu überwinden“ (44). Daß gerade in diesen Gebieten die Befreiungsbewegung trotz zahlreicher Schwierigkeiten relativ große Erfolge bei der Beseitigung des vom Kolonialsystem hervorgerufenen „Beharrungszustandes“ erzielt, kommt in dem Band nicht zur Sprache.

Ausführlich werden hingegen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung in Lissabon und Luanda nach dem Beginn des Unabhängigkeitskampfes 1961 erörtert. Die Wirtschaft des Landes soll im Rahmen des dritten staatlichen Entwicklungsplans (1968—1973) durch eine massive Förderung ausländischer Investitionen vor allem im Bergbausektor, durch eine beschleunigte Entwicklung des Exports sowie auch der verarbeitenden Industrie und der Energieerzeugung, durch verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur wirtschaftlich konsolidiert und in noch stärkerem Umfang mit Portugal und den entwickelten kapitalistischen Ländern verknüpft werden.

An verschiedenen Stellen teilen Verfasser und Herausgeber des Bandes den Standpunkt der Kolonialherren. Im Vorwort von Storkebaum heißt es, daß die „portugiesische Lösung“ des Angolaproblems „letzten Endes auf dem christlichen und zivilisatorischen Missionsanspruch gegründet ist“ (XV). Kuder übernimmt die Ideologie von der „multirassialen Gesellschaft“ (53) ebenso unkritisch wie die Unterscheidung zwischen „zivilisierten“ und „nichtzivilisierten“ Bevölkerungsgruppen (199). Auch vertritt er die Auffassung, daß in Angola „die ständige Förderung der Schul- und Berufsausbildung . . . jedem die uneingeschränkte Möglichkeit des sozialen Aufstiegs“ eröffnet (53).

Gert Meyer (Marburg)

Allemann, Fritz René: Achtmal Portugal. Panoramen der modernen Welt. R. Piper & Co Verlag, München 1971 (399 S., Ln., 28,— DM).

Der erste Teil dieser informativen Länderstudie, die zahlreiche sozialstatistische Daten enthält, vermittelt einen Überblick über die

geographischen Verhältnisse der verschiedenen Provinzen Portugals und verweist auf die große Diskrepanz zwischen der ökonomischen Entwicklung der Gebiete von Lissabon und Porto einerseits, in denen sich weitaus der größte Teil der portugiesischen Industrie konzentriert, und des überwiegend agrarisch strukturierten Hinterlandes andererseits, das „einer rapid fortschreitenden Auszehrung“ (298) unterliegt. In weiten Teilen dieser stagnierenden Gebiete — besonders im Alentejo — dominiert der Großgrundbesitz. Hier spitzt sich der Widerspruch „zwischen dem Reichtum der Wenigen und der Armut der Vielen, zwischen der gewaltigen Ausdehnung individueller Besitztümer und der völligen Depossedierung eigentumsloser Massen“ weiter zu (110).

Im zweiten Teil arbeitet Allemann die historischen Ursachen für die Weltmachtstellung Portugals im 15. und 16. Jahrhundert heraus, dessen Reich sich über vier Kontinente erstreckte. Voraussetzungen für das überseeische Ausgreifen Portugals seit Beginn des 15. Jahrhunderts, das zu jener Zeit kaum mehr als 1 Million Einwohner umfaßte, waren die starke Stellung des portugiesischen Königs nach dem Ende der Reconquista, ein selbstbewußtes und organisiertes Handelsbürgertum, das in der Revolution von 1383 seine politischen Ansprüche geltend gemacht hatte, Fortschritte in der Landwirtschaft (Beendigung der Leibeigenschaft bereits in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts; verstärkter Anbau von Exportkulturen), ein entwickeltes städtisches Handwerk sowie neue Errungenschaften in Schiffbau und Navigationstechnik. Die bürgerliche Entwicklung machte jedoch in Portugal keine weiteren Fortschritte. Seit Ende des 16. Jahrhunderts verfielen Gewerbe und Agrikultur, und wichtige überseeische Positionen mußten an andere europäische Mächte abgetreten werden.

Die Schlußkapitel des Buches sind der Analyse des Estado Novo Salazars sowie der Politik seines Nachfolgers Caetano gewidmet, die als „Salazarismus ohne Salazar“ charakterisiert wird. Trotz unbestreitbarer Industrialisierungsfortschritte seit den 60er Jahren sind in Politik und Wirtschaft keine weiterreichenden Demokratisierungsprozesse eingeleitet worden: die extreme Ungleichheit der Einkommens- und Besitzverteilung existiert fort; der Staat bleibt „ein Staat der Reichen für die Reichen“ (282); die Masse der Bevölkerung ist weiterhin von allen relevanten politischen Entscheidungen ausgeschlossen; politische Opposition wird bestenfalls in einem Zustand der Halblegalität geduldet; es gibt keine vom Staat unabhängige gewerkschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterklasse. Allemann macht die außerordentlich großen Schwierigkeiten deutlich, denen sich die politischen Gegner des Regimes gegenübersehen.

An einigen Stellen wird der Wert der Untersuchung dadurch gemindert, daß ihr Verfasser dem gängigen Sprachgebrauch der Totalitarismus-Ideologie verfällt und von „totalitären Herrschaftssystemen faschistischen oder kommunistischen Stils“ spricht (267; ähnlich 256, 257, 263 und 288).

Gert Meyer (Marburg)

Ökonomie

Lindner, Walter: Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Zur Analyse der Wirtschaftsreformen in der DDR und der CSSR. Politladen-Druck II, Erlangen 1971 (93 S., br., 4,— DM).

Im Unterschied zu anderen „westlichen Marxisten“ (3) wie Bettelheim oder Sweezy betont Lindner die Notwendigkeit der Differenzierung zwischen dem Ökonomischen System des Sozialismus in der DDR und seiner theoretischen Begründung auf der einen, den Wirtschaftsreformen in der CSSR bis 1968 und den ökonomischen Vorstellungen eines Ota Sik auf der anderen Seite. Bei der bloßen Deskription der beiden Planungs- und Leitungssysteme löst Lindner diesen Anspruch am ehesten ein. In der anschließenden Analyse der „politischen Dimension“ erweist sich jedoch der Versuch als gescheitert; vom prinzipiell gleichen Ansatzpunkt her und mit dem methodischen und begrifflichen Instrumentarium des „westlichen Marxismus“ zu anderen und differenzierteren Einschätzungen als dieser selbst zu gelangen. So findet sich eine ganze Reihe von Widersprüchen zwischen Lindners Deskription und Analyse. Insbesondere gelingt es Lindner nicht, die von ihm in explizitem Gegensatz zum „westlichen Marxismus“ aufgestellte Hauptthese in seinen analytischen Kapiteln durchzuhalten. Diese zentrale These beinhaltet, daß zwischen den europäischen sozialistischen Staaten hinsichtlich der „Restauration“ des Kapitalismus mehr als nur „gradueller Unterschiede“ bestünden. Dies versucht Lindner an der DDR sowie an den bis 1968 in der CSSR erfolgten oder geplanten Wirtschaftsreformen zu exemplifizieren.

Während in der CSSR die Tendenz zum Kapitalismus „eine neue Qualität angenommen“ habe und „die faktische Restauration eines quasi-kapitalistischen Systems ... nur mehr eine Frage der Zeit gewesen“ sei, stelle das Ökonomische System des Sozialismus in der DDR den Versuch dar, „diese Entwicklung unter Kontrolle zu bringen“ (79). Soziale Grundlage dieser unterschiedlichen Tendenzen seien zwei gegensätzliche „Fraktionen“ der herrschenden „Bürokratie“: der „Partei- und Staatsbürokratie“ einerseits, deren „grundlegendes Ziel der bürokratisch verkürzte sozialistische Aufbau“ sei, und dem „Management“ andererseits, dessen „Intention“ „von vornherein (!) ein zumindest quasikapitalistisches System“ (68) darstelle. Will man einmal dieser Konstruktion folgen, so gilt es zu fragen, ob nicht die mehr als graduellen Unterschiede zwischen diesen „Fraktionen“ eben doch auf graduelle reduziert werden, wenn man beide unter die gemeinsamen Begriffe „herrschende Schicht“ und „Bürokratie“ zusammenfaßt und dementsprechend die beiden unterschiedlichen Wirtschaftsmodelle als zwei bloße Varianten „bürokratischer Herrschaft“ interpretiert.

Dies findet im Text insofern seine Entsprechung, als Lindner selbst an anderen Stellen die obige Charakterisierung der DDR offensichtlich als zu positiv erscheint. Das äußert sich darin, daß er die dort angenommenen Unterschiede weitgehend relativiert und auf bloße Unterschiede in Tempo und Ausmaß der „Restauration“ beschränkt, bei der die DDR lediglich einen Schritt hinter der CSSR von 1968 herhinkt: die eine Fraktion, die der Manager usw., ist offen direkt konterrevolutionär . . . ; die andere Fraktion ist in ihrer Existenz auf die Konsolidierung ihrer Herrschaft angewiesen, und sie greift nur deshalb auf die Praktiken zurück, die sich als restaurativ herausgestellt haben. . . Offenbar hemmt auch ein Staatseigentum (wenn es mehr als bloß juristische Hülle ist), das nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt, die beschleunigte Restauration, wie sie sich in der CSSR abzuspüren drohte“ (85). Dies unterstreicht, daß die unbestreitbar notwendige Differenzierung zwischen der DDR und der CSSR von 1968 nicht zu leisten ist mit dem Instrumentarium des „westlichen Marxismus“.

Als Produkt desselben erweist sich Lindners Broschüre in noch höherem Maße, wenn man seine Bürokratiethese nicht nur auf ihre immanenten Widersprüche hin befragt. So wird die Existenz einer Bürokratie im Sinne einer unkontrollierbaren, privilegierten, von der sozialen Basis der Arbeiterklasse losgelösten „herrschenden Schicht“, welche die von ihr okkupierten staatlichen Machtpositionen dazu ausnützt, die Gesellschaft der Herrschaft ihrer Sonderinteressen zu unterwerfen, zwar ständig behauptet; Lindner unternimmt jedoch keinerlei Versuch, diese Behauptung auch nur irgendwie zu belegen oder aus der Analyse des Produktionsprozesses abzuleiten (den Terminus „neue Klasse“ kritisiert er aus ähnlichen Gründen wie den hier genannten, diese Kritik fällt jedoch auf ihn selbst zurück). Dafür behilft er sich mit autoritären Formulierungen („Zweifellos“ existiere in den Ländern des RGW „eine privilegierte Schicht, die alles Interesse hat, ihre Privilegierung und daher den status quo aufrecht zu erhalten“, 71; nebenbei: Wie verträgt sich die Aufrechterhaltung des status quo mit der Restauration des Kapitalismus?) oder mit dem berühmten Augenschein, der nicht belegt zu werden braucht, weil er sich auf (angeblich) allgemein Bekanntes stützt („Ein Blick auf die Arbeitsorganisation, auf das Bewußtsein der dortigen Werktätigen, auf die extensive Anwendung individueller materieller Anreize usw. genügt dazu“, 81). Hier wird das Bild des lähmenden bürokratischen Zwangsapparates beschworen, der auf den Massen lastet, jede Initiative und bewußte Regung erstickt und nur noch versuchen kann, durch „Bestechung“ (materielle Anreize) die Lethargie der Bevölkerung partiell zu durchbrechen (z. B. 74 ff.). Interessant ist, in welchem Ausmaß die Bürokratiethese den Blickwinkel einengt und die „Analyse“ in die Nähe der Spekulationen der bürgerlichen Presse rückt. So wird die wirtschaftspolitische Entwicklung in der DDR vom „Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ zum „Ökonomischen System des Sozialismus“, zum unerklärlichen, nur aus fraktionellen Machtkämpf-

fen innerhalb der Bürokratie resultierenden „plötzlichen Kurswechsel“ (79). Dementsprechend gipfelt die theoretische Ableitung und Begründung der „bürokratischen Herrschaft“ in folgendem Eingeständnis der Unzulänglichkeit der vorgelegten Broschüre: „Trotz der damit verbundenen Gefahr wähle (!) ich für die herrschende Schicht den Terminus ‚Bürokratie‘. Es kann zudem hier weder eine genaue inhaltliche Analyse dieser herrschenden Schicht geleistet werden (dazu wären schließlich konkrete historische [Länder]analysen nötig), noch der marxistische Begriff der Bürokratie expliziert werden“ (71). So wenig wie die Herrschaft der „Bürokratie“ ist die behauptete bürokratische Fraktionierung Resultat einer vorherigen Analyse; beides wird vielmehr dogmatisch als deren Voraussetzung postuliert. Angesichts des Untertitels der Broschüre muß jedoch der in obigem Zitat in Klammern gesetzte Satz einigermaßen erstaunen.

Kehrseite der „bürokratischen Herrschaft“ sei die „Entpolitisierung der Massen“, ihre Nichtbeteiligung am Prozeß der Planung und Leitung der Wirtschaft. Dieser Sachverhalt werde bereits „bei oberflächlicher Betrachtung ... klar“ (74). Nun ist eine Schrift über das ökonomische System der DDR, welche die Möglichkeiten der sozialistischen Demokratie im betrieblichen und überbetrieblichen Bereich mit keinem einzigen Wort auch nur erwähnt, allerdings als sehr „oberflächlich“ zu bezeichnen. Es entspricht durchaus dem Verfahren der Broschüre, daß es Lindner auch hinsichtlich seiner übrigen Kritikpunkte (beispielsweise des Lohnsystems in der DDR) nicht in den Sinn kommt, seine pauschalen Thesen einmal an konkreten Einzelheiten zu überprüfen.

Grundlage der Lindnerschen Ausführungen ist die Gleichsetzung von Warenproduktion und kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen wie von Warenproduktion und Marktregulierung (23, 27 u. a.). Auf dieser Gleichsetzung beruht die von Bettelheim übernommene Einschätzung, es existiere in den sozialistischen Ländern „noch keine herrschende Produktionsweise“ (4), diese seien vielmehr noch immer geprägt durch das Vorhandensein antagonistischer gesellschaftlicher Verhältnisse. Der — nach Lindner in keinem Staat des RGW eingeschlagene — „Weg zum Sozialismus kann dann nur darin bestehen, daß die Politik in die Ökonomie interveniert, die Warenverhältnisse systematisch zurückdrängt, die Gesellschaft permanent revolutioniert“ (4). Hier wird deutlich, wie sehr die Kritik Wynigers (vgl. Besprechung in diesem Heft) am „westlichen Marxismus“ auch auf Lindner zutrifft: in dessen — nicht einmal korrekter — verbaler Marx-Exegese spielen in der Tat die von Marx definierten sozialökonomischen Voraussetzungen zur Überwindung der Warenproduktion keine Rolle. Die materielle Basis der Gesellschaft, der Entwicklungsstand der Produktivkräfte sind auf dem Lindnerschen „Weg zum Sozialismus“ nebensächlich; die Betonung dieser Bedingungen in der DDR wie die Vorstellung, die „Intervention der Politik in die Ökonomie“ habe darin zu bestehen, durch gezielte Maßnahmen die planmäßige und optimale Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern und durch die bewußte Gestaltung der ökonomischen Prozesse die materiellen Vor-

aussetzungen für die Überwindung der Warenproduktion überhaupt erst zu entwickeln (was entsprechende Maßnahmen hinsichtlich der Entwicklung der subjektiven Voraussetzungen selbstverständlich einschließt), werden von Lindner als „Rückzugsgefechte gegen den Marxismus“ (31) abgetan. Jürgen Harrer (Marburg)

Gleitze, Bruno, Karl C. Thalheim, Hannsjörg Buck u. Wolfgang Förster: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre. Verlag Duncker und Humblot, Berlin/West 1971 (159 S., br., 17,— DM).

Buck, Hannsjörg: Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten. Funktionsweise und Funktionsschwächen der Zentralplanwirtschaft sowjetischen Typs in der UdSSR, in Mitteldeutschland und in den osteuropäischen Ländern. Verlagsanstalt Neue Presse, Coburg 1969 (2 Bde, zus. 1041 S., br., zus. 120,— DM).

Von den Beiträgen des Sammelbandes (Gleitze, Planvollzug der abgelaufenen Perspektivpläne der DDR und die Zielsetzungen des Fünfjahresplans 1971 bis 1975; Thalheim, Die neue Phase des ökonomischen Systems des Sozialismus. Gesamtwirtschaftliche Würdigung; Förster, Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre. Betriebswirtschaftliche Konsequenzen) stammt der interessanteste von Hannsjörg Buck (Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption). Wie für die übrigen Autoren reduziert sich jedoch auch für Buck die Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft auf wechselnde Variationen eines ahistorischen Grundtyps der „Zentralverwaltungswirtschaft“ oder „administrativen Befehlswirtschaft“, die sich vor allem hinsichtlich ihres Ausmaßes an Zentralismus unterscheiden. Die Alternative von Zentralisierung oder Dezentralisierung wird zum Hauptproblem der bisherigen Wirtschaftsentwicklung der DDR. Hierbei wird Zentralisierung mit „administrativen“, Dezentralisierung mit stärker „ökonomischen“ Planungs- und Leitungsmethoden in Verbindung gebracht. Dementsprechend drückt sich in den wechselnden Formen und Methoden wirtschaftlicher Planung und Leitung der zentrale Widerspruch der sozialistischen Wirtschaft zwischen ökonomischer Rationalität, nach der die fortschreitende technische Entwicklung verlangt, und „planbehördlicher (bürokratischer) Lenkung“ (95) aus. Diese Betrachtungsweise, nach der keine qualitativen Weiterentwicklungen des ökonomischen Systems der DDR feststellbar sind, impliziert, daß dessen materielle Bedingungen und gesellschaftliche Grundlagen nur am Rande erwähnt werden. Hieraus resultiert die Unsicherheit der Autoren bei der Einschätzung der Entwicklung seit 1970. Einmal stellt diese einen „Weg zurück zu den traditionellen Planungsmethoden“ (Thalheim, 65), dann wiederum „keine einfache Rückkehr zum alten System“ (Thalheim, 75) dar.

Da die Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre nach Buck zwar Ansätze zu Dezentralisierung und ökonomischer Rationalität durch den „Einsatz vorwiegend finanzpolitischer Lenkungsinstrumente“ (85) beinhalteten, gleichzeitig aber die „Grundmängel des sowjetisch-sozialistischen Wirtschaftssystems“, insbesondere die „Irrationalität des Preissystems“ (106) beibehielten und in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wieder verstärkten, wurde die innere Widersprüchlichkeit der sozialistischen Wirtschaft noch gesteigert. Dies habe sich vor allem in den verschärften „Interessengegensätze(n) zwischen Planbehörden und Produktionseinheiten“ (85) niedergeschlagen und Ende der sechziger Jahre zu unkontrollierbaren Fehlentwicklungen geführt. Die Abschwächung dieses Widerspruchs wäre nur möglich, wenn „die Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungen auf die Produktionseinheiten und die finanzwirtschaftliche Lenkung (am langen Zügel)“ durch „Knappheitspreise“ und „eine Auslese unter den möglichen Investitionsvorhaben durch einen ökonomisch begründeten Preis für das Kapital“ (105) ergänzt, die Rolle des zentralen Plans also zugunsten von Marktmechanismen abgebaut, die planmäßige Preisgestaltung nach Maßgabe gesamtgesellschaftlicher Erfordernisse aufgegeben würde. Da man in der DDR den entgegengesetzten Weg ging, „wirtschaftliche Zweckmäßigkeit“ für Buck aber nur als (liberal)kapitalistische denkbar ist, ist die Wirtschaftsentwicklung der siebziger Jahre seiner Meinung nach durch die weiterhin „gewachsenen Widersprüche zwischen einer ökonomisch rationalen und der nunmehr wieder stark administrativen Wirtschaftslenkung“ (108) gekennzeichnet. Das Fazit dieser Analyse — „die nächste Wirtschaftsreform kommt bestimmt!“ (108) — ist so richtig wie banal.

Der angebliche Widerspruch von „wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit“ und staatlicher Planung und Leitung liegt auch der zweibändigen Arbeit Bucks über die „Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten“ als Ausgangsposition zugrunde und wird dort, ausgehend von den Postulaten neoliberaler Sozialismuskritik, ausführlich, aber — trotz wirtschaftsgeschichtlicher Kapitel zur ökonomischen Entwicklung von UdSSR und DDR — nicht minder ahistorisch, weil qualitative Entwicklungsmomente vernachlässigend, begründet. Der Untersuchungszeitraum reicht bis etwa Mitte der sechziger Jahre, Untersuchungsgegenstand ist primär die Entwicklung der staatlichen Planung und Leitung der Industrie in der Sowjetunion und, vor allem, der DDR (die hier noch Mitteldeutschland oder auch „DDR“ heißt). Trotz seiner Voreingenommenheit, die ihm auch nur eine adäquate Rezeption und Wiedergabe marxistischer Theorien des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus oder der aktuellen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion in den sozialistischen Ländern verwehrt (beispielsweise unterstellt er Lenin eindeutig Hilferdingsche Auffassungen des „organisierten Kapitalismus“), liefert Buck eine außerordentliche Fülle empirischen Materials zu Organisation und Aufbau des staatlichen Wirtschaftsapparats wie zu Formen, Methoden und Instrumenten der staatlichen Planung und Leitung insbesondere in der DDR. Wegen ihrer Reichhaltigkeit an Material können diese

beiden Bände Bucks trotz der Interpretationsmuster des Verfassers als ergiebige Informationsquelle hinsichtlich der Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft der DDR bis 1967 dienen.

Jürgen Harrer (Marburg)

Wyniger, Willy: Demokratie und Plan in der DDR. Probleme der Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1971 (140 S., br., 14,80 DM).

Dem vorliegenden Buch liegt eine Dissertation über „Aktuelle Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution im Spiegel der DDR-Ideologie“ zugrunde. Dieser Titel trifft den Inhalt der Untersuchung insofern genauer als der Buchtitel, als es dem Autor nicht in erster Linie um „die Analyse realer gesellschaftlicher Entwicklungen selbst“ geht, sondern primär darum, „wie diese Veränderungen von der Soziologie (in der DDR) gedeutet werden“ (7). Dabei versucht der Autor nicht, einen Gesamtüberblick über den gesellschaftswissenschaftlichen Diskussionsstand in der DDR zu geben, es kommt ihm vielmehr darauf an, auf solche Aspekte einzugehen, „die von den DDR-Gesellschaftswissenschaftlern selbst in den Mittelpunkt gestellt werden“ (8).

In einer Einleitung, die der Untersuchungsmethode und Fragestellung gewidmet ist, grenzt sich Wyniger von dem auf Popper zurückgehenden methodologischen Ansatz eines Peter Christian Ludz ab, welcher die marxistische Soziologie wegen ihrer praktischen Orientierung an den gesellschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse als „dogmatisch“, „ideologisch“ und mithin unwissenschaftlich verurteilt. Eine solche Soziologie, die mit der Proklamation der eigenen „Voraussetzungslosigkeit“ zugleich die eigene gesellschaftliche Funktion aus ihrem Reflexionszusammenhang ausklammert, wird von Wyniger als unfähig zur adäquaten Beurteilung marxistischer Gesellschaftswissenschaft kritisiert. Demgegenüber mißt Wyniger die Soziologie in der DDR an ihrem eigenen Anspruch, auf der marxistisch-leninistischen Theorie zu basieren und diese nach Maßgabe der sich im sozialistischen Aufbau stellenden praktischen Aufgaben und Probleme weiterzuentwickeln.

Im ersten Kapitel („Die DDR in der Epoche des umfassenden Aufbaus des Sozialismus“, 15 ff.) referiert Wyniger die Vorstellungen von Marx, Engels und Lenin zur Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus und arbeitet dann die konkreten historischen Bedingungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR sowie die Einschätzung des historischen Stellenwerts der sozialistischen Etappe nach dem VII. Parteitag der SED heraus. In den folgenden Kapiteln wendet er sich dann seinem eigentlichen Untersuchungsgegenstand zu, der „Interpretation des Begriffs Produktionsverhältnisse und seines gesellschaftlichen Hintergrundes“ und dem „Zusammenhang von Technik und sozialistischer Demokratie“ (8).

Hinsichtlich der Verwendung des Begriffs „sozialistische Produktionsverhältnisse“ zeigt Wyniger bei einem Teil der analysierten

Literatur eine Reihe von Widersprüchen und Verkürzungen auf. In verschiedenen Punkten ist seine Kritik jedoch nicht gerechtfertigt, so beispielsweise wenn er meint, in der DDR werde der „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ häufig, etwa in der „Politischen Ökonomie des Sozialismus“, auf einen „formal-juristischen Ansatz“ (41) reduziert. Indem Wyniger aber die Marx'schen Aussagen hierzu in ihren theoretischen und methodischen Gesamtzusammenhang stellt und ihre objektiven Vorbedingungen in seine Argumentation einbezieht, vermeidet er andererseits die Fehler jener pseudomarxistischen Kritik an der DDR und anderen sozialistischen Staaten, die „— in verbaler Marx-Exegese — die Marx-Engelsschen Kriterien für sozialistische Produktionsverhältnisse ... den gegenwärtigen Verhältnissen in der DDR gegenüberstellt (und, J. H.) ... die von Marx definierten sozialökonomischen Voraussetzungen ... negiert. Die betreffenden Kritiker setzen sich großzügig voluntaristisch über die materielle Basis der Übergangsgesellschaft hinweg (und, J. H.) ... schaffen ... per definitionem die Gültigkeit des Wertgesetzes im Sozialismus ab, bzw. qualifizieren ... eine Übergangsgesellschaft, die unter den Bedingungen des Wertgesetzes steht, als nicht-sozialistisch“ (35).

Im dritten Kapitel des Buches („Zum Problem der wissenschaftlich-technischen Revolution“) räumt Wyniger unter dem Abschnitt „Die besondere Bedeutung der Kybernetik“ (59 ff.) einem Problemkreis breiten Raum ein, der gerade in jüngster Zeit in der DDR-Diskussion zentrale Bedeutung gewonnen hat. Allerdings kann der von Wyniger dargestellte Diskussionsstand durch die Entwicklung seit dem VIII. Parteitag der SED als überholt bezeichnet werden.

Wegen der komplizierten Materiallage trifft jeder Versuch, von der BRD aus anhand konkreter empirischer Untersuchungen den „Grad der wirklichen Beteiligung der Masse der Produzenten in den Betrieben an der Formulierung der Produktionsziele und deren Planung ... zu bestimmen“ (43 f.), auf außerordentliche Schwierigkeiten. Man kann jedoch die objektiven Möglichkeiten analysieren, die der sozialistische Staat in der DDR zur Entfaltung der sozialistischen Demokratie geschaffen hat. Deshalb untersucht Wyniger im Abschnitt „Mitwirkungsmöglichkeiten der Basis“ (122 ff.) seines Schlußkapitels die institutionellen Regelungen und Voraussetzungen der Massenkontrolle und -beteiligung bei der Planung und Leitung der Produktion. Freilich muß hier die Frage offenbleiben, inwieweit die bereits existierenden Möglichkeiten in der Praxis verwirklicht sind. Eine Antwort auf diese Frage hätte die Gesamtheit der Maßnahmen zu berücksichtigen, die von seiten des sozialistischen Staates wie der politischen und gesellschaftlichen Organisationen ergriffen werden, um die geschaffenen Institutionen mit gesellschaftlichem Leben zu erfüllen, sei es durch die Bildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten für die breiten Massen und die materiellen und ideellen Anreize zu ihrer Ausnutzung, durch die Vermittlung fortschrittlicher Bildungsinhalte, durch öffentliche Kritik bürokratischer Leitungsmethoden, durch die in den Massenmedien verbreiteten Leitbilder gesellschaftlichen Verhaltens, durch Verbreiterung des Informationsstandes über

Erarbeitung und Erfüllung der Planziele, durch Initiierung von Masendiskussionen bei der Vorbereitung wichtiger staatlicher Entscheidungen usw. Dies erfordert freilich eine gesonderte Untersuchung.

Zusammenfassend sei betont, daß Wyniger nicht nur die selbstgestellte Aufgabe der „immanenten Kritik“ weitgehend einlöst, sondern auch dort, wo seine Ausführungen Widerspruch hervorrufen, die Grundlage für eine differenzierte Diskussion schafft und somit demonstriert, daß es ihm in diesem Rahmen möglich ist, in der DDR vertretene theoretische Positionen zu kritisieren, ohne in die dogmatischen Verkürzungen und den Antikommunismus zu verfallen, die der „linken“ Kritik „westlicher Marxisten“ anzuhaften pflegen.

Jürgen Harrer (Marburg)

Ambrée, Kurt, u. Helmut Mann (Hrsg.): Das Preissystem in der sozialistischen Industrie. Verlag Die Wirtschaft, Berlin/DDR 1971 (247 S., geb., 11,50 M). — zit. I

Hentzschel, M., H. Richter u. K. Stingl: Grundfragen der Konsumgüterpreisbildung und -entwicklung. Verlag Die Wirtschaft, Berlin/DDR 1971 (124 S., br., 6,60 M). — zit. II

Die Frage, nach welchen Kriterien die Warenpreise in sozialistischen Übergangsgesellschaften geplant werden sollen, gehört zu den schwierigsten theoretischen wie praktischen Fragen der Politischen Ökonomie des Sozialismus. In der Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR kann man drei Perioden unterscheiden, in denen verschiedene Preissysteme wirksam wurden: von 1945 bis 1952 wurde aufgrund einer Preisstop-Anordnung der Sowjetischen Militär-Administration in Deutschland das Preissystem auf dem Niveau von 1944 eingefroren; betriebsindividuelle Preise stellten in dieser Zeit die Ausnahme dar. In der zweiten Periode, von 1953 bis 1966, herrschte ein System von Festpreisen, das zwar den neuen ökonomischen Bedingungen besser entsprach, aber schließlich aufgrund seiner geringen Flexibilität zu einer erheblich verzerrten Preisstruktur führte. Diese wurde durch die Industriepreisreform (IPR) der Jahre 1964—1967 korrigiert; am 1. 4. 1964 und am 1. 1. 1965 wurden vor allem die Roh- und Grundstoffpreise verändert, wobei das erfaßte Produktionsvolumen 35 Mrd. Mark bzw. 15 Mrd. Mark, die Veränderung des Preisniveaus + 70 v. H. bzw. + 40 v. H. betragen. Am 1. 1. 1967 wurden die Preise für industrielle Fertigerzeugnisse erhöht: die Warenpreise von etwa 15 000 Betrieben mit einem Produktionsvolumen von 100 Mrd. Mark wurden um durchschnittlich 4 v. H. erhöht. Grundlagen der Preisplanung waren die „gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten 1967“ (I/62). Bezugsbasis für die Kalkulation des Gewinns, der „im Durchschnitt der Industrie zur Finanzierung der erweiterten Reproduktion ausreicht“ (I/62), waren die *Verarbeitungskosten*; bemerkenswert ist, daß sich trotz dieser Erhöhung der Industriepreise „der Index der Einzelhandelsverkaufspreise über eine Zeitspanne von fast 10 Jahren kaum verändert (hat)“, nämlich von

100 (1960) auf 100,2 im Jahr 1968 (II/8). Der Vorteil des durch die Industriepreisreform geschaffenen Preissystems: die Orientierung der Preise am laufenden Aufwand und damit die Schaffung realistischer Preisrelationen, — war mit einem beträchtlichen Handicap verbunden: die Betriebe, die besonders *fondsintensiv* produzieren, haben relativ niedrige Gewinne gegenüber den weniger fondsintensiven Betrieben; da aber im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution die Tendenz zu wachsender Fondsintensität verstärkt wird, erfüllen die IPR-Preise allenfalls ihre Funktion als Maß des gesellschaftlich notwendigen Aufwands, nicht jedoch die, für die Betriebe ökonomischer Hebel und Anreiz zur Aufwandssenkung zu sein. Dieser Nachteil führte dazu, daß man seit 1969/70 schrittweise den fondsbezogenen Industriepreis (FIP) einführt (ein Prozeß, der bis 1975 abgeschlossen sein soll). Bei ihm ist die Basis für die Berechnung des Reineinkommens nicht mehr nur der laufende Aufwand, sondern ebenso der einmalige Fondsvorschuß; bei der Preisbildung werden mithin die gesamten eingesetzten produktiven Fonds berücksichtigt.

Im Mittelpunkt der beiden hier zu besprechenden Bücher steht die Erörterung des FIP und seiner Einwirkung auf die „Industrie im engeren Sinne“ (d. h. der Betriebe, die Produktionsmittel und Leistungen erzeugen und an andere Betriebe, nicht an die Bevölkerung veräußern), sowie auf die Konsumgüterpreise. Das erste Kapitel beider Arbeiten befaßt sich mit der grundsätzlichen Stellung des Preises im ökonomischen System des Sozialismus. „Im Preis kreuzen sich alle grundlegenden ökonomischen und folglich auch politischen Probleme des sozialistischen Staates“ (I/14). „Die Vielschichtigkeit des Preisproblems wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Preise beeinflussen und beeinflusst werden durch — die sachkundige Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus; — die langfristige Struktur- und Investitionspolitik in der Volkswirtschaft; — die Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Selbstkosten; — die Weltmarktfähigkeit der Erzeugnisse; — die Stabilität von Staatsfinanzen und Währung; — die volle Wirksamkeit der ökonomischen Stimuli; — die Übereinstimmung der betrieblichen und persönlichen mit den gesellschaftlichen Interessen; — die staatliche Einkommenspolitik“ (I/15). Grundlage der Preisbildung ist der Wert, „der gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand“ (II/10). „Trotz aller Spezifika, die die Konsumgüterpreise von den Industriepreisen abheben und die unbedingt zu berücksichtigen sind, bleibt der Wert das Band, das Industriepreise und Konsumgüterpreise vereint. Insofern haben alle Maßnahmen, die nur die Industriepreise betreffen, letztlich auch Einfluß auf die Konsumgüterpreise“ (II/9). Wie im Kapitalismus sind auch im Sozialismus Werte und Preise der Waren nicht identisch, da „noch keine Bedingungen für eine direkte Messung der verausgabten Arbeitszeit gegeben“ sind (I/25). Daher findet eine Wertmodifikation statt (analog z. B. zum Kapitalismus, wo das Ergebnis der Wertmodifikation der Produktionspreis ist): als empirisches Maß für den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand (Wert) gelten die gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten sowie ein be-

stimmtes, vom Staat vorgegebenes Reineinkommen. „Ausdruck dieser Wertmodifikation ist der Preistyp als Existenzform des Wertes in der gegebenen Gesellschaftsformation“ (I/26). „Indem der sozialistische Preistyp die Einheit von gesellschaftlich notwendigem Aufwand und Planung der Preise zum Ausdruck bringt, wird er zum sozialistischen Planpreis, der der sozialistischen Produktionsweise adäquat ist“ (I/31).

Im zweiten Teil des von Ambrée und Mann herausgegebenen Buches werden die „Grundlagen der Preisbildung“ behandelt; wobei die Autoren den Akzent auf das Problem legen, wie die gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten zu messen und das gesellschaftliche bzw. betriebliche Reineinkommen zu bestimmen sind. Leider wird die Theorie der Optimalpreise — in der die Preise aufgrund von Dualwerten gebildet werden, die sich bei der Lösung linearer Programme zur Optimierung der volkswirtschaftlichen Entwicklung (Primalaufgabe) ergeben — nur sehr knapp skizziert. Ein weiterer Abschnitt ist der Preisprognose und -planung gewidmet, deren Hauptaufgabe darin besteht, „die Preisentwicklung (...) so vorauszurechnen, daß die künftigen Preise entsprechend ihrer Meß- und Hebefunktion die staatliche Strukturpolitik aktiv durchsetzen helfen und widerspiegeln“ (I/135). Im letzten Teil wird die Preisbildung bei neuen bzw. weiterentwickelten Waren dargestellt.

Auch in dem von Hentzschel, Richter und Stingl verfaßten Buch spielt die Analyse des fondsbezogenen Industriepreises eine wichtige Rolle. Allerdings steht hier nicht seine Funktion für die Reproduktion der „Industrie im engeren Sinne“ im Mittelpunkt des Interesses, sondern die Auswirkungen, die er auf die Konsumgüterindustrie ausübt. Grundsätzlich gilt das Prinzip, daß Industriepreisänderungen nicht zu analogen Änderungen der Einzelhandelsverkaufspreise (EVP) führen dürfen; damit ist nicht gefordert, daß jeder einzelne EVP stabil bleibt, wohl aber das Niveau der EVP: „Die Entwicklung der EVP im Rahmen des Prinzips der Preisstabilität kann ... primär nur aus gesamtgesellschaftlicher bzw. aus volkswirtschaftlicher Sicht analysiert werden, nicht aus der Sicht des einzelnen Erzeugnisses oder eines Sortiments. Das Preisniveau ist die Größe, auf die sich die Untersuchungen richten“ (II 114/115). Außer vom gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand (der entscheidend durch die Industriepreise beeinflußt wird) werden die Konsumgüterpreise noch durch zusätzliche Faktoren bestimmt. Die Autoren untersuchen hier die Realisierungsbedingungen (Angebot/Nachfrage), das verfügbare Geldeinkommen der Bevölkerung, die Konsumgewohnheiten und „sozialpolitische Aspekte“: „Die Aufgabe der Sozialpolitik im Sozialismus besteht darin, allen Werktätigen Bedingungen zur freien Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu schaffen und eine normale Reproduktion der Arbeitskraft zu gewährleisten. Die Lösung dieser Aufgaben kann durch die Festsetzung von relativ niedrigen Preisen (in Relation zum gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand) unterstützt werden. So liegen beispielsweise die Preise für Brot, Kartoffeln, Kinderbekleidung und -schuhe sowie für Bücher ... unter dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand“ (II/111). K. E. Lohmann (Bonn)

Soziologie

- Bolte, Karl Martin:** Der Achte Sinn. Gesellschaftsprobleme der Gegenwart (*M. Busowietz*) 837
- Kurucz, Jenö (Hrsg.):** Das Selbstverständnis von Naturwissenschaftlern in der Industrie (*Hinrichs*) 839

Geschichte

- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.):** Rekonstruktion des Konservatismus (*Grebing*) 823
- Alff, Wilhelm:** Der Begriff des Faschismus (*Körner*) 841
- Maser, Werner:** Hitlers Briefe und Notizen (*Voigt*) 843
- Kempowski, Walter:** Haben Sie Hitler gesehen (*Voigt*) 843
- Trevor-Roper, Hugh R.:** Hitlers letzte Tage (*Voigt*) 843
- Boldt, Gerhard:** Hitler — die letzten 10 Tage (*Voigt*) 843

Soziale Bewegung und Politik

- Jänicke, Martin:** Totalitäre Herrschaft (*Hennig*) 847
- Schlangen, Walter:** Theorie und Ideologie des Totalitarismus (*U. Naumann*) 850
- Mansilla, H.C.F.:** Faschismus und eindimensionale Gesellschaft (*Gerstenberger*) 852
- Grebing, Helga:** Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus — eine falsche Gleichung (*U. Naumann*) 853
- Stojanivić, S.:** Kritik und Zukunft des Sozialismus (*Conert*) 735
- Kardelj, E.:** Zur gesellschaftlichen Funktion der Kritik (*Conert*) 735
- Supek, R., und B. Bosnjak (Hrsg.):** Jugoslawien denkt anders (*Conert*) 735
- Horvat, B.:** Die jugoslawische Gesellschaft (*Conert*) 735
- Conert, Hansgeorg:** Der Kommunismus in der Sowjetunion (*G. Meyer*) 854
- Lewytkyj, Borys:** Die Gewerkschaften in der Sowjetunion (*G. Meyer*) 856
- Eid, Mohammad Salah-uddin:** Die blockfreien Staaten in den Vereinten Nationen (*Tibi*) 858
- Dick, Manfred:** Probleme der nationalen Identität in Liberia (*Korte*) 861
- Fitch, Bob, und Mary Oppenheimer:** Ghana: End of an Illusion (*Brückner-Tibi*) 863
- Germann, Raimund E.:** Verwaltung und Einheitspartei in Tunesien (*Tibi*) 866

<i>Kuder, Manfred: Angola (G. Meyer)</i>	870
<i>Allemann, Fritz René: 8mal Portugal (G. Meyer)</i>	871

Ökonomie

<i>Meadows, Dennis, u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit (Immler)</i>	804
<i>Lindner, Walter: Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration? Zur Analyse der Wirtschaftsreform in der DDR und CSSR (Harrer)</i>	873
<i>Gleitze, Bruno, u. a.: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre (Harrer)</i>	876
<i>Buck, Hannsjörg: Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten (Harrer)</i>	876
<i>Wyniger, Willy: Demokratie und Plan in der DDR (Harrer)</i>	878
<i>Ambrée, Kurt, und Helmut Mann (Hrsg.): Das Preissystem in der sozialistischen Industrie (K. E. Lohmann)</i>	880
<i>Hentzschel, M., H. Richter u. K. Stingl: Grundfragen der Konsumgüterpreisbildung und -entwicklung (K. E. Lohmann)</i>	880



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Chile-Referat

erscheint im Oktober 1973, Umfang ca. 60 Seiten, Preis: 4,- DM.

Das Chile-Referat behandelt u. a. folgende Themen: Charakter der Frei-Regierung – Grundsätze und Ziele der Unidad Popular und ihrer Regierung – die Angriffe der in- und ausländischen Reaktion auf das chilenische Volk – Vorgeschichte und Durchführung des Putsches – der Widerstand des chilenischen Volkes – Internationale Solidarität; es enthält einen umfangreichen Dokumentenanhang.

Bestellungen an: **Antiimperialistisches Informationsbulletin**, 355 Marburg, Liebigstraße 46, Telefon 0 64 21 / 2 46 72.